

Die Lage der nord-
und ostbayerischen Grenzlandindustrie
unter besonderer Berücksichtigung
der finanziellen Probleme

Karl G. Schmidt

Die Lage der nord- und ostbayerischen Grenzlandindustrie

unter besonderer Berücksichtigung

der finanziellen Probleme

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät

der

Ludwig-Maximilians-Universität

zu München



vorgelegt von

Diplomkaufmann Karl G. Schmidt, Hof

1958

Referent: Prof. Dr. L. Beckmann

Korreferent: Prof. Dr. O. Hintner

Tag der mündlichen Prüfung: 23. 7. 1958
(Schlußberatung)

Meinem lieben Vater,
dem Bankier des Grenzlandes

VORWORT

In der vorliegenden Arbeit werde ich versuchen, die Problematik der finanziellen Situation der Industrie Nordost- und Ostbayerns in einer umfassenden Schau darzustellen. Trotz großer Bemühungen werden meine Untersuchungen jedoch leider nur schlaglichtartig das äußerst vielseitige Thema beleuchten können. Den Mut aber, meinen Versuch nichtsdestoweniger zu wagen, gibt mir die Erkenntnis, daß die Industrieunternehmungen meiner Heimat, die mir so sehr am Herzen liegt, sich selbst am leichtesten helfen können, wenn sie sich auf ihre tatsächliche Situation besinnen und diese für die Gegenwart und Zukunft richtig einschätzen.

Zu dieser Besinnung will meine Arbeit eine kleine Anregung sein.

In zweiter Linie ist mir daran gelegen, die Diskussion um die wirksamste Form der staatlichen Grenzlandhilfe erneut zu entfachen. Denn wir dürfen in dem Bemühen nicht nachlassen, die - wenn auch bescheidenen - Mittel am zweckmäßigsten einzusetzen, um ihren höchstmöglichen Nutzeffekt zu erzielen.

Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich meinem hochverehrten Lehrer, Frau Professor Dr. Beckmann, der ich für ihre überaus große Hilfsbereitschaft und Unterstützung von ganzem Herzen danke.

Außerdem danke ich Herrn Professor Dr. Hagenmüller, Frankfurt, der sich mir freundlicherweise zu manch anregender und lehrreicher Unterredung zur Verfügung stellte.

Des weiteren danke ich den Kammern in Coburg, Bayreuth, Regensburg und Passau sowie den Herren anderer Organisationen der Grenzlandwirtschaft, der Direktion der Landeszentralbank in Bayern, Hof, und zahlreichen Behörden, die mir mit Hinweisen und Unterlagen freundlich halfen und so die Arbeit überhaupt möglich machten.

Ganz besonders aber danke ich den Unternehmern des Grenzlandes, mit denen ich in fruchtbaren Gesprächen viele Probleme erörtern konnte und erst dadurch Einblick in viele Zusammenhänge gewann.

Karl G. Schmidt



Digitized by the Internet Archive
in 2026

INHALT

A. Zur Einführung	1
B. Landschaft und Gewerbe	4
Bergbau - Porzellanindustrie - Glasindustrie - Textil und Bekleidungsindustrie - Sägerei und Holzverarbeitung - Sonstige Gewerbebezüge	
C. Die Kapitalnot der Industrieunternehmungen im Grenzland	14
I. Vorbemerkungen	14
1. Begriffserklärung: Kapital, Finanzierung und Kredit	14
2. Probleme des Kredites (die Kreditwürdigkeit als Voraussetzung jeden Kredites)	19
a) Die persönlichen Faktoren der Kreditwürdigkeit	20
b) Die sachlichen Faktoren der Kreditwürdigkeit	22
II. Probleme der Eigenfinanzierung der Industrie- unternehmungen des Grenzlandes	25
III. Probleme der Selbstfinanzierung der Industrie- unternehmungen des Grenzlandes	28
1. Der Standort als gewinnschmälernder Faktor	28
a) Die Verlängerung der Beschaffungs- und Absatzwege als Folge der Errichtung des Eisernen Vorhangs	28
b) Die Unzulänglichkeit der Verkehrswege	39
c) Die Problematik des Interzonenhandels und des Handels mit der Tschechoslowakei	44
2. Die Last der Steuern	48

IV. Probleme der Fremdfinanzierung der Industrie- unternehmungen im Grenzland	54
1. Die Versorgung mit langfristigen Fremdmitteln	56
2. Die Versorgung mit kurzfristigen Fremdmitteln	64
V. Insolvenzen als Zeichen der Kapitalnot	71
D. Die Kapitalnot des Grenzlandes im Spiegel der Unternehmungsbilanzen	79
I. Vorbemerkungen	79
Die Bilanz als Ausdruck der Unternehmungs- finanzierung	
II. Analyse von Bilanzen aus dem Grenzland in Hinblick auf die Finanzlage der Un- ternehmungen	89
1. Bilanzen von Spinnereien	90
2. Bilanzen von Webereien	105
3. Bilanzen von Geschirrporzellanfabriken	121
4. Bilanzen aus der Natursteinindustrie	141
5. Bilanzen von Sägewerken	159
E. Umfang und Erfolg staatlicher Hilfsmaßnahmen für das Grenzland	181
I. Kreditprogramme des Bundes und des Landes	183
II. Zins- und steuerpolitische Grenzlandhilfe zur Förderung der Rationalisierung	189
1. Steuerpolitische Maßnahmen	189
2. Zinspolitische Maßnahmen	193
III. Frachthilfemaßnahmen und ähnliches	194

1. Frachthilfe für Ostbayern	194
2. Frachthilfe für das Zonenrandgebiet und Erweiterte Kohlenfrachthilfe	195
3. Beseitigung der Umwegfrachten	200
4. Halbierung des Steuersatzes im Werkfern- verkehr und erweiterte Nahzone im Güter- verkehr	202
IV. Finanzausgleich	203
V. Öffentliche Aufträge	203
VI. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge	205
EXKURS: Die Arbeitslosigkeit des Grenzlandes in den letzten Jahren	208
F. Chance und Aufgabe der Zukunft	214
I. Mittel und Wege zur Ansiedlung neuer Betriebe im Grenzland	219
II. Mittel und Wege zur Sicherung der bereits bestehenden Betriebe	223
Literatur	230

A. ZUR EINFÜHRUNG

Wir haben eben im Vorwort versucht, die Thematik der vorliegenden Arbeit kurz zu umreißen.

Auch wenn wir unsere Untersuchung auf die Probleme der Kapitalversorgung der Industrieunternehmungen des Grenzlandes konzentrieren, so wollen wir doch die beiden anderen Produktionsfaktoren, den Lebensraum und die menschliche Arbeit, wenigstens am Rande in unsere Betrachtung mit einbeziehen.

Wir glauben nämlich, daß das Wissen um die engen Zusammenhänge zwischen den genannten Produktionsfaktoren und dem Faktor Kapital unser Verständnis der rein finanziellen Probleme vertiefen hilft. Auf diese Weise wird unsere Darstellung einer komplexen Wirklichkeit ebenfalls komplex.

Unter diesem Gesichtspunkte sei auch unsere kurze Betrachtung von Landschaft und Gewerbe des Raumes zwischen Coburg und Passau am Beginn der Arbeit zu verstehen.

Landschaft und Gewerbe beschreiben wir aber auch, um dem Leser ein wenigstens bescheidenes Wohlwollen für das Land abzugewinnen, dem wir die vorliegende Arbeit widmen:

die Gebirgsketten, die sich an der nord- und ostbayerischen Grenze entlang ziehen, nämlich der Thüringer Wald, der Frankenwald, das Fichtelgebirge, der Oberpfälzer und schließlich der Bayerische Wald.

Verwaltungsmäßig handelt es sich um die Regierungsbezirke Oberfranken, die Oberpfalz und den nördlich der Donau gelegenen Teil Niederbayerns, wobei uns allerdings nur die in der Nähe der Grenze gelegenen Bereiche dieser Regierungsbezirke interessieren.

Die eigentliche Untersuchung unseres Themas nehmen wir in drei Abschnitten vor:

Im ersten "Die Kapitalnot der Industrieunternehmungen im Grenzland" versuchen wir, nach einleitenden Vorbemerkungen theoretischer Art den Strömen des Kapitals, die in das Grenzland und aus ihm herausfließen, nachzuspüren

und die Triebkräfte dieser Bewegungen zu erkennen. Dabei bemühen wir uns, bis an die Ausgangs- und Endpunkte dieser Ströme vorzustoßen, das heißt, den Umfang der Neubildung und des Verbrauches sowie des Bedarfes an Kapital festzustellen¹⁾.

Im zweiten Hauptabschnitt unserer Untersuchung "Die Kapitalarmut des Grenzlandes im Spiegel der Unternehmungsbilanzen" behandeln wir die Finanzierungsprobleme zahlreicher Industrieunternehmungen aus insgesamt fünf Branchen²⁾. Zu diesem Zwecke haben wir die einzelnen Bilanzen jeweils nach Branche zu einer Sammelbilanz zusammengestellt. Dieses Material analysieren wir sorgfältig in Hinblick auf die Veränderungen der finanziellen Stabilität und der Liquidität in den Jahren von 1949 bis 1956.

Wir werden dabei feststellen: Diese Unternehmungen sind einerseits den gleichen finanziellen Bedingungen wie alle Unternehmungen der westdeutschen Volkswirtschaft unterworfen, andererseits aber entspringen ihre finanziellen Probleme der ungünstigen Grenzlage.

Im Verlaufe dieser Finanzanalyse werden wir sehen, daß Industrieunternehmungen auf das höchste gefährdet sind, wenn sie beiden ungünstigen Einflüssen - denen, die in unserer gesamten Volkswirtschaft wirksam sind, und den speziell grenzlandbedingten - ausgesetzt sind.

So verminderten sich die Eigenmittel der Webereien, der Natursteinindustrie und der Sägewerke innerhalb der Bilanzsumme nicht nur relativ. Wir müssen bei diesen Branchen sogar einen absoluten Schwund, einen echten Verzehr der Eigenmittel feststellen. Die oft diskutierte Kapitalnot des Grenzlandes offenbart sich so in einem Ausmaße, das wohl kaum mehr im Bereiche der üblichen Vermutungen liegt.

Der dritte Hauptteil unserer Untersuchungen lautet: "Umfang und Erfolg staat-

1) Leider werden die Untersuchungen dieses Abschnittes beeinträchtigt, da nur mangelhafte Unterlagen vorhanden sind.

2) Es handelt sich nur um Unternehmungen, die ihren Sitz innerhalb einer 40 km breiten Zone entlang der Grenze haben.

licher Hilfsmaßnahmen für das Grenzland". Wir werden in diesem Abschnitt sehen, daß die finanzielle Hilfe des Staates auf der Basis einer sinnvollen Grundkonzeption an mannigfaltigen Punkten ansetzt, daß aber die zur Verfügung gestellten Mittel seither nicht ausreichen, um die Konkurrenzfähigkeit der bereits bestehenden Industrieunternehmungen zu erhalten und außerdem genügend neue Betriebe in gewerbearmen Landstrichen Ostbayerns anzusiedeln.

In einer kurzen Schlußbetrachtung zeigen wir dann das Zukunftsbild eines gesunden Wirtschaftsraumes entlang den Eisernen Vorhang:

Möglichst alle Teile des nord- und ostbayerischen Grenzlandes sind durch entsprechende Neuansiedlungen von Betrieben zu einer gesunden gewerblichen Struktur zu führen. Außerdem müssen die bestehenden Industrieunternehmungen auch unter den neuen Standortbedingungen konkurrenzfähig und krisenfest bleiben oder werden.

Dieses Ziel zu meistern ist eine Aufgabe, die in allererster Linie von den Menschen im Grenzland selbst, besonders aber von den Unternehmern, gelöst werden muß. Das Problem, aus rein agrarischen Gebieten solche industriell-agrarischen Charakters zu machen, ist ein ebenso eminentes menschliches und soziales Problem wie der schmerzhafteste Umstellungsprozeß mancher bestehender Industrien zu neuen Produktionen und hochwertigen Artikeln, mit denen die Grenzlandwirtschaft trotz der ungünstigen Standortlage auf dem deutschen und auf den internationalen Märkten künftig konkurrieren kann.

B. LANDSCHAFT UND GEWERBE

Inmitten des deutschen Landes liegt das Fichtelgebirge, eine Drehscheibe der Gebirgszüge und Flüsse, der Völker und ihrer Wege. Das granitene Massiv bildet ein Hufeisen, das sich nach Nordosten öffnet. Als Angelpunkt der mitteleuropäischen Gebirge verknötet es diese gleichsam ¹⁾.

Sternförmig gehen vom Fichtelgebirge aus: nach Nordwesten der Frankenwald, der sich in den Thüringer Wald fortsetzt, nach Nordosten das Erzgebirge und das Riesengebirge, nach Südosten der Oberpfälzer Wald, an den sich der Bayerische Wald und der Böhmerwald anschließen, nach Südwesten der Frankenjura und der Schwäbische Jura, dessen Züge bis nach Frankreich und in die Schweiz reichen. Zudem stellt das Fichtelgebirge gleichsam ein "hydrographisches Wunder" dar. An seinen Höhen entspringen Flüsse, die sich mit den großen europäischen Strömen, dem Rhein, der Elbe und der Donau, vereinigen. So ist auf den Höhen des Fichtelgebirges geradezu ein Hauch der Meere zu spüren:

"Der edle Fichtelberg vier Ströme lasset fließen
aus einem hohen tiffen See, die alle Seiten küssen
der viergeteilten Welt. Die EGER Osten ehrt,
NAB Süden, Nord die SAAL, westwärts der MAYN sich kehrt.
Die Eger und die Saal der Elb sich anvertrauen
in Böhm- und Sachsenland, Nab kombt zur Wasser-Frauen
der Donau, durch die Pfaltz; Mayn fällt in Rhein hinein;
und schicken uns Gewand, Korn, Hopfen, Saltz und Wein.
Sollt nicht dem Paradeis der Berg gantz ähnlich sein?"

M. J. Will ²⁾

In den großen Wanderungen und in den geschichtlichen Bewegungen der Völker

1) Siehe Tafel 1, Seite 4a !

2) Entnommen aus Streit, Das Paradeis, Wunsiedel 1949, Seite 12!

Das nord- und ostbayerische Grenzland.





war einst und jetzt das Fichtelgebirge, das übrigens sehr spät besiedelt und erschlossen wurde, ein Hindernis und eine Scheide. So grenzen heute an das Fichtelgebirge die Siedlungsgebiete der Franken, der Thüringer, der Sachsen, der Böhmen und der Bayern. Die Berggipfel, die aus dem hügeligen Umland sanft ansteigen, werden oft von gewaltigen, wie von Zyklophenhänden übereinandergeworfenen Granitbrocken gekrönt. Verse Homers kommen uns hier in den Sinn:

"Ringsum war ein hohes Gehege von Felsenstücken gebauet
von erhabenen Fichten und himmeln anwehenden Eichen."

Betriebsame Marktflecken und Städtchen in einem weiten und fruchtbaren Tal, in dem der Main seinen Weg zum Rhein sucht, trennt im Westen des Fichtelgebirges den Franken- und Thüringer Wald von dem nach Südwesten verlaufenden frankischen Jura. Der Gebirgszug des Franken- und des Thüringer Waldes erstreckt sich vom Fichtelgebirge aus in nordwestlicher Richtung etwa die fränkisch-thüringische Grenze entlang.

Der Frankenwald ist durch die Arbeit seiner Gewässer in viele Bergrücken und Hügelketten zerspalten. Wie eine mächtige dunkle Mauer erhebt sich der waldverhüllte Anstieg über dem heiteren Obermaintal. Wenn auch diese waldbedeckte Stirnwall zunächst verschlossen erscheinen mag, so öffnen sich doch tiefe Täler, die in das Innere des Gebirges führen.

Südöstlich des Fichtelgebirges, jedoch von diesem scharf geschieden durch die Hochebene von Waldsassen, erhebt sich der Oberpfälzer Wald, der seine Fortsetzung im Bayerischen Wald findet. Dieses größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands umfaßt den von der Donau nördlich gelegenen Teil Niederbayerns und die östliche Oberpfalz.

Im Osten bildet die Landesgrenze die Linie der höchsten Gipfelpunkte des Hauptrückens und somit auch den Abschluß unseres Betrachtungsgebietes. Im Süden umgrenzt der Lauf der Donau und schließlich im Westen das weite fruchtbare Tal der Naab den großen Gebirgszug des Oberpfälzer- und des Bayerwaldes, der sich aus den Urgesteinen Granit, Gneis und Glimmer aufbaut, durchzogen von den hellen Quarzfelsentürmen des Pfahl. Entstanden in fernsten Erdzeitaltern, ragte er längst hoch, ehe die Alpen aus dem Kreidemeer aufstiegen. Schmelzwasser, Frost und Windschliff raubten ihm die Kühnheit der Gestalt und die einstige Höhe, aber bis 1500 Meter ragt noch heute der höchste Gipfel, der Arber, empor, dessen Höhen zwei Seen widerspiegeln, deren dunkles Schwei-

gen bereits Adalbert Stifter in seinen Bann zwang.

Das Gewerbe in diesen Gebirgslandschaften längs der nord- und ostbayerischen Grenze, deren Charakter wir eben zu deuten versuchten, wollen wir nun im folgenden kurz beschreiben; dabei haben wir grundsätzlich zwei verschiedene Wirtschaftsstrukturen zu unterscheiden:

- a) das oberfränkisch-oberpfälzische Industriegebiet um das Fichtelgebirge und den Frankenwald, das bis zum zweiten Weltkriege zusammen mit Nordböhmen, Sachsen und Thüringen der größte konsumgütererzeugende Raum Europas war. Die einzelnen Teilgebiete dieses weiten Industrieraumes schienen in Verbundwirtschaft untrennbar verknüpft;
- b) das vorwiegend land- und holzwirtschaftlich genutzte und industriell nur wenig erschlossene Gebiet: der Oberpfälzer- und der Bayerwald sowie einige abgelegene Täler des Frankenwaldes.

Die Kargheit des Landes und das unwirtliche Klima haben die Bewohner des Grenzlandes schon lange vor der eigentlichen Industrialisierungsepoche gezwungen, eine gewerbliche Tätigkeit zu suchen und die vielfältig vorhandenen Bodenschätze in den Gebirgszügen und dem umliegenden Land abzubauen und zu gewinnen. Diese Schätze bilden noch heute die Grundlage mancher im Grenzland heimischer Gewerbebezüge.

Bergbau

So ist beispielsweise der Bergbau so alt wie die Besiedlung des Landes überhaupt. Bereits im Mittelalter war der Gold- und Erzbergbau des Fichtelgebirges in Europa weit berühmt¹⁾. Heute werden hochwertige Eisenerze in der Oberpfalz bei Amberg, Sulzbach-Rosenberg und Auerbach gefördert.

Außerdem baut man heute im Grenzland ab: jüngere Braunkohle im Naabtal, Steinkohle am Rande des Frankenwaldes, kristallinen Schiefer und Magnetkies im Bayerischen Wald. Eine besondere Stellung nimmt jedoch in Ostbayern

1) Vergleiche Scherzer, Franken, Nürnberg 1955, Seite 202, 203!

die Flußspatgewinnung ein. Die Jahresförderung von 125,000 Tonnen entspricht 72% der gesamten Flußspatförderung des Bundesgebietes ¹⁾. Ferner nennen wir die Kaolinförderung - werden doch im Grenzland mehr als 50% des deutschen Kaolins gefördert - und schließlich den Bergbau auf Spezialquarz ²⁾ sowie den Abbau von Schiefer im Frankenwald und in den Ausläufern des Thüringer Waldes.

Dem Bergbau zuzurechnen ist die Gewinnung und Weiterverarbeitung von Steinen, besonders des Granits. Schon 1481 waren beim Dombau zu Meißen Wunsiedler Steinmetzen beschäftigt ³⁾. Heute ist die Granit- und sonstige Natursteinindustrie des Fichtelgebirges und des Bayerischen Waldes einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige des Grenzlandes überhaupt. Diese Industrie ist derart leistungsfähig, daß sie ausländische Granite, insbesondere von Schweden, einführt, verarbeitet und dann mit den Weizenschiffen nach Kanada und den USA wieder exportiert.

Ist einerseits der überaus mannigfaltige nord- und ostbayerische Bergbau so alt wie die Besiedlung des Landes selbst, so ist er auf der anderen Seite auch das jüngste Gewerbe. Uranfunde bei Weißenstadt im Fichtelgebirge und in der Oberpfalz sind so ergiebig ⁴⁾, daß sie den Bedarf der ersten deutschen Kernreaktoren decken könnten ⁵⁾.

Porzellanindustrie

Zweimal wurde das Porzellan erfunden, einmal von den Chinesen und dann von dem deutschen Alchimisten Johann Friedrich Böttcher. Dieser erfand - eigentlich auf der Suche nach dem Geheimnis des Goldes - im Jahre 1709 weißes Porzellan ⁵⁾. Das Geburtsjahr der oberfränkischen Porzellanindustrie ist das Jahr 1814. "Carl Magnus Hutschenreuther fand auf seinen Handelsreisen am Steinberg zwischen Wunsiedel und Hohenberg weiße Erde, brauchbare Porzellanerde.

1) Vergleiche Bayerische Landeszentrale für Heimatdienst, Bayern, ein Land verändert sein Gesicht, München 1956, Seite 313 !!

2) Vergleiche Statistisches Jahrbuch für Bayern 1955, Seite 5 f.

3) Vergleiche Streit, Das Paradeis, Wunsiedel 1949, Seite 34 .

4) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", 1957, Nr. 3, Seite 10 !

5) Vergleiche Streit, Das Paradeis, Wunsiedel 1949, Seite 67 !

Alles lag nebeneinander, Porzellanerde am Steinberg, Feldspat und Quarz im nahen Gammersreuth, Holz im Fichtelgebirge, Braunkohle in Böhmen.¹⁾ Die dann von ihm 1814 begründete Porzellanfabrik in Hohenberg an der Eger besteht noch heute.

Ihren jetzigen Weltruhm aber verdankt die deutsche Porzellanindustrie dem Geheimrat Philipp Rosenthal. Der gründete 1879 eine Porzellanmalerei und 1891 eine Porzellanfabrik in Selb. Sein stilisierter Namenszug wurde zum Symbol für den Weltruhm des deutschen Porzellans²⁾.

In Nordostbayern liegt heute das Zentrum der deutschen Porzellanindustrie. In mehr als 100 Betrieben sind weit über 40.000 Menschen beschäftigt. Die Produktion reicht von technischen Artikeln über Gebrauchs- und Geschirrporzellan bis zu Figuren und ähnlichem. 95% des deutschen Geschirrporzellans werden in diesem Raum produziert. Etwa 30% der Produktion gehen in den Export³⁾.

Glasindustrie

Bereits seit vielen Jahrhunderten ist im waldreichen Fichtelgebirge und im Bayerischen Wald die Glaserzeugung und Veredelung nachweisbar. So verzeichnete Philip Appianus bereits 1566 drei Hohlglashütten und eine Spiegelglashütte im Bayerischen Wald⁴⁾. Heute sind Betriebe der Glaserzeugung und Weiterverarbeitung über das ganze nord- und ostbayerische Grenzland verstreut. Wir nennen hiervon nur die Hohlglashütten in den oberfränkischen Ausläufern des Thüringer Waldes, die Kristallglasindustrie bei Weiden und das Zwieseler Glasmachergebiet im südlichen Bayerischen Wald.

Über diese Zwieseler Glasbläser sagte einmal Georg Britting: "Zwiesel ist berühmt seines Schnupftabaks wegen und wegen der Glasbläsereien in der Umge-

1) Siehe Mühr, Das weiße Gold, zitiert in "Kulturwarte", Hof, Heft 4/1!

2) Vergleiche Mack, Gestalten aus der Geschichte des Porzellans, in "Kulturwarte", Hof, Heft 4/1!

3) Vergleiche Nordbayerisches Wirtschaftsjahrbuch, Nürnberg 1957, Seite 17 !

4) Vergleiche Kreiner, Wirtschaftsleben im bayerisch-böhmischen Waldgebiete, Leipzig 1919, Seite 118!

gend. Venezianer sollen die Kunst in den Wald gebracht haben. Die Glasbläser machen Trinkgläser, Schalen und Krüge; zart und zerbrechlich ist das Glas, das die starken Bläser machen. Wenn sie blasen, haben sie geblähte Backen wie die Posaunenengel." ¹⁾

Die über die Gebirgszüge Nordost- und Ostbayerns verstreute Glasindustrie fand nach 1945 eine glückliche Ergänzung und Bereicherung in zwei Flüchtlingsgruppen: im Fichtelgebirge, das im 19. Jahrhundert seine Bedeutung als Glaserzeugungsland weitgehend eingebüßt hatte, entstand nach 1945 ein neues Produktionszentrum der ehemaligen Gablonzer Glas- und Schmuckwareindustrie. Diese Gruppe zählt mehr als 100 Betriebe einschließlich zweier neu aufgebauter Glashütten in Warmensteinach und Fichtelberg. Von diesen Hütten beziehen die meist handwerklichen Betriebe das Stangenglas zur Weiterverarbeitung.

Außerdem fand die ehemals Haida-Steinschönauer Glasindustrie um Vohenstrauß bei Weiden eine neue Heimat.

Beiden Gruppen, der Gablonzer und der Haida-Steinschönauer, gelang es, auch von ihrem neuen Standorte aus auf den Weltmärkten wieder Fuß zu fassen.

Textil- und Bekleidungsindustrie

Angeregt durch die heimische Schafzucht und den Flachsanbau, begann die Bevölkerung des Fichtelgebirges und des Frankenwaldes bereits im Mittelalter das Spinnen und Weben. Sie war zur Ausübung dieser Nebengewerbe gezwungen, da die Landwirtschaft infolge des kargen Bodens und des rauen Klimas keinen genügenden Lebensunterhalt bot.

1794 erzählt zum Beispiel ein Fichtelgebirgsreisender:

"... Dieser Trieb zur Arbeit erstreckt sich sogar auf die Feldhirten, die in manchen Gegenden mit einem Gestrick, die Frau mit einem Spinnrocken an der Seite bei ihrer Herde auf dem Felde beschäftigt sind." ²⁾

1) Siehe "Münchener Merkur" vom 3. August 1957

2) Siehe Streit, Das Paradeis, Wunsiedel 1949, Seite 55!

Im 19. Jahrhundert gingen dann die Waren der Frankenwald-Heimweberei bereits in alle Welt. Die Schältücher und Decken handelte man von Südamerika bis zum Nordkap, von Indien bis zur Adria. Zeitweise war der Frankenwald zum Modezentrum der eingeborenen Völker der Welt geworden.

Heute blüht in den zahllosen Marktflecken und Städtchen des östlichen Oberfrankens um den Frankenwald und das Fichtelgebirge eine äußerst vielseitige Textilindustrie: Spinnereien, Rohwebereien, Handwebereien, Nouveautés-Webereien, Fertigung von Korsettmiedern und Matratzendrellen, Jacquard- und Frottéwebereien, Dekorations- und Möbelstoff-Fabrikationen, Zwirnereien, Strickereien und Wirkereien, Stickereien, Färbereien und Appreturanstalten.

Die Vielfalt und Buntheit des oberfränkischen Textilgewerbes ist kaum überschaubar; das ganze Leben dieses Landstriches wird von diesem Gewerbe geprägt (man zählt 44.000 Beschäftigte¹⁾).

Das oberfränkische Textilgebiet ist entstanden als Teil des mitteldeutschen Textilzentrums, das mehr als 300.000 Menschen Arbeit bot. Die Verflechtung der oberfränkischen Betriebe mit den sächsischen und thüringischen war eng. So wird in Oberfranken mehr Baumwollgarn gesponnen - etwa eine Million Spindeln laufen dort -, als die oberfränkischen Webereien verarbeiten können. Aus diesem Grunde wurde vor dem Kriege ungefähr die Hälfte der oberfränkischen Garnerzeugung nach Mitteldeutschland geliefert und in den dortigen Webereien weiterverarbeitet²⁾.

"Die sächsischen Spinnereien standen in Oberfranken." Dies Wort ist nur allzu berechtigt: so weist zum Beispiel eine Hofer Großspinnerei in ihrem Geschäftsbericht 1952 darauf hin, daß sie vor dem Kriege drei Fünftel ihrer Garnerzeugung nach Mittel- und Ostdeutschland abgesetzt hatte.

Diese enge Verflechtung läßt sich durch alle Produktionsstufen hindurch verfolgen. So waren sächsische Webereien die besten Abnehmer der Hofer einstufigen Zwirnereien. Andererseits wiederum waren die oberfränkischen Wollwebe-

-
- 1) Vergleiche Angerer, Oberfranken, ein marktfernes Industriegebiet, Seite 14, Sonderdruck aus: Auf neuen Wegen, die Wirtschaft in Bayern, München 1957
 - 2) Vergleiche Stadtrat Hof, Hof, ein Stadtbuch, Hof 1956, Seite 30, sowie Nordbayerisches Wirtschaftsjahrbuch, Nürnberg 1957, Seite 17!

reien auf die sächsischen Veredelungs- und Ausrüstungsbetriebe angewiesen.

Die Errichtung des Eisernen Vorhangs nach dem Kriege zerschnitt diese zahllosen Verflechtungen und stürzte die oberfränkische Textilindustrie in unendliche Schwierigkeiten.

Die Schließung der Grenzen brachte aber auch eine glückliche Ergänzung durch ehemalige mittel- und ostdeutsche Textil- und Bekleidungsfirmen, die hier im bayerischen Grenzland eine neue Heimat finden konnten. So zählt die vergleichsweise neue Konfektions- und Bekleidungsindustrie in Oberfranken heute bereits 11.000 Beschäftigte ¹⁾. Auch die schon genannte Wirkerei- und Strickereiindustrie wurde nach dem Kriege in Oberfranken neu aufgebaut.

Sägerei und Holzverarbeitung

Der unermessliche Waldreichtum der Gebirge die nord- und ostbayerische Grenze entlang ließ die Holzwirtschaft zeitweise sogar zu dem wichtigsten und einzigen Gewerbe werden.

Zahlreiche Sägewerke, überall in den Gebirgstälern des Frankenwaldes, des Fichtelgebirges und des Bayerischen Waldes, schneiden das anfallende Holz ein. Leider fehlen genügend Holzveredelungsbetriebe, die das Schnittholz weiterverarbeiten könnten. So geht der größte Teil des Schnittholzes dem Grenzland verloren und wird in anderen Gebieten weiter verarbeitet. Eine Intensivierung der Veredelungsindustrie gerade im Bayerischen Wald wäre aber wegen der strukturellen Arbeitslosigkeit dieses Gebietes dringend nötig.

Im Augenblick werden unter anderem hergestellt: Holzwolle und Kisten, Möbel (zum Beispiel Schulmöbel), Rohrmatten, Holzschuhe, Bürsten, Holzperlen, Rundartikel aller Art, Holzleisten und -rahmen, Spielwaren, Schulartikel usw.

Noch heute werden im Bayerischen Wald die Herstellung von Holzartikeln sowie die Holzdrechslerei und die Holzbildhauerei als Heimgewerbe betrieben.

1) Vergleiche hierzu Nordbayerisches Wirtschaftsjahrbuch, Nürnberg 1957, Seite 17!

Mit diesen handwerklichen und kunsthandwerklichen Beschäftigungen füllen die armen Bergbauern des Waldes die langen Wintermonate aus.

Auf ein besonders seltenes Gewerbe im Bayerischen Wald weist Linke hin: "Trotz Industrialisierung erhielt sich im Bayerischen Wald das ausschließlich an Handarbeit gebundene Gewerbe, das Holzdrahthobeln. In einem Zug stößt der Arbeiter seinen Hobel, dessen Eisen ringförmig geschliffen sind, durch das Holz und trennt so einen stricknadelstarken runden oder platten Draht in der ganzen Länge des 1 bis 4 Meter messenden Blocks heraus. Gebündelt und getrocknet sind diese Drähte ein wertvoller Ausfuhrartikel in heiße Gegenden, wo sie zur Herstellung von Holzrollen dienen." ¹⁾

Sonstige Gewerbebezüge

Wenn wir eben einzelne Gewerbe vielleicht etwas ausführlicher behandeln, so taten wir dies ganz bewußt, denn diese Zweige erscheinen uns für das Gebirgsland die nord- und ostbayerische Grenze entlang typisch, da sie alle auf der Basis heimischer Bodenschätze erwachsen und dem Zwang der Bevölkerung, sich gewerblich zu betätigen, entsprangen, da das Land wegen seiner Kargheit nicht genügend Nahrung bringt.

Im folgenden nun müssen wir uns beschränken und gehen nur einen kurzen Gang durch die Vielfalt der Gewerbe und Industrien, einen Gang, den man beinahe mit einem Bummel durch ein Warenhaus vergleichen könnte.

Wie im übrigen Bayern, so nimmt auch im Grenzland seit jeher das Brau- und Mälzereigewerbe eine Sonderstellung ein. Bis zu 90% ihres Ausstoßes lieferten die Grenzlandbrauereien vor dem Weltkriege in das benachbarte Sachsen und Thüringen. Heute müssen sie in weit entfernte Märkte eindringen.

Eine bedeutende Schuhindustrie findet sich in Naila (Frankenwald), in Rehau (Fichtelgebirge) sowie im Obermainthal. Nicht vergessen seit die Lederherstellung in Rehau, birgt doch diese Stadt fast 50% der bayerischen Lederkapazität ²⁾.

1) Siehe Linke, Wälder und Wäldler, Bamberg 1957, Seite 99, 100.

2) Vergleiche Nordbayerisches Wirtschaftsjahrbuch, Nürnberg 1957, Seite 18!

Wenigstens erwähnen wollen wir noch folgende Gewerbebezüge:
Metallverarbeitung und Elektrotechnik; Maschinenindustrie; Bettfedernherstellung und Konservenindustrie im Bayerischen Wald; Kunstblumenfertigung in Regensburg; Papier-, Pappe- und Zellstofffabriken; Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; Zigarren und Spielwaren sowie Schulartikel, Christbaumschmuck und Korbwaren im Frankenwald; Karosseriebau in Kulmbach; eine Streichholzfabrik im Bayerischen Wald; eine exportintensive chemische Industrie; die Heimgewerbe der Perlmutterknopfmacherei und Klöppelei im Oberpfälzer Wald; Farben und Lacke im Fichtelgebirge.

Dies bunte Bild und die Vielfalt des nordost- und ostbayerischen Wirtschaftsraumes ist nicht nur für uns verwirrend. Wußte doch bereits im Jahre 1797 Staatskanzler Hardenberg in seinem für den König von Preußen aufgestellten "Tableau über die im Fürstentum Bayreuth befindlichen Fabriken und Manufakturen" von einer erstaunlichen Mannigfaltigkeit der industriellen Erzeugung zu berichten¹⁾.

1) Vergleiche Angerer, Oberfranken, ein marktfernes Industriegebiet, Seite 4, Sonderdruck aus: Auf neuen Wegen, die Wirtschaft in Bayern, München 1957!

C. DIE KAPITALNOT
DER INDUSTRIEUNTERNEHMUNGEN
IM GRENZLAND

In dem vorhergegangenen Abschnitt unserer Arbeit besprachen wir die ostbay-
erische Grenzlandwirtschaft unter anderem in Hinblick auf die Produktionsfak-
toren Arbeit und Lebensraum ¹⁾.

Im folgenden werden wir nun die Kapitalprobleme der Grenzlandindustrie ein-
gehend betrachten. Dabei erscheint es zweckmäßig, die Gedankenführung
auf einigen theoretischen Überlegungen aufzubauen.

I. Vorbemerkungen

1. Begriffsklärung: Kapital,

Finanzierung und Kredit

Zahlreiche wichtige Definitionen in der volkswirtschaftlichen und in der be-
triebswirtschaftlichen Literatur sehen das Kapital als ein Mittel zum Erwerb
von Vermögen:

"Kapital ist der Vorrat an Produkten, welche ihrem Eigner als Mittel privat-
wirtschaftlichen Erwerbs oder zur Bildung von Einkommen dienen"
(Böhm-Bawerk) ²⁾. "Kapital ist eine Kategorie von Mitteln für die Gewinn-

1) Vergleiche hierzu Abschnitt C, III, 1, a!:

2) Zitiert bei Beckmann, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung,
München 1949, Seite 11!

nung eines Geldeinkommens, es erfüllt diese Funktion in den verschiedensten Erscheinungsformen (v. Zwiedineck-Südenhorst). "¹⁾

Albert L. Hahn dagegen sieht das Kapital mehr als ein Machtmittel: "Kapital ist gleich der abstrakten Macht, Güter und Dienste²⁾ in Produktionswege zu zwingen und sie dort eine bestimmte Zeit zu halten. "

Schmalenbach erweitert die kostenbedingte Definition der klassischen Nationalökonomie, die das Kapital als "produzierte Produktionsgüter" bezeichnete, und apostrophiert das Kapital schlechthin als "Gütervorrat". Später faßt er den Begriff noch weiter und sagt: " Es erscheint als logisch vertretbarer, das Kapital überhaupt nicht als konkrete Gütermasse, sondern als 'Vorrätigkeit an sich' zu betrachten. " In diese Vorrätigkeit bezieht er auch nichtproduzierte Güter ein, wie Natur- und Bodenschätze, Rechte aller Art sowie Konsumgüter³⁾.

Gutenberg nennt in seinem "System der produktiven Faktoren" das Kapital nicht als einen gesonderten Faktor. Es ist lediglich ein Teil des von ihm genannten Faktors "Arbeits- oder Betriebsmittel":

"Unter dem zweiten produktiven Faktor 'Arbeits- oder Betriebsmittel' sollen alle Anlagen und Einrichtungen verstanden werden, welche die Voraussetzung betrieblicher Leistungserstellung, betrieblicher Leistungsverwertung und bilanztechnischer Maßnahmen bilden..... Zu den Betriebsmitteln gehören auch diejenigen 'Hilfsstoffe und Betriebsstoffe', die⁴⁾ notwendig sind, um den Betrieb funktionsfähig zu machen und zu erhalten."

Irvig Fisher wiederum unterteilt seinen Kapitalbegriff in die "capital goods" und in den "capital value"⁵⁾.

1) Zitiert bei Beckmann, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, München 1949, Seite 11!

2) Siehe Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1930, Seite 138!

3) Siehe Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 11 f.!

4) Siehe Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I, Die Produktion, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1951, Seite 4 f.!

5) Zitiert bei Polak, Grundzüge der Finanzierung, Berlin-Wien 1926, Seite 1 (Fisher, Elementary Principles of Economics, New York 1915, Seite 39-44)!

Und Lütge sagt:

"..... tut man gut, zu der alten Formulierung zurückzukehren, die unter Kapital Kaufkraftbeträge (Geld-Kapital) versteht, das für produktive, nicht konsumtive Zwecke eingesetzt wird - bzw. auch die in Geldeinheiten berechneten Werte der bereits eingesetzten Kapitalgüter." ¹⁾

Ähnlich sieht Rößle das Kapital ebenfalls in seiner Doppelnatur, und zwar vom bilanziellen Standpunkt aus. Er nennt einmal die Kapitalgüter, die der Betriebswirtschaft zur Verfügung stehen, und zum anderen die "Summe der Werte, welche die Betriebswirtschaft in materieller und in immaterieller Hinsicht repräsentiert" ²⁾.

Rößle weist also auf die Janusköpfigkeit des Kapitalbegriffes nicht nur hin, sondern er stellt sie sogar in den Mittelpunkt seiner Kapitaldefinition.

In der vorliegenden Arbeit sei zwar diese Doppelnatur, der Geld- und der Gutscharakter des Kapitalbegriffes, nicht ignoriert, doch sei das "Geldkapital" gemeint, wenn von Kapital die Rede ist.

Rößle sagt: "Eine Betriebswirtschaft erhält Gestalt und Leben durch die jeweilige Kombination der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden und Wissenschaft. Diese Faktoren bilden in ihrem Zusammenhang den Organismus einer Wirtschaftseinheit." ³⁾

Immer werden die Produktionsfaktoren zu "Organisationsfaktoren", zum Gegenstand der ständigen und mannigfaltigen betriebswirtschaftlichen Dispositionen.

Auch als Organisationsfaktor begegnet uns das Kapital wieder in seiner Doppelnatur: einmal unterliegt die Auswahl, Beschaffung, Einordnung, Erhaltung und

1) Siehe Lütge, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1954, Seite 62 !

2) Siehe Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 99 !

3) Siehe Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 131 f. !

Regeneration der Kapitalgüter beziehungsweise der Produktionsmittel organisatorischen Gesichtspunkten; zum zweiten ist das "Geldkapital", gleichgültig ob Eigen- oder Fremdkapital, das Medium aller finanziellen Transaktionen, wie Beschaffung, Disposition und Verwaltung.

Alle diese betriebswirtschaftlichen Kapitaldispositionen werden begrifflich in der Bezeichnung "Finanzierung" zusammengefaßt. So sagt Rößle: "Unter Finanzierung versteht man alle Kapitaldispositionen und Kapitaloperationen während sämtlicher Lebensabschnitte einer Betriebswirtschaft, gleichgültig, welche Größe und Rechtsform sie hat"¹⁾.

Ähnlich wie Rößle definiert Schmalenbach: "Zur Behandlung des Problems der Finanzierung kann nicht nur die Beschaffung des Kapitals, es müssen auch die Rückerstattung und der Verlust des Kapitals sowie die sonstigen kapitalmäßigen Beziehungen zwischen der kapitalverwendenden Unternehmung und dem kapitalgebenden Kapitalisten einbezogen werden"²⁾.

Rößle wie auch Schmalenbach weisen also darauf hin, daß der Finanzierungsbegriff mehr als den im Sprachgebrauch üblichen Begriff der Kapitalbeschaffung umfaßt.

So unterscheidet Beckmann dann auch elementar die aktive und passive Finanzierung: "... alle Kapitaldispositionen werden mit einbezogen, die im Leben einer Betriebswirtschaft auftreten, also nicht nur die Beschaffung des Kapitals, sondern auch die laufenden und außerordentlichen Finanzdispositionen aktiver und passiver Art, nicht zuletzt die der Liquidation"³⁾. Beckmann befindet sich damit in Einklang unter anderem mit Polak und Rößle, die beide ebenfalls eine passive (=Krediterlangung) und eine aktive Finanzierung (=Kreditgewährung) unterscheiden⁴⁾.

Nach Beckmann läßt sich aber der Begriff der betriebswirtschaftlichen Finanzie-

1) Siehe Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 105!

2) Siehe Schmalenbach, Die Beteiligungsfinanzierung, Köln 1954, Seite 9!

3) Siehe Beckmann, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, München 1949, Seite 25f

4) Vergleiche Polak, Grundzüge der Finanzierung, Berlin-Wien 1926, Seite 11 ff., sowie Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 105f

rung auch noch in anderer Weise unterteilen, und zwar dreifach:

- a) "Als Eigenfinanzierung bezeichnet man die Aufbringung des erforderlichen Kapitals zum Aufbau einer Betriebswirtschaft aus eigenem Vermögen, das entweder durch Erbschaft und Sparen oder durch Verheiratung erworben wurde"¹⁾. Als Unterart der Eigenfinanzierung nennt Beckmann dann die Beteiligungsfinanzierung, "wenn mehr als ein Gründer an der Aufbringung des Eigenkapitals beteiligt ist".
- b) "Fremdfinanzierung bedeutet Aufnahme von Kapital gegen Entgelt. Die Kapitalgeber sind Gläubiger der Betriebswirtschaft mit allen aus dieser Eigenschaft resultierenden juristischen Wirkungen"¹⁾.
- c) "Unter Selbstfinanzierung versteht man die Kapitalaufbringung einer Betriebswirtschaft 'aus eigener Kraft', es handelt sich also um Kapital, das nicht wie das ursprüngliche Eigenkapital und das Fremdkapital von außen kommt, sondern sich in der Betriebswirtschaft bildete und in ihr gewachsen ist"¹⁾.

Dieser Dreiteilung des Finanzierungsbegriffes von Beckmann schließen wir uns an, wenn wir später unserer Besprechung der Finanzierungsprobleme der Industrieunternehmen des Grenzlandes gleichfalls diese Dreiteilung zugrunde legen²⁾.

Bei Darstellung der verschiedenen Arten der Finanzierung trat für uns eben zum ersten Male der Begriff des Kredites als ein Mittel der betriebswirtschaftlichen Finanzierung auf.

1) Siehe Beckmann, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, München 1949, Seite 31-33!

2) Der Meinung Schmalenbachs hingegen vermögen wir uns nicht anzuschließen. Unterscheidet dieser doch lediglich Selbstfinanzierung und Fremdfinanzierung, wobei er die Beteiligungsfinanzierung (neben der Darlehensfinanzierung) als eine Unterart der Fremdfinanzierung nennt. Wir glauben die Kapitaleinlage zum Beispiel eines neu hinzutretenden OHG-Gesellschafters keinesfalls als Fremdfinanzierung ansprechen zu können. (Vergleiche hierzu Schmalenbach, Die Beteiligungsfinanzierung, Köln 1954, Seite 10 ff. !)

Es scheint uns erforderlich, zu versuchen, ihn wenigstens kurz zu umreißen:

Kredit ist die Hergabe von Kapital gegen einen Preis (=Zins) für eine vereinbarte Zeit ¹⁾. Kredit ist die Voraussetzung jeder arbeitsteiligen Wirtschaft. "Nur durch den Kredit wurde es möglich, Kapitalteile zu großen Wirtschaftszwecken zusammenzuballen" ²⁾. Seine Aufgaben in den modernen Industrieländern sind äußerst wichtig und vielseitig.

Die überaus vielschichtigen Kreditbeziehungen der Betriebswirtschaften untereinander und die komplizierte Organisation des Kredites durch den modernen Bankenapparat ließen den Kredit zum Gegenstand des betriebswirtschaftlichen Schrifttums werden. Auch untersuchte man eingehend, unter welchen Voraussetzungen jeweils Kredit gewährt werden sollte.

Da die Betriebswirtschaften im Grenzland infolge ihrer oft geringen Eigenmittel besonders stark auf Fremdkapital angewiesen sind und deshalb häufig auf ihre Kreditwürdigkeit hin geprüft werden, seien nun im folgenden die Merkmale der Kreditwürdigkeit aufgezeigt.

2. Probleme des Kredites

(die Kreditwürdigkeit als Voraussetzung

jeden Kredites)

"Kredit ist eine Erfindung fürs Genie" (Sombart)

Leidenschaftlich geißelt Schmalenbach immer wieder in seinen Schriften die Großmannssucht und die vielen falschen Sentimentalitäten, die das deutsche Wirtschaftsleben beeinflussen. Über die Krise der dreißiger Jahre schreibt er zum Beispiel: "Hätte man die großen Kreditnehmer hinsichtlich ihrer Investitionsabsichten genau so geprüft wie die mittleren und kleinen, so hätten viele die-

1) Ähnlich auch Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 34 f.

2) Siehe Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 35!

ser Kredite unterbleiben müssen. In Wirklichkeit lag doch die Sache so, daß ein Teil der Bankdirektoren in seinem Selbstgefühl Befriedigung darin fand, große Werke als Kunden zu besitzen. Der Wunsch, vornehme Kundschaft zu gewinnen, ließ die Vorsicht zurücktreten¹⁾.

Ist auf der einen Seite das Kreditwesen für die "Krankheit" des deutschen Volkes, sein wirtschaftliches Denken von Sentimentalitäten beherrschen zu lassen, besonders anfällig, so bleibt doch auf der anderen Seite in Deutschland die Kreditkontrolle viel zu sehr in formalistischen und schematischen Kreditwürdigkeitsprüfungen stecken und somit Stückwerk.

Keines der beiden Extreme, weder Sentimentalität noch Formalismus, sollte jemals Leitmotiv einer Kreditpolitik sein.

Nennen wir nun im folgenden die uns wichtig erscheinenden Komponenten der Kreditwürdigkeit:

a) Die persönlichen Faktoren der Kreditwürdigkeit

Im Mittelpunkt jeder Kreditwürdigkeitsprüfung muß der Mensch, die persönliche Integrität des Kreditnehmers, stehen. Ist doch auch mit der volkstümlichen Sentenz "er hat Kredit" die Kreditwürdigkeit gemeint.

(Vor jeder Krediteinräumung ist jedoch zunächst zu klären, ob der künftige Kreditnehmer überhaupt geschäfts- und damit kreditfähig ist²⁾, das heißt, ob er rechtsgültig Kreditgeschäfte abschließen, sich also rechtswirksam gegenüber dem Kreditgeber verpflichten kann).

Mit vollem Recht stellt die betriebswirtschaftliche Literatur die Persönlich-

1) Siehe Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 38!

2) Diese Auffassung von dem Begriff der Kreditfähigkeit steht in Widerspruch zu der Meinung von Mellerowicz - Jonas, die in der Kreditfähigkeit alle Faktoren der Kreditwürdigkeit sehen, die nicht unmittelbar von der Persönlichkeit des Kreditnehmers ausgehen (siehe Mellerowicz - Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditwürdigkeit, Berlin 1957!).

keit des Kreditnehmers in charakterlicher und fachlicher Hinsicht in den Mittelpunkt der Kreditwürdigkeitsprüfung¹⁾. ("In keiner Tätigkeit sind so viele entdeckte Talente benötigt und so viele unentdeckte Nieten beschäftigt"²⁾.)

In der kreditwirtschaftlichen Praxis aber steigt die Verbürokratisierung ständig, an Verantwortungsfreudigkeit mangelt es immer mehr, und das Denken in bedinglichen Sicherheiten dringt³⁾ derart vor, daß das Kreditgeschäft oft lediglich zur Beleihung degradiert wird.

Rein äußerlich widerspiegelt sich diese Entwicklung bereits in der Tatsache, daß in der Bankwirtschaft vielfach an die Stelle des selbstverantwortlichen und unabhängigen Privatbankiers der in eine bürokratische Maschinerie eingezwängte Dezernent der Großbank getreten ist.

Aber nicht allein vom betriebswirtschaftlichen, sondern auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sollten Kaufleute mit einem zuverlässigen Charakter, die wertvolle technische und kaufmännisch-finanzielle Begabung und eine reiche Erfahrung in ihrem Beruf besitzen, denjenigen Kreditnehmern vorgezogen werden, die nur über Realsicherheiten verfügen.

Eine weite Verbreitung dieses Grundsatzes, den Menschen, die Person des Kreditnehmers mehr in den Mittelpunkt von Kreditwürdigkeitsprüfungen zu stellen, würde auch die Kreditversorgung der Unternehmungen im Grenzland verbessern. Wurden doch diese bislang vernachlässigt, da sie bei der Stellung sachlicher Sicherheiten nicht mit den Unternehmungen in anderen Gebieten konkurrieren können. Außerdem läßt das Denken in Sicherheiten den Kredit an Großunternehmungen bevorzugen, während ja bei Mittelkrediten, wie sie für die Grenzlandwirtschaft vornehmlich in Frage kommen, die persönliche Integrität des Unternehmers die

1) Vergleiche unter anderen Roßle, Methoden der mittelständischen Kreditprüfung(Broschüre),

Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 38 ff.,

Mellerowicz - Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit,

Berlin 1957, Seite 15 ff.,

Kalveram, Bankbetriebslehre, Wiesbaden 1950, Seite 56!

2) Siehe Linhardt, Kreditkontrolle, Essen 1954, Seite 39!

3) Vergleiche Mellerowicz - Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, Berlin 1957, Seite 9 ff.!

wichtigste Kreditabsicherung bildet.

"Das Menschliche bedeutet im Kreditverkehr mehr als das Sachliche, das zwischen zwei Aktendeckeln verwahrt wird. In der Kreditentscheidung geht es bei aller Sachlichkeit der Bearbeitungsmethode wesentlich um die Person, ihr Können und Wollen. Soweit das Bankgeschäft als Kunst gelten kann, beruht diese in der richtigen Beurteilung von Menschen und menschlichen Verhältnissen; in der Menschenkenntnis weit mehr als in wirtschaftlichen und finanziellen Fachkenntnissen" ¹⁾.

b) Die sachlichen Faktoren der Kreditwürdigkeit

Obwohl die Person des Kreditnehmers, der Mensch mit seinem Charakter und seinen beruflichen Fähigkeiten im Mittelpunkt der Kreditwürdigkeitsprüfung stehen soll, so wird sich doch daneben die Prüfung auf sachliche Momente erstrecken.

Auch wenn durch die Erfüllung materieller Voraussetzungen jeder erdenklichen Art das Risiko für den Kreditgeber erheblich vermindert und die Sicherheit des Kredites vergrößert werden kann, so sei doch gesagt: Es gibt keinen absolut sicheren Kredit, denn in der Wirtschaft ist alles in Fluß, es gibt keine objektiven und feststehenden Werte und Daten. In besonderem Maße gilt dies von den dinglichen Sicherheiten, "weil sie auf die Gegenwart und nicht auf die Zukunft abgestellt sind" ²⁾.

Gerade in Zeiten, da ihnen am meisten vertraut wird, in Zeiten grundlegender Umgestaltungen der Wirtschaft, in denen alle bestehenden Wertrelationen ungültig werden, sind diese dinglichen Sicherheiten oft wenig tauglich, da eben die als Sicherheit dienenden ³⁾ Vermögensteile der Umwälzung und Vernichtung der Werte ausgesetzt sind.

1) Siehe Linhardt, Kreditkontrolle, Essen 1954, Seite 131!

2) Siehe Mellerowicz - Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, Berlin 1957, Seite 16!

3) Vergleiche Mellerowicz - Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, Berlin 1957, Seite 16!

Außer dinglichen Sicherheiten ist die Kenntnis der Bilanzen sowie der Gewinn- und Verlustrechnungen und anderer betriebswirtschaftlicher Zahlen eine wichtige sachliche Voraussetzung für Kredite. Anhand dieser betrieblichen Unterlagen wird die wirtschaftliche Lage des kreditsuchenden Unternehmens betrachtet. Wertvolle Einblicke in den Betriebsablauf werden gewonnen. Die Analyse von Bilanzen ist deshalb zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit einer Unternehmung recht dienlich¹⁾.

Aber nicht nur auf die gegenwärtige Lage des Unternehmens sei die Kreditwürdigkeitsprüfung gerichtet, sondern in allererster Linie auf die zu erwartende Entwicklung:

Das Material des Rechnungswesens kann auch zu einer aufschlußreichen Ertragsvorschau und zur Untersuchung der künftigen Vermögens- und Finanzlage ausgewertet werden. Dabei ist festzustellen, wie sich der neu aufzunehmende Kredit auf die Wirtschaftlichkeit, die Umsatzentwicklung und die Ertragslage sowie auf die Bilanzstruktur auswirken wird. Des weiteren ist zu prüfen, ob der fragliche Kredit für seinen Zweck ausreichend ist (ein zu knapper Bankkredit kann mehr schaden als nützen).

Eine Kreditwürdigkeitsprüfung mit dem Blick auf die Zukunft sollte ferner die allgemeinen Aussichten der Branche mit einbeziehen, insbesondere ob nicht eine gefährliche Überkapazität zu erwarten ist. In diesem Zusammenhang ist außerdem die Stellung des kreditsuchenden Unternehmens innerhalb der Branche zu vermerken, am exaktesten und vorteilhaftesten natürlich durch entsprechende Betriebsvergleiche.

Die kritische Betrachtung der künftigen Entwicklung kann jedoch nicht bei der Branche halt machen, sondern erstreckt sich am besten noch auf eine allgemein wirtschaftliche Konjunkturvorschau. So haben ja auch die Banken durch das Ausmaß ihrer Kredithergabe Einfluß auf das Tempo und die Intensität konjunktureller Aufwärts- und Abwärtsbewegungen. Unendliche Kreditsummen sind schon vernichtet worden und große Kreditkrisen entstanden, weil allgemein-wirtschaftliche Strömungen bei der Kredithergabe nicht

1) Auch Betriebsbegehungen sind zweckmäßig.

genügend beachtet wurden.

Die Kreditprüfung ist nicht nur eine Prüfung vor Hergabe des Kredites, sondern bedeutet zudem eine Kontrolle während seiner ganzen Laufzeit. Die Kreditkontrolle überwacht die vereinbarte Verwendung des Kredites und achtet darauf, daß der Kredit in jeder Hinsicht so sicher bleibt wie bei der Hergabe. Die Untersuchungen und Überlegungen der Kreditwürdigkeitsprüfung müssen deshalb von Zeit zu Zeit wiederholt werden.

Banken können dabei von der Lebhaftigkeit des Umsatzes der debitorischen Konten auf die Geschäftslage der Kreditnehmer, ihre Kalkulation, Preispolitik und die Möglichkeit der pünktlichen Kreditrückzahlung sowie durch entsprechende Vergleiche auf die Lage einer ganzen Branche schließen.

"Jede von der Bank dem Kreditgeber vermittelte Erkenntnis der Geschäftslage ist geeignet, ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zu fördern.

Der Kreditgeber wird dadurch in die Lage versetzt, sein Interesse für das Unternehmen durch Erteilung von gutem Rat, durch klärende, aufmunternde und anregende Hinweise zur rationelleren Benutzung der Kredite, durch Warnung vor kurzfristigen Handlungen, durch bewegliche Anpassung der Kredite nach Form und Inhalt an die sich wandelnden Bedürfnisse zu aktivieren. Eine solche verantwortungsbewußte Kreditkontrolle bedeutet eine erhöhte Kreditsicherung, eine starke Risikobeschränkung, sie wirkt produktiv"¹⁾.

Diese Worte Kalverams können nur nachdrücklich unterstrichen werden, doch gehört es, abgesehen von besonderen Umständen, andererseits bestimmt nicht zur Aufgabe der kreditgebenden Banken, den Kreditnehmer unnütz zu bevormunden und in seine internen Betriebsdispositionen mehr als notwendig einzugreifen.

Das Gewicht des Kapitals und des Kredites ist gegenüber den anderen Produktionsfaktoren, Arbeit und Lebensraum²⁾, im Steigen begriffen. Die Investitionen verschlingen immer gewaltigere Kapitalen, und die Menschen, die über

1) Siehe Kalveram, Bankbetriebslehre, Wiesbaden 1950, Seite 57!

2) Vergleiche hierzu Abschnitt C, III, 1, a!

die Verteilung und den Einsatz dieser Unsummen entscheiden, die Menschen, die das komplizierte Stellwerk des Kreditapparates einer modernen Volkswirtschaft bedienen, tragen eine schwere Verantwortung die nur allzuoft leichtsinnig und gewissenlos mißachtet wird. Eindringliche und unvergleichliche Worte Schmalenbachs sollen deshalb unsere Ausführungen über die Grundsätze der Kredithergabe beenden:

"Der bodenlose Leichtsinn, noch mehr die wirtschaftliche Stümperhaftigkeit, mit der wir in Deutschland große Finanzierungsvorhaben betrieben haben, ist in einem Lande mit ungenügendem Kapital ein Verbrechen. Jeder hat das Recht, sich in wirtschaftlichen Dingen zu vergreifen, keiner macht alles richtig, aber in der Art, wie Minister, Oberbürgermeister und Generaldirektoren Kapital für Nonvaleurs vertan haben, geht es wirklich nicht. Wenn ich die Macht dazu hätte, würde ich leichtfertige und grobfahrlässige Kapitalvernichtung zu einem Delikt des Strafgesetzbuches machen, denn Kapitalvernichtung hat in hohem Grade Schädigung der Volkswohlfahrt und Herabsetzung des nationalen Ansehens, in einzelnen Fällen Elend und Tod von Mitbürgern zur Folge. Wer sich als miserabler Kapitalverwalter erweist, muß wenigstens seinen für ihn zu einflußreichen Posten unnachsichtlich verlieren"¹⁾.

II. Probleme der Eigenfinanzierung

der Industrieunternehmungen des Grenzlandes

Die Ertragslage und die Konkurrenzfähigkeit vieler Industrieunternehmungen Nordost- und Ostbayerns sind durch die Abseitigkeit des Standortes sehr vermindert, wird doch die Kostenrechnung durch die hohen Transportkosten ungemein belastet.

Aus diesem Grunde erscheint es durchaus erklärlich, daß diejenigen, die über freie Kapitalien verfügen, ertragsgünstige Anlagen beispielsweise im Westen des Bundesgebietes bevorzugen und sich nur ungern an Unternehmungen im abseitigen Grenzland beteiligen.

1) Entnommen aus Schmalenbach, Die Beteiligungsfinanzierung, Köln 1954, Seite 23!

Diese Abneigung gegen Beteiligungen in Nordost- und Ostbayern ist jedoch nicht nur bei Kapitalbesitzern vorhanden, die den Grenzraum bislang nicht zu ihrem wirtschaftlichen Interessengebiet zählten.

Sogar die Unternehmungen des Grenzlandes selbst verwenden freie Mittel zuweilen nicht zur Verbreiterung ihrer eigenen Kapitalbasis oder um sich an anderen Unternehmungen Ostbayerns zu beteiligen. Sie ziehen diese freien Summen lieber ab und benutzen sie zu Anlagezwecken in meist westlicher gelegenen Gebieten, die militärisch als weniger gefährdet gelten und deren gewerblicher Standort besser und ertragreicher ist.

Dieser Vorgang ist zwar heute nicht mehr sehr häufig, doch war er zur Zeit des Korea-Krieges vielfach zu beobachten.

So können wir also sagen, daß der Sog des Kapitals nach Westen die Möglichkeiten der Beteiligungsfinanzierung im Grenzland vermindert.

Mit diesen Worten ist wohl das Hauptproblem der Eigenfinanzierung der Industrieunternehmungen im Grenzland am deutlichsten umrissen.

Eine Verbreiterung der Eigenkapitalbasis über den offenen Kapitalmarkt, die Börse, ist nämlich für den überwiegenden Teil der Unternehmungen Nordost- und Ostbayerns nicht möglich: in diesem Raum, in den Regierungsbezirken Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern sind nur 159 Aktiengesellschaften¹⁾ im Handelsregister eingetragen (das entspricht 6 - 7 % der Aktiengesellschaften des ganzen Bundesgebietes). Überdies werden aus dieser ohnehin geringen Menge die Aktien von nur wenigen Gesellschaften an der Börse gehandelt, da die Mehrzahl Familienunternehmungen sind.

Lediglich die Aktien von etwa zwanzig ostbayerischen Aktiengesellschaften sind an der Bayerischen Börse amtlich notiert. Nur diesen zwanzig Unternehmungen aus der großen Zahl der mehr als zehntausend in Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern handelsgerichtlich eingetragenen Firmen steht also der Zugang zum offenen Kapitalmarkt der Börse offen.

1) Siehe Tafel 2, Seite 27 !

Die im Grenzland handelsgerichtlich

eingetragenen Unternehmungen

- Stand vom 31. 12. 1957 -

	Ober- franken	Ober- ¹⁾ pfalz	Nieder- ²⁾ bayern	Ost- bayern
Einzelunternehmungen	3016	1782 ³⁾	1819	6617
Offene Handelsgesellschaften	1076	493	516	2085
Kommanditgesellschaften	625	275	298	1198
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	407	267	135	809
Aktiengesellschaften	81	47	31	159
Sonstige	7	-	-	7

1) einschl. Landkreis Kelheim

2) ohne Landkreis Kelheim

3) in dieser Zahl sind einige wenige Unternehmungen enthalten, die in einer sonstigen - in unserer Zusammenstellung nicht gesondert aufgeführten - Gesellschaftsform betrieben werden.

Quelle: nach Angaben der Handelskammern in Bayreuth, Regensburg und Passau

III. Probleme der Selbstfinanzierung

der Industrieunternehmungen des Grenzlandes

Die Konkurrenzfähigkeit ist die Kraft, die den Betriebswirtschaften ermöglicht, ihre erstellten Leistungen und Produkte auf dem Markt abzusetzen. Rößle¹⁾ nennt den Standort als ersten und wichtigsten Bestandteil dieser betriebswirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit:

"... ist der Nachweis zu führen, daß Betriebswirtschaften in der technischen, finanziellen und sonstigen Ausstattung optimal sind, jedoch im Endeffekt nur mangelhaft konkurrenzfähig sind oder der Konkurrenz völlig unterliegen, da sich ihr Lebensraum verschlechtert hat..., was im Vergleich zur Konkurrenz eine starke Belastung der Ertragslage bedeutet".

Dies gilt für die Betriebswirtschaften Nordostbayerns nach Errichtung des Eisernen Vorhangs in besonderer Weise!

So schreibt zum Beispiel die Handelskammer Bayreuth:

"Wenn die nordostbayerische Industrie in ungünstigeren Konjunkturabschnitten im Markte bleiben will, kann ein Ertragsverzicht bis zur Selbstkostengrenze und selbst darunter notwendig werden. Zwangsläufig muß, dauert ein solcher Zustand über eine längere Zeit an, ein zunehmender, oftmals zunächst kaum sichtbarer Substanzverzehr der Unternehmungen die Folge sein"²⁾.

1. Der Standort

als gewinnschmälernder Faktor

a) Die Verlängerung der Beschaffungs- und Absatzwege als Folge der Er- richtung des Eisernen Vorhangs

Die Betriebswirtschaftslehre versteht unter einer Betriebswirtschaft die "harmoni-

1) Siehe bei Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 255!

2) Siehe "Oberfränkische Wirtschaft", 1955, Nr. 6, Seite 6!

sche Kombination der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden und Wissenschaft" ¹⁾.

Allenthalben wird in der vorliegenden Arbeit deutlich, daß der Begriff des Produktionsfaktors Boden zweckmäßigerweise möglichst weit zu fassen ist, und zwar als "Lebensraum der Betriebswirtschaften schlechthin".

Nach Rößle sind die Faktoren, die den Lebensraum einer Betriebswirtschaft bestimmen, äußerst vielfältig. Er nennt: Rohstoff- und Energiequellen, Grundstückspreise, Vorhandensein menschlicher Arbeitskräfte, Verkehrsmittel und -wege, Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten, ferner psychologische und politische sowie staatswirtschafts- und sozialpolitische Motive.

Mit vollem Recht sagt er: "Die Lebensfähigkeit einer Betriebswirtschaft kann sehr beeinträchtigt werden, wenn Beschaffungs- und Absatzradius durch wirtschaftsstrukturelle Änderungen, Veränderungen der politischen Grenzen wirtschaftspolitische Maßnahmen und dergleichen gestört werden" ²⁾.

Die Ergebnisse, zu denen die vorliegende Arbeit gelangt, berechtigen, diesen Satz zu ergänzen und zu sagen, daß durch plötzliche, tiefgreifende Veränderungen von Beschaffungs- und Absatzradien die Lebensfähigkeit der Betriebswirtschaften nicht nur gestört, sondern sogar vernichtet werden kann. Damit belegen wir auch unsere Meinung, daß nämlich nicht nur der Standort im engeren Sinne, also der Grund und Boden, sondern der Lebensraum schlechthin eine unbedingte Voraussetzung für das Leben der Betriebswirtschaften und somit ein Produktionsfaktor ist.

Wie günstig eine gute Standortlage in der Tat die Entwicklung und Entstehung von Industrien beeinflussen kann, zeigt das Beispiel der nordost- und ostbayerischen Wirtschaft:

Fleißige Menschen, die sich mit einem kargen Boden abplagten, nützten alles Vorhandene, den Holzreichtum der Wälder und die mannigfaltigen Bodenschätze. So begründeten sie zum Beispiel auf ihren Flachsanbau ein textiles Gewerbe.

1) Siehe Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 15!

2) Siehe Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 52!

be und im Fichtelgebirge eine Steinindustrie, die den vorhandenen Stein abbaute und weiterverarbeitete.

Später nutzten sie für ihre Industrien die vor den Toren liegenden Rohstoffquellen Mitteldeutschlands und Böhmens. Auf der anderen Seite wiederum war Mitteldeutschland auch der Hauptabnehmer der Produkte, die auf den Bedarf und die Verbrauchsgewohnheiten der dortigen Bevölkerung ausgerichtet waren. Die Expansion wurde gefördert durch das traditionelle Lohngefälle vom Westen nach dem Osten des Reiches, dem allerdings auf der anderen Seite ein ähnliches Preisgefälle der Lebenshaltung entsprach.

Am 8. Mai 1945 war der zweite Weltkrieg zu Ende, die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Der Krieg hinterließ in Nord- und Ostbayern nicht nur einen ungeheueren Strom von Flüchtlingen, sondern auch überall zerstörte Produktionsstätten. Die Siegermächte beschlossen die Zonenaufteilung Deutschlands. In den folgenden Jahren, in den Jahren des kalten Krieges, wurde dann nicht nur Deutschland in Ost und West gespalten, sondern auch Europa, bis schließlich die ganze Welt in eine östliche und eine westliche Hälfte zerfiel. Diese Teilung der Welt geht mitten durch Deutschland die bayerische Nord- und Ostgrenze entlang.

Der ungeheuerliche Willkürakt der Grenzziehung mitten durch Deutschland und die Schließung der Grenze zur Tschechoslowakei hatten, wie alle Grenzziehungen, schwerwiegende Folgen auf allen Gebieten des Lebens, besonders aber in wirtschaftlicher Hinsicht:

Von altersher hatte die Industrie Oberfrankens und der nördlichen Oberpfalz ihrer Struktur nach nicht so sehr zum übrigen Bayern gehört. Zusammen mit Sachsen, Thüringen und Nordböhmen hatte sie vielmehr den größten Konsumgütererzeugenden Industrieraum Europas gebildet. All die vieltausendfältigen, organisch gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen zerschnitt der Eiserne Vorhang. Zurück blieb dort ein Torso, hier ein amputiertes Glied eines einst gesunden und leistungsfähigen Körpers.

Ebenso wie die Schließung der Grenze nach Sachsen und Thüringen zerriß die Errichtung des Eisernen Vorhangs längs der Grenze zur Tschechoslowakei jahrhundertealte wirtschaftliche Beziehungen. Die gegen Böhmen hin bestehende Grenze war ja im wesentlichen nur eine rein politische gewesen und hatte nicht den wirtschaftlichen Austausch gehindert. Ganz im Gegenteil, der Austausch

war sehr rege, denn die Industrie im bayerischen Grenzland war auf die benachbarten böhmischen Rohstoffquellen angewiesen.

Die Wirkung der Grenzsperrung wurde durch die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen zusätzlich verschlimmert. Denn immer war die politische Grenzziehung zu Böhmen durch die persönlichen Bindungen des zu beiden Seiten der Grenze siedelnden einheitlichen Volksstammes gemildert gewesen.

Wie sehr die nordostbayerische Grenzlandwirtschaft zusammen mit den Nachbarräumen ein geschlossenes Industriegebiet bildete, sei anhand nur weniger Beispiele beleuchtet:

Bis 1945 bezog die nordbayerische Wirtschaft frachtgünstig ihre wichtigsten, zum Teil frachthochempfindlichen Rohstoffe, wie Braunkohle, Kaolin, Häute usw., aus dem benachbarten böhmischen und mitteldeutschen Raum. Gleichzeitig setzte sie in diesem Raum den größten Teil ihrer Konsumgüter ab.

Hierüber äußert sich zum Beispiel die Kammer in Bayreuth wie folgt: "Die neue Grenzziehung hat diese alten frachtgünstigen Bezugs- und Absatzmöglichkeiten, die den Standort der oberfränkischen Industrie ausmachten, brutal vernichtet. Vergleichbar ist dieses Geschehen nur etwa mit der Zerreißung des oberschlesischen Industriegebietes im Jahre 1918." ¹⁾

Einige Wirtschaftsgruppen des Grenzlandes litten und leiden ganz besonders unter den neuen Verhältnissen:

Bis zu 90% und mehr setzten früher beispielsweise die Grenzlandbrauereien in die heute ihnen verschlossenen Gebiete ab. Aus Geschäftsberichten zitieren wir: "Im Absatzgebiet unseres Grenzlandes herrschen chaotische Zustände, die vor allem durch die bedeutenden Absatzverluste der Grenzbrauereien in der russischen Zone bedingt sind." ²⁾ Oder: "Es galt durch größte Anstrengungen wenigstens teilweise einen Ersatz für den Ausfall der sächsischen und thüringischen Kundschaft zu suchen." ³⁾ Oder: "Der Bierausstoß im Berichtsjahr liegt

1) Siehe "Oberfränkische Wirtschaft", September 1952, Seite 4 !

2) Siehe Geschäftsbericht 1950 Exportbierbrauerei Rehau !

3) Siehe Geschäftsbericht 1949/50 Deininger Kronenbrauerei AG., Hof !

unter dem bayerischen Landesdurchschnitt, der Grund hierfür ist die überaus scharfe Konkurrenz einer Reihe oberfränkischer Betriebe, die infolge ihrer verlorenen Absatzquellen in der Ostzone mit allen ihnen zu Gebote stehenden und oftmals ungewöhnlichen Mitteln versuchen, die erlittenen Verluste in anderen Gebieten wieder auszugleichen" ¹⁾.

Während bei den Brauereien in erster Linie Absatzschwierigkeiten auftraten, waren es bei der Porzellanindustrie besonders Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung:

"Vor allem bereitete der gegen Ende des Jahres [1950] fühlbar werdende Kohlenmangel erhebliche Schwierigkeiten, die zeitweilig zu Kurzarbeit geführt haben" ²⁾.

Gerade bei der Porzellanindustrie war ja die Lage in den Nachkriegsjahren durch die Ausschaltung der tschechischen Braunkohlengruben sehr schwierig, da sie auf die Braunkohle des Falkenauer Reviers eingerichtet war. Auf der räumlichen Nähe dieser Gruben hatte nicht zuletzt ihre günstige Entwicklung vor dem Kriege beruht. Außerdem war sie vom Karlsbader Kaolin abhängig, sind doch die hervorragenden böhmischen Kaoline ein unersetzbarer Rohstoff zur Herstellung von Qualitätsporzellan (heute muß man Kaolin von weither beziehen, von England und Schweden).

Die abwechselnde unvermutete Abstopfung und Wiederaufnahme der ohnehin geringen tschechischen Lieferungen an Kohle, Kaolin und Tonen beunruhigten die Porzellanindustrie zusätzlich. So konnte zum Beispiel die plötzliche und unangekündigte Einstellung der tschechischen Kohlenlieferungen am 1. Januar 1951 nur durch die persönliche Einschaltung des Bundeswirtschaftsministers wenigstens teilweise durch Ersatzlieferungen aus dem Ruhrrevier ausgeglichen werden ³⁾.

1) Siehe Geschäftsjahr 1952 Bayreuther Bierbrauerei AG.!

2) Siehe Geschäftsbericht 1950 Rosenthal Porzellan AG., Selb!

Ähnlich wie die zitierte Rosenthal AG. klagen auch andere Porzellanfabriken, wie die Carl Magnus Hutschenreuther AG. und die Porzellanfabrik Bayreuther, Waldsassen, in ihren Geschäftsberichten über Kohlen-, Kaolin- und Tonversorgungsschwierigkeiten.

(Siehe die Geschäftsberichte der genannten Firmen für die Jahre 1950/51!

3) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", Januar 1951, Seite 3!

Ähnlich wie die Brauereien und die Porzellanfabriken geriet die oberfränkische Textilindustrie an den Rand des Abgrundes. Sie war ja ein Teil des sächsischen und thüringischen Textilraumes gewesen, der nach dem Kriege zur Sowjetzone geschlagen wurde. Damit durchschnitt man das organisch gewachsene deutsche Textilzentrum.

"Betroffen war hierdurch [durch die Grenzziehung] insbesondere die bedeutende und früher exportkräftige heimische Handwebwarenindustrie und mit ihr die umfangreiche Hausweberei des Frankenwaldes, nachdem die seit Jahrzehnten eingespielte Versorgung mit Wollgarnen aus Sachsen und Thüringen völlig abgeschnitten und die Industrie bei dem Mangel an Wollspinnraum in Bayern auf die Versorgung aus den bis jetzt sich weitgehend versagenden württembergischen Wollspinnereien angewiesen ist" ¹⁾.

Unsere Ausführungen über die enge wirtschaftliche Verflechtung Nordostbayerns mit den Nachbarräumen lassen bereits ahnen, wie sehr die Ausgangsposition der Unternehmungen des Grenzlandes im Konkurrenzkampf der Nachkriegsjahre untergraben ist, da ihr die Abschnürung der Grenzen nach Norden und Osten den Lebensraum zerstört hat:

Wenn einstmals die Rohstoffvorkommen und die Absatzmärkte etwa 50 bis 150 km entfernt waren, so betragen diese Entfernungen heute viele Hunderte von Kilometern. Eine Betrachtung der Karte offenbart, daß sich allein im Verkehr nach Nord- und Westdeutschland aus dem toten Winkel heraus Mehrentfernungen von etwa 200 km ergeben, da das in die Bundesrepublik vorspringende Thüringen umfahren werden muß ²⁾. 200 km sind zu überwinden, um überhaupt erst Anschluß an die Hauptverkehrsstränge im heutigen Westdeutschland zu finden. Auch die ehemals günstige Lage zu den Seehäfen Hamburg und Bremen ist nicht mehr vorhanden.

Die Grenzziehung hat aus Nordostbayern ein "abseitiges Industriegebiet" gemacht. ³⁾ Eine derartige Erscheinung ist bislang noch kaum bekannt. Waren doch die konsumgütererzeugenden Industrien wegen der Transportkosten immer

1) Aus einem Brief des Industrie- und Handelsgremiums Hof vom 5. Juli 1947 an den bayerischen Ministerpräsidenten.

2) Siehe Tafel 1, Seite 4a

3) Vergleiche Angerer, Oberfranken, ein marktfernes Industriegebiet, Seite 9, Sonderdruck aus: Auf neuen Wegen, die Wirtschaft in Bayern, München 1957!

nur in der Nähe der Verbraucherzentren, also niemals an der Peripherie von Volkswirtschaften, entstanden. Politische Willkür warf dieses Gesetz wirtschaftlicher Organik um !

Die Industrie des Grenzlandes liegt heute entfernt von den Verbraucherzentren in einem toten Winkel des westdeutschen Wirtschaftsgebietes. Sie muß sich auf neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte umorientieren. Die dadurch vervielfachten Entfernungen erhöhten ihre Transportkosten ungemein und belasten die Kostenrechnung der Grenzlandindustrie derart, daß sie den Wettbewerb mit den zum Markte günstiger gelegenen Konkurrenten nicht oder nur sehr schwer besteht.

Im Jahre 1950 betrugen zum Beispiel die der oberfränkischen Wirtschaft entstandenen Mehrfrachten allein für Kohle 50 Millionen DM ¹⁾.

Da leider keine gesonderte Statistik über die Verlagerung des Kohlenbezuges der Grenzlandwirtschaft vorhanden ist, muß uns Tafel 3 genügen ²⁾, auf der die Verlagerung des Kohlenbezuges Gesamtbayerns nach dem Kriege dargestellt ist.

Wie schwerwiegend in einzelnen Fällen die Frachtmehrbelastung nach Errichtung des Eisernen Vorhangs ist, legt die Industrie- und Handelskammer Regensburg dar ³⁾:

" Ein Werk der eisenschaffenden Industrie stellte im Berichtsjahr fest, daß die Eingangsfrachten je Tonne Eisen bei ihm 20% der Gesamtkosten ausmachten, gegenüber 10% bei den Konkurrenzwerken an der Ruhr. Davon entfielen allein 12,5% auf die Heranführung von Brennstoffen. Ein elektrotechnisches Unternehmen errechnet die Frachtenmehrbelastung (Ein- und Ausgangsfrachten) in Vergleich zu den Verhältnissen bei seiner westdeutschen Konkurrenz auf 4 bis 5% des Verkaufserlöses, und eine Glashütte nannte als Jahresmehrbelastung durch Frachten die absolute Summe von 350.000 DM. "

1) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", 1952, Nr.9, Seite 4!

2) Siehe Tafel 3, Seite 35.

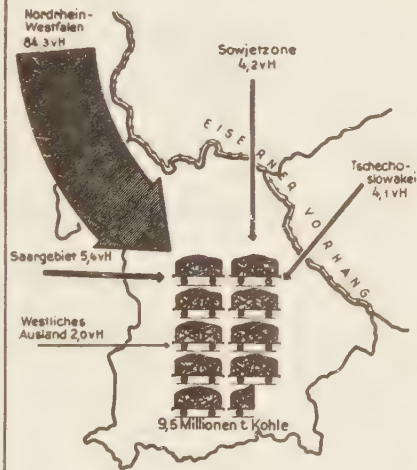
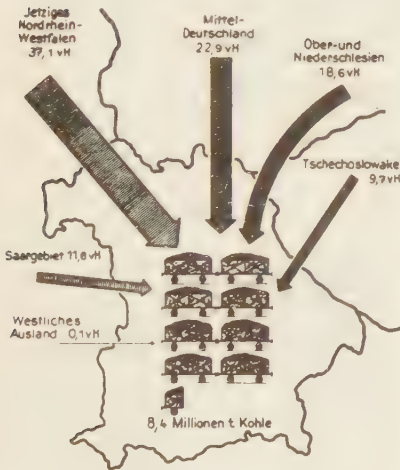
3) Siehe Jahresbericht der Kammer 1951, Seite 2!

Die Verlagerung des Kohlenbezugs Bayerns infolge des „Eisernen Vorhangs“

Bezug Bayerns an Stein- und Braunkohle auf der Eisenbahn aus außerbayerischen Gebieten

Vor dem Krieg (1938)

Nach dem Krieg (1951)



Bezüge aus den Gebieten, die jetzt westlich des „Eisernen Vorhangs“ liegen

Bezüge aus Gebieten, die jetzt östlich des „Eisernen Vorhangs“ liegen.

Die Breite der Pfeile entspricht dem vH-Anteil der einzelnen Gebiete an der Kohlebelieferung Bayerns.



≈ 1 Million t Kohle

Bayerisches Statistisches Landesamt

Entnommen aus:
Industrie- und Handelskammer Regensburg
Jahresbericht 1953, Seite 20

Falls man uns aber entgegenhalten wollte, daß die hohen Frachtkosten durch die extrem niedrigen Löhne Ostbayerns kompensiert werden, so müssen wir sagen, daß dies auf einer irrigen Ansicht beruht, denn das westöstliche Lohngefälle ist heute lange nicht mehr so steil wie früher und kann deshalb die hohen Frachtkosten nur wenig ausgleichen; dies möge uns ein kleines Beispiel veranschaulichen:

Gehen wir einmal von der Tatsache aus, daß zum Verspinnen von 10 t Baumwolle der Nummer 50 zweitausend Arbeitsstunden benötigt werden ¹⁾.

Dies würde, wenn wir die durchschnittlichen Bruttolohnstundenverdienste vom August 1957 zugrunde legen, folgende Lohnkosten bedeuten:

in Oberfranken: 3.004, -- DM ²⁾

(unter Verwendung der durchschnittlichen Stundenverdienste in Bayern ³⁾

und in Nordrhein-Westfalen: 3.456, -- DM

Und nun der Unterschied bei den Frachtkosten:

10 t US- oder mexikanische Baumwolle kosten

von Bremen nach Hof (481 km) 3.860, --DM Fracht ⁴⁾,

von Bremen nach Krefeld
(286 km) jedoch nur 1.810, --DM Fracht ⁴⁾.

1) Nach Angaben einer Spinnerei.

(Diese Arbeitsstunden können bei einzelnen Betrieben je nach Maschinenpark, Arbeitsbedingungen usw. um 20% nach oben oder nach unten schwanken. Außerdem würde das Verspinnen eines gröberen beziehungsweise eines feineren Garnes die Arbeitszeit wesentlich verkürzen oder verlängern.)

2) Vergleiche Tafel 4, Seite 37 !

3) Ohne weiteres können wir die durchschnittlichen Stundenverdienste Bayerns und Oberfrankens gleichsetzen, da die bayerischen Tarife, zumindest die nordbayerischen, im oberfränkischen Textilgebiet uneingeschränkt gelten. Innerhalb der bayerischen Textilindustrie besteht also kein West-Ost-Lohngefälle.

4) Nach Angaben der Firma Millitzer & Münch, Hof (Ausnahmetarif 28 F 1).

Ziffern zum West - Ost - Lohngefälle

innerhalb des Bundesgebietes

(Durchschnittliche Bruttostundenverdienste
- in Pf. - im August 1957)

	Bayern	Nordrhein- Westfalen	Bundes- gebiet
Gesamte Industrie	187,7	237,0	219,1
Steine und Erden	196,8	243,2	221,9
Säge- und Hobelwerke	173,4	192,7	179,4
Feinkeramische Industrie	166,6	220,1	184,9
Textilgewerbe; davon	157,4	183,1	173,3
Spinnerei und Garnverarbeitung	150,2	172,8	168,1
Weberei	159,5	190,3	180,7

Quelle: Preise, Löhne, Wirtschafts-
rechnungen, Reihe 15,
Arbeitnehmerverdienste in
Industrie und Handel (Teil I
Arbeiterverdienste) August
1957, Seite 26-31

Die Frachtkosten der oberfränkischen Spinnereien sind also über doppelt so hoch, nämlich um 2.000, -- DM höher als die der Konkurrenzbetriebe im Westen. Diesem Mehrbetrag stehen aber auf der anderen Seite nur etwa 400, -- DM Ersparnisse durch niedrigere Löhne gegenüber. Das Lohngefälle kompensiert also die Mehrfrachten, die den oberfränkischen Spinnereien allein auf der Beschaffungsseite entstehen, nur etwa zu 20%.

Würden wir darüber hinaus noch die Mehrfrachten auf der Absatzseite berücksichtigen ¹⁾, die wohl noch gewichtiger als die auf der Beschaffungsseite sind (da die oberfränkischen Spinnereien aus der Totwinkellage heraus an weit entfernte Abnehmer liefern müssen), so wird der Kostenvorteil des niedrigeren Lohnniveaus im Vergleich zu diesen unerhört hohen Frachtkosten auf der Beschaffungs- und der Absatzseite schließlich gänzlich bedeutungslos ²⁾.

Zahlreiche Betriebe besonders der fracht- und rohstofforientierten Industrie Nordostbayerns haben nicht die Kraft, dieser Belastung durch die hohen Transportkosten standzuhalten.

Da die Betriebswirtschaften des Grenzlandes zu gleichen Preisen wie die marktnähergelegenen Konkurrenten verkaufen müssen, ihre Kostenrechnung jedoch mit erhöhten Frachten belastet ist, erzielen sie geringere Gewinne.

Zudem ist ihre Gewinnspanne durch hohe Stückkosten geschmälert, da ihre Kapazitäten nicht voll ausgelastet werden. Die Umsätze sind nämlich infolge der minderen Konkurrenzfähigkeit oft zu niedrig, so daß die fixen Kosten nur auf eine verhältnismäßig kleine Zahl von Produkten umgelegt werden können.

Eine kleine Ertragsquote schmälert aber die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung. Das bedeutet nachhinkende Investitionen im Vergleich zu den näher an

1) Diese Mehrfrachten auf der Absatzseite zahlenmäßig genau zu erfassen ist uns leider unmöglich.

2) Wie wir in Abschnitt E, III der vorliegenden Arbeit noch ausführen werden, können die der Grenzlandwirtschaft entstehenden Mehrfrachten nur zu einem bescheidenen Teil durch Frachthilfen ausgeglichen werden.

den Märkten gelegenen Betrieben, die wegen ihrer höheren Erträge leichter rationalisieren und modernisieren können. Doch durch diesen erneuten Rationalisierungsvorsprung verschlechtert sich die Wettbewerbslage der Grenzlandindustrie wiederum¹⁾. Dieser circulus vitiosus kann schließlich mit einem gänzlichen Ausscheiden der Grenzlandindustrie aus dem Wettbewerb enden.

b) Die Unzulänglichkeit der Verkehrswege

Rößle bezeichnet mit Recht die Verkehrswege²⁾ und die Verkehrsmittel als wesentliche, den Standort bestimmende Faktoren.

In der Tat wirken Zustand und Länge der Verkehrswege auf die Standortbedingungen der Betriebswirtschaften sowie auf die Höhe ihrer Transportkosten und beeinflussen somit den Umfang der Gewinne und die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung. (Die Gewichtigkeit von Transportkosten in den Kostenrechnungen der Unternehmungen wurde beispielsweise 1954 auf der Jahrestagung der "Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen" festgestellt; die Transportkosten der Textilindustrie betragen in Deutschland zum Beispiel 0,6 bis 3,2 %, die der Steinbruchbetriebe sogar 1,6 bis 5,7 % der Erlöse. In den Kostenrechnungen der nord- und ostbayerischen Unternehmungen spielen die Transportkosten eine noch größere Rolle.)

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr stellte am 26. Februar 1957 in seiner Haushaltsrede vor dem bayerischen Landtag fest, daß Verkehrsmängel weite Räume zum wirtschaftlichen Siechtum verurteilen können. Ein gutes Beispiel bietet hierfür das nord- und ostbayerische Grenzland, dessen Randlage durch den unzulänglichen und schadhafte Zustand der ohnehin verlängerten Verkehrswege noch verschärft wird. So ist besonders der Bayerische Wald seit jeher das soziale und wirtschaftliche Notstandsgebiet Bayerns, das

1) Vergleiche hierzu Angerer, Oberfranken, ein marktfernes Industriegebiet, Seite 9 (Sonderdruck aus: Auf neuen Wegen, die Wirtschaft in Bayern, München 1957) !

2) Vergleiche Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 53!

man einfach verkehrsmäßig nicht erschloß und - es ist eine verhängnisvolle Tradition - immer vernachlässigte.

Zu dieser Tatsache bemerkt die Industrie- und Handelskammer Regensburg zum Beispiel ¹⁾: "... Die unzulänglichen Straßenverhältnisse im Bereich des Kammerbezirkes erweisen sich immer deutlicher als größtes Hemmnis einer weiteren wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung im ostbayerischen Grenzgebiet. Den Bemühungen der Kammer um eine stärkere Industrialisierung Ostbayerns werden z. Zt. durch die quantitativ und besonders qualitativ unzureichenden Straßenverbindungen, vor allem aber auch durch das Fehlen jeglicher Erschließung des Gebietes mittels Autobahnen enge Grenzen gesetzt."

Die Verkehrswege im nord- und ostbayerischen Grenzland sind heute nicht nur wegen der erwähnten Vernachlässigung, sondern auch deshalb ungenügend, weil vor Schließung der Grenzen alle wichtigen Straßen- und Schienenwege in nord-südlicher Richtung verliefen, nämlich in der Richtung des damaligen Hauptverkehrs. Als sich dieser Verkehr nach dem Kriege plötzlich in die Ost-West-Richtung verlagerte, stieß er auf ein äußerst mangelhaftes und unzulängliches Schienen- und Straßennetz. So weist Oberfranken in der Ost-West-Richtung fast nur Straßenzüge auf, die in keiner Weise einem modernen Verkehr entsprechen. Der in den letzten Jahren vorangetriebene Ausbau genügt nicht, um den gewerblichen Standort im Grenzland wesentlich zu verbessern, das heißt, die Transportkosten der dortigen Unternehmungen erheblich zu senken.

Die Höhe der Mehrkosten, die durch Umwege mit der Bahn und auf der Straße beziehungsweise durch den Straßenzustand und den dadurch bedingten höheren Kraftfahrzeugverschleiß entstehen, ist kaum abzuschätzen, denn nicht nur die infolge der Umwege erhöhten Entfernungen, sondern auch der hierdurch verursachte Zeitverlust läßt die Transportkosten der Unternehmungen im Grenzland wachsen, wodurch deren Gewinne geschmälert und die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung verringert werden.

Großer Anstrengungen wird es bedürfen, in kurzer Zeit die jahrzehntelang vernachlässigten und lückenhaften Verkehrswege in Nordost- und Ostbayern zu er-

1) Siehe Jahresbericht der Kammer 1956/57, Seite 37!

gängen und gleichzeitig die ehemalige Nord-Süd-Richtung der Verkehrswege in eine Ost-West-Richtung zu verwandeln.

"Die Ost-West-Verbindung wird zwischen Bund und Land Bayern besprochen. Die Grenzen sind in Oberfranken zum Abgrund geworden. Ein organischer Blutkreislauf muß auch im amputierten Körper stattfinden."

Diese Worte des damaligen Bundesfinanzministers ¹⁾ gelten für das ganze ost- und nordbayerische Grenzland.

Streifen wir nun im folgenden kurz die wichtigsten Einzelprobleme, deren Lösung die Verkehrssituation des Grenzlandes erheblich bessern würde:

Da die deutsche Bundesbahn auf Grund ihrer Finanznot an eine Schließung der großen Bahnlücken vorläufig nicht denken kann, konzentriert sich das Interesse auf den Straßenbau.

Alljährlich brechen die unsolid gebauten Straßen wegen des Frostes auf. Aus diesem Grunde ist es zum Beispiel der Porzellanindustrie im Frühjahr oft unmöglich, ihre zerbrechlichen Produkte über die Kraterlandschaften der Straßen zu befördern, und die Lastzüge stauen sich in den Fabrikhöfen. Diese erhöhte Lagerhaltung kostet natürlich viel Geld und belastet die Kostenrechnungen der Unternehmungen.

Der schlechte Straßenzustand läßt jedoch nicht nur den Versand der Produkte stocken, auch die Umwege, die wegen der Straßensperren gefahren werden müssen, belasten die Unternehmungen im Grenzland mit zusätzlichen Kosten. Die Qualität der Straßen muß deshalb unter allen Umständen verbessert werden. Daneben ist der Bau mindestens einer schnellen Verbindung aus dem nordostbayerischen Industrieraum nach dem Westen wichtig.

Jedoch sehen die langfristigen Pläne des Bundesverkehrsministeriums keine Autobahn aus dem oberfränkischen Industriegebiet nach dem Westen vor.

Lediglich insofern wurden die Belange des nordostbayerischen Industrieraumes etwas berücksichtigt, als Oberfranken bei Höchstädt (Aisch) von der neuen Au-

1) Auf Verkehrstagungen in Hof und Bayreuth am 15. Januar 1950.

tobahn Nürnberg-Frankfurt wenigstens tangiert wird ¹⁾. Durch eine Zubringerstraße - deren Bau schon begonnen wurde - werden die Autobahnen Berlin-München und Nürnberg-Frankfurt zwischen Bayreuth und Höchstädt (Aisch) verbunden und so das Industriegebiet Nordostbayerns an die neu zu bauende Autobahn angeschlossen. Ein autobahnähnlicher Ausbau dieser notwendigen Verbindungslinie ist allerdings in den staatlichen Plänen nicht vorgesehen.

Ein Anliegen ²⁾ besonders der oberpfälzischen und der niederbayerischen Wirtschaft ist eine weitere Verbindung vom Grenzland nach dem Westen, nämlich der autobahnmäßige Bau der Strecke Nürnberg-Regensburg-Passau, also die Verlängerung der Autobahn Frankfurt-Nürnberg, die aber in den ministeriellen Plänen bislang nicht vorgesehen ist. Der Ausbau dieser ungemein wichtigen Strecke, auf der bereits um Regensburg, das dadurch eine Umgehungsstraße erhalten soll, Kunstbauten errichtet sind, müßte Hand in Hand mit dem weiteren Ausbau der Autobahn Wolnzach-Regensburg gehen, der erst jüngst wieder eingestellt wurde.

Trotz einer unterschiedlichen Verkehrsdichte sind die Beförderungs- und Frachtsätze der Bundesbahn in ganz Westdeutschland gleich hoch. In der Tat hat die Bundesbahn die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse zu berücksichtigen.

" Das bedeutet vor allem, daß ein Ausgleich zwischen verkehrsschwachen und verkehrstarken Strecken sowie zwischen teuren und billigen Gütern und zwischen den Frachtzählern für große und kleinere Mengen erhalten bleiben muß. Mehr denn je muß die deutsche Wirtschafts- und Verkehrspolitik danach streben, die Anziehungskraft der Wirtschaftsschwerpunkte nicht weiter zu verstärken, sondern auch dezentrale Standorte zu erhalten und zu fördern und wirtschaftlich weniger entwickelte Gebiete zu erschließen " ¹⁾.

Die Erschließung des Grenzlandes durch die Eisenbahn blieb Stückwerk. Das zusammenhanglose Verkehrsnetz besteht aus einer großen Zahl sich totlaufender Stich- und Nebenbahnen. Dies bedeutet zahlreiche Umwege, und für die Unternehmungen im Grenzland natürlich eine zusätzliche Kostenbelastung.

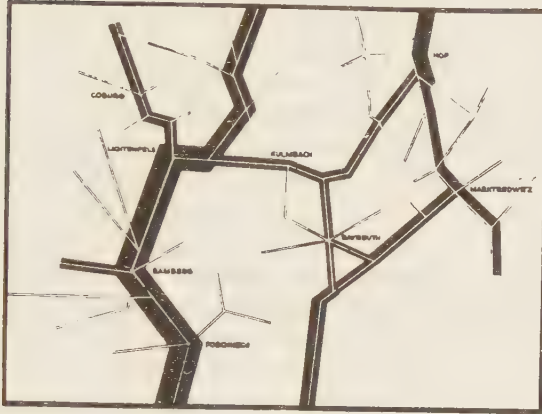
1) Nach einer Meldung der "Süddeutschen Zeitung" vom 5. August 1957.

2) Vergleiche hierzu Jahresbericht 1953 der Industrie- und Handelskammer Regensburg, Seite 40 !

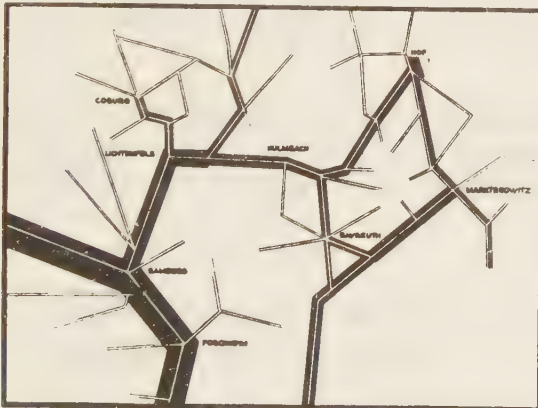
3) Siehe Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Regensburg 1956/57, Seite 37 !

Die Streckenbelastung der Bundesbahn in Oberfranken

Früher:



Heute:



Quelle: Bundesbahndirektionen.

Ein Vergleich der beiden Darstellungen zeigt deutlich die Richtungsänderung der Verkehrsströme in Oberfranken von Nord-Süd nach Ost-West. Während sie früher durch Oberfranken hindurchflossen, laufen sie heute daran vorbei. Dies gilt in gleicher Weise für Schiene und Straße.

Quelle: "Oberfränkische Wirtschaft"

1952, Nr. 9, Seite 4

So zählt man der Grenze entlang von Coburg bis nach Passau mehr als vierzig Stichbahnen, wovon allein sieben in das Fichtelgebirge führen. Im gesamten Bayern sind etwa 60% des Schienennetzes Hauptbahnen und der Rest Nebenbahnen, im Grenzland ist dieses Verhältnis gerade umgekehrt (Bundesbahndirektion Regensburg). Hier sind 60% des gesamten Schienennetzes Nebenbahnen.

Darüber hinaus verlaufen die Hauptstränge - ähnlich dem Straßennetz - in nord-südlicher Richtung. Der Verkehr hat sich aber in die ost-westliche Richtung ¹⁾umorientiert. Zeigt doch die Streckenbelastung der Bundesbahn in Oberfranken eine deutliche Richtungsänderung der Verkehrsströme, denen heute die lückenhaften Schienenwege in der Ost-West-Richtung nicht gerecht werden können.

So fehlt zum Beispiel eine direkte Verbindung zwischen Bamberg und Bayreuth. Die Strecke Scheßlitz-Hollfeld müßte also gebaut werden, wodurch die Entfernung zwischen Bamberg und Bayreuth von 96 km auf 58 km verringert würde und damit die Grenzlandwirtschaft Kosten sparen könnte.

Wegen der Finanznot der Bundesbahn ist allerdings an eine organische Ergänzung des Schienennetzes nach den derzeitigen Erfordernissen augenblicklich nicht zu denken.

Die Unternehmungen im Grenzland müssen sich deshalb vorläufig mit einem überdurchschnittlich hohen Kraftfahrzeugbestand behelfen, der natürlich ihre Kostenrechnung belastet und so die Möglichkeit der Selbstfinanzierung schmälert.

c) Die Problematik des Interzonenhandels

und des Handels mit der Tschechoslowakei

Der unvoreingenommene Betrachter mag wohl geneigt sein, jede Erweiterung des Interzonen- und des Tschechenhandels mit Freude zu begrüßen. Dringt man jedoch tiefer in die Zusammenhänge ein, so muß man leider feststellen, daß der Interzonen- und Tschechenhandel unter den derzeitigen Bedingungen eher ein Nachteil als ein Vorteil für die Unternehmungen des Grenzlandes ist

1) Siehe Tafel 5, Seite 43!

und sie mit zusätzlichen Kosten belastet.

Der Handel mit der Tschechei und der Ostzone trägt den Charakter eines zweiseitigen Tauschgeschäftes. Den westdeutschen Lieferungen müssen Bezüge in gleicher Höhe gegenüberstehen. Von vornherein beschneidet so die beschränkte Lieferfähigkeit der Ostzone und der Tschechei eine größere Ausdehnung dieses Tauschhandels.

1952 betrug zum Beispiel der Interzonenhandel 196 Millionen Verrechnungseinheiten, 1953 545 Millionen VE, 1954 889 Millionen VE, 1955 1,113 Millionen VE und 1956 1,328 Millionen VE. Wegen seiner dauernden Ausnutzung wurde der vereinbarte Swing von 60 Millionen VE zum Kredit an die Ostzone. Im allgemeinen erfüllte diese nämlich bisher ihre Lieferungsverpflichtungen nur zu 55 - 71 %¹⁾. Eine Ausweitung des Interzonenhandels und des Handels mit der Tschechoslowakei ist tatsächlich sehr problematisch;

Die Unzuverlässigkeit und die Willkür dieser Handelspartner in der Erfüllung ihrer Lieferpflichten führte für die Grenzlandwirtschaft schon zu ernststen Schwierigkeiten. Der unangekündigte Stop der tschechischen Kohlenlieferungen am 1. Januar 1951 wurde von uns bereits angemerkt.

Diese Unsicherheit erheischt für die Unternehmungen im Grenzland eine im Vergleich zu ähnlichen Unternehmungen im Westen des Bundesgebietes vermehrte Lagerhaltung besonders an Kohle. Derartige überdurchschnittlich hohe eiserne Bestände und gebundene Vorräte bedeuten aber eine zusätzliche Kostenbelastung, denn hierdurch wird nicht nur Kapital festgelegt, die hohen Vorräte bedingen ja auch umfangreichere Lagerräume usw. Zudem ändert sich die Qualität der importierten Güter oft erheblich, so daß bei der Produktion hoher Ausschuß und damit ein beachtlicher Unsicherheitsfaktor auftritt. Dies ist für die Grenzlandindustrie eine weitere Kostenbelastung.

Betrachten wir noch kurz das Preisproblem, das uns die wichtigste Frage des Interzonenhandels und des Handels mit der Tschechei zu sein scheint:

1) Vergleiche hierzu Tätigkeitsbericht der Oberfränkischen Industrie- und Handelskammer zu Coburg 1955/56, Seite 23, sowie "Oberfränkische Wirtschaft", März 1957, Seite 15 !

Die Preise der importierten Waren sind nämlich oftmals so hoch, daß die Frachtvorteile, welche die ostbayerische Industrie wegen ihrer Grenznähe genießen könnte, wieder hinfällig werden, also keine Kosten eingespart werden können.

So verteuerte sich die tschechische Kohle von 1936 bis 1957 um 760 %. Der letztgenannte Preis war 89,85 DM pro Tonne ¹⁾. Auch der Bezug der spärlich importierten mitteldeutschen Briketts bringt keine Kostenersparnis für die Grenzlandwirtschaft. (So kosteten Sonne-Briketts im Jahre 1950 per "Oberfranken Mitte" 35,70 DM, während rheinische Union-Briketts, ebenfalls per "Oberfranken Mitte", auf 34,34 DM je Tonne kamen. ²⁾)

Über das Problem der hohen Preise schreibt Brenneisen ³⁾:

"Während die tschechische Braunkohle am Gewinnungsort früher billiger als die west- und mitteldeutsche war, ist es heute genau umgekehrt. Die tschechischen Grubenverwaltungen passen sich der Preisbewegung auf dem Weltmarkt an, während die westdeutsche Braun- und Steinkohle bekanntlich einer politischen Preisbildung unterworfen und erheblich unter dem Weltmarktniveau gehalten wird. Da die ersatzweise Belieferung mit westdeutscher Steinkohle und Braunkohlenbriketts wegen der hohen Frachten kostenmäßig auch keine Erleichterung bedeutet, ergibt sich, daß die ostbayerische Industrie in Bezug auf die Kohle lückenlos auf einer Kostenebene arbeitet, die erheblich über der des Weltmarktes liegt."

Mit dem gleichen Thema befaßt sich die "Mittelbayerische Zeitung", Regensburg ⁴⁾: "Die Tschechoslowakei nützt die gegebene Situation, daß zu wenig Ruhrkohle zur Verfügung steht und die Lieferungen aus der Ostzone unzuverlässig sind, preispolitisch aus. Sie strebt nach Weltmarktpreisen, die weit über den politischen Preisen für die westdeutsche Kohle liegen. ... Betrüblich ist die Tatsache, daß auch diese Entwicklung ausgerechnet wieder die Wirtschaft

1) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, im Juli 1957

2) Vergleiche Streit, Briefe zur Wirtschaftspolitik, Bayreuth

3) Im Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Regensburg 1952, Seite 13

4) Siehe "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, im Juli 1957

Ostbayerns und vor allem die Glasindustrie Oberfrankens trifft. Allein für die Glasindustrie brauchen wir jährlich 75.000 Tonnen Briketts mehr, wenn die tschechische Kohle ausfällt.

Nach den Unterlagen der Bundesbahn machte 1956 der Anteil der CSR-Kohle in der Anlieferung gegenüber allen anderen Kohlelieferungen rund 28% aus. Wenn man berücksichtigt, daß ein Teil davon nicht in Ostbayern bleibt, dürfte der CSR-Anteil am ostbayerischen Gesamtkohleverbrauch doch immerhin bei fast 1/4 liegen. "

Die Tschechoslowakei und die Ostzone kommen der westdeutschen und vornehmlich der ostbayerischen Wirtschaft beim Export unentbehrlicher Rohstoffe nicht nur wenig entgegen, sondern sie versuchen auf der anderen Seite bei vielen Gütern mit Hilfe des Exportdumpings den westdeutschen Firmen das Wasser abzugraben.

Um die westdeutschen Unternehmungen nicht der Konkurrenz dieser Volkswirtschaften mit ihren politisch manipulierten Preisen auszusetzen, sollte die Menge der Importe aus jenen Ländern sorgfältig und rücksichtsvoll gesteuert werden.

In besonderem Maße leidet die grenznahe bayerische Wirtschaft unter der Konkurrenz und dem Exportdumping der östlichen Nachbarn, da in Ostbayern ähnliche Rohstoffvorkommen wie in der Tschechei vorhanden sind, jedoch die Importe frachtintensiver Rohstoffe von dort meist im Grenzland verbleiben. So erleidet die Zementindustrie Ostbayerns wegen der aus der Tschechoslowakei billig importierten Zemente Umsatzeinbußen. Ferner liegt zum Beispiel der Preis tschechischer Flaschen um 30% bis 35% niedriger als der inländischer Produkte, so daß die Flaschenindustrie des Grenzlandes vom Markt verdrängt wird ¹⁾.

Die ganze traurige Kuriosität der Handelsbeziehungen zu den östlichen nachbarlichen Planwirtschaften wollen wir abschließend noch an folgendem kleinen

1) Vergleiche hierzu "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 23. Dezember 1955 !

Beispiel dartun: Tschechisches Kaolin wurde bis vor kurzem nicht direkt nach Deutschland exportiert, sondern nur über die Schweiz. Die Porzellanindustrie des Grenzlandes, die auf dieses Kaolin angewiesen ist, es jedoch nicht direkt beziehen durfte, mußte ihren Rohstoff also von dort wieder importieren, nachdem vorher die Güterzüge mit Kaolin direkt an den Porzellanfabriken Oberfrankens vorbei in die Schweiz gebracht worden waren. So fuhr man mithin das Kaolin völlig sinnlos Hunderte von Kilometern spazieren.

2. Die Last der Steuern

Wenn es sich auch bei der steuerlichen Belastung um ein Problem handelt, mit dem sich alle Unternehmungen in Westdeutschland auseinandersetzen müssen und nur wenige spezielle grenzlandbedingte Fragen auftauchen, soll es hier trotzdem wenigstens kurz dargestellt werden, um wirklich alle Selbstfinanzierungsschwierigkeiten der Grenzlandindustrie zu erfassen:

Vor allem durch die hohe, mittelstandsfeindliche Progression der Einkommensteuer - der die meist als Personalgesellschaften geführten mittleren Unternehmungen des Grenzlandes unterliegen - werden diese stark betroffen,

Großunternehmungen können sich überdies dem Steuerdruck etwas entziehen, indem sie ihre Gewinne zu umfangreichen Investitionen verwenden und so durch hohe Abschreibungen den steuerbaren Gewinn herabdrücken.

Die mittelständischen Unternehmungen sind jedoch von Natur aus arbeits- beziehungsweise lohnintensiver, so daß vergleichsweise mehr Löhne und weniger Abschreibungen anfallen. Die Möglichkeiten, zu investieren und die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen, sind bei diesen Unternehmungen wegen ihres manchmal sehr differenzierten Produktionsprogrammes oft gering, so daß dem Steuerdruck über Investitionen und Abschreibungen nicht ausgewichen werden kann und die Gewinne versteuert werden müssen.

Außerdem reichen bei mittelständischen Unternehmungen die naturgemäß weniger umfangreichen Gewinne zur Finanzierung größerer Investitionen über Abschreibungen nicht aus. Die Aufnahme langfristiger Kredite wäre zu diesem Zwecke nötig, solche sind aber nur spärlich vorhanden. Mittlere Unternehmungen, die veraltet sind und investieren müßten, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu

erhalten, bleiben deshalb mit ihren Investitionen zurück, während Großunternehmungen ihren Rationalisierungsvorsprung ständig vergrößern.

Als weiterer Umstand wirkt die Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit des Steuerwesens äußerst mittelstandsfeindlich.

Können sich doch kleinere Unternehmungen keinen kostspieligen Berater leisten, der alle Wege, Steuer zu sparen, kennt und ausschöpft. Überhaupt werden von den Großunternehmungen Sondervergünstigungen weit mehr ausgenutzt.

Schließlich ist noch folgendes Moment mittelstandsfeindlich: Kleinere Unternehmungen können bei Steuerprüfungen viel besser und gründlicher durchleuchtet und geprüft werden als Großfirmen mit einem riesigen Geschäftsumfang.

Dies alles ist einer Stärkung der Eigenkapitalbasis bei der mittelständischen Industrie sehr hinderlich. Wegen der Ausdehnung der Bilanzsummen infolge von Produktionsausweitungen wird die Eigenkapitalbasis immer schmaler, an sich gesunde Betriebswirtschaften werden allmählich unterfinanziert und so äußerst krisengefährdet.

Über dieses Problem schreibt zum Beispiel die Volksbank Weiden in ihrem Geschäftsbericht 1955:

"Die Höhe der Verschuldung der einzelnen Berufsgruppen an den Staat ist kein Gradmesser für die Betreuung des Mittelstandes, denn der Staat kann seinen Bürgern nur geben, was er vorher von ihnen genommen hat. Die Verschuldung stellt daher keine Lösung dar, denn Kredite müssen verzinst und rückbezahlt werden. Unserer Auffassung nach liegt das Problem in der mangelnden Eigenkapitalbildung der mittelständischen Wirtschaft, die dadurch bedingt ist, daß sich die Steuerabschöpfung gerade auf diesem Sektor der Wirtschaft überhöht auswirkt. Die Gewinne der mittelständischen Wirtschaft reichen in der Regel gerade aus, den Lebensunterhalt und die Steuern zu decken, so daß eine nennenswerte Vermehrung des Eigenkapitals nicht möglich ist."

Nur allzu verständlich ist es, daß die Milliardenüberschüsse, die der Bundeshaushalt vor einiger Zeit aufwies, gerade im Grenzland bitterste Empfindungen auslösten, in einem Gebiet, in dem es unvergleichlich schwerer ist, Eigenkapital zu bilden, als im kapitalreicheren Westen.

Auch uns scheint nicht zuletzt aus volkswirtschaftlichen Erwägungen die damalige Ansicht des Bundesfinanzministeriums unhaltbar, welche die Notwendigkeit von Rücklagen der Öffentlichen Hand für den Fall von Konjunkturrückschlägen verteidigt.

Dazu schreibt die Süddeutsche Zeitung: "Es erscheint indessen abwegig, dazu erst aus den Unternehmen Rücklagen herauszupressen und diesen so die finanzielle Widerstandsfähigkeit weitgehend zu nehmen."¹⁾

Schließlich kommt es ja darauf an, den Trägern der Volkswirtschaft selbst, den Betriebswirtschaften, ein gewisses Risikopolster an Kapital zu ermöglichen und nicht dem Fiskus, denn dieser muß ja nicht mit Wirtschaftskrisen fertig werden. Deshalb sollte es Hauptaufgabe einer klugen Konjunkturpolitik sein, den Betriebswirtschaften die Eigenkapitalbildung zu erleichtern, schützt doch dies am besten vor den Wirkungen einer Krise.

Eine immer wieder geforderte Neukonzeption des westdeutschen Steuersystems ist überfällig. Die unübersichtliche Kasuistik, die jeden Einzelfall erfassen will, muß einer durchschaubaren Übersichtlichkeit weichen, und das Steuerwesen muß aufhören, Gegenstand von Gruppeninteressen zu sein.

Nur eine generelle Senkung der Tarife in allen Einkommenklassen würde die Voraussetzung für eine bessere Eigenkapitalbildung bei den mittleren Betriebswirtschaften schaffen, da diese Unternehmungen - wie wir darzustellen versuchten - einem hohen Steuerdruck niemals in dem Maße wie Großunternehmungen ausweichen können. Dies ist der einzige Weg, die Selbstfinanzierung der mittleren Unternehmungen anzuregen, sie durch erhöhte Rationalisierungsinvestitionen konkurrenzfähiger und durch ein vermehrtes Eigenkapital krisenfester zu machen. Produktivitätssteigerungen und eine Hebung der Steuermoral würden einen Steuerausfall wohl kaum eintreten lassen, wie bereits kleine Steuerreformen der letzten Jahre bewiesen haben.

Der neue Bundesfinanzminister hat sich in seinen Vorschlägen zur Steuerreform diese Gedankengänge im Rahmen der vorhandenen Gegebenheiten zu eigen gemacht:

Er will prinzipiell hart an den Rand des Defizits gehen, also keine Hortungspolitik treiben. Der Höchstsatz der Einkommensteuer soll die Hälfte des steuerba-

1) Siehe "Süddeutsche Zeitung", München, vom 13. April 1957, Seite 17!

ren Einkommens nur um weniges überschreiten (und 53% betragen), um die Selbstfinanzierung zu erleichtern. Außerdem kommt der Minister dem Mittelstand durch Einführung des sogenannten Splitting-Verfahrens und mit einer etwas gemilderten Progression der Einkommensteuer entgegen.

(Darüber hinaus wird der Satz der Körperschaftsteuer bei Gewinnausschüttungen gesenkt, um die Aktiengesellschaften dividendenfreudiger zu machen und so den Kapitalmarkt einer Gesundung näherzubringen.)

Abgesehen von der allgemeinen steuerlichen Belastung, die wir eben besprachen, müssen sich die Unternehmungen des Grenzlandes zusätzlich mit einem steuerlichen Problem eigener Art, nämlich mit den Folgen der Armut der Kommunen dieses Gebietes, auseinandersetzen:

Manche Landkreise, besonders im Bayerischen Wald, sind aus Mangel an Industrie oder wegen der Not der wenigen ansässigen Industriebetriebe sehr steuer-schwach. Auf der anderen Seite erwachsen ihnen jedoch erhöhte Aufgaben und Ausgaben aus der Arbeitslosigkeit und dem Nachholbedarf an volkswirtschaftlichen Grundinvestitionen, wie Straßen usw.

Sie sind deshalb gezwungen, die Hebesätze der Realsteuern nach Möglichkeit zu erhöhen und so eine industrialisierungsfeindliche Finanzpolitik zu treiben, wodurch die Gewinne der ansässigen Industrie gemindert und die Selbstfinanzierung eingeschränkt werden.

In der Tat sind die kommunalen Steuereinnahmen der ostbayerischen Regierungsbezirke wesentlich geringer als der bayerische Landesdurchschnitt¹⁾. So betrug 1954 die Gewerbesteuerkraft zum Beispiel Niederbayerns etwa 60% des gesamt-bayerischen Durchschnitts, während allerdings Oberfranken wenig unter diesem lag. Noch mehr verdeutlicht sich die Steuerschwäche, wenn wir bemerken, daß die Landkreise Oberviechtach, Roding, Deggendorf, Wolfstein, Kötzing, Bogen, Wegscheid, alles Kreise längs des Eisernen Vorhangs, nur eine Realsteuerkraft in

1) Siehe Tafel 6, Seite 52!

Kommunale Steuereinnahmen (Realsteuern)

in Ostbayern 1954

je Einwohner in DM

Steuerart	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Bayern
Grundsteuer A	13, 18	8, 18	5, 75	7, 47
Grundsteuer B	8, 23	10, 33	12, 94	15, 24
Gewerbesteuer	19, 37	30, 28	42, 28	43, 09
Realsteuern zusammen	40, 78	48, 79	60, 97	65, 80

Quelle: vierteljährliche Kassenstatistik,
entnommen dem Statistischen
Jahrbuch für Bayern 1955, Seite 418

der Höhe der Hälfte des bayerischen Landesdurchschnitts erreichen ^{1), 2)}.

Immer sind die Kreise mit der geringsten Steuerkraft auch diejenigen mit der höchsten Arbeitslosigkeit und den höchsten Ausgaben.

Die hohe Arbeitslosigkeit bringt so gerade diesen eine untragbare Fürsorgebelastung: die Landkreise Niederbayerns und der Oberpfalz, welche die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnen, sind zum Beispiel mit Fürsorgeaufwänden belastet, die bis zu 145% über dem bayerischen Landesdurchschnitt liegen ³⁾.

So sind Landkreise wie Kötzing, die im Frühjahr 1955 eine Arbeitslosenquote von 37,2 % ⁴⁾ und andererseits im gleichen Jahr das niedrigste Realsteueraufkommen ganz Bayerns (nur 18,82 DM pro Kopf der Bevölkerung) hatten, gezwungen, Steuerhebesätze festzulegen, die weit über dem bayerischen Landesdurchschnitt liegen ⁵⁾.

Neben Kötzing müssen auch all die anderen Kreise mit großer Arbeitslosigkeit ihre Steuersubjekte rigoros belasten, wie die Handelskammer Regensburg in einer Übersicht nachweist ⁶⁾.

Um diese Notstandskreise, die niemals aus eigener Kraft eine gewerbefördernde Steuerpolitik treiben können, ihrem Elend zu entreißen, ist Hilfe von außen, sind großzügige staatliche Zuschüsse (Finanzausgleich !) und nicht lediglich Kredite,

-
- 1) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 9. Dezember 1955
 - 2) Die der Grenzlandwirtschaft zugewilligten Sonderabschreibungen (ein Teil der staatlichen Grenzlandhilfe) hatten zwar zum Teil erhebliche Gewerbesteuer ausfälle zur Folge, haben aber in den meisten Fällen die Gewerbesteuerkraft der Gemeinden nicht wesentlich vermindert (in Hof zum Beispiel ein Gewerbesteuer ausfall von 2 Millionen - vergleiche "Frankenpost", Hof, vom 3. August 1957 !).
 - 3) Siehe Tafel 7, Seite 55!
 - 4) Siehe Tafel 54, Seite 209!
 - 5) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 4. Januar 1957
 - 6) Siehe Jahresbericht der Kammer 1956/57, Seite 54-56!

die verzinst und zurückbezahlt werden müssen, notwendig.

Dann werden diese finanziell gesunden Kreise auch in der Lage sein, eine gewerbefreundliche Steuerpolitik zu treiben, und nicht wie seither das dort ohnehin geringe Gewerbe durch hohe Steuern schwächen und in seiner Selbstfinanzierung beeinträchtigen.

Eine gewerbefreundliche Steuerpolitik ist in der Tat die Vorbedingung für das allmähliche Entstehen eines gesunden Gewerbes in den unterentwickelten Gebieten des Grenzlandes.

Um zum Schluß noch einmal den tiefgreifenden Einfluß des Steuerwesens auf die Eigenkapitalbildung der Betriebswirtschaften in seiner ganzen Tragweite vor Augen zu führen, zitieren wir die sehr weitgehenden Gedanken Schmalenbachs:

"Das wirksamste Mittel der Kapitalpolitik ist das Steuerwesen. Ein auf Kapitalbildung bedachtes Steuerwesen müßte notwendigerweise den Grundsatz aufstellen, daß nicht der Kapitalbildner, sondern der Kapitalverzehrer die steuerliche Hauptbelastung zu tragen hat. Praktisch gesprochen bedeutet das, daß die Steuern auf Einkommen und Ertrag ganz wegfallen oder wenigstens stark ermäßigt werden müßten und daß an ihre Stelle hohe und steigende Steuern auf den Verbrauch, und zwar auf den ersparbaren Verbrauch, gelegt werden müßten." ¹⁾

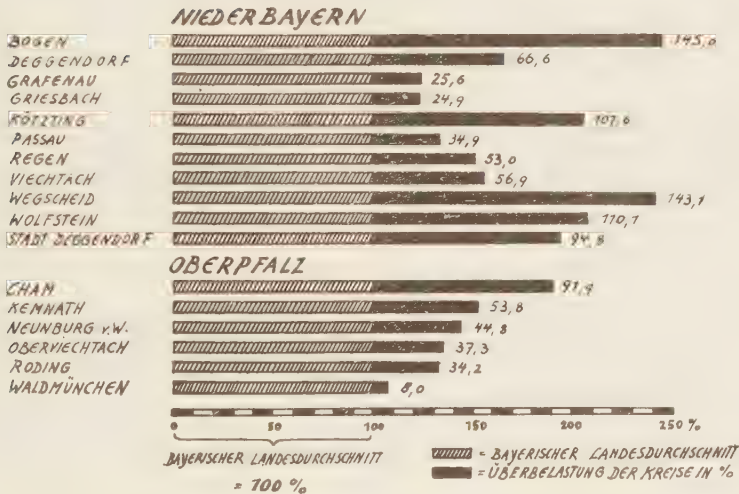
IV. Probleme der Fremdfinanzierung

der Industrieunternehmungen im Grenzland

Die Kapitalnot der Industriebetriebswirtschaften des Grenzlandes ist nicht nur ein Mangel an eigenen, sondern auch ein Engpaß an fremden Mitteln. Um es vorwegzunehmen: Die Gründe für diese Schwierigkeiten sind nach unserer Ansicht:

1) Siehe Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 108!

Überbelastung ostbayerischer
Kreise mit Fürsorgeaufwänden
im Vergleich zum bayerischen
Landesdurchschnitt



Quelle: "Ostbayerische Wirtschaft"
Beilage der Mittelbayerischen
Zeitung Regensburg vom 5.8.55

- 1) Die wegen des Steuerdruckes und der Ungunst des Standortes geringen Erfolge der Selbstfinanzierung tragen die Schuld an einer zu schmalen Eigenkapitalbasis der Unternehmungen im Grenzland, weswegen diese weniger kreditwürdig erscheinen.
- 2) Die meist mittelständische Größe der Industrieunternehmungen im Grenzland verbietet es diesen Betriebswirtschaften, direkt an den Kapitalmarkt heranzutreten. Darüber hinaus führten die Anstrengungen der Zentralinstitute des langfristigen Kredites, kleineren und mittleren Betrieben längerfristige Mittel zur Verfügung zu stellen, wegen der verhältnismäßig geringen Ergiebigkeit des Kapitalmarktes nicht zu einer befriedigenden Versorgung dieser Betriebe.
- 3) Die Kreditgeber haben traditionelle Vorurteile gegenüber den deutschen Ostgebieten¹⁾

1. Die Versorgung mit

langfristigen Fremdmitteln

Wegen des sehr starken Nachholbedarfes an Investitionen und der begrenzten Eigenkapitalbildung konzentrierten und konzentrieren sich die Bemühungen der Industrieunternehmungen des Grenzlandes in erster Linie auf die Erlangung von langfristigem Fremdkapital, das allerdings niemals das fehlende Eigenkapital ersetzen kann.

In Westdeutschland sind aber allenthalben langfristige Mittel gerade für die mittlere Industrie, zu der auch die des Grenzlandes in ihrem überwiegenden Teile zählt, sehr knapp.

Ein Institut des langfristigen Kredites schreibt zum Beispiel in diesem Zusammenhang:

" Über die große Bedeutung dieser breiten Schicht für eine gesunde Sozial- und Wirtschaftsstruktur besteht kein Zweifel. Sie geht schon daraus hervor, daß die kleinen und mittleren Betriebe

1) Vergleiche die Ausführungen in den folgenden Abschnitten 1 und 2!

über 90 % aller gewerblichen Unternehmen sowie rund 60% der Beschäftigten umfassen und nahezu die Hälfte der volkswirtschaftlichen Umsätze leisten. Nach einer fundierten Schätzung der Bank hat die langfristige Kreditgewährung an diesen großen Wirtschaftsbereich im vergangenen Jahre jedoch höchstens ein Zehntel des gesamten Kapitalaufkommens betragen, soweit mittel- und langfristige Bankkredite, öffentliche Mittel, Wertpapiererlöse und Schuldscheindarlehen in Betracht kommen." ¹⁾

Ohne Zweifel ist in Westdeutschland die Versorgung der Mittelindustrie mit langfristigem Kredit weit ungünstiger als in allen anderen Bereichen der Volkswirtschaft: so haben auf der einen Seite für das ebenfalls ungenügend versorgte Handwerk immerhin die gewerblichen Kreditgenossenschaften die Versorgung mit langfristigem Kredit übernommen, und auf der anderen Seite steht der Großindustrie der Zugang zum Kapitalmarkt offen.

Der Mittelindustrie dagegen ist es nicht möglich, mit Obligationen oder ähnlichem direkt an den Kapitalmarkt heranzutreten.

So sagt auch Schmalenbach: "Kurz, die ganze Wirtschaft ist mit mobilisierten Krediten versorgt. Nur die Industrie nicht, bis auf die ganz großen Industrieunternehmen, die eigene Obligationen begeben können." ²⁾ Schmalenbach meint dann in diesem Zusammenhang, daß eine Ausdehnung des Systems der Obligationsausgabe (des "Mobilisationsprinzips") auf den mittleren Industriekredit in irgendeiner Form "für die weitere Zukunft sogar eine notwendige Entwicklung ist".

Die Gründung der Industriekreditbank, Düsseldorf, nach dem Kriege ist ein gelungener Ansatz zur Verwirklichung der Schmalenbachschen Gedanken um eine bessere Versorgung der mittleren Industrie mit langfristigem Kredit. Das Volumen dieses Institutes ist aber nicht zuletzt wegen der Situation am Kapitalmarkt eingengt, so daß es nur einen geringen Bruchteil des Bedarfes an langfristigen Mitteln der mittleren Industrie befriedigen kann; am 31. März 1957 betrugen

1) Siehe Industriekreditbank, Düsseldorf, Geschäftsbericht 1956/57, Seite 13!

2) Siehe Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1954, Seite 129!

die langfristigen Ausleihungen zum Beispiel 769 Millionen DM^{1), 2)}.

Ist zwar, wie wir eben gesehen haben, das Volumen der Industriekreditbank begrenzt, weswegen sie also von vorneherein ihre Aufgabe nur in beschränktem Umfange erfüllen kann, so glauben wir doch, daß sie - selbst innerhalb ihres gegebenen Rahmens - ihrer Aufgabe vielleicht noch mehr gerecht werden könnte, als sie es augenblicklich tut:

Wir meinen nämlich, daß die Vorliebe der Industriekreditbank für den Großkredit zu weit geht, wobei man sich allerdings über den Begriff Großkredit streiten könnte, hatten doch beispielsweise am 31. März 1957 die Kredite über 500.000, -- DM einen Anteil von immerhin 33,2 % an der Gesamtsumme der Kreditbewilligungen (und die Kredite über eine Million einen Anteil von 18,5%)³⁾.

Hierzu müssen wir allerdings bemerken, daß dieser Anteil nicht zuletzt deshalb so hoch ist, weil die Industriekreditbank bestimmte Programme, in denen Großkredite überwiegen, durchführen muß. So liegt denn auch der Anteil der Großkredite an der Kreditsumme, über welche die Industriekreditbank frei verfügen kann, wesentlich niedriger, jedoch immerhin noch bei 20,3 %.

In den nächsten Jahren wird sich erfreulicherweise dieser Prozentsatz der Großkredite noch vermindern, denn die "Tendenz einer noch breiteren Verteilung der Kredite nach ihrer Größenordnung" verstärkt sich immer mehr, wie die Bank in ihrem jüngsten Geschäftsbericht versichert.

Was die regionale Verteilung der Kredite der Industriekreditbank anlangt,⁴⁾ meinen wir, daß das Land Bayern hierbei wohl zu wenig berücksichtigt wird. So flossen in dem Jahre 1957/58 nur 9,5 % der von der Industriekreditbank gewährten Kreditsumme nach Bayern, nach Nordrhein-Westfalen jedoch 34,6 %, also

1) Vergleiche Geschäftsbericht 1956/57!

2) Näheres über den hohen unbefriedigten Kreditbedarf der Mittelindustrie findet sich im Geschäftsbericht 1956/57 der Industriekreditbank auf Seite 13 f.

3) Vergleiche Geschäftsbericht 1956/57, Tabelle 2!

4) Vergleiche Tafel 8, Seite 58 a!

industriekre
Kreditbewilligungen in den e
nach Ländern
 (in 1000

LAND	per 31.3.1951		1951/52		1952/53		1953/54	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Nordrhein-Westfalen	705	107695	229	65186	193	89744	341	80627
Niedersachsen	275	48395	73	9299	74	14987	113	17357
Schleswig-Holstein	63	5457	22	1969	11	2718	21	4145
Hamburg	117	19865	26	3141	18	4395	30	7143
Bremen	37	4276	8	1704	3	2606	16	7291
Hessen	261	38536	68	7532	39	5853	120	9470
Bayern	284	24085	71	10695	87	7250	91	16665
Baden-Württemberg	268	35316	137	17268	83	11110	154	19705
Rheinland-Pfalz	241	16629	107	7445	146	8117	123	7742
Bundesgebiet insgesamt	2251	300254	741	124239	654	146780	1009	170145
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	2251	300254	741	124239	654	146780	1009	170145

Bank:

Einzelnen Geschäftsjahren
geordnet

(DM)

1954/55		1955/56		1956/57		1957-31.1.58		Gesamt	
Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
383	68059	807	81800	440	64534	310	56403	3408	614048
119	20233	365	23983	168	11538	110	20136	1297	165928
23	5510	124	4274	48	2417	15	1536	327	28025
37	5080	109	8756	44	4890	41	6370	422	59641
21	6185	30	2039	21	1376	13	1665	149	27143
124	13775	347	19551	137	12322	140	19083	1236	126122
105	13944	253	21030	143	12057	138	15550	1172	121276
140	24300	442	31577	268	20741	199	27755	1691	187772
143	20822	389	24145	136	9871	143	14888	1428	109658
1095	177908	2866	217155	1405	139746	1109	163386	11130	1439613
-	-	-	-	72	6410	37	3105	109	9515
1095	177908	2866	217155	1477	146156	1146	166491	11239	1449128

Quelle: Hagenmüller, Zur Entwicklung des
langfristigen Industriekredites,
Düsseldorf 1958 (im Druck)

beinahe viermal soviel¹⁾.

Selbst ein Hinweis auf die unerhörte Massierung der Industrie in Nordrhein-Westfalen kann unsere Ansicht über die regionale Verteilung der Kredite der Industriekreditbank nur wenig ändern; in NRW sind zwar um das 2,7 fache mehr Menschen in der Industrie²⁾ beschäftigt als in Bayern, und der Industrieumsatz ist dort dreimal so hoch²⁾, die Kreditsummen der Industriekreditbank aber, die nach Bayern beziehungsweise nach NRW flossen, verhalten sich in ihrer Größe keineswegs wie 1 : 2,7 oder wie 1 : 3, sondern wie 1 : 4.

Darüber hinaus ist zu bedenken, daß in Bayern zweifelsohne die mittlere Industrie überwiegt. In NRW dagegen sind Großunternehmungen, denen der Zugang zum Kapitalmarkt offensteht, in reicher Zahl vorhanden. Diese Unternehmungen gehören aber nicht zum Klientenkreis der Industriekreditbank, deren Aufgabe vielmehr die Versorgung jener Industrie ist, die nicht direkt an den Kapitalmarkt herantreten kann.

Andere Träger des langfristigen Kredites, wie die Versicherungsgesellschaften aller Art, die ihren Sitz außerhalb des Grenzlandes haben, sind an einer Finanzierung der Unternehmungen des Grenzlandes wenig interessiert.

So beträgt zum Beispiel der Anteil der von den Versicherungen gegebenen Kreditbeträge an den der oberfränkischen Wirtschaft langfristig gewährten Krediten nach Ansicht der Handelskammer Bayreuth kaum mehr als 5%.

Auf der anderen Seite ziehen aber die Versicherungen mit ihren Prämieinnahmen erhebliche Kapitalbeträge aus dem Grenzland ab. Leider ist es uns dabei nicht möglich, die Summe der von der Grenzlandwirtschaft alljährlich eingebrachten Versicherungsbeiträge aller Art irgendwie abzuschätzen.

Zu dieser Kapitalflucht innerhalb der Versicherungsgesellschaften bemerkt die

1) Betrachten wir die gesamte Kreditsumme, welche die Industriekreditbank seit ihrem Bestehen ausgegeben hat, so sind die nach Bayern geflossenen Mittel im Vergleich zu den nach Nordrhein-Westfalen geflossenen noch geringer.

2) Vergleiche Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1957, Seite 207!

Industrie- und Handelskammer Regensburg:

" Das gilt dann 'die Kapitalflucht' wenn sie 'die Versicherungsgesellschaften' der Anlage ihrer Mittel das Aufbringungsgebiet aus irgendwelchen Gründen (politisch-militärische Unsicherheit, Schwierigkeit der Überwachung von kleinen, weit verstreuten Anlagen, alles dies führte ja seit je zur Entblößung der Grenzgebiete) nicht in entsprechendem Umfange versorgen. Auch wenn es sich, was heute freilich selten ist, um anlagesuchendes Privatkapital handelt, das für Beteiligungen, Hypothekendarlehen usw. in Betracht kommen könnte, wirkt die nahe Ostgrenze abweisend. So ist es auch absolut rentablen und gut fundierten Unternehmungen im Grenzgebiet kaum möglich, langfristige oder auch nur mittelfristige Kredite für Anlagezwecke von dritter Seite zu erhalten." ¹⁾

Das Problem der Kapitalflucht dieser Art könnte gelöst werden, wenn die Versicherungsgesellschaften aus einem Gefühl kaufmännischer Partnerschaft und Gegenseitigkeit ungefähr die Summen wieder in das Grenzland zurückfließen lassen würden, die sie vorher durch die Prämienzahlungen der einzelnen Unternehmungen abgezogen haben.

Die Abneigung der Versicherungen und der anderen Institute des langfristigen Kredites gegenüber der Mittelindustrie liegt wohl nicht zuletzt in folgendem Umstande begründet:

Kleinindustrielle Betriebswirtschaften verfügen oft nicht über die entsprechenden Anlagen, damit der mittel- und langfristige Kredit dinglich abgesichert werden kann. Zudem ist die Verwaltung vieler mittlerer und kleiner, verstreut angelegter Kreditsummen für den Kreditgeber umständlicher und kostspieliger als die Überwachung einiger weniger Großkredite, deren dingliche Absicherung überdies auf keine Schwierigkeiten stößt.

Zusammenfassend müssen wir also feststellen, daß im allgemeinen die Institute des langfristigen Kredites - keines ist im Grenzland ansässig - an einer Hergabe langfristiger Mittel in dieses Gebiet nur wenig interessiert sind. Den heimischen Kreditinstituten andererseits stehen seitens der Kommunen langfristige Mittel

1) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Geschäftsbericht 1952, Seite 16!

zum Wiederausleihen nicht zur Verfügung, da die Kommunen wegen ihrer eigenen Finanznot kaum Überschüsse bei ihnen anlegen können¹⁾. Wir erwähnen dies, wenn auch derartige Überschüsse für den Industriekredit letztlich belanglos sind, da die öffentliche Hand ihre Überschüsse ohnehin in erster Linie bei den Sparkassen anlegt. Die Sparkassen aber - die als die einzigen Anstalten des langfristigen Kredites des Grenzlandes bezeichnet werden könnten - sind auf Grund ihrer Zwecksetzung nur sekundär an langfristigem Industriekredit interessiert (so wurden seit 1948 nur 25% der Hypotheken zum Beispiel der Sparkasse Hof für gewerbliche Zwecke ausgeschüttet²⁾).

Ganz abgesehen von diesem Problem, ob die Kommunen ihre Überschüsse bei den Sparkassen oder bei den Kreditbanken anlegen, hat die finanzielle Situation der Kommunen doch einen gewissen Einfluß auf die finanzielle Lage der Unternehmungen ihres Bereiches.

So hatten wir bereits bei unserer Betrachtung der Selbstfinanzierung darauf hingewiesen, daß die gewerbearmen Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit wegen ihrer Finanznot zu einer gewerbefeindlichen Steuerpolitik gezwungen werden. Diese Finanzarmut ist es auch, die diesen Kommunen verwehrt, den Unternehmungen ihres Bereiches bei der Versorgung mit Fremdmitteln unter die Arme zu greifen. Gerade den ohnehin gewerbelosen Kreisen ist es nämlich kaum möglich, alte und neue Unternehmungen mit direkten Krediten oder Zuschüssen und ähnlichem (zum Beispiel auch für Arbeiterwohnungen) zu fördern.

Außerdem ist die Hergabe von billigem Grund und Boden an neue Betriebe nur selten möglich, da sich diese Kommunen angesichts ihrer traditionellen Armut kein Vermögen an Grundstücken zu schaffen vermochten³⁾. Darum ist es nicht verwunderlich, daß die armen Kommunen der Notstandsgebiete Ostbayerns den Wettlauf um neue Gewerbe verlieren.

So mußte die Industrie- und Handelskammer Regensburg zum Beispiel beobach-

1) In Westdeutschland stammte durchschnittlich die Hälfte aller langfristigen Mittel der Kreditinstitute von der öffentlichen Hand (vergleiche Strathus, Die langfristige Finanzierung der Wirtschaft, Seite 30!).

2) Vergleiche Sparkasse Hof, Geschäftsbericht 1957, Seite 18!

3) Vergleiche Stahl, Wirtschaftserschließung, ein Finanzausgleichsproblem, Regensburg 1955, Seite 36!

ten:

"Immer noch erscheinen hier halboffizielle Werbetrupps aus dem goldenen Westen, um mit wahrhaft konkurrenzlosen Angeboten (Barablösungen, kostenlose oder billige Landhergabe, ausreichende Betriebsmittelkredite, Wohnungen für Facharbeiter, bis vor kurzem auch Gewerbesteuernachlässe oder -stundungen usw.) den Versuch zu machen, sorgfältig ausgewählte, ihnen besonders wertvoll erscheinende Betriebe, namentlich Flüchtlingsbetriebe, die vielleicht noch nicht genügend verwurzelt sind, zur Umsiedlung zu bewegen. Ermittlungen, welche die Kammer in jüngster Zeit mit Unterstützung der Arbeitsämter angestellt hat, haben ergeben, daß seit dem Jahre 1949 insgesamt 24 Betriebe, die zusammen rund 600 Beschäftigte aufwiesen, aus dem Kammerbezirk abgewandert sind. " ¹⁾

Diese Abwanderungen sind zu verhindern, denn der Sog der hier brachliegenden Arbeitskraft würde bestimmt Unternehmungen arbeitsintensiver Produktionszweige zur Neuansiedlung in das Grenzland locken, allerdings nur, wenn dort die Standortverhältnisse entsprechend gebessert würden (besonders durch den Bau von Straßen) und wenn die Kommunen finanzkräftig genug wären, um dem Gewerbe irgendwie entgegenkommen zu können.

Wollen wir nun abschließend kurz zu formulieren versuchen, wie wir uns eine Besserung der langfristigen Kreditversorgung der mittleren Industrie und der Industrie des Grenzlandes vorstellen:

Eine Verstärkung des Interesses der öffentlichen, halböffentlichen und privaten Institute des langfristigen Kredites für die Mittelindustrie wäre womöglich zu erreichen, wenn die Absicherung der Kredite an die Mittelindustrie vereinfacht würde. Zu diesem Zwecke ist die Gründung von Garantie- und Bürgschaftsgemeinschaften, wie sie von Handwerk und Handel bereits ins Leben gerufen wurden, in Betracht zu ziehen. Doch halten wir es für das Zweckmäßigste, wenn in einzelnen Fällen die Hausbanken wie seither einspringen, um dem jeweiligen Institut des langfristigen Kredites für die betreffende Kreditsumme zu bürgen,

1) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1952, Seite 16!

wie ja überhaupt das Problem der Verwaltung und Absicherung langfristiger Kredite nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den betreffenden Hausbanken vereinfacht und auch gelöst werden kann.

Obgleich wir einräumen, daß die Frage der Absicherung und Verwaltung immer ein Grund für die Abneigung der Kreditgeber gegenüber der Mittelindustrie und überhaupt gegenüber den kleineren Unternehmungen sein wird, so glauben wir doch, daß dieses Moment bei denjenigen Instituten des langfristigen Kredites, die eigens zur Förderung der Mittelindustrie gegründet wurden, keine Rolle spielen sollte.

Eine bejahende Antwort auf die zweite für uns wichtige Frage aber, ob die Institute des langfristigen Kredites die Mittelindustrie gerade des Grenzlandes in Zukunft besser mit Kredit versorgen werden, erscheint uns bei deren Abneigung gegen die Ostgebiete ungewiß.

Aus diesem Grunde wäre es wichtig, wenn der Staat die langfristige Kreditversorgung der Grenzlandindustrie noch mehr als seither durch Kredite und Zinszuschüsse verbessern würde. Wir sind zu dieser Anregung gezwungen, da, wie erwähnt, für die Mittelindustrie von privaten Instituten langfristige Kredite nicht in genügendem Umfange bereitgestellt werden beziehungsweise die betreffenden Institute auf Grund der Kapitalmarktverhältnisse ein zu geringes Volumen haben. Ohne die bisherige Hilfe des Staates wäre in den Nachkriegsjahren die Versorgung mit langfristigen Krediten im Grenzland sowieso restlos zusammengebrochen.

Aber selbst wenn die Institute des langfristigen Kredites und der Staat die Grenzlandindustrie mit langfristigen Krediten sehr viel besser als heute versorgen würden, glauben wir nicht, daß damit die Finanzlage dieses Bereiches der Volkswirtschaft von Grunde auf gesichert und stabilisiert werden könnte.

Dies würde erst dann geschehen, wenn durch eine großzügige Steuersenkung der mittelständischen Industrie die Selbstfinanzierung, das heißt die Vermehrung der Eigenmittel in großem Stil, ermöglicht würde. Sollte doch gerade bei der Mittelindustrie die Finanzierung mit eigenen Mitteln immer den Vorrang vor der Kreditaufnahme haben, da sie keinen direkten Zugang zum Kapitalmarkt hat und in der Vergangenheit mit langfristigen Fremdmitteln immer unzureichend versorgt war. Nur über eine Vermehrung der Eigenmittel wird die Finanznot dieses wichtigen Bereiches der Volkswirtschaft behoben werden können!

2. Die Versorgung mit kurzfristigen Fremdmitteln

Es wirkt vielleicht monoton, auch die Ausführungen über den kurzfristigen Kredit mit dem Hinweis beginnen zu müssen, daß hier wieder ganz spezifische Grenzlandprobleme auftreten. Diese Monotonie ergibt sich jedoch aus den Tatsachen, aus der besonderen Lage und den besonderen Problemen der Wirtschaft am Eisernen Vorhang.

Wenn wir von den Quellen der kurzfristigen Finanzierung sprechen, richten wir den Blick auf die Kreditbanken ¹⁾.

Die deutschen Banken haben einen wohl ansehnlichen Anteil an dem Neuaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege. Jede Kreditgewährung war damals in den ersten Nachkriegsjahren mit unübersehbaren Risiken behaftet. In einer Zeit, in der Deutschland dem Willen der Siegermächte bedingungslos unterworfen und seine Zukunft ungewiß war, wurde die Kreditpolitik der Banken von verantwortungsbewußtem Wagemut und der festen Zuversicht an ein neu erstehendes Deutschland getragen.

Vielleicht kann man erst heute - nachdem inzwischen einige Jahre verflossen sind - ermessen, in welchem gefahrvollem Ausmaß damals die Banken ihre Liquidität anspannen mußten, um dem unübersehbaren Kredithunger irgendwie gerecht zu werden. Man denke nur an das damals vielbenutzte Instrument des Bankakzeptes! Jahrzehntelang bewährte Grundsätze der Bankpolitik mußten dabei umgestoßen und der neuen Lage angepaßt werden.

Ein Kreditinstitut aus dem Grenzland, die Volksbank Burglengenfeld, möge uns hierfür als Beispiel dienen.

Diese Bank wies in ihrer Bilanz zum 31. Dezember 1950 aus:

-
- 1) Auf den anderen kurzfristigen Kredit, den Lieferantenkredit, wollen wir aber nicht eingehen, da dieser kaum spezielle grenzlandbedingte Fragen aufwirft und da er außerdem wegen seiner außerordentlichen Unübersichtlichkeit schlecht zu erfassen ist.

908.149,09 DM Kreditvolumen (Gesamt, ausschließlich über-
übernommene Bürgschaften)

diesen stehen gegenüber:

103.300, -- DM Akzeptverbindlichkeiten

120.453,55 DM bei der Zentralkasse bayerischer
Volksbanken aufgenommene Gelder

90.000, -- DM LZB-Lombard

154.400, -- DM aufgenommene langfristige Darlehen

95.919,70 DM weitergegebene Wechsel.

Sie mußte also weit mehr als die Hälfte ihres Kreditvolumens, nämlich 564.073,25 DM, in irgendeiner Form bei anderen Instituten refinanzieren und schöpfte damit, wie im Geschäftsbericht ausgeführt wird, alle Refinanzierungsmöglichkeiten restlos aus.

Nach diesem kurzen Rückblick auf die Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre wollen wir nun im folgenden darzustellen versuchen, wie es heute - nachdem der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft als einigermaßen beendet angesehen werden kann - um die Versorgung der Grenzlandindustrie mit kurzfristigen Krediten steht.

Zu diesem Zweck werden wir uns bemühen, den Rahmen abzustecken, in dem sich das Kreditvolumen der Banken des Grenzlandes bewegt.

Zu Beginn dieser Untersuchung stellen wir die Frage, welche Einlagen den Kreditbanken des Grenzlandes von ihrer Kundschaft zur Verfügung gestellt werden¹⁾:

Am 31. Dezember 1957 wiesen die Banken in den ostbayerischen Regierungsbezirken pro Kopf der Bevölkerung nur 176, -- DM Sichteinlagen und 80, -- DM Termineinlagen auf, die Kreditinstitute in Westdeutschland jedoch durchschnittlich 412, -- DM Sicht- und 298, -- DM Termineinlagen pro Kopf der Bevölkerung. Die Sichteinlagen sind in Westdeutschland also zwei- bis dreimal so hoch wie in Ostbayern und die Termineinlagen beinahe viermal so hoch. Dies ist eine eklatante Diskrepanz!

1) Siehe Tafel 9, Seite 65 !!

Wie verhält es sich nun bei den Spareinlagen?

Hier sind die Unterschiede nicht so stark:

Während in Ostbayern 418, -- DM Spareinlagen pro Kopf der Bevölkerung anfallen, sind es im Bundesgebiet 557, -- DM. Die Bevölkerung ist also äußerst sparsam. Man denke nur an das niedrige Lohnniveau und an die hohe Arbeitslosigkeit im Grenzland - beides Umstände, welche die Sparquote erheblich sinken lassen müßten¹⁾.

In Ostbayern sind die Spareinlagen fast doppelt so hoch wie alle anderen Einlagen der Kreditinstitute zusammen, in Westdeutschland dagegen viel geringer als die übrigen Bankeinlagen.

Wohl kaum deutlicher als durch diesen Vergleich offenbart sich der Unterschied zwischen der Wirtschaftskraft im Grenzland und dem Sparsinn der dortigen Bevölkerung.

Wenden wir uns nun den Krediten selbst zu, die an die Grenzlandwirtschaft ausgeschüttet werden: Am 31. Dezember 1957 hatten die Kreditinstitute der drei ostbayerischen Regierungsbezirke insgesamt 915 Millionen kurzfristige Kredite an ihre Nichtbankenkundschaft hinausgegeben, dies entspricht einem Pro-Kopf-Anteil von 316, -- DM.

Im Bundesgebiet beträgt dagegen der Pro-Kopf-Anteil an kurzfristigen Krediten 770, -- DM. Das ist etwa zweieinhalbmals soviel.

Ohne Zweifel wird also die Wirtschaft im Bundesgebiet reichlicher mit kurzfristigen Krediten versorgt als die Grenzlandwirtschaft.

An mittel- und langfristigen Krediten hatten die Kreditinstitute in Ostbayern am 31. Dezember 1957 637 Millionen ausgeliehen, das sind 220, -- DM pro Kopf der Bevölkerung. Im Vergleich hierzu sind es im Bundesgebiet 961, -- DM langfristige Kredite pro Kopf der Bevölkerung; das ist mehr als viermal soviel. Zur Erläuterung dieses unerhörten Unterschiedes müssen wir bemerken, daß in unserem Vergleich die bei den Kreditinstituten durchlaufenden langfristigen Kredite unberücksichtigt geblieben sind. Da nach Ostbayern jedoch langfristige Kredite fließen, die von den Instituten des langfristigen Kredites - die

1) Vergleiche Abschnitt C, III, 1, a und E, VI!

Einlagen und

Stand per 31. Dez.

		OSTBAYERN (Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern)		
		in 1000 DM	pro Kopf der Bevölk. (2,9 Mio Einw. im J. 1956)	
<u>I. Einlagen</u>				
1.	Einlagen der Nicht- bankenkundschaft			
	a) Sichteinlagen	510.460	176. -	2.801
	b) Termineinlagen	232.616	80. -	1.972
2.	Spareinlagen	1.211.146	418. -	4.615
	Gesamt	1.954.222	674. -	9.388
<u>II. Kredite</u>				
1.	Kurzfristige Kre- dite an Nichtban- kenkundschaft	915.455	316. -	4.405
	a) Konto-Korrent- Kredite	629.450	217. -	2.777
	b) Wechselobligo	286.005	99. -	1.627
2.	Mittel- und lang- fristige Kredite (ohne durchlaufen- de Kredite)	637.382	220. -	7.871
	Gesamt	1.552.837	536. -	12.276

1) Kleine Ungenauigkeiten entstanden durch Auf- oder Abrunden beim Rechnen.

Quellen: Bundesbankstatistik; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Februar 1957;
Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1957, Seite 38/39.

nber 1957

BAYERN		BUNDESGBIET	
DM	pro Kopf der Bevölk. (9,2 Mio Einw. im J. 1956)	in 1000 DM	pro Kopf der Bevölk. (50,6 Mio Einw. im J. 1956)
012	304. -	20.856.000	412. -
700	214. -	15.061.900	298. -
207	502. -	28.200.500	557. -
919	1.020. -	64.118.400	1.267. -
009	479. -	38.984.100	770. -
725	302. -	23.386.500	462. -
284	177. -	15.597.600	308. -
045	856. -	48.604.600	961. -
054	1.335. - 1)	87.588.700	1.731. -

ihren Sitz durchwegs außerhalb dieses Raumes haben - stammen und also nicht in unserer Statistik erscheinen, stand im Grenzland zweifelsohne eine weitere Summe langfristiger Kredite zur Verfügung, deren Höhe wir aber nicht angeben können.

Andererseits müssen wir hingegen zu bedenken geben, daß der von uns genannte Betrag von 637 Millionen langfristiger Mittel nur zu einem Bruchteil für die Industrie des Grenzlandes bestimmt ist.

Dieser Betrag langfristiger Mittel, den die Kreditinstitute des Grenzlandes am 31. Dezember 1957 verliehen hatten, stammt nämlich in erster Linie von den Sparkassen, die ja den ¹⁾Wohnungsbau und nicht so sehr das Gewerbe mit derartigen Geldern versorgen.

Also weitaus der größte Teil der Summe von 637 Millionen ist nicht für die Industrie bestimmt.

Wegen dieser Tatsache und wegen des Umstandes, daß in dem Betrag von 637 Millionen die bei den Kreditinstituten durchlaufenden Kredite nicht enthalten sind, bleibt uns die wahre Höhe der langfristigen Kredite unbekannt, die der Industrie des Grenzlandes zur Verfügung stehen. Trotzdem glauben wir sagen zu dürfen, daß die Versorgung mit langfristigen Krediten im Grenzland weit schlechter ist als im Bundesgebiet, spricht doch das starke Gefälle des Pro-Kopf-Betrages an langfristigen Mitteln eine derart deutliche Sprache, daß die von uns angeführten Ungenauigkeiten der genannten Zahlen hintangestellt werden können.

Dieser im Grenzland besonders ungenügend befriedigte Bedarf an langfristigen Mitteln wälzt sich auf die Kreditbanken ab, die ja ihrem Charakter nach nur in begrenztem Umfange mittel- und langfristige Kredite hergeben können.

Die Kreditbanken des Grenzlandes werden so noch mehr als anderswo zur längerfristigen Kredithergabe beansprucht (zumindest zur Vorfinanzierung langfristiger Investitionen), und an sich kurzfristige Betriebskredite liegen oft fest, weil sie zur Investition langfristig amortisierbarer Anlagen verwendet wurden.

Die Warnungen der Kulmbacher Volksbank erscheinen deshalb berechtigt ²⁾:

1) Vergleiche hierzu Stadt- und Kreissparkasse, Hof, Geschäftsbericht 1957, Seite 181

2) Siehe Geschäftsbericht 1951!

"Noch mehr aber wiederholen wir unsere steten Mahnungen, die kurzfristigen Kreditmittel nicht zu langfristigen Investitionen zu verwenden, wenn auch die Tatsache der mangelnden Versorgung gerade des Mittelstandes mit Investitionskrediten nach der Währungsreform nicht unberücksichtigt bleiben darf."

Diese Warnung ist in der Tat notwendig, denn oft ist die langfristige Investition kurzfristiger Bankkredite die Ursache von Insolvenzen, wenn die Bank plötzlich ihren Kredit zurückzieht.

Als Folge dieser häufigen Verwendung kurzfristiger Kontokorrentkredite zur Finanzierung von Anlagen vermindert sich die Umschlagsgeschwindigkeit des zur Verfügung stehenden Kreditvolumens, wodurch sich das Angebot kurzfristiger Kredite seitens der Banken des Grenzlandes zusätzlich verknappt, ganz abgesehen davon, daß darunter ihre Liquidität leidet.

Über diesen geringen Kreditumschlag im Grenzland äußert sich zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer Regensburg wie folgt:

".... ist in diesem Zusammenhang aber auch auf den langsamen Kapitalumschlag bei den örtlichen Kreditinstituten hinzuweisen. Das ergibt sich aus dem relativ kleinen Anteil des Großhandels an der gewerblichen Wirtschaft und aus dem Umstand, daß der außerordentliche Mangel an langfristigen Mitteln die Unternehmer allzu leicht dazu verleitet, in erheblichem Umfange kurzfristige Kredite für Investitionen heranzuziehen."

Wenden wir uns nun wieder den Bankeinlagen in Ostbayern zu:

Der Grund für die vergleichsweise niedrigen Sicht- und Termineinlagen, welche die Wirtschaft des Grenzlandes bei ihren Kreditinstituten unterhält, ist nicht nur die geringere Liquidität der Wirtschaft Ostbayerns. Die niederen Einlagen sind darüber hinaus eine Folge des Kapitalsogs nach dem Westen, dem die Kreditinstitute des Grenzlandes ausgesetzt sind.

Erleichtert doch die Beweglichkeit des Kapitals dessen Grenzflucht, die auf diese Weise ein viel größeres Ausmaß erreicht als zum Beispiel die Flucht der Menschen, der menschlichen Arbeitskräfte aus dem Grenzland. So konnten Banken des Grenzlandes beobachten, daß vornehmlich während der Korea-Krise frei ver-

1) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1952, Seite 15 f.!

fügbare Gelder, auch namhafte Beträge, an Bankinstitute des Westens und Südens abdisponiert wurden, da trotz der Erfahrung in den seitherigen Kriegen der ostbayerische Grenzraum noch immer als besonders gefährdet gilt.

Wenngleich diese Art von Grenzflucht heute praktisch kaum Tragweite besitzt, da nicht zuletzt freie flüssige Mittel bei den Unternehmungen des Grenzlandes nur Einzelfälle sind, erwähnen wir sie doch wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung.

(In diesem Zusammenhang seien noch andere Arten der Grenzlandflucht erwähnt: zum Beispiel die Betriebsverlagerungen, deren Zahl allerdings nach Ansicht der Regierung von Oberfranken keineswegs alarmierend ist ¹⁾, wenn auch bis zum Jahre 1952 allein im Arbeitsamtsbezirk Hof rund 3.000 Arbeiter infolge von Betriebsabwanderungen brotlos wurden ²⁾.

Eine andere Art der Grenzflucht ist die Errichtung von Tochterbetrieben außerhalb des Grenzlandes, die mit modernsten Maschinen ausgestattet werden, während der im Grenzland gelegene Mutterbetrieb vielleicht mit einem altmodischen Maschinenpark weiterläuft.)

Als Resümee unserer Betrachtung über die Versorgung der Grenzlandindustrie mit kurzfristigen Mitteln glauben wir sagen zu können, daß heute die Potenz der im Grenzland ansässigen Kreditinstitute durchaus ausreicht, um den Bedarf an kurzfristigen Mitteln in diesem Gebiete zu befriedigen. Diese Feststellung darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kreditbanken wegen des im Grenzland ungestillten Bedarfes an langfristigen Mitteln zur Hergabe derartiger Kredite beansprucht werden und dadurch an Liquidität einbüßen, ohne daß dies aus ihren Bilanzen genau ersichtlich wäre. (Im Falle einer Katastrophe, einer allgemeinen Wirtschaftskrise, würde allerdings in nicht zu überbietender Klarheit die wahre Summe kurzfristiger Betriebskredite offenbar, die langfristig investiert wurde und eingefroren ist.)

1) Vergleiche: 4 Jahre Regierung von Oberfranken, Bayreuth 1952, Seite 31!

2) Nach einer Mitteilung dieses Amtes auf einer Sitzung des Zonengrenz Ausschusses des Bundestages am 15. Oktober 1952 in Hof.

Wir wollen jedoch das Thema der kurzfristigen Finanzierung nicht verlassen, ohne einen Blick auf die Banken geworfen zu haben, die zwar im Grenzland arbeiten, aber ihren Sitz und den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit außerhalb dieses Gebietes haben.

Selbst innerhalb dieser überregionalen Banken scheint - es handelt sich nur um eine Vermutung - sich im Gefolge des allgemeinen Trends das Kapital vom Osten nach dem Westen zu bewegen. Wie auf einer schiefen Ebene rutscht es nach Westen. (Es handelt sich hier um den gleichen Vorgang wie innerhalb der Versicherungsgesellschaften.) Der Grund hierfür ist wohl nicht zuletzt die schon öfters zitierte Befangenheit gegenüber den deutschen Ostgebieten.

Über diese Befangenheit beklagt sich die Handelskammer Regensburg mit Bitterkeit: " Ist schon unter normalen Verhältnissen in der deutschen Volkswirtschaft stets eine gewisse regionale Abstufung der Kapitaldecke von West nach Ost und allgemein vom Binnenland zur Ostgrenze hin festzustellen gewesen, d.h. war es bare Tatsache, daß bei gleichen betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten es im Osten weit schwerer war als im Binnenland bzw. im Westen, Kredit und insonderheit langfristigen Kredit zu bekommen, und war man deshalb gewohnt, als Risikoprämie oder als Erstattung erhöhter Überwachungskosten in den Ostgrenzgebieten einen höheren Zins zu zahlen, so ist es heute, da der Zins seine volle Marktfunktion noch nicht wieder angenommen hat, der erhöhte, fast absolute Mangel an Kreditsubstanz, mit dem unsere Wirtschaft sich abmüht. " ¹⁾

Ein weiterer Grund für die "geringe Grenzlandfreudigkeit" der Großbanken ist die meist mittelständische Größenordnung der industriellen Unternehmungen im Grenzland. Dies ist bei deren Vorliebe für den Großkredit begreiflich. Ist doch die Hergabe, Absicherung und Verwaltung einiger weniger Großkredite an Konzerne, die über viele Zweifel erhaben zu sein scheinen, für eine Bank wohl einträglicher und risikoloser als das mittelständische Kreditgeschäft mit seiner oft unübersichtlichen Vielzahl von weithin verstreuten Einzelkrediten, deren Absicherung und laufende Überwachung ungleich kostspieliger ist. (Diese Worte sind nur registrierend, da der Großkredit die Hauptaufgabe der Großbanken ist, die ja ihre Entstehung dem Verlangen der Wirtschaft nach Großkrediten verdanken.)

1) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1951, Seite 31

Den Beweis für das geringe Interesse der deutschen Großbanken am ostbayerischen Grenzraum erbringt ein Blick auf die Karte ihres Filialennetzes ¹⁾.

Die beiden bayerischen gemischten Regionalbanken sind im oberfränkischen Industrieraum sowie im übrigen Ostbayern mit recht zahlreichen Niederlassungen vertreten, und sie entfalten im Grenzland wie auch sonst in Bayern bereits wegen der Konkurrenz der ortsansässigen Institute eine beachtliche Aktivität. Für die drei deutschen Großbanken jedoch ist der weite Raum östlich Nürnbergs ein beinahe unerschlossenes und unbekanntes Land.

Dadurch vervielfältigen sich die Aufgaben der ansässigen Kreditinstitute, und ihre Verbundenheit mit den Unternehmungen des Grenzlandes, die unter den gleichen Bedingungen arbeiten, ist eng. So apostrophierte in diesem Zusammenhange Professor Dr. Brenneisen, der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Regensburg, die Banken des Grenzlandes als den Strandhafer im Sog der Kapitalflucht.

V. Insolvenzen als Zeichen der Kapitalnot

Als Ergänzung unserer Besprechung der Probleme der Eigen-, Selbst- und Fremdfinanzierung der Industrieunternehmungen des Grenzlandes bringen wir die Zahl der Insolvenzen in diesem Gebiet, da uns schon deren Menge einen wichtigen Hinweis auf den Umfang der Kapitalnot zu geben vermag.

Eine Betrachtung der während des Jahres 1957 in den bayerischen Regierungsbezirken vorgefallenen Konkurse und Vergleiche offenbart, daß auf die ostbayerischen Regierungsbezirke etwa ein Viertel aller bayerischen Konkurse dieses Jahres entfällt ²⁾.

Dieser Anteil erscheint an sich nicht außergewöhnlich hoch. Wir müssen jedoch zur Erläuterung bemerken, daß nach Angaben des Bayerischen Statistischen Landesamtes ein Drittel aller bayerischen Konkurse allein in München passierte, da zahlreiche unseriöse Kaufleute diese Stadt zum Feld ihrer Tätigkeit erkoren ha-

1) Siehe Tafeln 10 - 14 , Seite 72, 73, 74, 75, 76!

2) Siehe Tafel 15, Seite 77!

Filialennetz der Deutschen Bank

(Quelle: Geschäftsbericht 1956)



- 73 -
Filialennetz der Dresdner Bank AG.
(Quelle: Nach Angaben der Gesellschaft)

Tafel 11



Filialnetz der Commerzbankgruppe

Tafel 12

(Quelle: Geschäftsbericht 1956)



Filialennetz der Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank

(nach Angaben der Gesellschaft)



Filialenetz der Bayerischen Vereinsbank

(nach Angaben der Gesellschaft)



Die Insolvenzen in den Bayerischen
Regierungsbezirken während des
Jahres 1957

		Konkurse		Vergleiche	Gesamt
	eröff- nete	mangels Masse abge- lehnte	zu- sam- men	eröffnete	
Oberbayern	105	118	223	31	254
Niederbayern	21	7	28	11	39
Oberpfalz	24	11	35	9	44
Oberfranken	24	29	53	16	69
Mittelfranken	55	10	65	20	85
Unterfranken	32	7	39	21	60
Schwaben	39	15	54	12	66
Ost-Bayern	69	47	116	36	152
Bayern gesamt	300	197	497	120	617

Quelle: Statistische Berichte des Bayer.

Stat. Landesamtes, Die Konkurse und
Vergleichsverfahren im Jahre 1957
und die finanziellen Ergebnisse der
1956 eröffneten Konkurse und Ver-
gleichsverfahren in Bayern; März 1957,
Seite 16/17

ben. Lassen wir nun die Münchener Insolvenzen bei unserem Vergleich unberücksichtigt, so stehen nur mehr rund 400 in Gesamtbayern vorgefallene Insolvenzen den 152 ostbayerischen gegenüber.

Dies bedeutet, daß beinahe 40% aller bayerischen Insolvenzen auf die Regierungsbezirke des nord- und ostbayerischen Grenzlandes entfallen.

Noch deutlicher als in dieser Zahl offenbart sich wohl kaum das Verhängnis, das über dem Grenzland, seiner Wirtschaft und ihren Unternehmungen schwebt.

D. DIE KAPITALARMUT
DES GRENZLANDES IM SPIEGEL
DER UNTERNEHMUNGSBILANZEN

Wie wir im vorhergehenden Hauptabschnitt C ausführlich darlegten, ist das Grenzland ein kapitalarmes Land, die Kapitalbildung der Unternehmungen ist sehr begrenzt; dort angesammelte Kapitalbeträge werden vielfach abgezogen, und ein ausgleichender Zustrom ist kaum vorhanden¹⁾.

Die Kanäle und Wege des Kapitals, seine Quellen und die Orte des Verbrauches sind zu vielgestaltig und unübersichtlich, als daß der Umfang all dieser Bewegungen genau umrissen und die Wege des Kapitals in allen Einzelheiten verfolgt werden könnten.

Ebenso schwierig jedoch ist es, das wirkliche Ausmaß der Kapitalnot des Grenzlandes in den Einzelheiten zu erkennen. Wir wollen dies aber versuchen und zu diesem Zweck Bilanzen von Unternehmungen verschiedener typischer Wirtschaftszweige des Grenzlandes analysieren. Dabei erscheint es zweckmäßig, diesen Untersuchungen eine kurze Vorbemerkung über den Erkenntniswert von Bilanzen im Hinblick auf die Unternehmungsfinanzierung vorausszuschicken.

I. Vorbemerkungen
Die Bilanz als Ausdruck der
Unternehmungsfinanzierung

Definieren wir den Begriff der Bilanz am zweckmäßigsten wie folgt:
Die Bilanz stellt die Quellen des Kapitals den Formen (dem Vermögen) gegenüber, in die das zur Verfügung stehende Kapital gebracht und angelegt wurde.

Bilanzen sind nicht Selbstzweck, sie sollen Aufschluß über die Vermögens- und Kapitallage einer Unternehmung geben und darüber sowie über die Aufwand- und Ertragsverhältnisse Rechenschaft ablegen.

Im Handelsgesetzbuch sagt der Gesetzgeber von der Bilanz: " Jeder Kaufmann hat bei dem Beginne seines Handelsgewerbes seine Grundstücke, seine Forderungen

1) Vergleiche Abschnitt C!

und Schulden, den Betrag seines Bargeldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen, dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände anzugeben und einen das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß zu machen." ¹⁾

Außer der durch das HGB und das Aktiengesetz bestimmten Handelsbilanz seien noch die Steuerbilanz und der Kreditstatus als weitere Bilanzarten erwähnt.

Steht die Handelsbilanz vorwiegend unter dem Gesichtspunkt des Gläubigerschutzes und die Steuerbilanz unter dem der steuerlichen Erfolgsermittlung, so dient der Kreditstatus der Beurteilung der Kreditwürdigkeit einer Unternehmung.

Die in der vorliegenden Arbeit zu untersuchenden Bilanzen stammen von Unternehmungen jeglicher Rechtsform. Die uns zur Verfügung stehenden Bilanzen von Aktiengesellschaften sind die üblichen veröffentlichten Handelsbilanzen. Die Bilanzen von Unternehmungen anderer Gesellschaftsformen sind fast ausschließlich kombinierte Handels- und Steuerbilanzen, da heute im allgemeinen zwei verschiedene Bilanzen nicht mehr aufgestellt werden. Auf diese Erscheinung weist auch Le Coutre hin: "Wir finden heute die sonderbare Erscheinung, daß nicht die Steuerbilanz eine abgeleitete Handelsbilanz ist, sondern umgekehrt die Tatsache, daß in der Handelsbilanz in erster Linie das abgeschrieben wird, was auch steuerlich abzugsfähig ist. So kommt es, daß manche wesentlichen Schaden in den Handelsbilanzen stehen bleiben und nicht wertberichtigt werden, während andere Verluste, die von nicht so wesentlicher Bedeutung und nicht so drückend sind, bereits Berücksichtigung finden." ²⁾

Bei der Besprechung der Probleme des Kredites ³⁾ vermerkten wir bereits, daß die Bilanz als Spiegel der Vermögens- und Finanzlage einer Unternehmung ein wichtiges Hilfsmittel zur Bestimmung ihrer Kreditwürdigkeit ist. Wird doch auch die für die Kreditwürdigkeit ausschlaggebende Ertragslage einer Unternehmung von der Vermögens- und der Kapitalstruktur geprägt, die beide wiederum aus der

1) Siehe § 39 Abs. 1 (vergleiche hierzu auch die folgenden Paragraphen des HGB)

2) Siehe le Coutre, Grundzüge der Bilanzkunde, Wolfenbüttel 1949, Seite 272!

3) Siehe Abschnitt C, I, 2!

Bilanz ersichtlich sind. (Dies nennen Mellerowicz - Jonas einen funktionalen Zusammenhang zwischen Vermögen und Ertrag ¹⁾.)

So erscheinen einerseits zum Beispiel die Unternehmungen im Grenzland, die mit einem zu hohen Fremdkapital arbeiten, wenig kreditwürdig, und andererseits ist die aus den Bilanzen ersichtliche Unterfinanzierung gleichzeitig auch Ausdruck des Kapitalmangels, der eben die Folge der minderen Kreditwürdigkeit ist.

Die zur Erkenntnis des Kapitalmangels und zur Beurteilung der Finanzierung wichtigen Teile einer Bilanz sind vornehmlich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie das Eigen- und das Fremdkapital der Unternehmungen:

Die Rolle dieser vier Komponenten innerhalb einer Bilanz sei nun in Kürze umrissen:

Das Anlagevermögen ist "das zur dauernden Benutzung durch den Betrieb bestimmte Vermögen" und das Umlaufvermögen "das zum fortgesetzten Umsatz in Erfüllung der eigentlichen Leistungsaufgabe des Betriebes bestimmte Vermögen, wie Geld und Waren" ²⁾. Seiner Zusammensetzung nach ist das Umlaufvermögen variabel, da es dem laufenden Umsatzprozeß unterliegt, doch seiner Höhe nach ist es für die Aufrechterhaltung der Betriebstätigkeit zum großen Teil unentbehrlich und darum letztlich genau so wenig flüssig wie das Anlagevermögen. Zu Recht sagt Schmalenbach: "Man kann in vielen Fällen eher eine Anzahl der Maschinen wegnehmen als die Vorräte" ³⁾.

Das Wesen des Eigenkapitals umreißt le Coutre wie folgt:

"Das Eigenkapital ist derjenige Teil des gesamten in der Unternehmung arbeitenden Kapitals (Unternehmungskapital), der den Unternehmern zusteht" ⁴⁾.

Das Eigenkapital ist Risikoträger, Arbeits- und Erwerbsgrundlage. Es dient der

1) Vergleiche Mellerowicz - Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, Berlin 1957, Seite 29!

2) Siehe le Coutre, Grundzüge der Bilanzkunde, Wolfenbüttel 1949, Seite 158!

3) Siehe Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 118!

4) Siehe le Coutre, Grundzüge der Bilanzkunde, Wolfenbüttel 1949, Seite 202f.!

Ertragserzielung sowie der Repräsentation und übt für das Fremdkapital eine Garantiefunktion aus^{1), 2)}.

Wollen wir nun in diesem Zusammenhang kurz darstellen, wie wir einige in der Literatur umstrittene Bilanzpositionen bei unserer Analyse der Unternehmungsbilanzen aus dem Grenzland in die von uns genannten vier Hauptteile einer Bilanz einordnen werden:

Wenn auch gelegentlich Ansichten vertreten werden, die unter gewissen Bedingungen die Wertberichtigungsposten auf das Anlagevermögen als Teil des Eigenkapitals ansehen wollen (solange der Abschreibungsgegenstand arbeitsfähig eingesetzt ist)³⁾, so stellen doch diese Wertberichtigungen nach überwiegender Ansicht von Literatur und Praxis lediglich Korrekturposten zum Anlagevermögen dar. Sie haben den Zweck, dessen Wertminderung zu berichtigen.

Manche Firmen ziehen diese indirekte Abschreibung vor, andere die direkte, dritte schreiben sogar in ihrer Bilanz gleichzeitig direkt und indirekt ab. Da hierdurch die Übersichtlichkeit der Bilanzen vermindert wird, wollen wir aus Gründen der Bilanzklarheit und der Einheitlichkeit generell die Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen eliminieren, wenn wir die uns vorliegenden Unternehmungsbilanzen zum Zwecke der Analyse aufschlüsseln⁴⁾.

Die Rückstellungsposten sind nach unserer Auffassung dem Fremdkapital zugehörig, obwohl sie von den Betriebswirtschaften aus eigener Kraft aufgebracht, das heißt dem Gewinn abgezweigt werden, während alle anderen Teile des Fremdkapitals die Gläubiger zur Verfügung stellen. Es bestehen also zwischen den Rückstellungen und dem übrigen Fremdkapital grundsätzliche Unterschiede hinsichtlich der Entstehung.

1) Vergleiche le Coutre, Grundzüge der Bilanzkunde, Wolfenbüttel 1949, Seite 203 ff. !

2) Während alle anderen Teile des Eigenkapitals praktisch unbefristet der Unternehmung zur Verfügung stehen, trägt der zur Ausschüttung vorgesehene Gewinn kurzfristigen Charakter.

3) Vergleiche le Coutre, Grundzüge der Bilanzkunde, Wolfenbüttel 1949, Seite 139 ff. sowie 229 !

4) Vergleiche Abschnitt D, II, 1 - 5 !

Die Finanzierung über Rückstellungen¹⁾, die nach dem Kriege vielfach praktiziert wurde, um dem Steuerdruck auszuweichen, ist jedoch nicht mit Selbstfinanzierung zu verwechseln, auch wenn es sich um eine Finanzierung aus Gewinn, das heißt aus Bruttogewinn, handelt. Bedeutet doch Selbstfinanzierung die Ansammlung eigener Mittel im Betrieb, während Rückstellungen künftige Forderungen, das heißt Fremdkapital sind.

Obwohl zum Fremdkapital zählend²⁾, können die Rückstellungen Eigenkapital enthalten, nämlich insoweit sie stille Reserven bergen.

Zwar tragen Rückstellungen zuweilen auch längerfristigen Charakter; wenn sie zum Beispiel als Pensionsrückstellungen gebildet wurden, so ordnen wir sie doch bei den von uns zu untersuchenden Bilanzen generell unter das kurzfristige Fremdkapital ein, da eventuelle Pensionsrückstellungen meist nicht gesondert ausgewiesen werden und uns darum ihr Anteil an den gesamten Rückstellungen unbekannt ist.

Wenn auch von der Höhe der Rückstellungen auf die jeweilige Ertragslage geschlossen werden kann, da eben - wie bereits gesagt - die Rückstellungen unter dem Steuerdruck zu einem beliebigen Finanzierungsinstrument wurden, so gilt dies von den Pensionsrückstellungen nicht in dem gleichen Maße. Deren Umfang ist nicht den jeweiligen Schwankungen der Ertragslage unterworfen, da sie unter Beachtung versicherungsmathematischer Vorausberechnungen auf lange Sicht gebildet und dementsprechend verwendet werden.

Ebenfalls einen umstrittenen Charakter tragen die Wertberichtigungen auf das Umlaufvermögen: sie korrigieren insbesondere die Posten Forderungen und Vorräte, um einen wahrscheinlich auftretenden Verlust vorwegzunehmen. Mag man sie nun als dem Fremd- oder Eigenkapital angenähert betrachten oder als reinen Korrekturposten ansehen, wir jedenfalls werden sie aus Zweckmäßigkeitsgründen bei unserer Bilanzanalyse mit den Fremdmitteln zusammen erfassen und den kurzfristigen zurechnen, auch wenn wir uns durchaus im klaren sind, daß in den

1) Nach Auskünften der Unternehmungen besonders über Pensionsrückstellungen.

2) Vergleiche auch Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956,

Wertberichtigungen stille Reserven vorhanden sein können ¹⁾. Ihre Bedeutung innerhalb dieser Bilanzen ist ohnehin sehr gering.

Um zu beurteilen, wie Unternehmungen finanziert sind, das heißt, um in unserem Falle die Finanzierung der Unternehmungen im Grenzland zu erkunden, betrachtet man zweckmäßigerweise das Verhältnis vom Eigenkapital zum Fremdkapital und setzt außerdem die aus den Bilanzen ersichtliche Vermögens- und Kapitalstruktur nach bestimmten Finanzierungsregeln zueinander in Beziehung (wobei wir als Vermögensstruktur das Verhältnis vom Anlagevermögen zum Umlaufvermögen und als Kapitalstruktur das Verhältnis vom Eigenkapital zum Fremdkapital bezeichnen):

Wenden wir uns zunächst dem Verhältnis der Eigenmittel zu den Fremdmitteln zu!

Finanzieren sich Industrieunternehmungen überwiegend mit Fremdkapital, das heißt, ist der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme größer als die Eigenmittel, so können diese Unternehmungen bei Absatzstockungen in Schwierigkeiten geraten, da die gleichbleibend hohen Zinsen für das Fremdkapital bei verminderten Gewinnen nicht gedeckt werden können.

Dazu schreibt Schmaltz:

"Ein Risiko entsteht erst, wenn der Zins für fremdes Kapital höher wird, als die Rentabilität des Gesamtkapitals beträgt und die Differenz auf Kosten der Rentabilität des Eigenkapitals geht" ²⁾.

Dieses Risiko besteht in der Tat für manche überschuldete Industriegruppen des Grenzlandes, deren Gewinne wegen der Standortnachteile so gering sind, daß die Zinsbelastung für das Fremdkapital die Gesamtkapitalrentabilität übersteigt. So liegt zum Beispiel das Schrumpfen ³⁾ der Eigenmittel bei den Sägewerken nicht zuletzt in diesem Umstand begründet.

Sind hohe langfristige Fremdmittel zwar wegen der dauernden Zinsenlast gefähr-

1) Wir stützen uns hierbei auf eine gesprächsweise geäußerte Bemerkung von Professor Dr. K. F. Hagenmüller, Frankfurt.

2) Siehe Schmaltz, Betriebsanalyse, Stuttgart 1929, Seite 208!

3) Siehe Abschnitt D, II, 5!

lich, so mögen sie immerhin in der Lage sein, die finanzielle Stabilität einer Unternehmung vielleicht sogar für einen längeren Zeitraum zu gewährleisten. Hohe laufende Verbindlichkeiten jedoch sind nicht nur wegen der Last der Zinsen, sondern gerade deswegen besonders gefährlich, weil sie die finanzielle Stabilität untergraben und die Illiquidität und die Zahlungsunfähigkeit des betreffenden Unternehmens herbeiführen können.

So sagt auch Leitner:

"Je größer die Betriebsschulden, d. h. die kurzfristigen Kreditkapitalien sind, desto größer sollen die verfügbaren Mittel sein: die Liquidität muß im Verhältnis stehen zur Größe und Dringlichkeit der Betriebsschulden.

Feste Schulden belasten dauernd den Ertrag, vermehren den Verlust, sind nicht ohne weiteres anpassungsfähig, bleiben auch bei schwankender und abnehmender Rentabilität des Unternehmens oder bei verringertem Umsatz bestehen" ¹⁾.

Große Teile der deutschen Wirtschaft schweben heute in dieser Gefahr. Der Grund hierfür sind die Kriegsschäden und eine Steuerpolitik, welche die volkswirtschaftlich notwendige Kapitalbildung bei den Unternehmungen verhindert (jedoch wurde die Großindustrie besser behandelt; man denke an die Sonderabschreibungen nach § 36 des Investitionshilfegesetzes und an die §§ 7 und 10 des EStG, deren Sondervergünstigungen vorwiegend von der Großindustrie in Anspruch genommen wurden)!

In der vorliegenden Arbeit werden wir noch zeigen ²⁾, daß auch im Grenzland größere Unternehmungen verhältnismäßig stabil finanziert, daß aber kleine und mittlere Unternehmungen in bedenklichem Maße unterfinanziert sind.

Das gefährlich hohe Fremdkapital, das doch eigentlich nur ein Zusatzkapital sein sollte, dem lediglich die Deckung des Betriebskapitals obliegt, darf in Zeiten einer zu befürchtenden "recession" nicht auf die leichte Schulter genommen und in dem Vertrauen darauf bagatellisiert werden, der Staat werde die Konjunktur schon stabilisieren.

Letzteres wäre "ein Verrat an den Prinzipien der freien Unternehmerwirtschaft",

1) Siehe Leitner, Bilanztechnik und Bilanzkritik, Berlin-Leipzig 1919, Seite 215!

2) Vergleiche Abschnitt D, II, 1-5!

wie die Handelskammer Bayreuth meint ¹⁾.

Ganz abgesehen davon, hat ein ungünstiges Fremdkapital-Eigenkapitalverhältnis in den Bilanzen auch sozialpolitische Folgen: verschuldete Betriebe sind wider besseres Wissen, wider die exakte Regel der Kalkulation gegen Lohnerhöhungen oft wenig energisch, sie lassen es nicht auf Streiks ankommen, da sie keinen Umsatzausfall in Kauf nehmen können. Außerdem sind diese Unternehmungen gezwungen, infolge ihres mangelnden "Fettpolsters" ²⁾ bei Geschäftsstockungen gleich Teile ihrer Belegschaft zu entlassen.

Bei der Erforschung der Finanz- und Liquiditätslage dürfen wir uns nicht auf die zweifelsohne wichtige Betrachtung überhöhter Fremdmittel beschränken, sondern wollen, wie bereits angedeutet, auch das Anlage- und Umlaufvermögen mit in die Betrachtung einbeziehen und die Vermögensstruktur zur Kapitalstruktur in Beziehung setzen: dabei gilt als allgemeine Finanzierungsregel, daß auf Dauer gebundene und andere schwer veräußerliche Vermögenswerte am besten durch Eigenmittel und in zweiter Linie auch mit anderen Mitteln, die der Unternehmung langfristig zur Verfügung stehen, gedeckt sein sollten.

So sagt Beckmann: "Grundsätzlich gilt die Faustregel, daß sich beide [Kapital- und Vermögens-] Strukturen etwa in der Weise korrespondierend ergänzen sollen, als das Eigenkapital im Anlagevermögen, das Fremdkapital im Umlaufvermögen investiert ist. Damit ist der langfristige Kapitalumlauf frei von Kündigungen kurzfristiger Kredite. Ist dagegen das Eigenkapital beachtlich kleiner als das Anlagevermögen, so entstehen Liquiditätsschwierigkeiten, falls nicht der Lebensdauer der Anlagen entsprechend langfristige Kredite zur Verfügung stehen. Werden Anlagen durch kurzfristige Kredite finanziert, so muß durch die Prolongation bzw. durch die daraus entstehenden Zinseszinsen die Betriebswirtschaft allmählich zum Erliegen kommen." ^{3) 4)}

1) Siehe "Oberfränkische Wirtschaft" vom April 1957, Seite 2!

2) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft" vom April 1957, Seite 3!

3) Siehe Beckmann, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, München 1949, Seite 20!

4) Vergleiche Tafel 16, Seite 87!

Die betriebswirtschaftliche Finanzierung

I. Normalfall

Anlagevermögen	Eigenkapital
Umlaufvermögen	Fremdkapital

II. Eigenkapital - Unterfinanzierung

Anlagevermögen	Eigenkapital
Umlaufvermögen	Fremdkapital

III. Eigenkapital - Überfinanzierung

Anlagevermögen	Eigenkapital
Umlaufvermögen	Fremdkapital

(Entnommen aus: Beckmann,
Die betriebswirtschaftliche Finanzierung,
München 1949, Seite 21/22)

Diesen von Beckmann und zahlreichen anderen Autoren ¹⁾ aufgestellten Bilanzgrundsatz könnte man erweitern und sagen, daß nicht nur das Anlagevermögen, sondern darüber hinaus alle risikobehafteten Vermögensteile tunlichst mit Eigenkapital zu finanzieren sind. Hierzu gehören nach unserer Ansicht auch Vorräte, insbesondere von leicht verderblichen Waren, sowie von Waren, die starken Preisschwankungen ausgesetzt sind.

Ergänzen wir die eben besprochene grundlegende Finanzierungsregel durch einige amerikanische Regeln, die Schmalz erwähnt:

"Als Faustregel galt, daß das Umlaufvermögen doppelt so hoch sein müsse wie das kurzfristige Fremdkapital, wenn die Liquidität gesichert sein soll. Diese Regel nennt man die 'two-to-one-rule' oder 'banker's rule', und sie spielt heute noch in der Praxis eine große Rolle. Nach Wall erfreute sich dieser Satz schon 1905 großer Beliebtheit ... - ... prüfte man die Beziehungen zwischen dem Umlaufvermögen und dem kurzfristigen Fremdkapital noch durch andere Verhältniszahlen, so das Verhältnis von liquiden Mitteln zum kurzfristigen Fremdkapital, den sogenannten acid-test, wobei man als liquide Mittel Barbestände, Wechsel und Debitoren ansah und als normales Verhältnis 1:1 zwischen beiden Größen annahm" ²⁾.

Als weitere Faustregel dieser Art nennt Schmalz ein Verhältnis von 1:5 zwischen den Barbeständen und den laufenden Verbindlichkeiten ²⁾.

Alle diese von uns genannten bewährten Finanzierungsgrundsätze werden heute manchmal mißachtet, nicht nur, weil die Ungunst der Verhältnisse ihre Befolgung tatsächlich unmöglich macht, sondern weil auch viele Wirtschaft-

1) Siehe Rozumek - Herold, D s Kreditgeschäft der Banken, Hamburg 1936, Seite 100,

Rößle, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 101,
Hendrikson, Die Technik der Kreditwürdigkeitsprüfung, Wiesbaden 1956, Seite 188,

Mellerowicz - Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, Berlin 1957, Seite 189,

Rößle, Buchhaltung und Bilanz, Oldenburg 1952, Seite 166!

2) Siehe Schmalz, Betriebsanalyse, Stuttgart 1929, Seite 228!

ler aus einer gewissen Lässigkeit und einem leichtsinnigen Optimismus heraus diesen Grundsätzen kein Verständnis mehr entgegenbringen. Die Oberfränkische Handelskammer nennt dies die "Psychologie der Wurstigkeit" und ist nicht zu Unrecht über das weit verbreitete Phlegma gegenüber althergebrachten Seriositätsbegriffen beunruhigt¹⁾.

In der Tat verdirbt der Zwang, ständig wider bewährte Grundsätze verstoßen zu müssen, die guten Sitten.

II. Analyse von Bilanzen aus dem Grenzland in Hinblick auf die Finanzlage der Unternehmungen

In den nun folgenden Abschnitten versuchen wir die Finanzlage von Unternehmungen im Grenzland anhand ihrer Bilanzen zu erkennen. In der eben beendeten, mehr allgemein gehaltenen Einführung waren wir zu zeigen bemüht, welchen Erkenntniswert Bilanzen besitzen.

Trotz mancher Einschränkungen erscheinen uns Bilanzen noch immer als bestes Mittel, die Lage einer Unternehmung gerade hinsichtlich ihrer finanziellen Verhältnisse zu erkennen.

Der Erkenntniswert der Bilanzen, die wir nun untersuchen werden, erhöht sich beträchtlich, da uns die Bilanzen über einen Zeitraum von sieben Jahren zur Verfügung stehen. Dadurch ergeben sich wertvolle Hinweise auf die Entwicklungsrichtung und Dynamik des ganzen wirtschaftlichen Geschehens im Grenzland, Aufschlüsse, die eine einzelne Bilanz niemals geben könnte, da sie als Stichtagsbilanz stets nur ein Augenblicksbild, gleichsam eine Momentaufnahme vermitteln kann. Zudem wird unser von der Entwicklung gewonnenes Bild noch zuverlässiger, da wir die Bilanzen nicht einer einzigen, sondern zahlreicher Unternehmungen jeweils einer Industriegruppe zu Gemeinschaftsbilanzen zusammenfassen, so daß Unzulänglichkeiten der einzelnen Bilanz überdeckt und ausgeglichen werden.

1) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", April 1957, Seite 2!

1. Bilanzen von Spinnereien

Die Bilanzen von acht oberfränkischen Spinnereien, vornehmlich aus dem östlichen Teil dieses Regierungsbezirkes, fassen wir für die Jahre 1949 bis 1956 jeweils zu einer Sammelbilanz zusammen ¹⁾.

Betrachten wir nun die wichtigsten Posten in diesen Bilanzen; in dem gesamten Zeitraum blieb der Anteil der Gebäude an der Bilanzsumme relativ konstant, er verminderte sich von 14% 1949 auf 11% 1956. Ähnlich verhält es sich bei dem Posten Maschinen, dessen Anteil an der Bilanzsumme 1949 und 1956 23% ist, obwohl in den dazwischen liegenden Jahren, insbesondere 1951, der Anteil weit niedriger war. Besonders auffällig ist die konstante Verstärkung der Beteiligungen, deren Anteil von 1% 1949 auf 11 beziehungsweise 9% in den Jahren 1955 und 1956 anstieg. Die häufige Praxis oberfränkischer Spinnereien, sich im Westen und Südwesten des Bundesgebietes Tochtergesellschaften zu schaffen - eine Tatsache, deren Grund zweifelsohne in politischen und psychischen Motiven zu suchen ist -, findet hier ihren Niederschlag.

Alljährlich sind die Vorräte anteilmäßig der größte Posten in der Bilanz, ständig betragen sie etwa ein Viertel der Bilanzsumme. Wertpapiere tauchen in der Bilanz in größerem Umfange erst 1955/1956 auf. Dies deutet auf freie, zur Anlage verfügbare Gelder hin, also auf eine verbesserte Liquidität. Die erhebliche Schwankung des Umfangs der geleisteten Anzahlungen gibt Rätsel auf, erreichten sie doch 1950 eine Größe von 12% der Bilanzsumme, aber in den Jahren 1953 bis 1956 jeweils nur 1%.

In der Korea-Hausse hatten sich nämlich die Lieferungen an Rohbaumwolle infolge der hohen Nachfrage verzögert, so daß die von den Spinnereien geleisteten Anzahlungen länger stehen blieben und so einen größeren Umfang erreichten.

Leider scheinen die acht uns als Unterlage dienenden Bilanzen doch von allzuvielen Zufälligkeiten beeinflusst zu sein, als daß die Entwicklung des Umfanges der Warenforderungen befriedigend gedeutet werden könnte. Trotz erheblicher

1) Siehe Tafel 17, Seite 91 und 92!

[illegible]

Umsatzsteigerungen ¹⁾ und trotz der Ausweitung der Bilanzsumme in den Jahren 1950 und 1951 ist in den uns vorliegenden Bilanzen der Anteil der Warenforderungen an der Bilanzsumme kaum gestiegen.

Die Produktionseinschränkungen und die großen Absatzschwierigkeiten der Jahre 1952 und 1953 gingen wohl mit einem schleppenden Zahlungseingang Hand in Hand, da der Posten Warenforderungen in diesen Jahren eine vorher nie gekannte Höhe erreicht. Der Grund für diese Absatzkrise war einerseits die Sättigung des Marktes, das heißt die Deckung des Nachholbedarfes, und überdies die ungesunde Ausweitung der Kapazität mancher Spinnerei während der Vorjahre. Hatten doch einige Spinnereien bei ihren Investitionsplänen fälschlicherweise auf weitere Umsatzsteigerungen gehofft, die allmähliche Deckung des Nachholbedarfes an Textilien nicht bedacht und so ihr Augenmerk mehr auf Kapazitätsausweitungen gerichtet, als zuerst einmal von Grund auf zu modernisieren und einen neuen Maschinenpark zu beschaffen. Es dürfte auch in künftigen Jahren, wenn der internationale Wettbewerb scharfer wird, offenbar werden, wie verhängnisvoll es war, nicht jede Rationalisierungsmöglichkeit während der ersten Jahre nach der Währungsreform ausgenutzt zu haben.

Nach der Stabilisierung der Rohstoffmärkte im Jahre 1953 belebten sich in den nun folgenden Jahren im Rahmen einer Mengenkonjunktur die Umsätze stetig (vergleiche das allmähliche Ansteigen der absoluten Bilanzsumme ab 1954! ²⁾). Die Konjunktur Westdeutschlands strahlte allmählich auf die Konsumgüterindustrie aus.

Fahren wir nun mit der Besprechung der Bilanzpositionen fort: In dem sehr schwankenden Posten "Sonstige Forderungen" dürften wohl oft recht umfangreiche Forderungen an die im Westen gegründeten Tochterunternehmungen enthalten sein.

Die Größe der Zahlungsmittel in den Spinnereibilanzen ist alljährlich bescheiden; eine unregelmäßige Höhe der Bankguthaben ist festzustellen.

1) Exakte Umsatzzahlen der Spinnereien stehen uns leider nicht zur Verfügung, da die amtliche Statistik sie unter den Ziffern der gesamten Textilindustrie mit aufführt, so daß wir uns auf die Auskünfte - allerdings zahlreicher - Spinnereien stützen müssen.

2) Vergleiche Tafel 20, Seite 98!

Auf der Passivseite der Bilanzen fällt der relativ konstante Anteil des Eigenkapitals auf, das immer etwas mehr als ein Viertel der ganzen Bilanzsumme umfaßt. Die Schwankungen ergeben sich in erster Linie aus der schwankenden Höhe der absoluten Bilanzsumme. 1951, in dem Jahr der größten Umsatzsteigerung und einer umfangreichen Bilanzsummenausweitung ¹⁾, war der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme am niedrigsten.

Die Rücklagen, die regelmäßig die Höhe des Eigenkapitals übersteigen, sind anteilmäßig seit 1951 ungefähr konstant.

Die schwankende Höhe der Rückstellungen ist ein Spiegelbild der schwankenden Erfolgslage, können doch Rückstellungen nur bei entsprechenden Erträgen gebildet werden ²⁾. Seit 1953 steigen die Rückstellungen im Zuge der allmählichen Geschäftsbelebung langsam an. Ihre Höhe von immer etwa einem Fünftel der Bilanzsumme weist auf eine gute Ertragslage der Spinnereien hin.

Die Höhe langfristiger Verbindlichkeiten ist in all den Jahren stets unbedeutend, und die geringe Höhe der Warenverbindlichkeiten (2 - 5% der Bilanzsumme) deutet auf eine gute Liquidität hin, ebenso der verhältnismäßig bescheidene Umfang der Bankschulden, zu denen sich allerdings immer in etwa gleicher Höhe Wechselschulden gesellen. Diese vergleichsweise hohen Wechselverbindlichkeiten sind wohl auf branchenübliche Zahlungsgewohnheiten zurückzuführen.

Um die Finanzlage besser durchschauen zu können, vereinfachen wir am besten die eben besprochenen Bilanzen, wie Tafel 18 und Tafel 19 zeigen ³⁾.

Der Anteil des Anlagevermögens an der gesamten Bilanzsumme zeigt sich 1956 gegenüber 1950 erheblich verstärkt, obwohl sich die absolute Bilanzsumme im gleichen Zeitraum um beinahe 30% ausdehnte, ein Zeichen für umfangreiche Investitionen, deren tatsächliche Höhe wegen der Grenzlandsonderabschreibungen ⁴⁾ gar nicht festzustellen ist. Bemerkenswert erscheint, daß 1950 und 1951,

1) Vergleiche Tafel 20, Seite 98!

2) Vergleiche hierzu unsere grundsätzlichen Ausführungen in Kapitel D, I!

3) Siehe Tafel 18 und 19, Seite 96 und 97

(sowie Tafel 21, Ziffer 1 und 2, Seite 100)!

4) Siehe Abschnitt E, II, 1!

in den Jahren der hohen Bilanzsummenausweitung, der Anteil des Anlagevermögens am niedrigsten ist. Plötzliche Umsatzsteigerungen lassen eben das Umlaufvermögen wachsen.

Die Passivseite öffnet den Blick auf eine gute Kapitalstruktur. In jedem Jahr übertreffen die Eigenmittel bei weitem die Fremdmittel, auch wenn sich der Anteil der Eigenmittel von Jahr zu Jahr etwas vermindert, da die Stärkung der Eigenmittel nicht mit Ausweitungen der Bilanzsumme Schritt hält¹⁾. Besonders auffällig ist hierbei, daß in dem Rekordjahr 1951 die erhöhte Bilanzsumme neben dem Anlagevermögen auch die Eigenmittel anteilmäßig herabdrückt, das erhöhte Umlaufvermögen also von Fremdmitteln finanziert wird (wobei selbst in diesem Jahr die Eigenmittel die Höhe der Fremdmittel noch übertreffen). Das Verhältnis von Eigenmitteln zu Fremdmitteln ist sogar 1956 noch günstig, auch wenn es im Vergleich zu 1949 schlechter geworden ist.

Erweist sich bereits hier die befriedigende Finanzlage der Spinnereien, so wird der Sachverhalt ganz deutlich, wenn wir die Vermögens- und die Kapitalstruktur mittels zweier Deckungsrechnungen zueinander in Beziehung setzen: inwieweit in jedem Jahr das Anlagevermögen, dann das längerfristig gebundene Umlaufvermögen (die Vorräte und langfristigen Forderungen) und schließlich noch das sonstige Umlaufvermögen mit eigenen und auch mit langfristigen fremden Mitteln gedeckt werden konnten¹⁾.

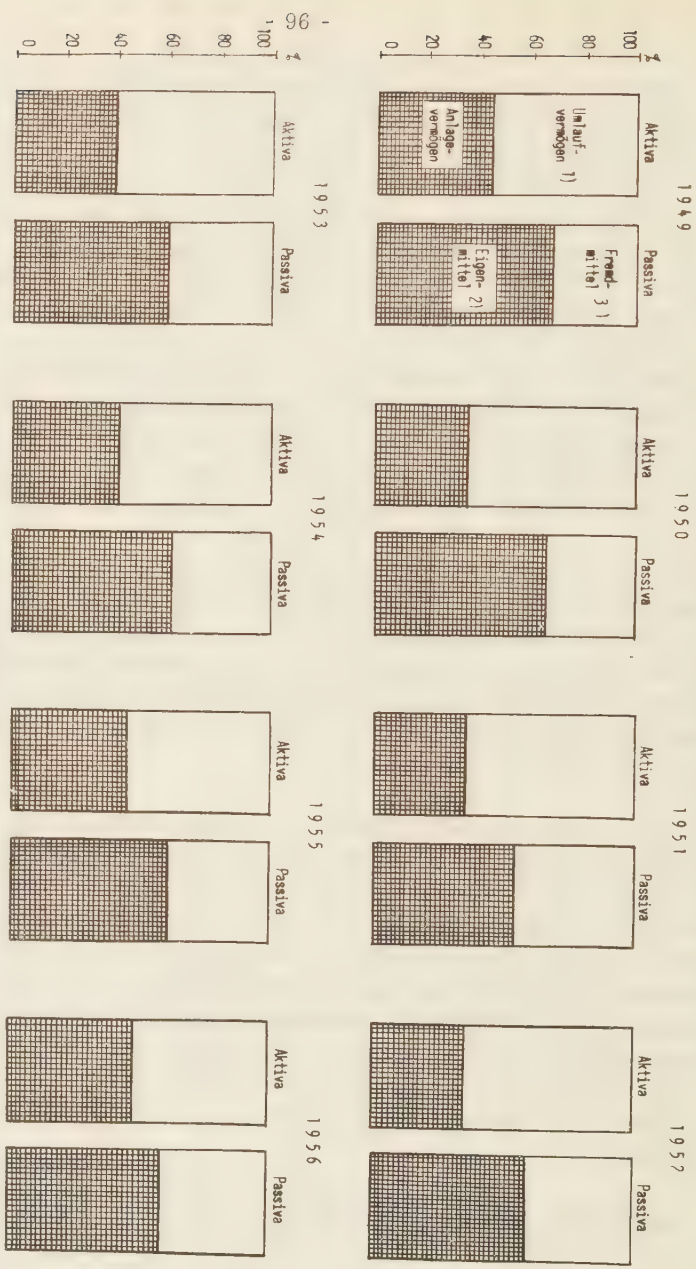
Im Jahre 1950 waren die Spinnereien am stabilsten finanziert. Die Eigenmittel deckten in diesem Jahre das gesamte Anlagevermögen sowie die langfristigen Forderungen und die Vorräte vollständig, darüber hinaus sogar noch 11% des sonstigen Umlaufvermögens. Das im Jahre 1951 ruckartig verschlechterte Deckungsverhältnis (Bilanzsummenausweitung!) besserte sich im Jahre 1952 wieder (100%ige Deckung des Anlagevermögens und zusätzlich 89%ige Deckung der Vorräte und langfristigen Forderungen durch die Eigenmittel), um sich dann in den folgenden Jahren allmählich zu verschlechtern, bis 1956 der Tiefpunkt erreicht wurde. In diesem Jahre deckten die Eigenmittel nur mehr zu 46% die Vorräte und langfristigen Forderungen, jedoch nach wie vor zu 100% das Anlagevermögen.

Wenn wir in unsere Deckungsrechnung noch die langfristigen Fremdmittel mit

1) Siehe Tafel 21, Nr. 3 und 4, Seite 100!

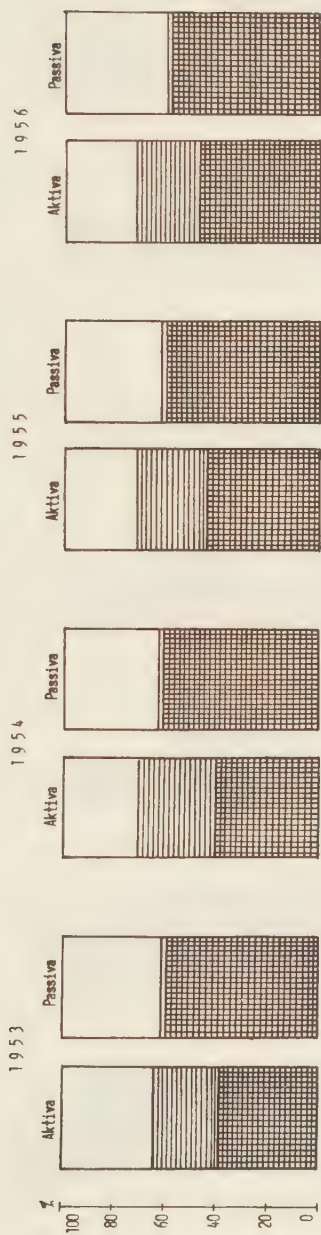
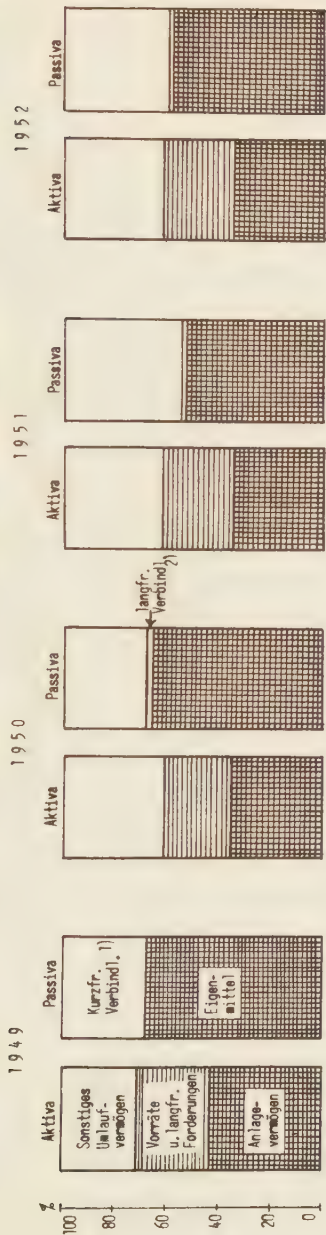
Die Veränderung der Bilanzstruktur der Spinnereien

Tafel 18



Vergleiche zu Tafel 18 und 19 die Ziffern auf Tafel 17 (Die Aufstellungen wurden um die in den Bilanzen ausgewiesenen Verluste und um die Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen bereinigt)

- 1) einschl. Rechnungsabgrenzung der Aktivseite
- 2) Eigenkapitalkonto Rücklagen und Gewinn
- 3) Alle Verbindlichkeiten einschl. Rückstellungen, Wertberichtigungen auf Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzung der Passivseite

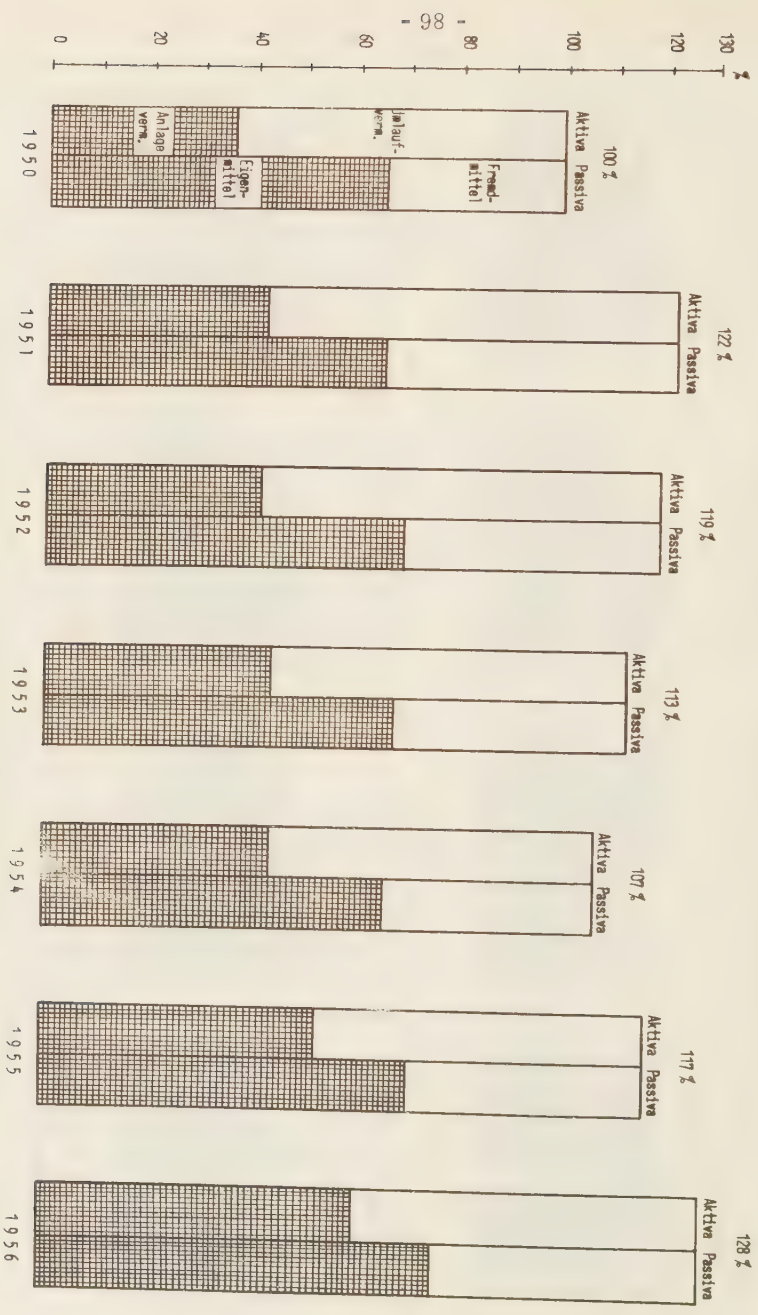


2) Posten B VI 1 des Bilanzschemas Tafel 17 : Langfristige Verbindlichkeiten, wie Anleihen und Hypotheken u.s.w.

1) Das übrige Fremdkapital

(Die Darstellungen auf dieser Tafel wurden um die in den Bilanzen ausgewiesenen Verluste und um die Wertberichtigungen aufs Anlagevermögen gekürzt)

Die Entwicklung der absoluten Bilanzsumme der Spinnereien



Analyse der Finanzlage
von 8 Spinnereien
anhand von Bilanzkennziffern

Nr. 1:

Zusammensetzung des Vermögens:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtvermögen)

	Anlagevermögen	Umlaufvermögen
1940	44 %	56 %
1950	36 %	64 %
1951	35 %	65 %
1952	35 %	65 %
1953	39 %	61 %
1954	41 %	59 %
1955	45 %	55 %
1956	48 %	52 %

Nr. 2:

Zusammensetzung des Kapitals:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtkapital)

	Eigenmittel	Fremdmittel
1949	68 %	32 %
1950	66 %	34 %
1951	54 %	46 %
1952	59 %	41 %
1953	60 %	40 %
1954	62 %	38 %
1955	61 %	39 %
1956	59 %	41 %

1) vgl. Tafel 18

Nr. 3:

Deckungsverhältnis I

Die Eigenmittel decken: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
b) die Vorräte und langfr. Forderungen zu	90%	90%	90%	90%	90%	90%	90%	90%
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	-	-	-	-	-	-	-	-

Nr. 4:

Deckungsverhältnis II

Die Eigenmittel und die langfristigen Fremdmittel decken: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
b) die Vorräte und langfr. Forderungen zu	90%	90%	90%	90%	90%	90%	90%	90%
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	-	-	-	-	-	-	-	-

1) vgl. Tafel 19

Nr. 8:

- 102 -

Verhältnis der aktiven zur passiven Finanzierung:

Kundenforderungen ¹⁾ = 100
Lieferantenverbindlichkeiten ²⁾ =

- 1) = Forderungen aus Warenlieferungen und -leistungen
2) = Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und -leistungen

Ertragsquote von 1949 bis 1956

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
	22,2%	55,6%	46,7%	52,9%	56,7%	50,8%	42,8%	21,7%

einbeziehen und untersuchen, inwieweit das gesamte den Unternehmungen zur Verfügung stehende langfristige Kapital, also Eigenmittel und langfristige Fremdmittel, die einzelnen Hauptgruppen der Aktivseite der Bilanz decken¹⁾, so verschieben sich die Relationen nur unwesentlich im Vergleich zu vorher, da die langfristigen Verbindlichkeiten in den Bilanzen der Spinnereien eine gleichbleibend geringe Rolle spielen. Im ganzen gesehen, ist jedoch trotz einer allmählichen Verschlechterung des Deckungsverhältnisses die Finanzlage der oberfränkischen Spinnereien auch 1956 nach wie vor stabil. (In diesem Jahr deckten die Eigenmittel und die langfristigen Fremdmittel das Anlagevermögen zu 100% und darüber hinaus die Vorräte und die langfristigen Forderungen noch zu 50%.)

Betrachten wir nun noch kurz einen anderen Bereich der Finanzlage, die Liquidität²⁾ :

Das Verhältnis der sofort greifbaren Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten ist äußerst schwankend, tritt doch gerade bei den Zahlungsmitteln der Charakter der Bilanzen als "Momentaufnahme" deutlich in Erscheinung. Doch sind die Kassenmittel offenbar sehr vorsorglich disponiert, da sie immerhin bis zu einem Viertel der kurzfristigen Verbindlichkeiten ausmachen.

Bedenklicherweise deckt aber das kurzfristig liquidierbare Umlaufvermögen (also alle Kassenmittel sowie die Warenforderungen) die laufenden Verbindlichkeiten meist nur etwa zur Hälfte, wenigstens in den Jahren 1954 bis 1956. Das kurzfristige Umlaufvermögen müßte jedoch mindestens die gleiche Höhe wie die laufenden Verbindlichkeiten haben, damit in dieser Hinsicht von einer normalen Finanzierung gesprochen werden kann³⁾.

Wenn auch die Zahlen der Liquidität III eine ständige große Überdeckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das Umlaufvermögen bekunden, so ist doch zu bemerken, daß sich diese Überdeckung seit 1950 im großen und ganzen ständig verminderte, die Liquidität III sich also verschlechterte.

Davon abgesehen, besitzt die Liquidität III nur einen begrenzten Erkenntniswert: ein großer Teil des Umlaufvermögens, nämlich die Vorräte, kann zu den laufenden Schulden nicht in Beziehung gesetzt werden, da die Vorräte gerade in Kri-

1) Siehe Tafel 21, Nr. 4, Seite 100!

2) Siehe Tafel 21, Nr. 5, 6, 7, Seite 101!

3) Siehe Abschnitt D, I!

senzeiten, wenn die Gläubiger auf Zahlung drängen, nur schwer zu verflüssigen sind und darum nicht als Deckung der laufenden Schulden dienen können.

Es ist symptomatisch für die Liquiditätslage von Unternehmungen, inwieweit sie einerseits instande sind, ihren Kunden Zahlungsziele zu gewähren, wie schnell sie aber auf der anderen Seite ihre Lieferantenverpflichtungen abdecken, wie sich also die aktive zur passiven Finanzierung verhält.

Die Rechnung Nr. 8 der Tafel 21¹⁾ zeigt uns nun, daß die oberfränkischen Spinnereien ihren Kunden immer um ein Mehrfaches Kredit gewährten, als sie selbst in Anspruch nahmen. Dies deutete auf eine ausgezeichnete Liquidität hin, auch wenn wir den Einfluß brancheüblicher Zahlungsausancen, die dieses Überwiegen der aktiven Finanzierung herbeiführen, ganz und gar nicht übersehen wollen.

Abschließend läßt sich die Entwicklung der Finanzlage der oberfränkischen Spinnereien etwa wie folgt formulieren: In den ersten Jahren nach der Währungsreform hatten die Spinnereien eine starke Umsatzausweitung wegen des Nachholbedarfes zu verzeichnen. Diese Umsatzsteigerung wurde durch die Korea-Hausse noch verstärkt. Die dann bereits 1951 einsetzende Zerrüttung der Absatzmärkte, die mit einem Preissturz auf den Weltbaumwollmärkten Hand in Hand ging, wirkte sich infolge einer in den vorhergehenden Jahren des Auftriebes etablierten Überkapazität der deutschen Spinnereien verschärft aus²⁾. Der Umsatzrückgang dieser Jahre kommt auch in den geschrumpften Bilanzsummen zum Ausdruck³⁾. 1953/54 dagegen begann für die nächsten Jahre eine allmähliche Umsatzausweitung, die allerdings in erster Linie eine Mengenkonjunktur war.

Heute stehen die Spinnereien einerseits unter dem Druck eines zunehmenden Konkurrenzkampfes, auf der anderen Seite jedoch in dem Dilemma steigender Kosten.

Wir konnten dartun, daß auch noch 1956 die Finanzlage der oberfränkischen

1) Siehe Seite 102!

2) Auf die schwerwiegenden Folgen auch nur geringer Überkapazitäten weist Schmalenbach hin: "Das Übermaß an Kapazität braucht nicht groß zu sein, um eine starke Entwertung aller Anlagen, auch der Anlagen derjenigen Unternehmungen, die sich der Investitionen enthalten, hervorzurufen."

(Siehe Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 93!)

3) Siehe Tafel 20, Seite 98!

Spinnereien stabil ist, obwohl auf Grund unseres Zahlenmaterials eine allmähliche Verschlechterung in den letzten drei Jahren nicht übersehen werden kann.

(Die finanzielle Stabilität ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil es sich hier vorwiegend um Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von oft mehreren Millionen DM handelt. Wir werden noch zeigen können, daß in einem anderen Bereich der Textilindustrie - bei den Webereien -, in dem mittelständische Unternehmen überwiegen, die finanzielle Lage ganz und gar nicht stabil ist).

Vermindert sich aber die Eigenkapitalbasis in Zukunft weiter, so droht die Möglichkeit, zu rationalisieren - die gerade für die mit erhöhten Kosten arbeitenden Grenzlandbetriebe wichtig wäre -, geringer zu werden. Der seit 1954 steigende Anteil des Anlagevermögens - die wirkliche Höhe der Investitionen ist allerdings wegen der Grenzlandsonderabschreibungen¹⁾ verschleiert - an einer ebenfalls steigenden Bilanzsumme läßt den Schluß zu, daß der Weg der Rationalisierung vielfach beschritten wird.

Ob allerdings Unternehmungen, die heute noch mit einem veralteten Maschinenpark und mit womöglich hohen kurzfristigen und teuren Bankschulden arbeiten, in dem internationalen Wettbewerb der Zukunft eine Chance haben, wird eben diese Zukunft lehren.

2. Bilanzen von Webereien

Nun wenden wir uns einem weiteren Bereich der Textilindustrie zu, den Webereien, deren Finanzlage zu beurteilen wir nun versuchen wollen. Dieser Bereich der Textilindustrie ist im Gegensatz zu den Spinnereien äußerst vielfgestaltig. Es werden produziert: Roh- und Buntgewebe, Matratzendrelle, Korsettgewebe, Wischtücher, Gewebe für besondere chemische und physikalische Anforderungen, außerdem Handwebwaren, wie modische Plaids und Schals.

Die uns vorliegenden Bilanzen erfassen nur einen Teilbereich der äußerst vielfgestaltigen Webereibranche, nämlich vorwiegend Nouveautés-Webereien, also solche, die modische Artikel aus Wolle und Mohair, wie Schals, Tücher und

1) Siehe Abschnitt E, II, 1!

ähnliches, produzieren, und dann in zweiter Linie Bunt- und Spezialwebereien. Während die Entwicklung der Baumwollrohwebereien besonders während der Korea-Hausse und -Krise parallel zu derjenigen der von uns besprochenen Spinnereien verlief, war die Entwicklung der uns interessierenden Webereien anders als in diesen überwiegend baumwolleverarbeitenden Bereichen der Textilindustrie.

Von 1950 bis 1956 ist bei den von uns untersuchten Webereien eine ununterbrochene Aufwärtsentwicklung hinsichtlich der Umsätze ¹⁾ und der Bilanzsummenausweitung festzustellen, also 1952/53 keine Absatzkrise wie bei den Spinnereien, da eben die Nachfrage nach modischen Webwaren auch in der Korea-Krise anhielt. Doch ist anzumerken, daß selbst bei den Nouveautés-Webereien 1951 die Bilanzsumme sehr stark anstieg, also der Korea-Boom doch immerhin auch auf diesen Teilbereich der Webereibranche ausstrahlte.

Alle von uns untersuchten Firmen - meist Personengesellschaften - sitzen in Oberfranken und liegen nicht mehr als 40 km von der Grenze entfernt.

Wenn sich auch in dem Zeitraum von acht Jahren, den wir untersuchen wollen, die Umsätze und die Gewinne, die Ausdehnung der Bilanzsumme und die Neubildung von Kapital bei diesen Unternehmungen höchst unterschiedlich entwickelten, so weisen doch die von uns zusammengestellten und ausgearbeiteten Bilanzziffern eine überraschend eindeutige Gesamtentwicklung auf, sowohl hinsichtlich der Ausdehnung der Bilanzsumme als auch hinsichtlich einer ständigen Verschlechterung der Finanzlage.

Ehe wir die Finanzlage eingehend erforschen, wollen wir zuvor kurz sagen, was uns an den Einzelposten der von uns zusammengefaßten Bilanzen auffällt ²⁾:

Der Anteil des Postens "Gebäude" an der Bilanz ist in all den Jahren beinahe unverändert. Dagegen ist der Anteil der Maschinen und maschinellen Anlagen an der Bilanzsumme im Sinken begriffen.

1) Exakte Umsatzzahlen der Webereien stehen uns leider nicht zur Verfügung, da die amtliche Statistik sie unter den Ziffern der gesamten Textilindustrie mit aufführt, so daß wir uns auf die Auskünfte allerdings zahlreicher Webereien stützen müssen.

2) Siehe Tafel 22, Seite 107 und 108!

Beteiligungen treten überhaupt nicht oder nur sehr bescheiden in Erscheinung, handelt es sich doch überwiegend um Webereien mittelständischer Größe.

Im Umlaufvermögen ist der Posten Vorräte infolge des unterschiedlichen Umfangs und Wertes der Lager bei den einzelnen Unternehmungen recht variabel. Auf lange Sicht gesehen, ist jedoch der Anteil an der Bilanzsumme gleichbleibend. Auffallend sind die hohen Vorräte im Jahre 1951, da die als Folge des hohen Umsatzes - ähnlich wie bei den Spinnereien - ausgeweitete Bilanzsumme in der Hauptsache von einer Vermehrung der Vorräte (und dann auch der Warenforderungen) getragen ist. Stiegen 1951 die Vorräte und die Warenforderungen an, so entwickelten sich doch diese beiden Posten in den folgenden Jahren höchst verschieden: Während die Vorräte 1952 wieder zu ihrem ursprünglichen Anteil und noch darunter absinken, halten sich die Warenforderungen im Jahre 1952 etwa auf der gleichen Höhe wie 1951, da die Webereien ab 1952 ihren Kunden vergleichsweise höhere Zahlungsziele einräumen mußten.

Andere Posten des Umlaufvermögens, wie Kassenmittel, langfristige Ausleihungen und Rechnungsabgrenzungsposten, sind zu unbedeutend und haben keinen Anteil an den Strukturänderungen innerhalb der Bilanzen der Webereien.

Wenden wir uns nun den Posten der Kapitaleseite zu: Das Eigenkapital und die Rücklagen sanken in dem ganzen Zeitraum von 1949 bis 1956 allgemein gesehen, sehr ab. Besonders stark ist die Minderung 1951 als Folge der höheren Ausweitung der Bilanzsumme (der hohe Umsatz dieses Jahres war keine Mengenkonzunktur, der Gewinn deshalb höher als in all den anderen Jahren). 1952 steigen das Eigenkapital und die Rücklagen nach dem vorhergegangenen Tiefstand wieder etwas an, um dann in den folgenden Jahren von neuem und in erheblichem Umfange zu sinken.

Die Größenstreuung der einzelnen Eigenkapitalkonten ist dabei sehr breit, sie reicht beispielsweise 1955 von 3 1/2 Millionen bis zu 25.000 DM.

Anders als bei den Spinnereien erscheinen hier die Wertberichtigungsposten zum Umlaufvermögen mit einem Anteil bis zu 4% an der Bilanzsumme relativ hoch. Dies liegt wohl nicht daran, daß die überwiegend mittleren Webereien die Vergünstigungen des § 7c Einkommensteuergesetz stärker ausgenützt haben, sondern wahrscheinlich an einer größeren Dubiosität der Warenforderungen und an den Wertschwankungen der Vorräte der oft modischen Webwaren.

Die Rückstellungen nehmen langsam ab - ein Zeichen der Minderung der Er-

tragslage, ist doch die Bildung von Rückstellungen nur bei entsprechenden Erträgen möglich.

Die verhältnismäßig geringen langfristigen Verbindlichkeiten haben in dem ganzen Zeitraum eine konstante Höhe innerhalb der Bilanzen.

Der Anteil der verminderten eigenen Mittel wird also von den Warenverbindlichkeiten, den Wechsel- und den Bankschulden eingenommen, deren Anteil an der Bilanzsumme im Steigen ist. Dabei dürfen wir vermuten, daß der Anteil der Bankkredite allenfalls etwas höher war, als ausgewiesen wurde, da die Bankkredite in Form der Banktratte und des sogenannten Debitorenakzeptes, die unter den Wechselverbindlichkeiten aufgeführt werden, zu berücksichtigen sind.

Hatten wir uns eben bemüht, die Verlagerung der Gewichtigkeit einzelner Bilanzpositionen zu deuten, so werden wir nun versuchen, die Finanzlage beziehungsweise deren Veränderungen zu kennzeichnen¹⁾. (Zu diesem Zweck verarbeiteten und gruppieren wir das Zahlenmaterial der Bilanzen.)

Als Folge von Umsatzausweitungen sank der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme von 1949 bis 1951 im ganzen um 10%. Diese Umsatzausweitung ließ im Umlaufvermögen, wie bereits erwähnt, die Vorräte und die Warenforderungen ansteigen. Im Jahre 1952 stieg dann der Anteil des Anlagevermögens wieder an, obwohl auch in diesem Jahr die absolute Bilanzsumme der Webereien im Gegensatz zu der rückläufigen Entwicklung bei den Spinnereien weiter anstieg. Er hielt sich dann in den folgenden Jahren, also bis 1956, etwa auf gleicher Höhe, obgleich sich in diesen Jahren die Bilanzsummen als Folge einer weiteren Umsatzausweitung ausdehnten, ein Zeichen für Investitionen, deren wirklicher Umfang wegen der hohen Grenzlandsonderabschreibungen unbekannt ist.

Bei den Nouveautés-Webereien stieg in dem ganzen Zeitraum von 1949 - 1956

1) Vergleiche Tafel 23, Seite 112, Tafel 24, Seite 113 (sowie Tafel 26, Nr. 1 und 2, Seite 115)!

2) Auf diese Umsatzausweitung wiesen uns zahlreiche Unternehmer der Branche hin (exakte Ziffern sind jedoch nicht bekannt, da die Statistik nur die gesamte Gruppe "Textilindustrie" aufführt).

die Bilanzsumme gleichmäßig und erheblich an. Die Eigenmittel aber konnten in diesen acht¹⁾ Jahren kaum verstärkt werden, ja, von 1955 - 1956 sanken sie sogar absolut²⁾.

In dieser Tatsache wird die Finanznot der oberfränkischen Webereien in eklatanter Weise offenbar, denn einzig und allein finanzielle Schwäche ist es, wenn sie innerhalb von acht Jahren ihre eigenen Mittel praktisch nicht verstärken konnten²⁾, während die Bilanzsumme sich etwa verdoppelte.

Dies darf keineswegs mit der oft zu beobachtenden Erscheinung verwechselt werden, daß infolge plötzlich auftretender Umsatzausweitungen stark angestiegene Umlaufvermögen durch kurzfristiges Fremdkapital finanziert werden müssen.

Falls diese Entwicklung in den künftigen Jahren ähnlich weitergeht, wird eine Katastrophe über die Webereien hereinbrechen - ist doch bereits 1956 ihre finanzielle Lage bei einem Anteil der Eigenmittel von ungefähr einem Viertel der Bilanzsumme keineswegs stabil, erinnert sie ja beinahe an Relationen, wie sie bei Banken vor dem ersten Weltkrieg üblich waren.

Besonders bemerkenswert erscheint diese Tatsache, wenn man sie mit der stabilen finanziellen Situation eines anderen Bereiches der Textilindustrie, der Spinnereien, vergleicht.

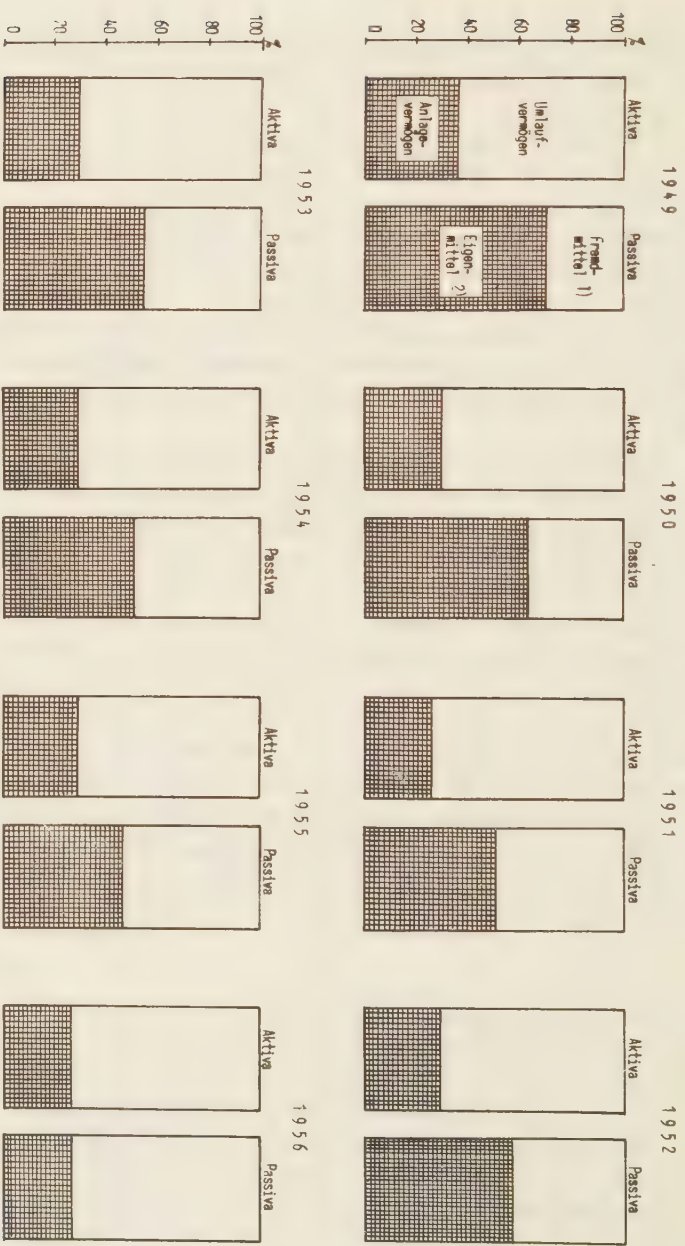
Das überhohe Fremdkapital bringt den Webereien eine labile Finanzlage, die durch die überwiegende Kurzfristigkeit dieser Fremdmittel vergrößert wird. blieb doch in all den Jahren der Anteil der langfristigen Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme mit nur etwa 3% der Bilanzsumme konstant³⁾, während die kurzfristigen Verbindlichkeiten laufend stiegen und 1956 einen Anteil von 69%

1) Siehe Tafel 25, Seite 114!

2) Ob durch Verluste oder Verbrauch eigener Mittel zum täglichen Lebensunterhalt der Unternehmer, da hierfür die Gewinne nicht ausreichen - sie werden wegen der Grenzlandsonderabschreibungen niedrig gehalten -, entzieht sich unserer Kenntnis, doch dürften beide Momente von Bedeutung sein (Verlustausweise in den Jahren 1953 - 1955).

3) Siehe Tafel 24, Seite 113!

Die Veränderung der Bilanzstruktur der Webereien

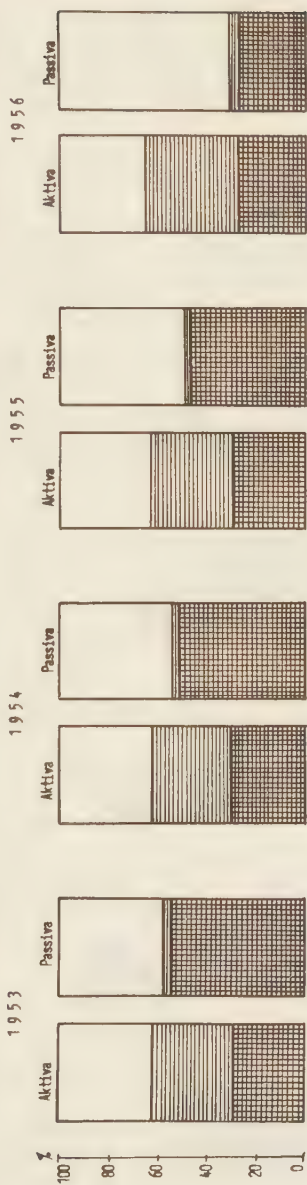
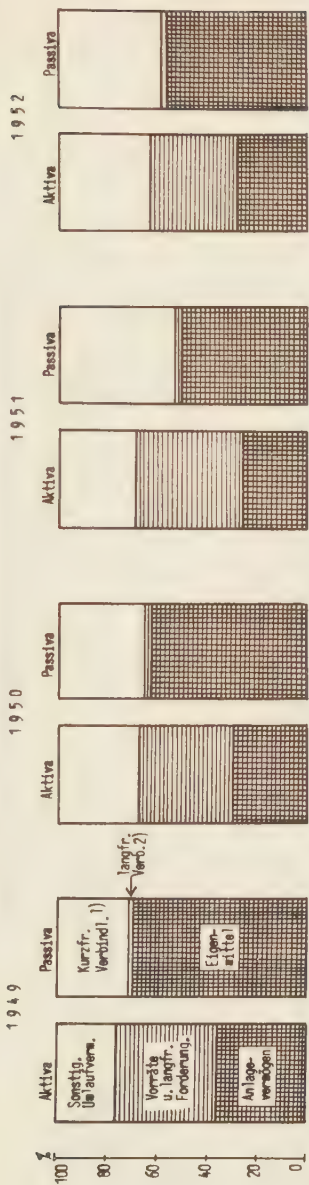


Die Aufstellungen von Tafel 23 und 24 wurden um die in den Originalbilanzen ausgewiesenen Verluste und um die Wertberichtigungen auf Anlagen bereinigt (gekürzt).

- 1) alle Verbindlichkeiten einschließlich Rückstellungen, Wertberichtigungen auf Umlaufvermögen und Rückumschreibung der Passivseite
- 2) Eigenkapitalkonto, Rücklagen und Gewinn

Die Veränderung der Bilanzstruktur der Webersen

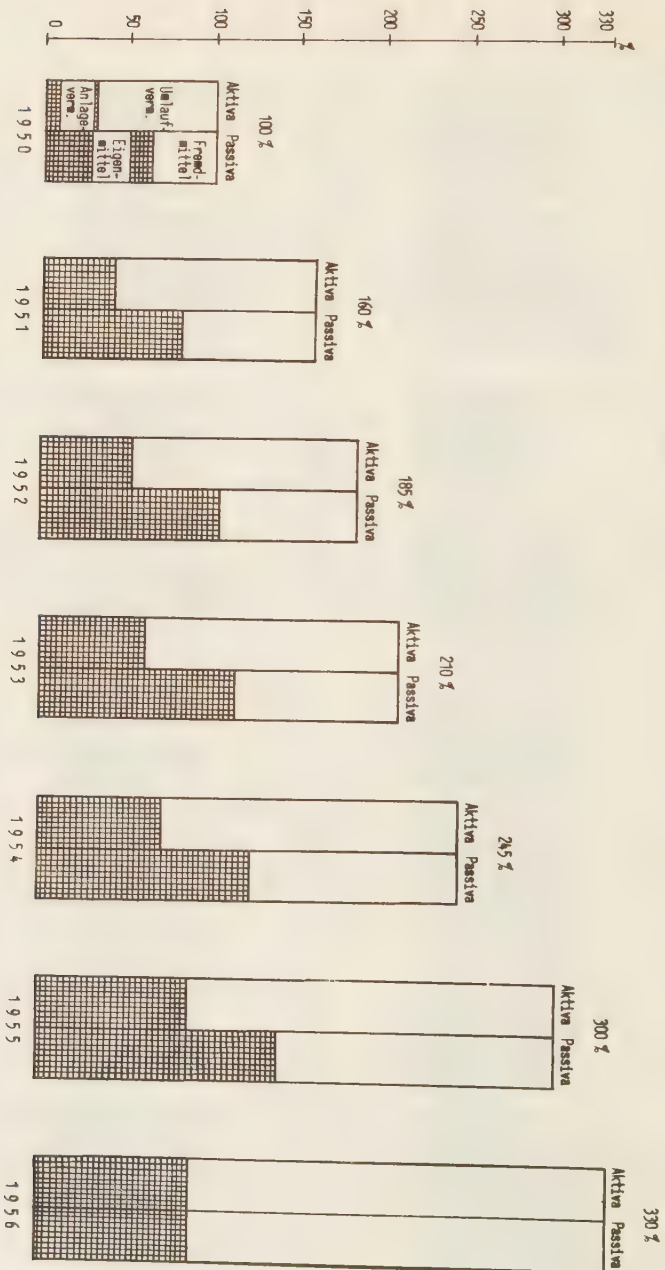
Tafel 24



1) das ganze sonstige Fremdkapital

2) Posten 8 VI. 1 der Bilanzen auf Tafel 22 : = langfristige Verbindlichkeiten, wie Anleihen und Hypotheken u.s.w.

Die Entwicklung der absoluten Bilanzsumme der Roboreien



Analyse der Finanzlage
von 18 Webereien
anhand von Bilanzkennziffern

Nr. 1:

Zusammensetzung des Vermögens:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtvermögen)

	Anlagevermögen	Umlaufvermögen
1949	36 %	64 %
1950	30 %	70 %
1951	26 %	74 %
1952	29 %	71 %
1953	29,3 %	70,7 %
1954	29,3 %	70,7 %
1955	29,3 %	70,7 %
1956	27 %	73 %

Nr. 2:

Zusammensetzung des Kapitals:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtkapital)

	Eigenmittel	Fremdmittel
1949	70 %	30 %
1950	63 %	37 %
1951	51 %	49 %
1952	57 %	43 %
1953	54,5 %	45,5 %
1954	50,5 %	49,5 %
1955	46,5 %	53,5 %
1956	27 %	73 %

1) vgl. Tafel 23

Nr. 3:

Deckungsverhältnis I

Die Eigenmittel decken: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
b) die Vorräte und langfr.Forderungen zu	45%	47%	51%	50%	52%	46%	50%	-
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	-	-	-	-	-	-	-	-

Nr. 4:

Deckungsverhältnis II

Die Eigenmittel und die langfristigen Fremdmittel decken: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
b) die Vorräte und langfr.Forderungen zu	47%	45%	65%	46%	48%	46%	47%	41%
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	-	-	-	-	-	-	-	-

1) vgl. Tafel 24

Fortsetzung von Tafel 24

Nr. 5: Liquidität I (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch sofort greifb. Mittel)

$$\frac{\text{sofort greifbare Mittel}^1 \cdot 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}^2}$$

Nr. 6: Liquidität II (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch kurzfr. Umlaufvermögen)

$$\frac{\text{kurzfristiges Umlaufvermögen}^3 \cdot 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

Nr. 7: Liquidität III (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch das gesamte Umlaufvermögen)

$$\frac{\text{Umlaufvermögen}^4 \cdot 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
	14 %	26 %	11 %	15 %	14 %	13 %	12 %	3 %
	69 %	82 %	65 %	73 %	74 %	67 %	62 %	45 %
	221 %	206 %	161 %	173 %	167 %	152 %	140 %	106 %

117 -

1) Kasse, Scheck, Kassenbestand incl. ZB und Postcheck, andere Bankguthaben
 2) Kundenanzahlungen, Verbindlichkeiten a/ Warenlieferungen, Wechselverbindlichkeiten, Bankschulden, Sonstige, Rechnungsabgrenzung, Werthen z. Posten d. Umlaufvermögens, Rückstellungen.
 3) alle sofort greifbaren Mittel (s. 1) unter Forderungen aus Warenlieferungen u. Leistungen
 4) das gesamte Umlaufvermögen (in Bilanzschema A II, 1 - 10 + Rechnungsabgrenzungsposten)

Nr. 8:

Verhältnis der aktiven zur passiven Finanzierung :

$$\frac{\text{Kundenforderungen}^{1)} \cdot 100}{\text{Lieferantenverbindlichkeiten}^{2)}} =$$

1) = Forderungen aus Warenlieferungen und -leistungen

2) = Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und -leistungen

Periode von 1949 bis 1956

1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
400%	237%	132%	141%	192%	190%	125%	126%

an der Bilanzsumme erreichen.

An diesen kurzfristigen fremden Mitteln hatten im Jahre 1956 die Warenverbindlichkeiten mit 23% der Bilanzsumme, die Wechselverbindlichkeiten mit 19% und die Bankschulden mit 9% teil. Die Wechselverbindlichkeiten, die immerhin beinahe ein Fünftel der gesamten Bilanzsumme betrugen, stellen dabei eine äußerst gefährliche Verpflichtung dar, die mancher Unternehmung leicht verhängnisvoll werden kann.

Über die ernste und bedrohliche Verschlechterung der Finanzlage der Webereien darf nicht der Umstand hinwegtauschen, daß das Anlagevermögen in all diesen Jahren von den Eigenmitteln immer voll gedeckt war, auch wenn sich dieses Deckungsverhältnis ständig verschlechtert hat ¹⁾

Es geht hier ja um die bedrohliche Höhe der kurzfristigen Verbindlichkeiten an sich sowie um die künftigen Aspekte, die sich aus einer weiteren Schmälerung der Eigenkapitalbasis ergäben.

Unser Urteil über die Finanzlage der Webereien wird vertieft, wenn wir noch kurz den Veränderungen der Liquidität nachspüren:

Die Höhe der sofort greifbaren Mittel ist im Vergleich zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten verhältnismäßig gleichbleibend, so daß sich eine besondere Anmerkung erübrigt ²⁾. Lediglich 1956 war ihre Höhe von 3% der kurzfristigen Verbindlichkeiten extrem niedrig. Doch haben, wie schon gesagt, die Schwankungen der sofort greifbaren Mittel einen recht geringen Erkenntniswert, da der Zu- und Abgang dieser Mittel oft jahreszeitlich und durch Zufall bedingt ist.

Einen weit wichtigeren Aussagewert hat ein Vergleich der kurzfristigen Verbindlichkeiten mit dem kurzfristigen Umlaufvermögen, das heißt mit den Kassamitteln und den Warenforderungen ³⁾. Wenn auch leider die Fälligkeiten der einzelnen kurzfristigen Schulden nicht bekannt sind und ebenso nicht die Fälligkeiten der Warenforderungen, so sollten doch immer die laufenden Schulden von den leicht liquidierbaren Vermögensteilen voll gedeckt sein (wobei nach Möglichkeit dubiose Forderungen unberücksichtigt bleiben). Denn andere Akti-

1) Siehe Tafel 26, Nr. 3 und 4, Seite 116!

2) Siehe Tafel 26, Nr. 5, Seite 117!

3) Siehe Tafel 26, Nr. 6, Seite 117!

va. wie zum Beispiel Vorräte, können kaum als Deckung herangezogen werden, da sie erstens nicht so leicht flüssig zu machen sind und zweitens der Unternehmung meist nicht entzogen werden können, ohne daß diese ihre Betriebsbereitschaft verliert.

Bei den Webereien konnten von 1949 bis 1956 die kurzfristigen Verbindlichkeiten von leicht liquidierbaren Vermögensteilen niemals aufgewogen werden, im Laufe der Jahre sogar immer weniger und 1956 am wenigsten. In diesem Jahr deckte die kurzfristigen Vermögensteile die laufenden Schulden nur mehr zu 45%. Die Liquidität verschlechterte sich also zusehends!

Stellen wir nun den kurzfristigen Verbindlichkeiten das gesamte Umlaufvermögen einschließlich der Vorräte gegenüber, so übertrifft dieses immer die kurzfristigen Verbindlichkeiten. Diese Überdeckung ist jedoch wenig bedeutsam, da die Vorräte wie schon gesagt, meist nicht leicht zu veräußern sind und deshalb nur sehr bedingt mit den kurzfristigen Verbindlichkeiten - besonders wenn es sich um Wechselverbindlichkeiten handelt - in Beziehung gesetzt werden können.

Wenn wir aber nach amerikanischem Vorbild sagen ¹⁾, das gesamte Umlaufvermögen müsse doppelt so hoch wie die laufenden Verbindlichkeiten sein, so erfüllen die Webereien diese Liquiditätsregel zumindest in den letzten von uns untersuchten Jahren ganz und gar nicht: ihr Umlaufvermögen war 1949 und 1950 zwar mehr als doppelt so hoch wie die laufenden Verbindlichkeiten. Doch in den folgenden Jahren verminderte sich diese Überdeckung, bis schließlich 1956 das Umlaufvermögen nur mehr etwa die gleiche Höhe wie die laufenden Schulden hatte. Ein Vergleich der Forderungen an die Kunden mit den Lieferantenverbindlichkeiten ²⁾ ergibt keine extreme Divergenz. Die Außenstände sind im Vergleich zu den Lieferantenverbindlichkeiten nicht anomal.

Ähnlich ist es bei den geleisteten Anzahlungen und bei den Kundenanzahlungen. Sie sind in all den Jahren beide gleichbleibend unbedeutend, so daß sich keine Rückschlüsse auf die Liquidität ziehen lassen.

Zusammenfassend ist von der Finanzlage der von uns untersuchten oberfränkischen

1) Siehe Abschnitt D, I!

2) Siehe Tafel 26, Nr. 8, Seite 118!

Nouveautés-Webereien zu sagen. Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme und somit die Finanzlage verschlechterten sich von 1949 bis 1956 erheblich. Von 1952 bis 1956 mußten wir sogar eine absolute Schrumpfung an Eigenmitteln feststellen, obwohl Umsätze und Erträge sich in diesen Jahren aufwärtsentwickelten. Mit einem Anteil der Eigenmittel von 27% der Bilanzsumme hat die Finanzlage 1956 einen Grad der Unterfinanzierung erreicht, der zu ernster Sorge um die Zukunft wohl mancher Weberei Anlaß gibt, wenn eine auch nur geringfügige Absatzstockung eintreten sollte.

Überdeutlich widerspiegeln sich hier die besonders durch die Fehlkonzeption der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik hervorgerufene Aushöhlung des mittelständischen Unternehmertums und das geringe Verständnis der Steuergesetzgebung für die Personengesellschaften, wobei überdies bei den von uns untersuchten Unternehmungen die Ungunst eines grenznahen Standortes zusätzliche Schwierigkeiten hervorruft. Der Unterschied zu der Situation der meist in Form von Aktiengesellschaften arbeitenden Spinnereien ist offenbar.

3. Bilanzen von Geschirrporzellanfabriken

Obwohl im Grenzland auch die technische Porzellanindustrie einen Schwerpunkt hat, wollen wir unsere Untersuchung auf Unternehmungen der Geschirrporzellanindustrie beschränken. Wir werden hier eine Gruppe kennenlernen, deren Probleme ganz spezifischer Natur sind. Der Grund hierfür ist der Umstand, daß fast die gesamte westdeutsche Geschirrporzellanindustrie im oberfränkisch-oberpfälzischen Grenzland konzentriert ist, hier also eine absolute Sonderstellung einnimmt.

Aber bevor wir uns mit diesen Dingen, namentlich aber mit der finanziellen Lage der Geschirrporzellanindustrie, näher befassen, werden wir kurz die Besonderheiten wichtiger Posten in ihren Bilanzen aufzeichnen.

Wir haben zu diesem Zweck für die Jahre 1949 bis 1955 die Bilanzen von jeweils 13 Unternehmungen zu einer Sammelbilanz zusammengefaßt. Es handelt sich dabei um 9 oberfränkische und 4 oberpfälzische. Dies entspricht der unterschiedlichen Gewichtigkeit (Beschäftigte, Umsätze) von 2 zu 1 in den beiden Regierungsbezirken. Hinsichtlich der Rechtsform sind es überwiegend Kapitalgesellschaften. Die Größe des Grundkapitals betrug beispielsweise im Jahre 1955 bis zu etwa 7 Millionen DM.

Nun die einzelnen Bilanzpositionen ¹⁾: Im Anlagevermögen sinkt der Anteil der Gebäude an der Bilanz von 1949 bis 1952 ab, um dann in den folgenden Jahren auf etwa gleichem Stand bei 23% zu beharren. Die Schwankungen des Postens maschinelle Anlagen und Werkzeuge etc. halten sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen. 1954 und 1955 ist im Hinblick auf Investitionen eine Steigerung gegenüber den Vorjahren festzustellen. Die Beteiligungen erscheinen mit einer durchschnittlichen Höhe von 5% der jeweiligen Bilanzsumme relativ hoch, da hohe Beteiligungen in den Bilanzen von Konzernen, wie der Rosenthal AG. und der Kahla AG., die in unserer Zusammenstellung enthalten sind, ausgewiesen sind.

Im Umlaufvermögen ist ein stetiges Sinken der Vorräte zu beobachten, deren Anteil sich von 28% im Jahre 1949 auf 21% 1955 verminderte, absolut gesehen, sind jedoch infolge der steigenden Bilanzsummen die Vorräte um sehr viel größer geworden.

Anders als mit den Vorräten, deren Anteil sich stetig verminderte, verhält es sich mit den Warenforderungen, deren Anteil seit 1949 ansteigt und 1952/53 den Höhepunkt erreicht, um aber in den Jahren 1954 und 1955 wieder abzusinken. Obwohl in den Jahren 1954 und 1955 eine weitere Umsatzbelegung die Warenforderungen absolut ansteigen läßt, verminderte sich ihr Anteil an der Bilanzsumme als Folge einer im Vergleich zu den Vorjahren erhöhten Verstärkung des Anlagevermögens, besonders durch den Bau von Tunnelöfen. Zudem ließ auch eine in der deutschen Volkswirtschaft allgemein erhöhte Zahlungsfreude in den Jahren 1954 und 1955 die Warenforderungen nicht in dem Maße anwachsen wie die gesamte Bilanzsumme, so daß ihr prozentualer Anteil etwas sank.

Über andere Teile des Umlaufvermögens, wie über die Kassenmittel einschließlich der Bankguthaben und der Wechsel und Schecks, ist nicht viel zu bemerken.

Die verhältnismäßig hohen Bankguthaben in Höhe von immer etwa 6% der Bilanzsumme deuten auf eine gute Liquidität hin.

Auf der Passivseite vermindert sich das Eigenkapital in dem von uns beobachteten Zeitraum. Sein Anteil an der Bilanzsumme verringert sich von 41% auf 24%. Da sich die Bilanzsumme der 13 Unternehmungen von 1950 bis 1955 im ganzen um 85 - 90% ausweitete, das Grundkapital aber in diesem Zeitraum von

1) Siehe Tafel 27, Seite 123 und 124!

41 auf 24 %, also beinahe auf die Hälfte seines ursprünglichen Anteils zusammenschumpfte, wurde demnach in diesen Jahren das Grund- beziehungsweise Stammkapital praktisch nicht verstärkt. Obwohl die Ertragslage gut war, wie die gestiegenen Rücklagen zeigen, wurde bislang kein Versuch zur Ausgabe von Gratisaktien gemacht, da die steuerlichen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben waren.

Wesentlich besser dagegen verhält es sich - wie eben angedeutet - mit den Rücklagen, die immerhin ihren Anteil an der Bilanzsumme seit 1952 halten, also im gleichen Ausmaß verstärkt werden konnten, wie sich die Bilanzsumme ausweitete. Ähnlich verhält es sich mit den ausgewiesenen Gewinnen, sie stiegen absolut und blieben im Verhältnis zur Bilanzsumme etwa gleich. Wertberichtigungen auf das Umlaufvermögen mussten stets nur in bescheidenem Umfang vorgenommen werden. Ihr Anteil ist gleichbleibend unbedeutend.

Ähnlich minimal sind die Wertberichtigungen aufs Anlagevermögen. Ihre Entstehung verdanken sie nur dem buchungstechnischen Vorgang der indirekten Abschreibung.

Im Fremdkapital haben die Rückstellungen weitaus die größte Bedeutung, ein Zeichen für die gute Ertragskraft der Porzellanfabriken, 1955 erreichen sie sogar einen Anteil von 21 % an der Bilanzsumme. Die Rückstellungen sind eine äußerst problematische Finanzierungsquelle. Obgleich sie manche stille Reserve enthalten - und so die Eigenmittel stärken -, wollen wir sie auch bei den Porzellanfabriken generell den Verbindlichkeiten, und zwar den kurzfristigen, zurechnen, da wir aus den Bilanzen nicht ersehen können, welcher Teil der Rückstellungen langfristige oder mittelfristige Pensionsrückstellungen sind.

Besonders wichtig erscheint, daß sich der Anteil der langfristigen Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme von 2% auf 8% im Jahre 1955 steigerte. Dies hängt mit dem Bau von Tunnelöfen zusammen und steht im Gegensatz zu den gleichbleibend niedrigen Fremdmitteln der Spinnereien und Webereien. Die Verminderung des Anteils der eigenen Mittel in den Bilanzen der Porzellanindustrie findet also wenigstens einen wenn auch ungenügenden Ausgleich durch diese Verstärkung der langfristigen Fremdmittel.

Ähnlich wie die langfristigen Fremdmittel, wenn auch nicht so stark, stiegen von den kurzfristigen Verbindlichkeiten die Warenschulden, die Bankschulden und die Sonstigen, während Wechselverbindlichkeiten praktisch nie in Erscheinung traten. Wegen des unterschiedlichen Ausweises der einzelnen Firmen

entzieht es sich jedoch leider unserer Kenntnis, ob und inwieweit in dem Posten Bankschulden und in dem Posten sonstige Verbindlichkeiten langfristige Schulden enthalten sind.

Beenden wir nun unsere Besprechung einzelner wichtiger Bilanzposten und lassen wir uns dies gleichsam als Vorbemerkung dienen, wenn wir jetzt die Finanzlage oberfränkisch-oberpfälzischer Geschirrporzellanfabriken darstellen:

Während wir bei den Spinnereien eine recht wechselhafte Beschäftigungs- und Umsatzlage feststellten, wie zum Beispiel die fiebrige Expansion im Jahre 1951 und die nachfolgende Krise, finden wir bei der Geschirrporzellanindustrie eine recht stetige Entwicklung nach oben. So dehnte sich die Bilanzsumme, wie bereits erwähnt, mit großer Gleichmäßigkeit aus, wie uns auch Tafel 30 zeigt¹⁾.

Wir dürfen mit Sicherheit annehmen, daß außer den Bilanzsummen auch die Umsätze der 13 Geschirrporzellanfabriken, deren Bilanzen uns zur Verfügung stehen, von 1949 bis 1955 ziemlich kontinuierlich anstiegen, auch wenn uns nur die Gesamtumsatzzahlen der ganzen Porzellanindustrie des Grenzlandes (also Geschirr- und technische Porzellanindustrie zusammen) zu dieser Vermutung Anlaß geben²⁾.

Die Geschirrporzellanindustrie nimmt im Grenzland eine Sonderstellung ein, sie leidet nicht in dem Maße wie die anderen Industriezweige des Grenzlandes unter den Standortnachteilen und der daraus erwachsenen minderen Konkurrenzfähigkeit auf dem deutschen Markte. Dies stellt auch Stucken fest:

"Offensichtlich sind die Schwierigkeiten vorläufig geringer bei der Geschirrporzellanindustrie, da die oberfränkische Industrie auf diesem Gebiet den westdeutschen Markt weitgehend beherrscht, was allerdings nicht erlaubt, die Augen davor zu verschließen, daß im Westen eine Konkurrenzindustrie im Entstehen begriffen ist. Auf dem Gebiet der Geschirrporzellane spielen ja auch Dessins, Qualität und Firmennamen eine wichtige Rolle, so daß die Konkurrenz immer eine beschränkte bleibt."³⁾

In der Tat liegen die Schwierigkeiten der Porzellanindustrie nicht auf der Absatzseite, sondern vielmehr auf der Beschaffungsseite: "Während die Ertrags-

1) Siehe Tafel 30, Seite 130!

2) Siehe Tafel 31, Seite 131!

3) Siehe "Oberfränkische Wirtschaft", 1953, Nr. 8, Seite 4!

verhältnisse und die Zahlungseingänge keinen Anlaß zur Klage gaben, traten besondere Schwierigkeiten bei der Anlieferung von Kohle auf, in einigen Betrieben traten auch bei der Kaolinanlieferung Mängel auf "¹⁾
Trotz der Bilanzsummen- und Umsatzsteigerung gerade auch in den Jahren 1954 und 1955 stellen wir fest, daß in diesen beiden Jahren der Anteil des Anlagevermögens in unseren zusammengestellten Bilanzen im Steigen begriffen²⁾ ist, nachdem er vorher von 1949 bis 1952 von 48% auf 37,4 % gesunken war³⁾.

Der Grund dieser Steigerung ist die Einführung eines neuen kontinuierlichen Brennverfahrens, der Tunnelöfen. Die Finanzierung dieser umfangreichen Investitionen mit Hilfe der Erhöhung des Eigenkapitals ist jedoch meist nicht möglich gewesen, sank doch gerade 1955 der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme auf 45,5% ab, nachdem er 1949 noch 68% betragen hatte³⁾. Die für die Neuinvestitionen fehlenden Eigenmittel konnten, wie die Bilanzen zeigen, zum Teil durch Aufnahme langfristiger Fremdmittel ersetzt werden, deren Anteil an der Bilanzsumme auf diese Weise anstieg.

Es ist äußerst bemerkenswert, daß trotz der zweifelsohne hohen Umsätze und Gewinne die Geschirrporzellanfabriken ihr Grund- beziehungsweise Stammkapital in den Jahren zwischen 1950 und 1955 überhaupt nicht verstärkten. Lediglich durch die Erhöhung der offenen Rücklagen wurden die Eigenmittel etwas ausgeweitet.

Der Grund hierfür ist in der Tatsache zu suchen, daß einerseits die hohen Steuersätze und andererseits die großen Abschreibungsmöglichkeiten, welche die Grenzlandsonderabschreibung bietet, den Porzellanfabriken den Weg der Finanzierung durch Abschreibungen wiesen.

Diese Reinvestitionen zur Hebung der Wirtschaftlichkeit sind für die Zukunft wichtig. Sieht sich doch die Porzellanindustrie einem wachsenden Wettbewerb vor allem auf den Weltmärkten gegenüber. Obwohl die Preise trotz

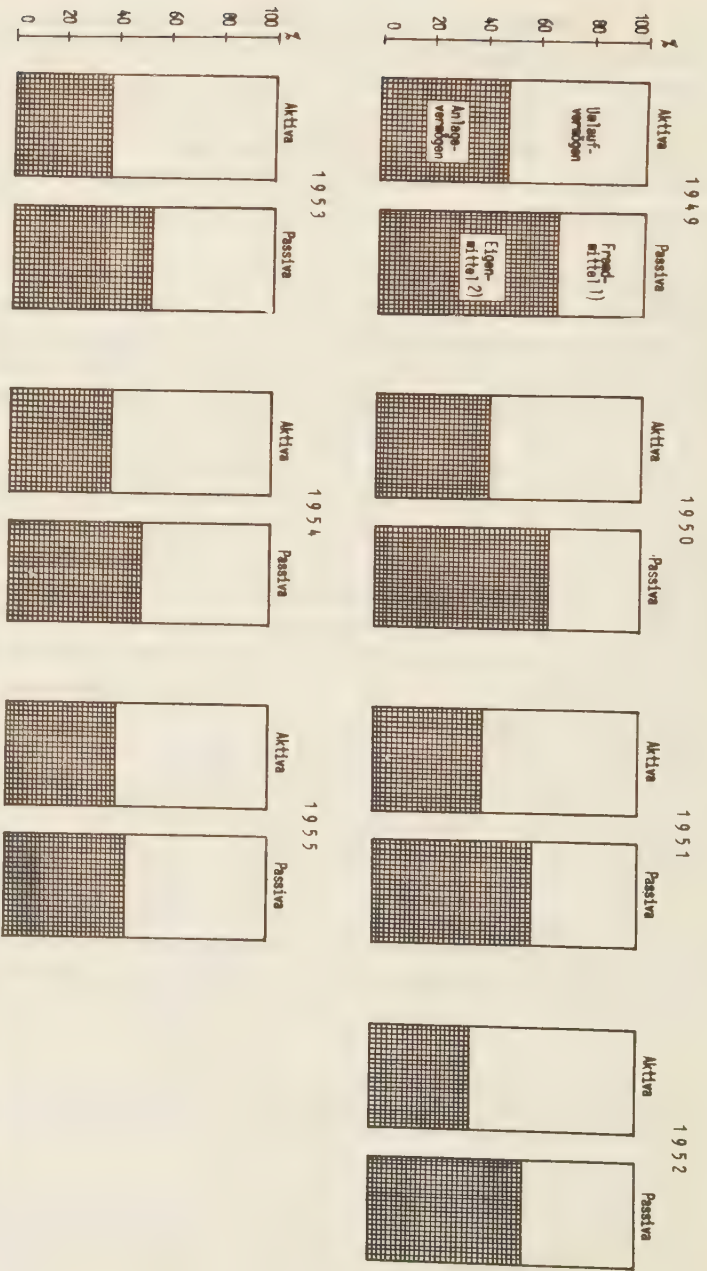
1) Siehe Jahresbericht 1954 der Industrie- und Handelskammer Regensburg, Seite 25!

2) Siehe Tafel 28, Seite 128, und 29, Seite 129 (sowie Tafel 32, Nr. 1, Seite 132)!

3) Siehe Tafel 28, Seite 128, und 29, Seite 129 (sowie Tafel 32, Nr. 2, Seite 132!)

Die Veränderung der Bilanzstruktur der Porzellanindustrie

Tafel 28

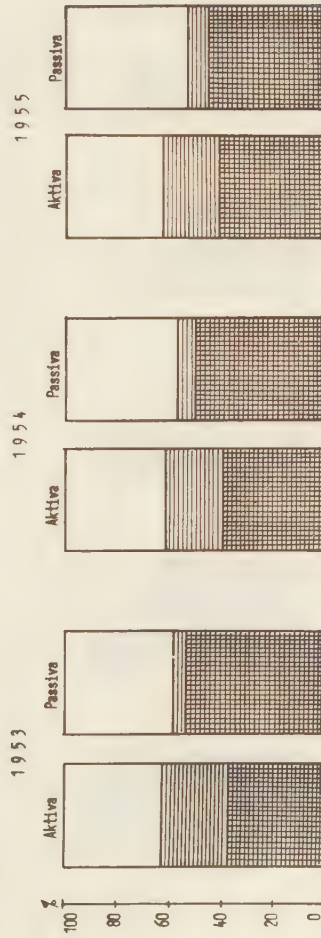
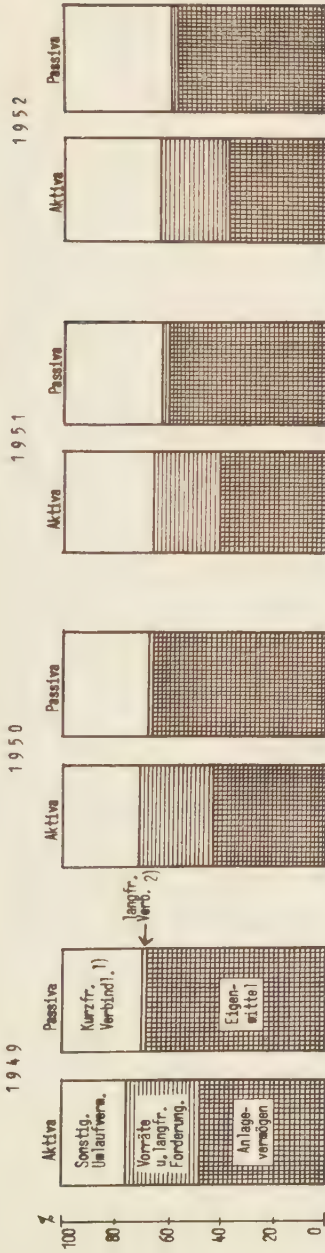


Die Aufstellungen von Tafel 28 und 29 wurden um die in den Originalbilanzen ausgewiesenen Verluste und um die Wertberichtigungsposten auf Anlagen bereinigt (gekürzt).

- 1) alle Wertberichtigungen einschließlich Rückstellungen, Wertberichtigungen auf Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzung der Passivseite
- 2) Eigenkapitalkonten, Rücklagen und Gewinn

Die Veränderung der Bilanzstruktur der Porzellanindustrie

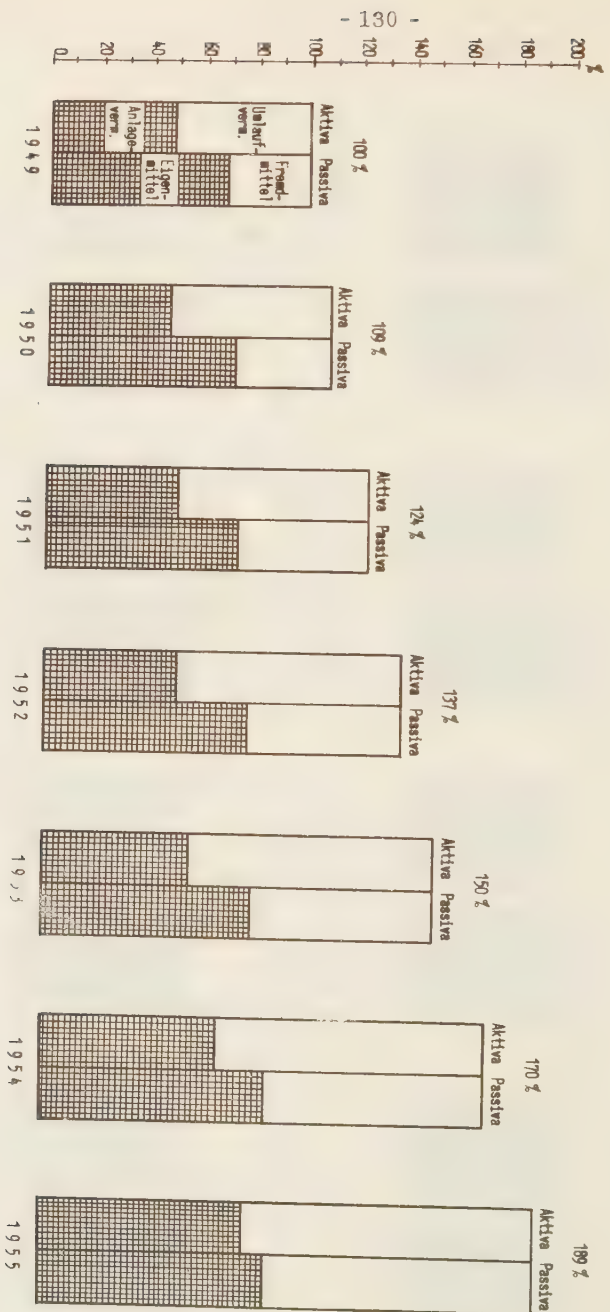
Tafel 29



1) das ganze sonstige Fremdkapital

2) Posten B VI 1 der Bilanzen auf Tafel 27: = langfristige Verbindlichkeiten, wie Anleihen und Hypotheken

Die Entwicklung der absoluten Bilanzsumme der Porzellanindustrie



Jahresumsätze der oberfränkischen und der oberpfälzi-

schen Porzellanindustrie

von 1951 bis 1956

- in Millionen DM -

	Oberfranken	Oberpfalz
1951	235	61
1952	242	72
1953	248	73
1954	276	83
1955	299	90
1956	286	101

Quellen: "Oberfränkische Wirtschaft", 1952, 2, Seite 6
1953, 6, Seite 2
1955, 6, Seite 15
1957, 5, Seite 7

sowie Industrie- und Handelskammer Regensburg,
Jahresbericht 1956/57, Seite 11

Analyse der Finanzlage
von 13 Geschirrporzellanfabriken
anhand von Bilanzkennziffern

Nr. 1:

Zusammensetzung des Vermögens:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtvermögen)

	Anlagevermögen	Umlaufvermögen
1949	48 %	52 %
1950	43 %	57 %
1951	41 %	59 %
1952	37,4 %	62,6 %
1953	37,4 %	62,6 %
1954	39,4 %	60,6 %
1955	41,4 %	58,6 %

Nr. 2:

Zusammensetzung des Kapitals:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtkapital)

	Eigenmittel	Fremdmittel
1949	68 %	32 %
1950	66 %	34 %
1951	60 %	40 %
1952	56,6 %	43,4 %
1953	53,5 %	46,5 %
1954	50,5 %	49,5 %
1955	45,5 %	54,5 %

1) vgl. Tafel 28

Nr. 3:

Deckungsverhältnis I

Die Eigenmittel decken: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
b) die Vorräte und langfr.Forderungen zu	71%	82%	76%	73%	64%	50%	19%
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	-	-	-	-	-	-	-

Nr. 4:

Deckungsverhältnis II

Die Eigenmittel und die langfristigen Fremdmittel decken: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
b) die Vorräte und langfr.Forderungen zu	78%	89%	88%	85%	84%	82%	57%
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	-	-	-	-	-	-	-

¹⁾ vgl. Tafel 29

Nr. 5:

Liquidität I (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch sofort greifb. Mittel)

somit greifbare Mittel ¹⁾ $\cdot 100$
kurzfristige Verbindlichkeiten ²⁾ $\cdot$

Nr. 6:

Liquidität II (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch kurzfr. Umlaufvermögen)

kurzfristiges Umlaufvermögen ³⁾ $\cdot 100$
kurzfristige Verbindlichkeiten $\cdot$

Nr. 7:

Liquidität III (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch das gesamte Umlaufvermögen)

Umlaufvermögen ⁴⁾ $\cdot 100$
kurzfristige Verbindlichkeiten $\cdot$

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
	20 %	22 %	22 %	18 %	12 %	19 %	17 %
	70 %	78 %	78 %	77 %	71 %	71 %	63 %
	173 %	178 %	159 %	155 %	151 %	143 %	126 %

- 1) Wechsel, Scheck, Kassenbestand incl. LRB und Postcheck, andere Bankguthaben
- 2) Kundenanzahlungen, Verbindlichkeiten a/ Warenlieferungen, Wechselverbindlichkeiten, Bankschulden, Sonstige, Rechnungsbilanzierung, Wertber. z. Posten d. Umlaufvermögens, Rückstellungen,
- 3) alle sofort greifbaren Mittel (s. 1) sowie Forderungen aus Warenlieferungen u. Leistungen
- 4) das gesamte Umlaufvermögen (in Bilanzschema A II, 1 - 10 + Rechnungsbilanzierungsposten)

Nr. 8:

Verhältnis der aktiven zur passiven Finanzierung :

$$\frac{\text{Kundenforderungen}^1 \cdot 100}{\text{Lieferantenverbindlichkeiten}^2}$$

- 1) = Forderungen aus Warenlieferungen und -leistungen
2) = Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und -leistungen

Prüfungsausschuss V. 1. 1951 3.

1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
300%	366%	356%	272%	272%	25%	26%

mancherlei Kostensteigerungen (besonders der Löhne) wegen der besseren Wirtschaftlichkeit des neuen kontinuierlichen Tunnelofenbetriebes (eine technische Aufholleistung ersten Ranges) gehalten werden konnten, zeigte sich doch 1956 zum erstenmal seit dem Kriege ganz deutlich, wie labil und reagibel der so wichtige Export tatsächlich ist. Der Export, in dem 1956 die gesamte oberfränkische und oberpfälzische Porzellanindustrie immerhin noch 113 Millionen DM¹⁾ 5 Millionen DM weniger als im Vorjahr - umsetzte¹⁾.

In diesem Jahre 1956 sank erstmals der Gesamtumsatz der oberfränkischen Porzellanindustrie ab²⁾. Doch war diese Rückläufigkeit des Umsatzes nahezu ausschließlich durch die technische Porzellanindustrie verursacht, während sich der Umsatz der Geschirrporzellanindustrie noch etwa auf dem Stand von 1955 halten können³⁾.

40% dieser Umsatzminderung entfallen dabei auf den Export. Dieser Rückschlag auf den mühsam wiedergewonnenen Absatzmärkten des Auslandes ist auf die verstärkte japanische Konkurrenz sowie auf den Wegfall staatlicher Exportförderungshilfen zurückzuführen. Dazu meint die Handelskammer Regensburg: "Wenn schon auf die ertragsteuerliche Exportförderung verzichtet werden mußte, so sollte dafür nach Meinung der Porzellanbetriebe eine Erhöhung der Auslandsvergütung (umsatzsteuerliche Exportförderung) Platz greifen."⁴⁾

Die jüngste Entwicklung des die Konjunktur der Porzellanindustrie tragenden Exportes zeigt uns, wie lebenswichtig Rationalisierung und Verminderung der Produktionskosten sind und wie richtig die Umstellung auf den Tunnelofenbetrieb war, daß aber auch auf der anderen Seite bei verschärftem Wettbewerb die erhöhten Kosten des Grenzlandstandortes als Hemmnis in Erscheinung treten und die Marktpositionen im In- und Ausland schwächen.

1) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", 1956, Nr. 6, Seite 10, und 1957, Nr. 5, Seite 9, sowie Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Regensburg, 1955, Seite 31, und 1956/57, Seite 35!

2) Siehe Tafel 31, Seite 131!

3) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", 1957, Nr. 5, Seite 5!

4) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1956/57, Seite 29!

Trotz aller Vorteile der Tunnelöfen wollen wir nicht übersehen, daß sie den Anteil der fixen Kosten erhöhen und somit die Elastizität der Betriebe bei Absatzstockungen vermindern.

Es ist nicht vorherzusagen, ob die beginnenden Exportschwierigkeiten der Porzellanindustrie einen Umschwung der seitherigen Aufwärtsentwicklung einleiten. Wir können nur feststellen, daß es sich bei einem solchen Umschwung bitter rächen wird, daß in den vorhergehenden "guten" Jahren zu wenig Fettpolster an Eigenmitteln angesetzt werden konnte, wenn auch die infolge der hohen Abschreibungen bedeutenden stillen Reserven die Finanzlage schlechter erscheinen lassen, als sie wirklich ist.

Dieses Wort nehmen wir zum Anlaß, noch einmal einen Blick auf die Finanzlage der 13 Geschirrporzellanfabriken zu werfen, deren Bilanzen uns für die Jahre 1949 bis 1955 vorliegen - das Jahr 1956 fehlt uns hierbei leider, da die Jahresberichte der Aktiengesellschaften doch immer etwas auf sich warten lassen - :

Die finanzielle Stabilität verschlechterte sich, wenn auch in all den Jahren die Eigenmittel das Anlagevermögen immer überstiegen. So deckten sie 1955 nur noch zu 19% das mittelfristige Umlaufvermögen (die Vorräte und langfristigen Forderungen), während sie es 1950 noch zu 82% deckten ¹⁾. Trotz dieser Verschlechterung bis zum Jahre 1955 ist aber das Deckungsverhältnis auch im Jahre 1955 als stabil zu bezeichnen, da ja auch in diesem Jahr das Anlagevermögen zu 100% gedeckt war.

Wenn wir die langfristigen Fremdmittel zur Deckung des Anlagevermögens mit hinzuziehen, verbessert sich dieses Verhältnis noch erheblich: 1955, in dem ungünstigsten Jahr, deckten die Eigenmittel und die langfristigen Fremdmittel das Anlagevermögen voll und außerdem noch die Vorräte und die langfristigen Forderungen zu 57% ²⁾.

In diesem Zusammenhang betonen wir noch einmal, wie wichtig es uns erscheint, daß die langfristig angelegten Vermögensteile durch ebenso langfristige Kapitalien gedeckt sind. Dabei ist es vorteilhaft, wenn bei aufkommenden Absatzstockungen wenigstens auch ein Teil der Vorräte langfristig finanziert ist

1) Siehe Tafel 32, Nr. 3, Seite 133!

2) Siehe Tafel 32, Nr. 4, Seite 133!

(zumindest der eiserne Bestand an Rohstoffen sowie ein Teil der Fertigwaren für den Fall plötzlicher Absatzkrisen). Über diesen Gedanken verbreitet sich auch die Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen bei einer Besprechung der Abschlüsse der AEG und von Siemens:

"Aber bei den großen amerikanischen Konzernen ist man daran gewöhnt, daß nicht nur das Anlagevermögen, sondern auch die Vorräte durch Eigenkapital gedeckt sind. Und zu einer solchen gesunden Relation müßte man doch auch in Deutschland wieder kommen können." ¹⁾

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Liquidität:

Sofort greifbare Mittel, die alljährlich eine Höhe von etwa 20% der kurzfristigen Verbindlichkeiten erreichen, erscheinen uns normal ²⁾.

Einen nachhaltigen Eindruck von der Zahlungsbereitschaft erhalten wir, wenn wir die kurzfristigen Verbindlichkeiten den bald verfügbaren Vermögensteilen, also den sofort greifbaren Mitteln und den Kundenforderungen, gegenüberstellen ³⁾. Auch wenn manche Ungenauigkeiten auf der einen oder auf der anderen Seite (höhere stille Reserven in den Rückstellungen sowie die Langfristigkeit eventueller, jedoch meist nicht gesondert ausgewiesener Pensionsrückstellungen oder die Dubiosität eines Teiles der Forderungen) die Exaktheit unseres Vergleiches stören, so ist er immer noch sehr aufschlußreich: In den Porzellanbilanzen deckte das kurzfristige Umlaufvermögen von 1949 bis 1955 die kurzfristigen Verbindlichkeiten niemals ganz, sondern immer nur etwa zu drei Vierteln und 1955 nur etwa zu zwei Dritteln. Die Forderung, daß die laufenden Verbindlichkeiten durch bewegliche und leicht zu verflüssigende Mittel gedeckt sein sollten, wird hier also offenbar nicht erfüllt.

Stellen wir aber das gesamte Umlaufvermögen einschließlich der Vorräte den laufenden Schulden als Deckungsmittel gegenüber ⁴⁾, so wird aus der eben festgestellten Unterdeckung eine zum Teil erhebliche Überdeckung. 1950 deckte zum Beispiel das gesamte Umlaufvermögen die kurzfristigen Verbindlichkeiten

1) Siehe "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", 1957, Heft 5, Seite 165!

2) Siehe Tafel 32, Nr. 5, Seite 134!

3) Siehe Tafel 32, Nr. 6, Seite 134!

4) Siehe Tafel 32, Nr. 7, Seite 134!

zu 178%, dann allerdings 1955 nur noch zu 126%. Dem Finanzierungsgrundsatz, das Umlaufvermögen müsse doppelt so hoch¹⁾ wie die laufenden Verbindlichkeiten sein, wird hier also nicht entsprochen¹⁾.

Diese Regel berücksichtigt nämlich, daß die Vorräte, die einen wesentlichen Teil dieses Umlaufvermögens bilden, nur mit Vorbehalten den laufenden Verbindlichkeiten gegenübergestellt werden können, da für die Liquidierbarkeit der Vorräte, wie schon angedeutet, die wechselhafte, oft unübersichtliche Marktlage ausschlaggebend ist. Gerade in Krisenzeiten, in denen die Gläubiger der kurzfristigen Schulden auf Rückzahlung drängen, sind Vorräte jeglicher Art oft nur in geringem Umfange absetzbar.

Ein Vergleich der Forderungen an die Kunden mit den Lieferantenverbindlichkeiten erweist, daß die Porzellanindustrie ihren Kunden immer ein Mehrfaches des Kredites einräumte, den sie selbst in Anspruch nahm²⁾. Das Übergewicht dieser aktiven Finanzierung verminderte sich allerdings von Jahr zu Jahr bei steigenden Umsätzen, doch wohl nicht so sehr deswegen, weil die Porzellanindustrie ihren Abnehmern keinen so hohen Kredit wie bisher gewähren konnte, sondern weil sich die Zahlungsweise ihrer Abnehmer verbesserte. Die aus den Bilanzen ersichtliche ständig gleichbleibende Höhe empfangener und geleisteter Anzahlungen weist leider nicht auf diese Tatsache hin.

Fassen wir nun zum Schluß unsere wichtigsten Beobachtungen über die Finanzlage der Geschirrporzellanfabriken zusammen: Sie ist stabil, auch noch 1956. Nimmt doch dieser Industriezweig im Grenzland eine Sonderstellung ein, da er hier seinen Schwerpunkt hat und den westdeutschen Markt beherrscht.

Er erlebte in den letzten Jahren eine stetige Umsatzausweitung und war in der Lage, seine Produktion nach modernen Gesichtspunkten zu rationalisieren. Die Aufwärtsentwicklung war in erster Linie vom Export getragen, doch sind die Märkte des Auslandes äußerst empfindlich. Eine rückschrittliche Entwicklung des Exportes zumindest bei technischem Porzellan ist bereits in jüngster Zeit festzustellen. Die standortbedingten Kostenmehrbelastungen, besonders die erhöhten Frachtkosten, beginnen bei dem verschärften Wettbewerb der letzten Zeit die Konkurrenzfähigkeit spürbar zu beeinträchtigen, nachdem das in den

1) Siehe Abschnitt D, I!

2) Siehe Tafel 32, Nr. 8, Seite 135!

Jahren zuvor, in den Jahren guter Preise, nicht so zu bemerken gewesen war¹⁾
Bei einer etwaigen künftigen Absatzkrise - erste Anzeichen sind im Export zu erkennen - werden sich dann die unzureichende Erhöhung des Eigenkapitals und die langfristige Verschuldung, mit der die Rationalisierung erkaufte werden mußte, bemerkbar machen und die Stabilität der Finanzlage gefährden, auch wenn wir die hohen stillen Reserven infolge umfangreicher Abschreibungen nicht übersehen wollen.

Da Deutschland auf Export angewiesen ist, sollten auf lange Sicht gerade exportintensive Industrien, wie die Porzellanindustrie, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit erhalten und gestärkt werden: die seitherige Finanz- und Steuerpolitik erweist sich so gerade auch unter diesem Aspekt als Fehlkonzption, da sie die Eigenkapitalbildung zu wenig unterstützt und so die deutschen Industrieunternehmungen krisenempfindlich und schließlich wettbewerbsunfähig macht. Konnte doch selbst die Porzellanindustrie, in der im Vergleich zu anderen Branchen des Grenzlandes größere Unternehmungen, meist Aktiengesellschaften, überwiegen, in Jahren bester Erträge (hohe Rückstellungen!) und steigender Umsätze das Grund- beziehungsweise Stammkapital kaum verstärken, wenn auch nicht zu übersehen ist, daß die Porzellanfabriken der heutigen Steuerbelastung leichter ausweichen können als kleinere und mittelständische Unternehmungen, wie sie zum Beispiel in der Sägeindustrie vorherrschen, da diesen größeren Unternehmungen weit mehr Investitions- und somit Abschreibungsmöglichkeiten offenstehen. Eine Rationalisierung ist ihnen deshalb leichter möglich, wie das Beispiel der Porzellanindustrie bestätigt.

Abschließend sei ein Wort von Schmalenbach zitiert: "Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß der lebenswichtige Export Westdeutschlands hauptsächlich von der Mittelindustrie (auch die Porzellanindustrie ist eine Mittelindustrie im Gegensatz zur Groß- beziehungsweise Schwerindustrie) und nicht von der Großindustrie getätigt wird und daß bei der Mittelindustrie das Bedürfnis nach Finanzhilfe besonders groß ist." ²⁾

1) Vergleiche hierzu eine Meldung in "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 14. September 1957: "Die Belieferung von Kohle und Kaolin ist in preislicher und mengenmäßiger Hinsicht Problem ersten Ranges."

2) Siehe Schmalenbach, Die Beteiligungsfinanzierung, Köln 1954, Seite 35!

4. Bilanzen aus der

Natursteinindustrie

Aus der Industriegruppe Steine und Erden liegen uns die Bilanzen von 20 Unternehmungen der Natursteinindustrie, vornehmlich der Granitindustrie, des Fichtelgebirges vor. (Weil jedoch im Bayerischen Wald die gleichen Verhältnisse vorliegen, glauben wir auf die gesonderte Besprechung der dortigen Naturindustrie verzichten zu können, da uns überdies die zur Verfügung stehenden Bilanzunterlagen, da lückenhaft, kein vollständiges Bild liefern können.)

Die Natursteinindustrie ist einer der traditionsreichen mittelständischen Gewerbebezüge des Grenzlandes, die unter der Abschnürung der Grenzen am schwersten leiden. Handelt es sich doch um ein materialintensives Gewerbe, das äußerst frachtempfindlich ist. Der Erfolg in den Jahrzehnten vor dem Kriege hatte ja am deutschen Markt auf der günstigen Lage im Herzen des Landes, an den Auslandsmärkten nicht zuletzt auf den günstigen Verbindungen zu den deutschen Seehäfen beruht. Die seit einigen Jahren gewährten staatlichen Frachthilfen¹⁾ sind deshalb bestens geeignet, die nach dem Kriege verlorene Konkurrenzfähigkeit wieder zu wecken und die frühere günstige Standortlage wenigstens fiktiv zum Teil wieder herzustellen.

Ehe wir weiter unten die Finanzlage der fichtelgebirgischen Natursteinindustrie genauer behandeln, wollen wir zuvor kurz einzelne wichtige und typische Posten in den von 20 einzelnen Unternehmungen für die Jahre 1949 bis 1956 zusammengefaßten Bilanzen besprechen²⁾. (Dabei hat jedoch die für das Jahr 1956 zusammengefaßte Bilanz einen verminderten Erkenntniswert. Ihr liegen die Abschlüsse von nur acht Unternehmungen zugrunde; mehr standen uns nicht zur Verfügung.)

Im Anlagevermögen ist der Anteil der bebauten Grundstücke mit etwa einem Fünftel bis einem Viertel der Bilanzsumme in dem ganzen Zeitraum ziemlich

1) Siehe Abschnitt E, III !

2) Vergleiche Tafel 33, Seite 142^{un} und 143 !

konstant, scheint jedoch, im ganzen gesehen, langsam zu sinken. Der Anteil der unbebauten Grundstücke an der Bilanzsumme ist im Vergleich zu den bisher besprochenen Branchen größer, da die Unternehmungen der Steinindustrie umfangreichen Grund, nämlich Steinbrüche, besitzen. Die recht geringfügigen Schwankungen des Postens Maschinen und maschinelle Anlagen lassen weder eine zunehmende noch eine abnehmende Gesamttendenz erkennen. Der Anteil der Postens Werkzeuge und Geschäftsausstattung hat dagegen eine langsam steigende Tendenz. Die Beteiligungen sind hier, anders als bei den Spinnereien und Porzellanfabriken, nicht nennenswert, handelt es sich doch um Unternehmungen wesentlich geringerer Größenordnung (meist Personalunternehmungen!), bei denen Beteiligungen nicht so an der Tagesordnung sind.

Im Umlaufvermögen betragen die Vorräte in all den Jahren immer etwa ein Viertel der Bilanzsumme, nur im Jahre 1956 lagen sie ausnahmsweise bei 34%. Wertpapierbesitz war niemals vorhanden, die langfristigen Forderungen und die geleisteten Anzahlungen sind beide gleichbleibend unbedeutend.

Die Warenforderungen halten sich in bemerkenswert konstanter Höhe. Ihr Anteil an der Bilanzsumme beträgt von 1949 bis 1956 immer ungefähr ein Viertel. Die Kassenmittel, also Wechsel, Schecks, Kassenbestand und Bankguthaben, sind mit 0 bis 6% Anteil an der jeweiligen Bilanzsumme kleiner als bei den bisher besprochenen Industriegruppen und verhältnismäßig schwankend.

Wenn sich der Umfang der einzelnen Posten der Aktivseite innerhalb der Bilanz meist nur unwesentlich veränderte, so können wir dies von den Posten der Passivseite nicht behaupten:

Das Eigenkapital, dessen Anteil an der Bilanz 1949 noch 47% betragen hatte, verminderte sich in jedem Jahr regelmäßig bis hinab auf 16% im Jahre 1956. Dieser unvergleichlich niedrige Eigenkapitalanteil von 16% an der Bilanzsumme im Jahre 1956 ist wohl nicht so sehr das Ergebnis unserer unzureichenden statistischen Unterlagen für dieses Jahr. Die Zahl dürfte vielmehr mit Wahrscheinlichkeit den wirklichen Trend der Entwicklung innerhalb der fichtelgebirgischen Natursteinindustrie repräsentieren:

Wie erwähnt, sind die für 1956 zusammengefaßten Bilanzen aus den Ziffern von nur acht Unternehmungen errechnet, während es in den Vorjahren jeweils zwanzig waren. Die Zusammensetzung der Bilanzen dieser acht Firmen lag jedoch in den Vorjahren völlig innerhalb des Rahmens der zusammengefaßten zwanzig Bilanzen, so daß die Ungenauigkeit unserer Zahlen für das Jahr 1956 die der Vorjahre nur gering übersteigt.

Überhaupt glauben wir mit dem uns vorliegenden Bilanzmaterial ein recht getreues Bild der fichtelgebirgischen Natursteinindustrie und, wie schon erwähnt, auch der des übrigen Grenzlandes geben zu können. Sind doch die zwanzig von uns behandelten Unternehmungen ein wesentlicher Teil der ganzen Industriegruppe¹⁾!

Fahren wir nun in der Besprechung der einzelnen Bilanzposten fort:

Die Rücklagen sanken, im ganzen gesehen, nicht so kräftig wie das Eigenkapital. Nach einer erheblichen Verminderung in den vorhergehenden Jahren hielten sie von 1952 bis 1956 immer einen Anteil von etwa 14% der Bilanzsumme. Der Anteil der ausgewiesenen Gewinne schwankt zwischen 1 und 3%, der Anteil der Verluste zwischen 0 und 2%.

Die Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen sind etwas höher als beispielsweise bei den Spinnereien und Porzellanfabriken. Die Rückstellungen sind verhältnismäßig gering, doch im Steigen begriffen. Der überhohe Rückstellungsbetrag von 13% der Bilanzsumme im Jahre 1956 rührt von einer langfristigen Kaufpreiserückstellung einer einzigen Firma her. Die Rückstellungen, die ähnlich niedrig wie bei den Webereien sind, deuten unter dem Aspekt der heutigen Steuergesetzgebung auf eine unbefriedigende Ertragslage hin, müssen doch Rückstellungen, obwohl Fremdkapital, von der Unternehmung aus Gewinnen aufgebracht werden.

Die minimalen langfristigen Verbindlichkeiten nahmen 1955 und noch mehr 1956 an Bedeutung zu und erreichten immerhin einen Anteil von 7% der Bilanzsumme. Es treten hier wohl langfristige Kreditmittel des Staates in Erscheinung. Diese Verstärkung der langfristigen Fremdmittel ist der einzige Lichtblick in der Finsternis der sich stetig verschmälernden Eigenkapitalbasis der Natursteinindustrie.

Ähnlich belanglos wie bei allen anderen bisher besprochenen Industriegruppen bleiben die Kundenanzahlungen. Dagegen sind die Warenverbindlichkeiten, im ganzen gesehen, im Zunehmen. Ihr Anteil stieg von 6% im Jahre 1949 auf 16% 1956. Eine gleichbleibende Höhe von etwa 6% der Bilanzsumme haben in all den Jahren die Wechselverbindlichkeiten. Die Bankschulden steigen hingegen

1) 1955 zählte die Industriegruppe Steine und Erden, also einschließlich Ziegeleien, Schotterwerke usw., in Oberfranken 181 Betriebe ("Oberfränkische Wirtschaft", 1956, 6, Seite 8). Die Zahl der Natursteinbetriebe ist darin enthalten, uns aber leider unbekannt.

ähnlich wie die Warenverbindlichkeiten an und stellen 1956 mit zirka einem Fünftel Anteil an der Bilanzsumme den größten Posten der Passivseite überhaupt dar. Es ist wohl einmalig, daß in der Bilanz nicht einer Einzelunternehmung, nein, einer ganzen Industriegruppe, die kurzfristigen Bankschulden größer sind als das Eigenkapitalkonto. Mit ungewöhnlicher Intensität verdichtet sich in dieser Tatsache die ganze bittere Kapitalnot der Unternehmungen im Grenzland. Unsere weitere Besprechung der Finanzlage der Natursteinindustrie beginnen wir mit einem Blick auf die Vermögensstruktur und deren Veränderungen¹⁾:

Das Anlagevermögen betrug im Jahre 1949 noch 48% der Bilanzsumme. Es sank dann in den folgenden Jahren ziemlich stetig ab und erreichte 1956 einen Anteil von 37%.

Die Frage nach den Umsätzen und der Investitionstätigkeit der Natursteinindustrie ist nicht leicht zu beantworten. Betrachten wir zu diesem Zwecke die Ausdehnung der Bilanzsumme auf Tafel 36²⁾:

Während sich von 1949 bis 1952 das Bilanzvolumen nur um geringes ausdehnte, stieg es dann bis 1956 stärker an, um in diesem Jahre die doppelte Höhe wie im Ausgangsjahre zu erreichen. An dieser ganzen Ausweitung ist das Umlaufvermögen mehr beteiligt, das Anlagevermögen stieg von 1949 bis 1956 nämlich nur um 50%, die gesamte Bilanzsumme aber um 100%. Die tatsächliche Höhe der Investitionen freilich ist auch bei dieser Industriegruppe nicht festzustellen, da der Umfang der vorgenommenen Abschreibungen, namentlich der beachtlichen Möglichkeiten der Grenzlandsonderabschreibungen wegen, unbekannt ist.

Es ist jedoch hervorzuheben, daß das Anwachsen des Bilanzvolumens der Natursteinindustrie in allererster Linie auf die starke Expansion der Bilanzen einiger ganz weniger, und zwar der größten Unternehmen, zurückzuführen ist, deren Bilanzen in unserer Zusammenstellung enthalten sind.

Bei der überwiegenden Mehrheit, den - gemessen an der Höhe der Bilanzsumme - kleineren Unternehmungen, weitete sich dagegen die Bilanzsumme meist nur in bescheidenerem Umfange aus. Dies ist ein Zeichen für nicht kräftig ansteigende Umsätze und Investitionen.

1) Siehe Tafel 34, Seite 148, 35, Seite 149 (sowie Tafel 37, Nr. 1 und 2, Seite 151)!

2) Siehe Tafel 36, Seite 150!

Lediglich die wenigen großen Unternehmungen konnten erheblich rationalisieren und die Grenzlandsonderabschreibungen ausnützen. Der Abstand dieser großen Unternehmungen von den zahlreichen kleineren wuchs dadurch in den letzten Jahren fortgesetzt, besonders was die Modernisierung betrifft.

Leider stehen uns über Umsätze und Investitionen keine Ziffern zur Verfügung, da nicht zuletzt die Natursteinindustrie in den uns zugänglichen statistischen Unterlagen immer nur im Rahmen der Industriegruppe Steine und Erden erfaßt wird und eine Eliminierung der uns wichtigen Zahlen nicht möglich ist.

Aber die Auskünfte von Industriellen aus der Natursteinindustrie bestätigen unsere Vermutung, daß die Umsätze seit dem Kriege nicht sehr angestiegen sind, wenn man von vereinzelten größeren Unternehmungen absieht.

Von einer guten Beschäftigungs- und Ertragslage, deren sich der übrige Teil der Industriegruppe Steine und Erden infolge der westdeutschen Baukonjunktur erfreut, kann man also bei der Natursteinindustrie beim besten Willen nicht sprechen.

Dies widerspiegelt sich auch deutlich in der rapiden Verringerung der Eigenkapitalbasis: hatten 1949 die eigenen Mittel einen Anteil von 74% der Bilanzsumme, so sank dieser bis zum Jahre 1956 auf 31 %¹⁾. Diesem Schwund auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Anteils steht im gleichen Zeitraum eine Ausweitung der Bilanzsumme um etwa 100% gegenüber. Die Eigenmittel verminderten also ihren Anteil an der Bilanzsumme nicht nur relativ, es handelt sich vielmehr um einen absoluten Verzehr, um einen echten Substanzschwund, wie wir ihn bisher nur bei den Webereien beobachten konnten.

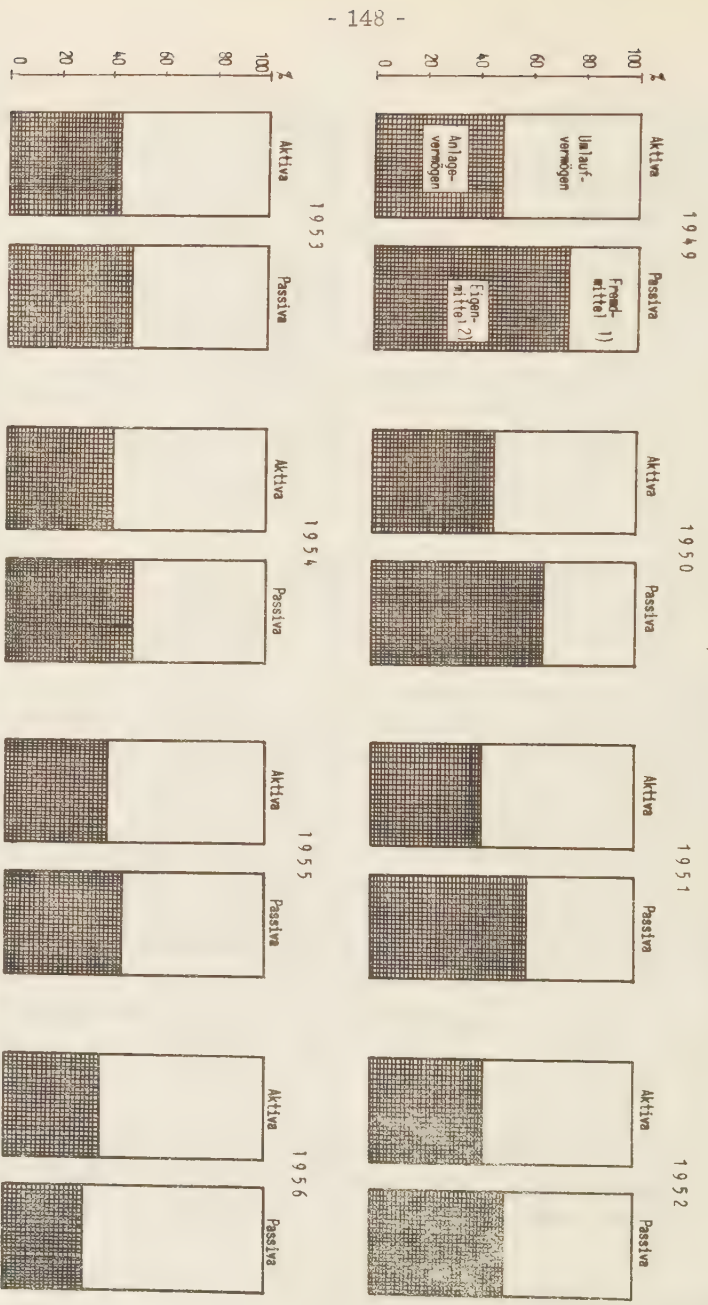
Dieser Kapitalverzehr ist nicht etwa bei nur wenigen Unternehmungen der Naturindustrie festzustellen, sondern in elf der zwanzig Bilanzen, die wir hier betrachten.

Die Gründe für diese Zerrüttung der Kapitalverhältnisse in der Natursteinindustrie des Fichtelgebirges sind einerseits der Verzehr des Eigenkapitals zum Lebensunterhalt der Unternehmer (da die ohnehin bescheidenen Gewinne durch die hohen

1) Siehe Tafel 34, Seite 148 !

Die Veränderung der Bilanzstruktur der Natursteinindustrie

Tafel 34

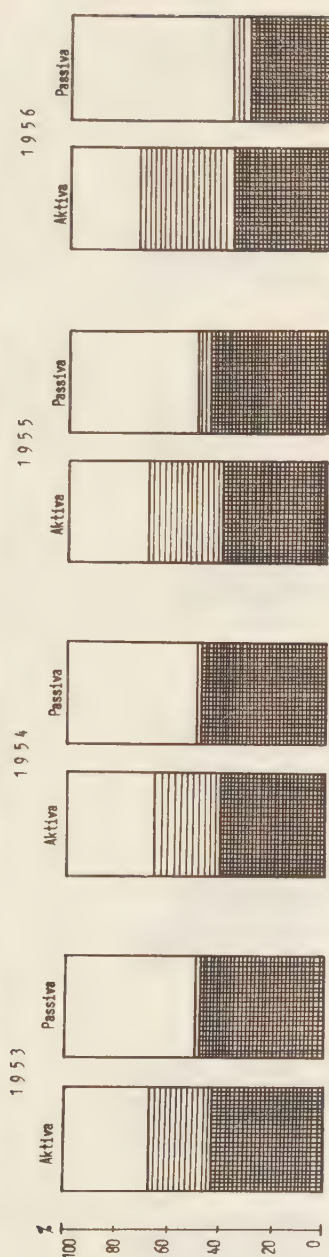
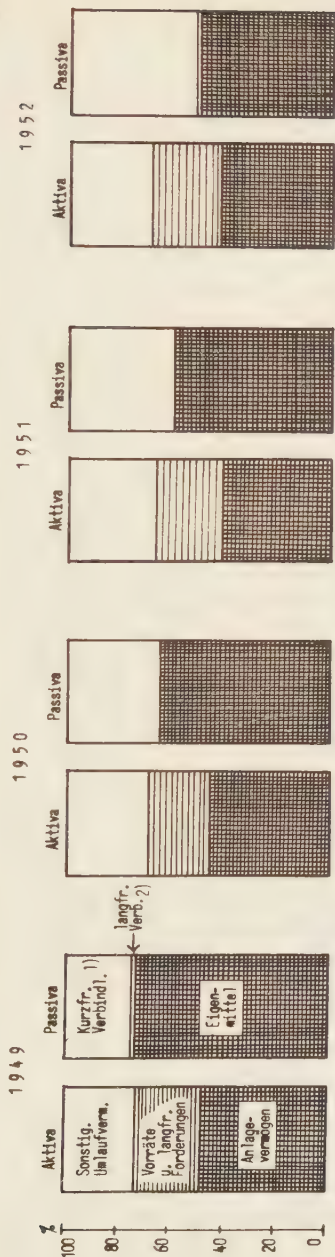


Die Aufstellungen von Tafel 34 und 35 wurden um die in den Originalbilanzen ausgewiesenen Verluste und um die Wertberichtigungsposten auf Anlagen bereinigt (gekürzt).

- 1) alle Verbindlichkeiten einschl. Rückstellungen, Wertberichtigungen aufs Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzung der Passivseite
- 2) Eigenkapitalkonten, Rücklagen und Gewinn

Die Veränderung der Bilanzstruktur der Natursteinindustrie

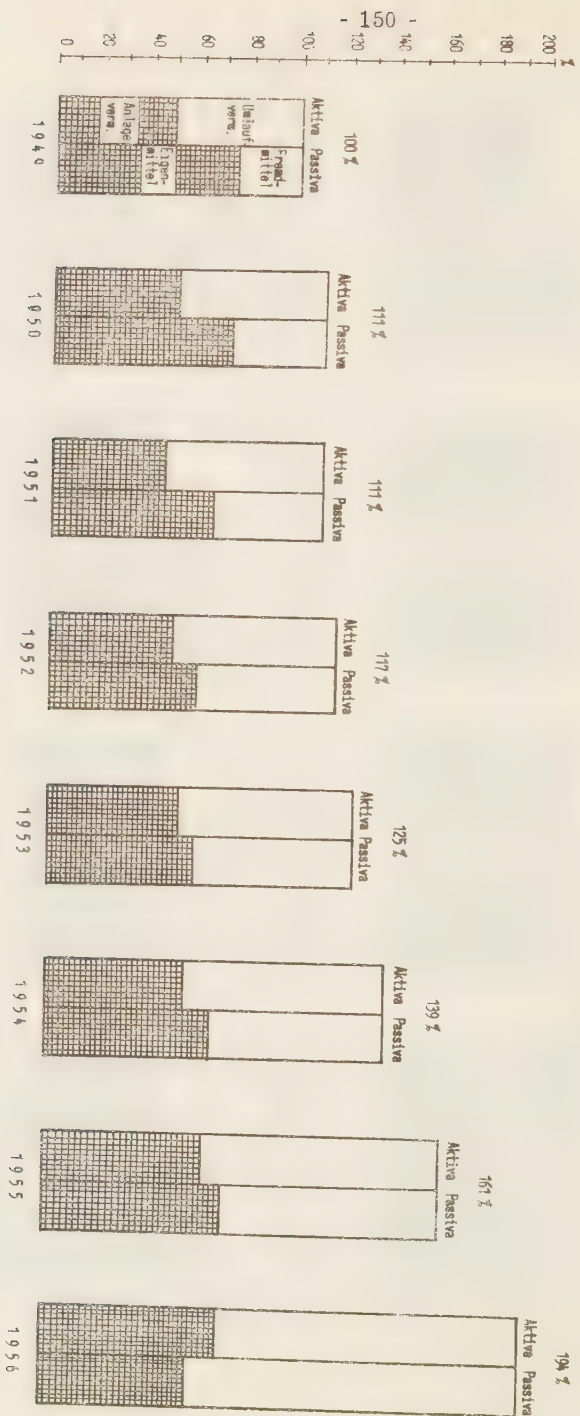
Tafel 35



1) das ganze sonstige Fremdkapital

2) Posten 8 VI 1 der Bilanzen auf Tafel 33 : = langfristige Verbindlichkeiten, wie Hypotheken.

Die Entwicklung der absoluten Bilanzsumme der Natursteinindustrie



Analyse der Finanzlage
von 20 Unternehmungen der Natursteinindustrie
anhand von Bilanzkennziffern

Nr. 1:

Zusammensetzung des Vermögens:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtvermögen)

	Anlagevermögen	Umlaufvermögen
1940	48 %	52 %
1950	45,9 %	54,1 %
1951	41,2 %	58,2 %
1952	43 %	57 %
1953	42,9 %	57,1 %
1954	40,8 %	59,2 %
1955	40,4 %	59,6 %
1956	37 %	63 %

Nr. 2:

Zusammensetzung des Kapitals:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtkapital)

	Eigenmittel	Fremdmittel
1949	74 %	26 %
1950	65,3 %	34,7 %
1951	53,1 %	46,9 %
1952	51 %	49 %
1953	47,9 %	52,1 %
1954	48,9 %	51,1 %
1955	45,5 %	54,5 %
1956	31 %	69 %

1) vgl. Tafel 34

Fortsetzung von Tafel 37

Nr. 3:

Deckungsverhältnis I

Die Eigenmittel deckten: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	84%
b) die Vorräte und langfr.Forderungen zu	100%	84%	72%	31%	21%	32%	18%	-
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	4%	-	-	-	-	-	-	-

Nr. 4:

Deckungsverhältnis II

Die Eigenmittel und die langfristigen Fremdmittel deckten: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
b) die Vorräte und langfr.Forderungen zu	100%	84%	76%	35%	20%	36%	36%	3%
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	7%	-	-	-	-	-	-	-

1) vgl. Tafel 35

Fortsetzung von Tafel 2

Nr. 5:	Liquidität I (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch sofort greifb. Mittel)	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
	sofort greifbare Mittel ¹⁾ · 100	12 %	9 %	15 %	10 %	6 %	6 %	10 %	-
	kurzfristige Verbindlichkeiten ²⁾								
Nr. 6:	Liquidität II (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch kurzfr. Umlaufvermögen)	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
	kurzfristiges Umlaufvermögen ³⁾ · 100	100 %	79 %	79 %	60 %	59 %	63 %	57 %	37 %
	kurzfristige Verbindlichkeiten								
Nr. 7:	Liquidität III (Deckung der kurzfr. Verbindlichk. durch das gesamte Umlaufvermögen)	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
	Umlaufvermögen ⁴⁾ · 100	208 %	156 %	146 %	119 %	116 %	118 %	120 %	102 %
	kurzfristige Verbindlichkeiten								

1) Kasse, Scheck, Kassenbestand incl. LZB und Postscheck, andere Bankguthaben

2) Kundenanzahlungen, Verbindlichkeiten a/ Warenlieferungen, Wechselverbindlichkeiten, Bankschulden, Sonstige, Rechnungsabgrenzung, Wertber.z.Posten d. Umlaufvermögens, Rückstellungen.

3) alle sofort greifbaren Mittel (s. 1) sowie Forderungen aus Warenlieferungen u. Leistungen

4) das gesamte Umlaufvermögen (in Bilanzschema A II, 1 - 10 + Rechnungsabgrenzungsposten)

Nr. 8:

Verhältnis der aktiven zur passiven Finanzierung :

Kundenforderungen ¹⁾ * 100
Lieferantenverbindlichkeiten ²⁾ =

- 1) = Forderungen aus Warenlieferungen und -leistungen
2) = Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und -leistungen

Fortsetzung von Tafel 37

1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
36,7%	30,0%	27,8%	12,5%	21,7%	21,5%	19,2%	14,4%

Grenzlandsonderabschreibungen niedrig gehalten werden und hierfür nicht ¹⁾ ausreichen) und zum anderen Verluste als Folge vieler ungünstiger Einflüsse ¹⁾.

Als erstes sei die schon so oft zitierte mittelstandsfeindliche Steuerpolitik genannt, die für Personalgesellschaften zu wenig elastisch ist, also auch für die Natursteinindustrie, bei der Kapitalgesellschaften selten sind. Hinzu kommen der ebenfalls schon erwähnte Verlust der Absatzmärkte wegen des ungünstigen Grenzlandstandortes, der gerade die frachtintensive Steinindustrie besonders belastet, und außerdem der Konkurrenzdruck anderer Baustoffe, vornehmlich der Kunststeine, die vielleicht billiger und - eine nicht zu unterschätzende Tatsache - augenblicklich mehr in Mode sind.

So schreibt die Industrie- und Handelskammer Regensburg: "Die Natur- und Werksteinindustrie hat nach wie vor schwer zu kämpfen. Viele Betriebe waren kaum zu 30% ihrer Kapazität ausgelastet. Um sich gegen die Konkurrenz des Kunststeins behaupten zu können, mußten weitere Preiszugeständnisse gemacht werden." ²⁾ Und 1954 schreibt dieselbe Kammer: "Die Preise gingen für die Produkte der Natur- und Werksteinindustrie im Berichtszeitraum weiter zurück und ließen trotz zum Teil erheblich gestiegener Umsatz- und Beschäftigtenzahlen keine ausreichenden Erträge zu. Obwohl Frachthilfe gewährt wird, leidet dieser Industriezweig immer noch an den durch die politische Grenzziehung hervorgerufenen ungünstigen Absatzverhältnissen, die ja hinreichend bekannt sind. Der Vorschlag eines Unternehmens dieser Branche, stärkere Verwendung von Natursteinen bei öffentlichen Bauten, wäre sehr dazu angetan, eine Besserung herbeizuführen." ³⁾

Werfen wir nun einen Blick auf den Export der Natursteinindustrie: Nach dem Kriege, im Jahre 1956, lag der Gesamtexportwert der oberfränkischen Steine- und Erden-Industrie bei 9,8 Millionen DM ⁴⁾. Dieser Betrag darf zum großen Teil der Natursteinindustrie zugeschrieben werden. Um wie-

1) Vergleiche die Verlustausweise in den Jahren 1950/51 und 1953/54 auf Tafel 33, Seite 142!

2) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1951, Seite 11!

3) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1954, Seite 23!

4) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", 1957, Nr. 5, Seite 9!

viel aber dieser Export geringer oder auch höher ist als vor dem Kriege, können wir leider mangels entsprechender Unterlagen nicht feststellen.

Haben wir eben die Schrumpfung der Eigenmittel und die Gründe, die dazu führten, darzustellen versucht, so wollen wir nun unseren Eindruck von der Finanzlage vervollständigen, indem wir zunächst die Vermögensstruktur zur Kapitalstruktur in Beziehung setzen:

Im Jahre 1949 finden wir eine ausgezeichnete finanzielle Stabilität. Die Eigenmittel deckten nicht nur das Anlagevermögen, sondern auch die Vorräte und die langfristigen Forderungen voll und darüber hinaus sogar noch einen kleinen Teil des Umlaufvermögens¹⁾. Dieses ausgezeichnete Deckungsverhältnis verschlechterte sich in den folgenden Jahren, da der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme viel schneller absank als der Anteil des Anlagevermögens. 1956 deckten die Eigenmittel das Anlagevermögen nur noch zu 84%. Diese Unterdeckung ist deshalb besonders kritisch, weil der Anteil der Eigenmittel in diesem Jahre ohnehin nur 31% der Bilanzsumme beträgt, ein Umstand, der bedenklich erscheint. Sagen doch auch Mellerowicz - Jonas: "Von dem Augenblick an, von dem das Fremdkapital das Eigenkapital übersteigt, wird die Sicherung des Fremdkapitals nur durch die künftig zu erwartenden Gewinne garantiert."²⁾ Im Augenblick aber ist, wie erwähnt, die Gewinnlage der Natursteinindustrie nicht gut.

Auch wenn wir zur Deckung der langfristig angelegten Vermögensteile neben den eigenen Mitteln noch die langfristigen Fremdmittel hernehmen³⁾, verbessert sich die Stabilität, das heißt das Deckungsverhältnis in den einzelnen Jahren, kaum, da eben die langfristigen Fremdmittel nur sehr spärlich sind. Lediglich 1955 und 1956 vermögen die etwas verstärkten langfristigen Fremdmittel die finanzielle Stabilität zu sichern beziehungsweise deren Verfall zu mildern. Wie wirksam festigen doch selbst bescheidene Posten langfristiger Fremdmittel die finanzielle Stabilität der Unternehmungen!

Und nun noch ein Blick auf die Liquidität⁴⁾:

1) Siehe Tafel 37, Nr. 3, Seite 152!

2) Siehe Mellerowicz-Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, Berlin 1957, Seite 48!

3) Siehe Tafel 37, Nr. 4, Seite 152!

4) Siehe Tafel 37, Nr. 5 - 8, Seite 153 - 154!

Ist auch die Höhe der sofort greifbaren Mittel beziehungsweise ihr Verhältnis zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten, wie schon des öfteren gesagt, meist recht zufallsbedingt, so fällt uns doch bei der Natursteinindustrie auf, daß die sofort greifbaren Mittel im Vergleich zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten immer viel niedriger sind als bei der drei bisher besprochenen Industriezweigen. 1956 betrugen die sofort greifbaren Mittel sogar weniger als 1% der Bilanzsumme. Die extreme Finanzschwäche der Natursteinindustrie tritt also auch in der geringen Höhe der Kassennittel zutage. Wenn diese nur eine Höhe von 6, 10 oder 12% der laufenden Schulden erreichen, kann keinesfalls von einer ausreichenden Liquidität gesprochen werden.

Untersuchen wir nun die Liquidität in der Weise, daß wir die laufenden Verbindlichkeiten dem ebenso kurzfristigen Umlaufvermögen (sofort greifbare Mittel und Warenforderungen) gegenüberstellen; 1949 deckte das kurzfristige Umlaufvermögen die laufenden Verbindlichkeiten zu 100%, 1956 hingegen nur noch zu 37%. Dieses Verhältnis wird nur geringfügig verbessert, wenn wir annehmen, daß ein gewisser Teil der ohnehin kleinen Rückstellungsbeträge, die wir mit zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten rechneten, langfristig ist. Auf der anderen Seite wissen wir jedoch auch nicht, wie viele Warenforderungen eingefroren oder dubios sind.

Den laufenden Verbindlichkeiten stehen also auf keinen Fall in gleicher Höhe leicht greifbare Vermögensteile gegenüber, so daß auch in dieser Hinsicht bei der Natursteinindustrie von einer ausreichenden Liquidität nicht gesprochen werden kann.

In dieser Meinung bestärkt uns die Literatur:

"Das Vorhandensein einer unverhältnismäßig großen Summe von Verbindlichkeiten bedeutet stets eine gewisse Gefahr, wenn ihnen nicht entsprechend viele leicht umzusetzende Aktiva oder fällige Forderungen gegenüberstehen." ¹⁾

Stellen wir aber das gesamte Umlaufvermögen den kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber, so verwandelt sich die Unterdeckung in eine Überdeckung, die allerdings so gering ist, daß wir auch bei diesem dritten Vergleich von einer genügenden

1) Siehe Rozumek - Herold, Das Kreditgeschäft der Banken, Hamburg 1936, Seite 112!

den Liquidität nicht sprechen können. Die Vorräte als Hauptteil des Umlaufvermögens sind nämlich insbesondere in kritischen Zeiten, wenn die Gläubiger auf Bezahlung drängen, ganz und gar keine leicht umzusetzenden Aktiven, die zur Deckung der laufenden Schulden verwendet werden könnten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sieht auch die Literatur ein Verhältnis von 2 : 1¹⁾ zwischen dem Umlaufvermögen und den laufenden Schulden als normal an.

Ein Vergleich der Kundenforderungen mit den Lieferantenverbindlichkeiten zeigt, ähnlich wie bei den bisher besprochenen Industriegruppen, ein Überwiegen der aktiven Finanzierung.

Zum Abschluß unserer Betrachtung können wir feststellen: Wir haben in der Natursteinindustrie des Fichtelgebirges eine rohstofforientierte, frachttintensive Industriegruppe kennengelernt, deren Lebensnerv durch die Abschnürung der Grenzen empfindlich getroffen wurde und die deshalb auf die staatlichen Frachthilfen angewiesen ist. Sie befindet sich nicht im Sog der westdeutschen Baukonjunktur, so daß also auch von dieser Seite her die Umsatztätigkeit kaum angeregt wird. Außerdem ist die Natursteinindustrie als überwiegend mittelständisches Gewerbe (Personalunternehmen herrschen vor!) der Ungunst des Steuersystems besonders ausgesetzt.

Ferner können die Rationalisierungsmöglichkeiten, welche die Grenzlandsonderabschreibung an sich bietet, von den kleineren Natursteinunternehmungen nicht ausgenutzt werden, da die Gewinne zu niedrig sind, als daß diese Finanzierungsart in Frage käme. Diese Unternehmungen - die Mehrheit der Branche - bleiben darum in der Rationalisierung immer mehr zurück und veralten. All diese Gründe führten zu dem Schwund und dem Verzehr der Eigenmittel, der die Existenz dieser ganzen Industriegruppe ernstlich bedroht. Überdies ist sie bei einem Anteil der Eigenmittel von nur 31% der Bilanzsumme völlig überschuldet.

Wir sagen dies alles nicht, um den Teufel an die Wand zu malen, sondern aus ernster Sorge um dieses bodenständige und traditionsreiche Gewerbe.

1) Siehe Abschnitt D, I!

5. Bilanzen von Sägewerken

Wir haben hier ein mittelständisches Gewerbe vor uns, das ähnlich wie die Steinindustrie auf der Grundlage heimischer Rohstoffe arbeitet und wegen seiner Frachtintensität ebenso wie diese unter der Abschnürung der Grenzen leidet. Außerdem sind die oberbayerischen Sägewerke den gleichen strukturellen Schwierigkeiten ausgesetzt wie sämtliche Unternehmungen dieses Wirtschaftszweiges in Westdeutschland.

Aber bevor wir darauf näher eingehen, besprechen wir zur Einführung kurz, ob und wie sich die Gewichtigkeit einzelner Posten in den von uns zusammengefaßten Bilanzen während des Zeitraumes von 1949 bis 1955 verschoben hat:

Es handelt sich hier um zwanzig Unternehmungen aus Oberfranken, aus der Oberpfalz und aus Niederbayern, die sämtlich als Personengesellschaften betrieben werden.

Im Anlagevermögen ¹⁾ verzeichnen die bebauten Grundstücke eine fallende Tendenz. Ihr Anteil sank von 31% 1949 auf 18% im Jahre 1955. Der 1954 besonders niedrige Anteil von 14% ist wohl zufälliger Natur. Dagegen bleibt der Anteil der maschinellen Anlagen in all den Jahren im großen und ganzen stabil. Größere Investitionen ²⁾ sind trotz dieser Konstanz erfolgt, da sich ja die Bilanzsumme ausdehnte, doch treten sie wohl auch wegen der hohen Grenzlandsonderabschreibungen nicht so hervor. Der Anteil der unbebauten Grundstücke an der Bilanzsumme ist hier höher als bei den anderen schon besprochenen Wirtschaftsgruppen, da manche Sägewerke auch Forst- und Landwirtschaft betreiben. Ähnlich wie der Posten Maschinen bleibt der Anteil des Postens Werkzeuge etwa konstant. Beteiligungen sind kaum vorhanden. So wird auch in dieser Beziehung die meist bescheidene Größenordnung der Sägewerke erkennbar.

Im Umlaufvermögen schwankt der Anteil der Vorräte an der Bilanzsumme zwischen 26 und 38%, ohne daß jedoch in den Jahren von 1949 bis 1955 eine steigende oder eine fallende Tendenz deutlich sichtbar würde. Der sehr hohe An-

1) Siehe Tafel 38, Seite 160 und 161!

2) Siehe Tafel 41, Seite 168!

Fortsetzung von Tafel 38

[illegible]

teil in den Jahren 1951 und 1954 ist auf Sonderbewegungen einiger Unternehmungen zurückzuführen ¹⁾.

Langfristige Forderungen sind während des gesamten Zeitraumes immer unbedeutend. Der Anteil der geleisteten Anzahlungen erreicht zeitweise die Höhe von 3% der Bilanzsumme. Dies erscheint in Anbetracht der schlechten Liquiditätsverhältnisse hoch, liegt aber wohl daran, daß das Rundholz vielfach auf Versteigerungen gekauft und beschafft wird. Die Warenforderungen steigen insbesondere 1955 und auch in den Jahren vorher an. Da die Umsätze der Sägeindustrie beinahe stagnierten ²⁾, mußte sie in diesen Jahren wohl längere Zahlungsziele einräumen.

Der Anteil der Kassenmittel einschließlich der Bankguthaben übersteigt in keinem der untersuchten Jahre die Höhe von 4% der Bilanzsumme. Die Liquidität ist also, auch im Vergleich zu anderen Branchen des Grenzlandes, sehr besengt.

In den Jahren 1953 - 1955 erreichten Verluste einen Anteil von 4% beziehungsweise 5% der Bilanzsumme. Verluste sind in den Bilanzen der Sägeindustrie durchaus keine seltene Erscheinung, 1953 wurde zum Beispiel bei immerhin fünf der zwanzig Unternehmungen ein Verlust ausgewiesen.

Im Bereich der eigenen Mittel ist die Tendenz des Anteils von Eigenkapital und Gewinn von 1949 bis 1955 im ganzen sinkend, auch wenn der Trend nach unten von Aufwärtsentwicklungen unterbrochen wird. Im Vergleich zu anderen Jahren erscheint im Jahre 1949 der Gewinn hoch, er erreicht in diesem Jahr die Höhe von fast 3% des ausgewiesenen Eigenkapitals.

Erläuternd sei angemerkt, daß der im Jahre 1954 besonders niedere Anteil des Eigenkapitals auf einer vom Fremdkapital getragenen Bilanzsummenausweitung beruht. Dabei handelt es sich allerdings nur um die Sonderentwicklung einiger weniger Unternehmungen, die in unserer Gesamtstatistik zum Ausdruck kommt. Wenn in anderen bisher besprochenen Wirtschaftsgruppen die Rücklagen zum Teil sogar das eigentliche Eigenkapitalkonto übersteigen, so ist dies bei den Sägewerken nicht der Fall. Deren Rücklagen sind minimal. Ziemlich gleich-

1) Siehe Seite 164 und 165!

2) Vergleiche Tafel 42, Seite 139!

mäßig beträgt ihr Anteil an der Bilanzsumme nur 1 bis 3%, lediglich 1951 9%, da eine einzelne Unternehmung in diesem Jahr eine umfangreiche einmalige Preisdifferenzrücklage ausweist.

Die Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen sind durchwegs bedeutungslos, warum sie jedoch 1949 und 1950 etwas höher liegen, ist uns unbekannt.

Die Rückstellungen, die bei gut verdienenden Branchen aus steuerlichen Gründen gerne als Weg und Mittel der Finanzierung verwendet werden und deshalb entsprechend umfangreich sind - man denke nur an die Spinnereien und die Porzellanindustrie des Grenzlandes -, waren bei den Sägewerken in den Jahren von 1949 bis 1955 durchwegs sehr gering. Ihr Anteil an der Bilanzsumme übersteigt die Höhe von 4% nicht. In der Porzellanindustrie erreichten beispielsweise die Rückstellungen in einem Jahr 21% der Bilanzsumme¹⁾.) Kaum deutlicher als hierdurch zeigt sich uns die schlechte Ertrags- und Finanzlage der Sägeindustrie, ist doch die Bildung von Rückstellungen als Folge des Steuerdruckes eine der wichtigsten in der Nachkriegszeit angewandten Finanzierungsmethoden.

Die langfristigen Verbindlichkeiten sind in den Jahren 1949 bis 1955 an der Bilanzsumme mit jeweils 8 bis 13% beteiligt. Damit sind diese Verbindlichkeiten, die zusätzlich zu den Eigenmitteln langfristig zur Verfügung stehen, verhältnismäßig umfangreicher als bei allen anderen bisher besprochenen Industriezweigen. Der Grund hierfür sind die passivierten Vermögensabgaben und Kreditgewinnabgaben, die bei den Sägewerken wegen des großen Grundbesitzes einen erheblichen Umfang erreichen, außerdem vielleicht auch die Passivierung mancher Staatskredite.

Kundenanzahlungen sind immer gleichbleibend unbedeutend, nur 1954 erreichen sie 4% der Bilanzsumme. Das liegt an einer einmaligen hohen Kundenanzahlung wegen eines Großauftrages bei einer einzelnen Unternehmung.

Die Warenverbindlichkeiten, deren Anteil an der Bilanzsumme sich zwischen 7 und 13% bewegt, haben ähnlich wie die Wechselverbindlichkeiten trotz ziemlicher Schwankungen einen im ganzen gleichbleibenden Anteil an der Bilanzsumme. Anders verhält es sich jedoch mit dem Anteil der Bankschulden, der kontinuierlich wächst und 1955 19% der Bilanzsumme erreicht.

1) Vergleiche Tafel 27, Seite 123!

Die Ausdehnung der Fremdmittel wird also in erster Linie von dem langfristigen Fremdkapital und den Bankschulden getragen.

Zu bemerken ist noch, daß auf der Passivseite die sonstigen Verbindlichkeiten und die Rechnungsabgrenzungsposten meist relativ hoch ausgewiesen werden.

Um über die Betrachtung einzelner Bilanzposten hinaus zu einem Überblick über die Bilanzstruktur und die Finanzlage zu gelangen, wollen wir nun das Anlage- und Umlaufvermögen beziehungsweise das Eigenkapital und Fremdkapital sowie deren Veränderungen innerhalb der Bilanz behandeln ¹⁾:

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme ist bei den Sägewerken äußerst variabel. Er sank von 1949 bis 1951, stieg jedoch 1952 an, um dann bis 1954 wiederum abzusinken, und 1955 war er plötzlich wieder höher als im Vorjahr.

Ziehen wir die absolute Ausdehnung der Bilanzsumme von fast 60% zwischen 1949 und 1955 in Betracht ²⁾, so wurde in dieser Zeit das Anlagevermögen nur um rund 25% verstärkt - recht wenig, wenn man bedenkt, daß 1949 wegen der vorhergehenden Kriegsjahre ein riesiger Überhang an Investitionsbedarf vorhanden war. Allerdings räumen wir ein, daß die Anlagen infolge hoher Grenzlandsonderabschreibungen, deren tatsächlicher Umfang uns unbekannt ist, in den Bilanzen wohl zu niedrig ausgewiesen und in Wirklichkeit etwas größer sind.

Der niedere Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme in den Jahren 1951 und 1954 ist die Folge von größeren vom Umlaufvermögen getragenen Bilanzsummenausweitungen. Diese Bilanzsummenausweitungen sind freilich nur bei sechs der zwanzig von uns untersuchten Unternehmungen festzustellen, sie beeinflussen aber die hier vorliegenden Gesamtziffern ³⁾. Abgesehen von dieser Sonderbewegung von sechs einzelnen Unternehmungen, entwickelt sich das Volumen der Bilanzsumme jeder der zwanzig Unternehmungen von 1949 bis 1955 völlig verschieden. Doch dehnte sich, im ganzen gesehen, die Bilanzsumme aller zwanzig Unternehmungen von 1949 bis 1955 um 56% aus ⁴⁾.

1) Siehe Tafel 39, Seite 166, 40, Seite 167 (und 44, Nr. 1 und 2, Seite 171)!

2) Siehe Tafel 41, Seite 168!

3) Siehe Tafel 39, Seite 166!

4) Siehe Tafel 41, Seite 168!

Die besondere Ausweitung der Bilanzsumme von sechs der insgesamt zwanzig von uns untersuchten Unternehmungen in den Jahren 1951 und 1954 bedeutet keine allgemeine Umsatzausweitung der Sägeindustrie des Grenzlandes in diesen Jahren. Wie unsere Tafel ¹⁾ zeigt, stagnieren vielmehr generell die Umsätze seit 1951, falls wir von der Umsatzausweitung der oberpfälzischen Sägewerke im Jahre 1955 absehen, da sie auf einem Zufall beruht.

Nach einer Meldung der Handelskammer Bayreuth lag zum Beispiel der Umsatz der oberfränkischen Sägeindustrie 1955 sogar noch unter dem des Jahres 1950 ^{2), 3)}.

Die Misere der geringen Umsätze richtet unseren Blick auf das Dilemma der Sägeindustrie, aus dem sie in absehbarer Zeit wohl auch nicht herauskommen wird:

Die westdeutsche Sägeindustrie leidet unter einer starken Überkapazität.

So war sie 1954 beispielsweise nur zu 60% ausgelastet ⁴⁾. Bei der Sägeindustrie des ostbayerischen Grenzraumes ist diese Überkapazität noch größer, da sie auf den heute nicht mehr verfügbaren Rundholzanfall des Thüringer Waldes und Böhmens beziehungsweise des Böhmerwaldes eingestellt war.

Die anfallende Stammholzmenge steht also in keinem Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Sägeindustrie. So ist es kein Wunder, daß der Wettlauf der Sägewerke um das Stammholz die Preise zum Steigen bringt. Die im Grenzland verschärfte Diskrepanz zwischen Kapazität und Rohstoffaufkommen läßt hier zudem die Rohholzpreisentwicklung meist stürmischer als in anderen Holz-erzeugungsgebieten verlaufen - und überdies sind in Bayern ohnehin die Stammholzpreise allgemein besonders hoch. Das ist um so verwunderlicher, als Bayern den größten Waldbestand Westdeutschlands hat und die bayerische Holzwirtschaft infolge ihrer Nähe zum Rohstoff an sich beim Rundholzeinkauf Preisvorteile genießen müßte ⁵⁾.

1) Siehe Tafel 42, Seite 169!

2) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", 1956, Nr. 6, Seite 6!

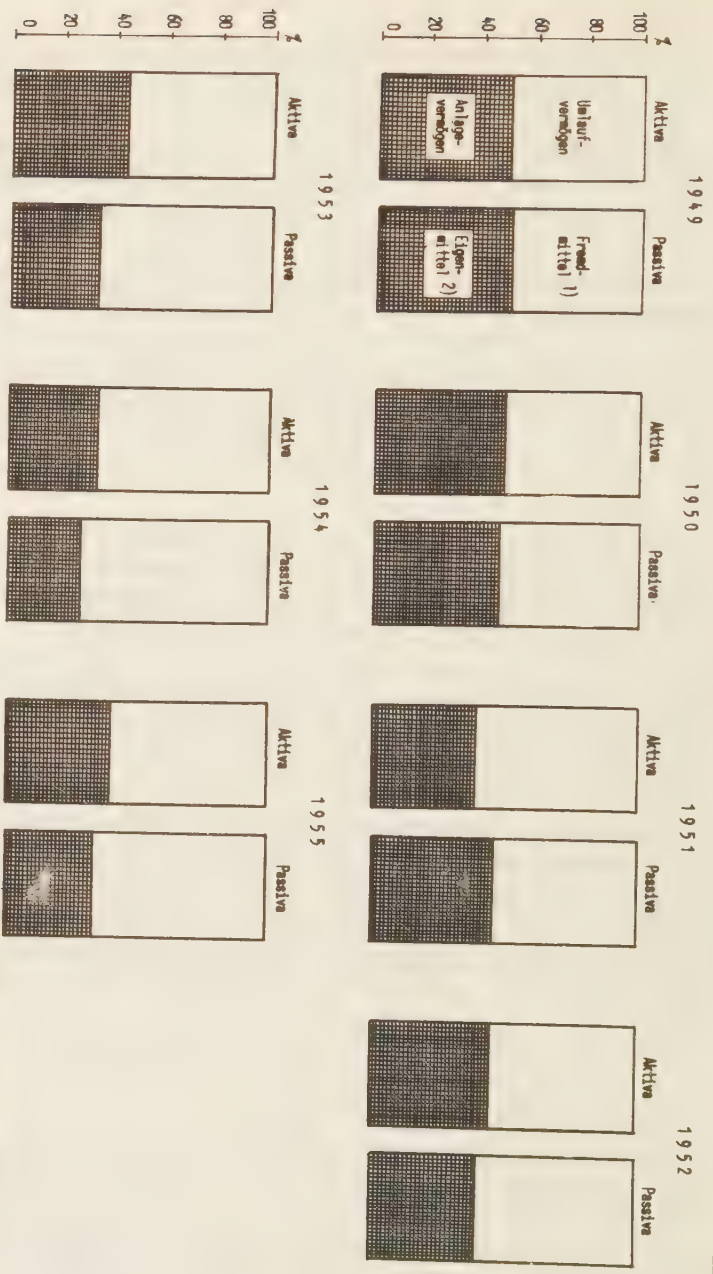
3) Ganz abgesehen davon, wären aus all diesen Umsatzzahlen Preiserhöhungen zu eliminieren.

4) Siehe "Oberfränkische Wirtschaft", 1954, Nr. 9, Seite 7!

5) Vergleiche hierzu Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1955, Seite 26 f. !

Die Veränderung der Bilanzstruktur der Ssgindustrie

Tafel 39

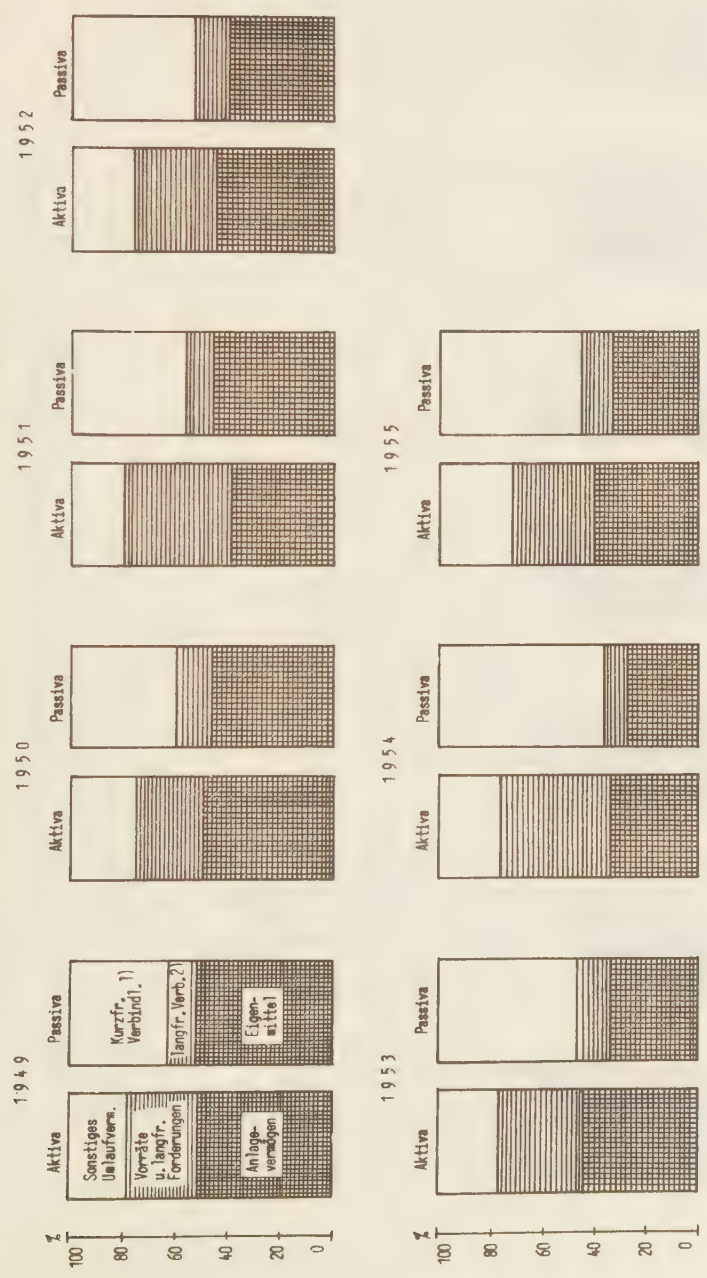


Die Aufstellungen von Tafel 39 und 40 wurden um die in den Originalbilanzen ausgewiesenen Verluste und um die Wertberichtigungsposten auf Anlagen bereinigt (gekürzt).

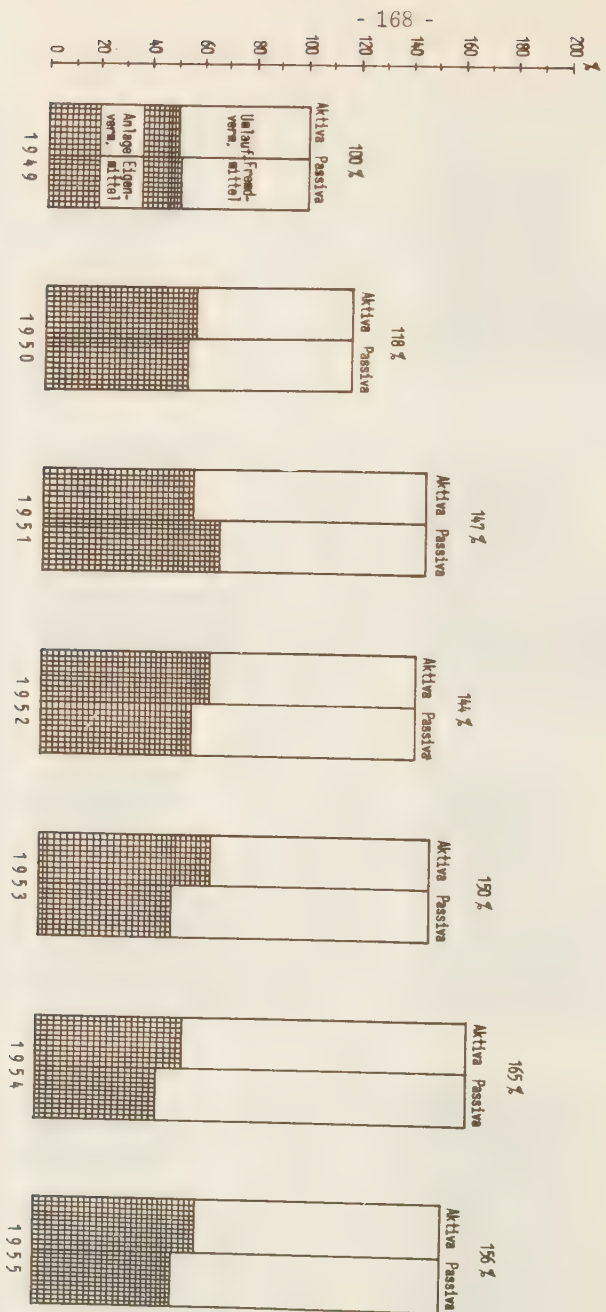
1) alle Verbindlichkeiten einschl. Rückstellungen, Wertber. auf Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzung der Passivseite
 2) Eigenkapitalkonto, Rücklagen und Gewinn

Tafel 40

Die Veränderung der Bilanzstruktur der Siedlungsindustrie



1) das ganze sonstige Fremdkapital
2) Posten 8 VI 1 der Bilanzen auf Tafel 38 : - langfristige Verbindlichkeiten, wie Hypotheken



Jahresumsätze der oberfränkischen
sowie der oberpfälzischen Säge- und
Holzbearbeitungsindustrie
von 1951 bis 1956

- in Millionen DM -

	Oberfranken	Oberpfalz
1951	? ¹⁾	55
1952	? ¹⁾	64
1953	53	54
1954	56	54
1955	60	72 ²⁾
1956	57	56

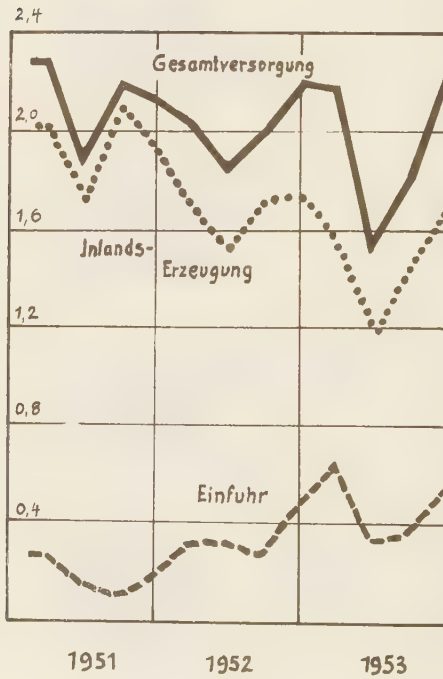
1) Leider fehlen uns die oberfränkischen Ziffern für 1951 und 1952, da die Statistik in diesen Jahren die Säge- und Holzbearbeitungsindustrie noch zusammen mit der gesamten Holzindustrie (einschließlich der Holzverarbeitenden Industrie) ausweist.

2) Diese Umsatzausweitung beruht auf einem Zufall: ein starker Windbruch erhöhte den Rundholzanfall und verbesserte die Kapazitätsauslastung. Es ist jedoch zu fürchten, daß damit hinsichtlich der Rundholzversorgung ein Vorgriff auf künftige Jahre gemacht wurde (vgl. hierzu Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1955, Seite 26!).

Quellen: Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Regensburg 1956/57, Seite 11;

"Oberfränkische Wirtschaft" 1955, 6, Seite 16
1957, 5, Seite 8

Die Herkunft des Schnittholzes



Quelle:

"Oberfränkische Wirtschaft" 1954, Nr. 4, Seite 13

Analyse der Finanzlage
von 20 Sägewerken
anhand von Bilanzkennziffern

Nr. 1:

Zusammensetzung des Vermögens:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtvermögen)

	Anlagevermögen	Umlaufvermögen
1949	50 %	50 %
1950	49 %	41 %
1951	39,4 %	60,6 %
1952	45 %	55 %
1953	44,2 %	55,8 %
1954	34,1 %	65,9 %
1955	40 %	60 %

Nr. 2:

Zusammensetzung des Kapitals:¹⁾ (in Prozenten vom Gesamtkapital)

	Eigenmittel	Fremdmittel
1949	51 %	49 %
1950	47 %	53 %
1951	46,5 %	53,5 %
1952	40 %	60 %
1953	33,7 %	66,3 %
1954	27,7 %	72,3 %
1955	33,7 %	66,3 %

1) vgl. Tafel 39

Nr. 3:

Deckungsverhältnis I

Die Eigenmittel decken: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
a) das Anlagevermögen zu	100%	76%	100%	80%	76%	81%	84%
b) die Vorräte und langfr.Forderungen zu	4%	-	18%	-	-	-	-
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	-	-	-	-	-	-	-

Nr. 4:

Deckungsverhältnis II

Die Eigenmittel und die langfristigen Fremdmittel decken: ¹⁾

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
a) das Anlagevermögen zu	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
b) die Vorräte und langfr.Forderungen zu	44%	42%	43%	26%	5%	4%	16%
c) das sonstige Umlaufvermögen zu	-	-	-	-	-	-	-

1) vgl. Tafel 40

Fortsetzung von Tafel 44

Nr. 5:

Liquidität I (Deckung der kurzfr. Verbindlichk.
durch sofort greifb. Mittel)

sofort greifbare Mittel ¹⁾ · 100
kurzfristige Verbindlichkeiten ²⁾

Nr. 6:

Liquidität II (Deckung der kurzfr. Verbindlichk.
durch kurzfr. Umlaufvermögen)

kurzfristiges Umlaufvermögen ³⁾ · 100
kurzfristige Verbindlichkeiten

Nr. 7:

Liquidität III (Deckung der kurzfr. Verbindlichk.
durch das gesamte Umlaufvermögen)

Umlaufvermögen ⁴⁾ · 100
kurzfristige Verbindlichkeiten

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
	11 %	8 %	5 %	6 %	6 %	3 %	6 %
	50 %	55 %	37 %	40 %	39 %	32 %	48 %
	132 %	128 %	140 %	117 %	104 %	103 %	110 %

1) Wechsel, Scheck, Kassenbestand incl. LZB und Postscheck, andere Bankguthaben

2) Kundenanzahlungen, Verbindlichkeiten a/ Warenlieferungen, Wechselverbindlichkeiten, Bankschulden, Sonstige, Rechnungsabgrenzung, Wertber.-z. Posten d. Umlaufvermögens, Rückstellungen.

3) alle sofort greifbaren Mittel (s. 1) sowie Forderungen aus Warenlieferungen u. Leistungen

4) das gesamte Umlaufvermögen (in Bilanzschema A II, 1 - 10 + Rechnungsabgrenzungsposten)

Nr. 8:

Verhältnis der aktiven zur passiven Finanzierung :

$$\frac{\text{Kundenforderungen } ^1) \cdot 100}{\text{Lieferantenverbindlichkeiten } ^2)} =$$

¹⁾ = Forderungen aus Warenlieferungen und -leistungen

²⁾ = Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und -leistungen

Fortsetzung von Tafel 44

1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
167%	271%	154%	204%	131%	131%	244%

Die schwankenden und hohen Rundholzpreise mögen allerdings nicht zuletzt auf das Verhalten der Sägewerke bei Versteigerungen und auch sonst bei Rundholzkäufen zurückzuführen sein, denn nur allzuoft herrschen bei Versteigerungen gefühlsmäßige Motive vor, so daß das Holz zu Preisen eingesteigert wird, die von vorneherein ein Verlustgeschäft bedeuten.

Eine große Schuld liegt aber zweifelsohne bei der staatlichen Forstverwaltung, die ihre starke Position als Waldbesitzer weidlich ausnutzt und bei dem Run der Sägewerke nach dem Rundholz die Preise zusätzlich nach oben treibt ¹⁾. Wegen dieses Mißstandes wurde die Handelskammer Regensburg wiederholt bei der staatlichen Forstverwaltung und vor dem bayerischen Ministerrat in Regensburg am 18. Dezember 1955 vorstellig ²⁾.

Der preissteigernden Politik des Staates auf dem Rundholzmarkt steht auf der anderen Seite eine staatliche Einfuhrpolitik gegenüber, die auf dem Schnittholzmarkt preissenkend wirkt (gerade oft zu der Zeit, wenn kurz zuvor die Rundholzpreise auf den Versteigerungen in die Höhe geklettert waren, wird die Erlaubnis zu Importen gegeben) und deshalb die Inlandserzeugung sinken läßt ³⁾. So wurden beispielsweise im Forstwirtschaftsjahr 1952/53 fast 7 Millionen Kubikmeter Schnittholz, aber nur rund 63.000 Festmeter o/R (ohne Rinde) Rundholz eingeführt ⁴⁾. In der Tat sind die Rundholzeinfuhren heute praktisch bedeutungslos, da die Holzüberschußländer vermeiden, das Holz als unbearbeiteten Rohstoff zu exportieren. Dieses Bestreben war vor dem Weltkriege nicht so zutage getreten, da diese Länder noch nicht über eine entsprechende Sägeindustrie verfügten.

So liegt also der Kapazitätsüberhang der westdeutschen Sägeindustrie nicht zuletzt in der neuen internationalen Konstellation begründet, in einer Konstellation, bei der sich die Holzherzeugungsländer in einem natürlichen Vorteil befinden.

1) Näheres über die Preisentwicklung der jüngsten Zeit siehe "Münchner Merkur" vom 12. September 1957!

2) "Nicht zuletzt führen die Holzfachleute ihre Schwierigkeiten auf die Preispolitik der staatlichen Forstbehörde zurück. Sie erklären, man lasse bei den Holzversteigerungen zwar bieten, den Zuschlag erteile man aber erst nach einer enormen Preissteigerung." (Vergleiche "Süddeutsche Zeitung" vom 20. Januar 1958, Seite 6!)

3) Vergleiche Tafel 43, Seite 170!

4) Siehe "Oberfränkische Wirtschaft", 1954, Nr. 9, Seite 6!

Obwohl wir den Wettbewerb gerade auf internationaler Basis befürworten und mit Nachdruck die Meinung verfechten, die Wirtschaft müsse auch in ihren internationalen Beziehungen so frei wie irgend möglich von Bevormundungen und Eingriffen jeglicher Art gehalten werden, müssen wir doch sagen, daß der westdeutschen Sägewirtschaft vom Staate eine gewisse Schutzfrist gegeben werden sollte, das heißt, daß der Schnittholzimport erst nach und nach liberalisiert werden sollte, damit sich die Sägewerke der neuen Lage anpassen können und in andere Produktionen, vornehmlich in solche, die das Holz weiterverarbeiten, überwechseln können.

Zeugen also bereits umfangreiche Schnittholzeinfuhren von geringem Verständnis, so scheint die erwähnte staatliche Politik der hohen Rundholzpreise bislang wie darauf angelegt, die Sägeindustrie in der Preisschere zwischen Rund- und Schnittholz zu vernichten.

Abgesehen von diesem Hauptproblem, steht die Sägeindustrie noch mancherlei anderen Widrigkeiten gegenüber, die wenigstens zu erwähnen wir nicht versäumen wollen:

So verbietet es die schlechte Finanzlage der Bundesbahn, in dem Umfange wie früher als Auftraggeber für Holzschwellen aufzutreten, noch dazu da die Betonschwelle immer mehr verwendet wird. Darüber hinaus wurde die Sägeindustrie durch das Verkehrsfinanzgesetz und das Straßenentlastungsgesetz getroffen. Außerdem ist der Schnittholzbedarf wegen zahlreicher aufkommender Konkurrenzprodukte nicht gestiegen: so wird Holz immer stärker in anderer Form verwendet. Man denke nur an Spannplatten und Sperrholz sowie an Holzfaserplatten und Kartonagen! Zudem ist der Holzverbrauch beim Bauen gesunken: der Verbrauch je Wohnung hat sich gegenüber der Vorkriegszeit um zwei Drittel vermindert ¹⁾.

Besonders erschwerend ist überdies für die Sägeindustrie des ostbayerischen Grenzlandes die Verlängerung der Absatzwege. Hauptabsatzgebiet für Schnittholz war früher das benachbarte Sachsen und Thüringen, heute sind es der westliche und der nördliche Teil des Bundesgebietes. So werden 98% des im Fichtelgebirge und Frankenwald geschnittenen Holzes ins Rheinland und nach Hamburg geliefert ²⁾.

1) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 24. August 1957!

2) Vergleiche "Süddeutsche Zeitung" vom 20. Januar 1958!

Das bedeutet bei der Frachtintensität der Sägeindustrie eine erhebliche Mehrbelastung.

Die ganze geschilderte mißliche Lage der Sägeindustrie - insonderheit die Preisschere zwischen Rund- und Schnittholz - zehrt an der Kapitalsubstanz der Sägewerke. So sank bei den zwanzig von uns beobachteten Sägewerken der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme von 51% im Jahre 1949 auf 33, 7% im Jahre 1955¹⁾.

(Der noch niedrigere Eigenmittelanteil von 27, 7% im Jahre 1954 ist, wie schon angedeutet, auf eine vom Fremdkapital getragene größere Bilanzsummenausweitung bei sechs der zwanzig von uns beobachteten Unternehmungen zurückzuführen, weswegen der Eigenkapitalanteil dieses Jahres in unserer Statistik derart herabgedrückt wird.)

Da aber die absolute Bilanzsumme bei den Sägewerken im gleichen Zeitraum um knapp 60% der ursprünglichen Höhe anstieg, konnten also, wie Tafel 41²⁾ zeigt, die Eigenmittel zwischen 1949 und 1955 nur ganz wenig, geschweige denn im gleichen Maße wie die Bilanzsumme verstärkt werden.

Nehmen wir aber das Jahr 1950 als Ausgangspunkt unseres Vergleiches, so zeigt sich, daß zwischen diesem Jahr und dem Jahre 1955 die Eigenmittel überhaupt nicht verstärkt werden konnten, sondern im Gegenteil - absolut gesehen - sogar etwas schrumpften, das heißt verzehrt wurden (ausgewiesene Verluste von 4 bis 5% der Bilanzsumme in den Jahren 1953 bis 1955 deuten auf diese Tatsache hin).

Sprechen bereits der Verzehr eigener Mittel und deren geringer Bilanzanteil von 33, 7% im Jahre 1955 für eine nicht normale Finanzlage, so vertieft sich unser Eindruck, wenn wir die Aktivseite mit der Passivseite der Bilanz vergleichen:

Bis auf die Jahre 1949 und 1951 deckten die Eigenmittel das Anlagevermögen niemals vollständig³⁾. Eine solche anhaltende Unterdeckung und Unstabilität trafen wir bei keinem bisher besprochenen Industriezweig an. Diese Labilität wird jedoch etwas gemildert, wenn wir zur Deckung des Anlagevermögens neben den Eigenmitteln die - im Vergleich zu den bis jetzt behandelten Branchen ho-

1) Siehe Tafel 44, Nr. 2, Seite 171!

2) Siehe Tafel 41, Seite 168!

3) Siehe Tafel 44, Nr. 3, Seite 172!

hen - langfristigen Fremdmittel mit heranziehen ¹⁾: dann decken die gesamten langfristig zur Verfügung stehenden Mittel das Anlagevermögen in den Jahren von 1949 bis 1955 immer voll, wenn auch seit 1952 nur knapp.

Ist es schon um die finanzielle Stabilität nicht gut bestellt, so ist die Liquidität noch schlechter:

Sofort greifbare Mittel, die lediglich eine Höhe von 8, 6, 5 oder gar 3% der kurzfristigen Verbindlichkeiten erreichen, sind einfach zu wenig ²⁾. Obwohl wir an anderer Stelle gesagt haben, daß die Höhe der sofort greifbaren Mittel oft zufällig bestimmt ist, so kann man doch nicht mehr von Zufall sprechen, wenn diese Mittel sechs Jahre lang immer nur eine Höhe von weniger als 10% der kurzfristigen Verbindlichkeiten erreichen. Das bedeutet eine chronische Illiquidität!

Noch bedenklicher wird der Eindruck, wenn wir die Höhe der laufenden Verbindlichkeiten mit der Höhe des kurzfristigen Umlaufvermögens, das heißt eben jener Vermögensteile vergleichen, die vorwiegend zur Deckung dieser laufenden Verbindlichkeiten herangezogen werden:

Von 1949 bis 1955 waren die laufenden Verbindlichkeiten von kurzfristig verflüssigbaren Vermögensteilen immer nur höchst mangelhaft gedeckt ³⁾, 1954 sogar nur zu 32%, im günstigsten Jahre - 1950 - aber auch lediglich zu 55%. Diese unzulängliche Liquidität dürfte in Wahrheit noch etwas schlechter sein, wenn wir berücksichtigen, daß ein gewisser Teil der Warenforderungen eingefroren und dubios ist. Jedoch ist dies mit Zahlen nicht zu belegen, da uns die nötigen Unterlagen der einzelnen Firmen nicht zur Verfügung stehen.

Stellen wir in einem weiteren Vergleich den laufenden Verbindlichkeiten das gesamte Umlaufvermögen einschließlich der Vorräte gegenüber ⁴⁾, so ist dieses in all den Jahren immer größer als die kurzfristigen Fremdmittel - wenn auch meist nur um wenig. Doch ist diese Überdeckung zu knapp; sie müßte viel größer sein, da die Vorräte als wesentlicher Teil des Umlaufvermögens gerade bei

1) Siehe Tafel 44, Nr. 4, Seite 172!

2) Siehe Tafel 44, Nr. 5, Seite 173!

3) Siehe Tafel 44, Nr. 6, Seite 173!

4) Siehe Tafel 44, Nr. 7, Seite 173!

der Sägeindustrie kaum zur Deckung der laufenden Verpflichtungen dienen können; einmal sind die Rundholzvorräte wegen der oft überraschenden Preisstürze stärkeren Wertminderungen ausgesetzt (dadurch wird das hohe Preisniveau von Zeit zu Zeit nach unten korrigiert), und zum anderen stehen die Schnittholzvorräte ohnehin unter einem ständigen Preisdruck.

Ein Vergleich der Kundenforderungen und der Lieferantenverbindlichkeiten hat bei den Sägewerken für die Analyse der Finanzlage nur einen sehr begrenzten Erkenntniswert, da die Beziehungszahl so stark schwankt, daß wir wenig daraus entnehmen können, doch übertrifft die aktive Finanzierung die passive stets.

Das von uns gezeichnete Bild der Finanzlage der Sägeindustrie des Grenzlandes wird durch die Beobachtungen der Grenzlandkammern ergänzt. So schreibt die Handelskammer Regensburg: "Die Lage der Sägewerkindustrie verschlechterte sich 1953 erheblich und zeigt alle Anzeichen einer schweren Krise, der bereits einige nicht ganz unbedeutende Unternehmen zum Opfer gefallen sind. Darüber hinaus hat annähernd die Hälfte der berichtenden Betriebe Verlustabschlüsse zu verzeichnen. Liquiditätsschwierigkeiten sind in dieser Branche leider an der Tagesordnung." ¹⁾

Und die Oberfränkische Handelskammer schreibt: "In der Sägeindustrie schrumpfen sowohl die Zahl der Betriebe als auch die Beschäftigtenzahlen in annähernd gleichem Ausmaß." ²⁾ So schieden allein 1954 8% der oberfränkischen Sägewerke aus ³⁾.

Die Unternehmungen der Sägeindustrie, die, wie erwähnt, gerade im Grenzland unter einer besonders hohen Überkapazität und zudem unter vermehrten Frachtkosten leiden, können der Vernichtung nur entgehen, wenn sie die Kraft zu einer Strukturwandlung aufbringen, das heißt, in die nächsthöheren Produktionsstufen vordringen oder in sonstige andere Produktionen ausweichen. Bestrebungen der Sägerei, eine Kistenfabrikation, ein Hobelwerk oder eine Leistenherstellung anzugliedern, sind allenthalben zu beobachten. So betreiben auch drei der zwanzig von uns untersuchten Unternehmungen ein Hobelwerk.

1) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1953, Seite 27!

2) Siehe "Oberfränkische Wirtschaft", 1954, Nr. 9, Seite 6!

3) Siehe "Oberfränkische Wirtschaft", 1955, Nr. 6, Seite 10!

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, verlustreiche Sägereibetriebe in Zukunft wenigstens in bescheidenem Umfang durchzuhalten. Die Finanzierung der neuen Projekte erfordert Anstrengungen und Kapital. Hier kann der Staat auf mancherlei Art, zum Beispiel mit Zinsverbilligungszuschüssen, helfen, ganz abgesehen von einer Steuerermäßigung.

Vor allem aber sollte er diese Strukturänderung nicht wie seither unterhöhlen, sondern fördern, indem er die Schnittholzeinfuhren vorläufig und so lange kontingentiert, bis sich der Großteil der Sägereien umgestellt hat.

Außerdem sollte der Staat die Preisentwicklung beim Rundholz mildern und nicht wie bisher stimulieren.

Ein Verzicht auf Versteigerungen, die sich meist preistreibend auswirken, wäre ein verheißungsvoller Anfang. Jedoch scheint die bayerische Staatsforstverwaltung vorerst bei Versteigerungen bleiben zu wollen ¹⁾.

Überhaupt ist im Augenblick das Ende der mißlichen Lage der Sägeindustrie nicht abzusehen. Die Schwierigkeiten werden im Gegenteil immer größer.

So zitieren wir denn aus einer Notiz im "Münchner Merkur" über Gegenwart und Zukunft der Sägeindustrie:

"Ein Rückblick auf die Entwicklung der Marktlage auf dem Rund- und Schnittholzsektor des Forstwirtschaftsjahres 1957, das am 30. September zu Ende geht, bestätigt trotz einer gewissen Preisstabilität ohne größere Pendelausschläge, daß es nicht gelungen ist, die große Preisschere zwischen Rund- und Schnittholz zu verkleinern. Es ging daher der Schrumpfungsprozeß besonders bei kleineren und mittleren Sägewerken im stillen weiter. Neuerdings hört man auch von größeren Betrieben, daß sie es vorziehen, auf Grund ungenügender Schnittholz- und hoher Rundholzpreise ihre Werke vorübergehend zu schließen, um die Entwicklung der nächsten Monate abzuwarten. Selbst auf Waldbesitzerseite mit forsteigenen Sägewerken werden in einzelnen Fällen bereits Überlegungen angestellt, wegen der unbefriedigenden Schnittholzpreise das Rundholz nicht mehr einzuschneiden, sondern rund zu verkaufen." ²⁾

1) Vergleiche auch "Münchner Merkur" vom 11. Dezember 1957!

2) Siehe "Münchner Merkur" vom 12. September 1957, Wirtschaftsteil!

E. UMFANG UND ERFOLG

STAATLICHER HILFSSMASSNAHMEN

FÜR DAS GRENZLAND

Das Beste allerdings werden auf jeden Fall diejenigen selbst leisten müssen, die um ihre Existenz ringen. Aber der Staat wird ihnen erst Voraussetzungen schaffen müssen, unter denen der Glaube an den Erfolg erhalten bleiben kann. (Stucken).

Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen bejahen wir den Gedanken einer staatlichen Hilfe für unentwickelte Teilgebiete prinzipiell und mit Nachdruck.

Wir befinden uns damit im Einklang mit Röpke, dem Haupt des Neoliberalismus, der sich in Ansehung des oberfränkischen Industrieraumes wie folgt geäußert hat:

"... Damit ist hier [in Oberfranken] der geradezu klassische Fall eines Notstandes gegeben, dem mit Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen verschiedener Art zu begegnen nicht nur, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind, mit einer Politik grundsätzlich freier Wirtschaft vereinbar ist, sondern von ihr sogar gefordert wird, wenn sie nicht in den Fehler einer heute überwundenen Form des wirtschaftlichen Liberalismus zurückfallen will"¹⁾.

So gilt es die strukturelle Disharmonie im westdeutschen Wirtschaftsraum zur ökonomischen Ausgewogenheit der einzelnen Regionen und zu einer gleichmäßigeren Bevölkerungsverteilung hinzuführen. Die zunehmende Schwerpunktbildung und die Verödung der Randgebiete dürfen nicht fortschreiten.

Haben sich doch allzu massierte wirtschaftliche Ballungsräume in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als kostspielig erwiesen. Man denke nur an die aus den Fugen geratenen Großstädte und an deren Verwaltungs- und Versorgungsprobleme!

Aus diesen Erwägungen hat auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in einem Gutachten über regionale Wirtschaftspolitik aktive

1) Vergleiche Röpke, Notstandsgebiete, in "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. November 1952!

Maßnahmen zur Förderung der Produktivkräfte in bestimmten Gebieten befürwortet¹⁾.

In ähnlicher Richtung weisen Röpkes Bedenken gegen die wirtschaftlichen Ballungsräume: "Nichts ist einer gesunden und dem Menschen gemäßen Verfassung der Gesellschaft abträglicher als zwei Dinge, Masse und Konzentration. Selbstverantwortung der Individuen setzt voraus, daß die Kollektive, in denen der Mensch lebt, das menschliche Maß nicht überschreiten. Sie ist nur im Kleinen und Mittleren, im überschaubaren Kreis möglich, unter Verhältnissen, die die Urform der menschlichen Existenz, wie sie uns noch in der Dorfgemeinschaft und der nachbarlichen Gemeinschaft der kleinen und mittleren Gemeinden begegnen, nicht völlig zerstören."²⁾

Bejahen wir eben aus volkswirtschaftlichen Gründen die staatliche Hilfe, so fordern wir sie nachdrücklichst aus menschlichem und sozialem Empfinden. Die bittere Not der Menschen im Bayerischen Wald, im Frankenwald und auch im Fichtelgebirge muß ein Ende nehmen. Die Bevölkerungsabwanderung aus diesen Gebieten darf nicht in dem Maße wie seither fortschreiten, denn nur allzu leicht kann die menschliche und soziale Erosion in eine Gangart geraten, die kaum mehr zum Stehen zu bringen ist³⁾.

Schließlich sei noch anzumerken, daß es nicht nur in gesamtwirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, sondern auch politisch gefährlich ist, den östlichen Grenzraum Westdeutschlands der Entblößung und Verarmung preiszugeben.

Das wirtschaftliche, soziale und politische Ziel einer staatlichen Hilfe für das Grenzland wird nur auf dem Wege einer wirksamen Förderung des Gewerbes in diesem Raum erreicht. Dabei verstehen wir unter Gewerbeförderung keine Subventionen, wie sie zum Beispiel die Landwirtschaft erhält; wir meinen vielmehr:

Zum ersten sollten für die bereits bestehenden Industrien in Oberfranken und der

1) Vergleiche Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1954, Seite 6!

2) Zitiert bei Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1954, Seite 6

3) Vergleiche Röpke, Notstandsgebiete, in "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. November 1952!

nördlichen Oberpfalz die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen sie sich mit eigener Kraft der neuen Konstellation anpassen können, das heißt, trotz veränderter Standortbedingungen wettbewerbsfähig werden oder bleiben. Zum zweiten sollten die rückständigen Gebiete des Grenzraumes mittels eines großzügigen und umfassenden Generalplanes zu einer wenigstens einigermaßen gesunden gewerblichen Struktur gebracht werden.

Die Durchführung dieser beiden Vorschläge aber ist ein finanzielles Problem, mit anderen Worten, für die genannten Zwecke muß genügend Kapital im Grenzland zur Verfügung stehen.

Andere Faktoren, die wie das Kapital Vorbedingung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit sind, der Mensch beziehungsweise die Arbeitskraft sowie der Boden und seine Schätze, sind ja im Grenzland wahrlich ausreichend vorhanden.

Uns aber stellt sich die Frage: Mit welchem Erfolg hat der Staat versucht, dem Kapitalsog aus dem Grenzland entgegenzuwirken und die Neubildung von Kapital zu fördern?

Tatsachen geben uns hierauf die Antwort: so die zunehmende Unterfinanzierung der Unternehmungen vieler Wirtschaftsgruppen, ein Umstand, den wir anhand von Bilanzen nachweisen konnten. Außerdem die anhaltende Arbeitslosigkeit in den gewerbearmen Teilen des Grenzlandes, über die wir noch sprechen werden.

Andererseits müssen wir aber feststellen, daß die Dinge wohl noch weit schlechter liegen würden, hätte der Staat überhaupt nicht geholfen.

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft des Grenzlandes, die an mannigfachen Punkten ansetzen, werden wir nun im folgenden kurz aufzählen.

I. Kreditprogramme des Bundes und des Landes

"Es kommt vor, daß Unternehmungen durch die hohen Steuern lebensunfähig werden, während auf der anderen Seite lebensunfähigen Betrieben Kredite gewährt werden. Es ist keine gute Politik, wenn man, um Lebensunfähige zu er-

halten, Lebensfähige zerstört" ¹⁾.

Schmalenbach sagt hiermit, wie grotesk und sinnlos es ist, wenn der Staat auf der einen Seite durch allzu hohe Besteuerung die Unternehmungen lebensunfähig macht, um auf der anderen Seite von vorneherein lebensunfähigen Unternehmungen mit Krediten unter die Arme zu greifen. Wir meinen, daß auch im Grenzland Kredite nur lebensfähigen Unternehmungen und solchen, die eben damit ihre Lebensfähigkeit zurückgewinnen, gewährt werden sollten.

Die ganze Frage der staatlichen Kredithilfen für die Grenzlandindustrie jedoch wäre praktisch gelöst, wenn man erst einmal ausreichende Möglichkeiten zur Neubildung von Eigenkapital lassen würde, so daß viele Investitionen auf dem Wege der Selbstfinanzierung getätigt werden könnten. Außerdem wäre es dann den Unternehmungen - auf Grund ihrer höheren Kreditwürdigkeit - auch leichter, bei anderen Kreditgebern Kredit zu erhalten, ohne - wie heute - auf den Staat zurückgreifen zu müssen. Schließlich kann ja der Staat immer nur soviel Kredit hergeben, wie er vorher den Unternehmungen Steuer entzogen hat.

Die zahlreichen Hilfsprogramme des Bundes und des Landes umfassen überwiegend mittelfristige Kredite von mancherlei Dauer und jeglichen Zinssatzes, verlorene Zuschüsse sowie Zinszuschüsse (über diese, die in erster Linie für Rationalisierungszwecke gedacht sind, werden wir im nächsten Abschnitt noch sprechen); das Bundessanierungsprogramm (1951 bis 1953), das Bundesgrenzhilfeprogramm (1954) und seit 1955 das Regionale Förderungsprogramm des Bundes. Im Rahmen dieser Programme kann all den Unternehmungen Hilfe gewährt werden, die innerhalb einer 40 km breiten Zone entlang der Grenze von Schleswig-Holstein bis nach Bayern ihren Sitz haben.

Während der zweiten Legislaturperiode wurde nach Auskunft des Bundestagsabgeordneten Niederalt vom Bund (bis 1954 als "Grenzlandhilfe" und ab 1954 als "Regionales Förderungsprogramm") ein Betrag von über ²⁾ 180 Millionen DM ausgeschüttet, wobei die Frachthilfe mit einbezogen ist ²⁾. 1956 entfiel dabei ein Betrag von etwa 32 Millionen DM auf das ³⁾ bayerische Grenzland entlang der Zonengrenze und der tschechischen Grenze ³⁾ (darunter etwa elf Millionen DM für

1) Siehe Schmalenbach, Kapital, Kredit und Zins, Köln 1951, Seite 89!

2) Vergleiche "Mittelbayerische Zeitung" ("Ostbayerische Wirtschaft") vom 4. September 1957!

3) Vergleiche Tafel 45, Seite 186!

gewerbliche Zwecke). Neben dem Bund errichtete auch das Land Bayern Grenzhilfeprogramme mit Darlehen, Zuschüssen und Zinszuschüssen für Industrie und Handwerk, Landwirtschaft, Verkehr, Versorgungswirtschaft, Fremdenverkehr, Krankenhausbau usw.¹⁾

Im Rahmen dieser Grenzhilfeprogramme wurden an Industrie und Handwerk an Darlehen ausgeschüttet: 1954 1,6 Millionen DM, 1955 3,6 Millionen DM, 1956 2,255 Millionen DM und außerdem an Zuschüssen 1955 25.000 DM und 1956 85.000 DM. Leider ist es uns nicht zugänglich, wie diese Beträge auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt wurden, wieviel also auf die uns interessierenden Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern entfiel.

In all den Programmen von Bund und Land nehmen die für den Fremdenverkehr ausgeschütteten Beträge einen immer größeren Raum ein. So waren die Darlehen für den Fremdenverkehr, die im Rahmen des Bayerischen Grenzhilfeprogramms 1956 ausgegeben wurden, beinahe so groß wie die für Industrie und Handwerk zusammen²⁾. Zudem werden für den Fremdenverkehr entlang der Zonengrenze im Regionalen Förderungsprogramm des Bundes 1956 4%ige Rationalisierungskredite eingeräumt sowie Zinszuschüsse zu Bankkrediten mit der Mindesthöhe von 20.000, -- DM.

Außerdem werden im Rahmen des Dritten Bayerischen Fremdenverkehrskreditprogramms 1956 für Maßnahmen zur Mehrung und Verbesserung des gewerblichen Beherbergungsraumes 6%ige Darlehen mit fünfzehn Jahren Laufzeit ausgegeben³⁾.

Mit der besonderen Förderung des Fremdenverkehrs kommt der Staat Bestrebungen in den notleidenden Teilen des Grenzlandes entgegen, die den Fremdenverkehr als Rettungsanker betrachten, "der das Kapital der Schönheit der Landschaft mobilisiert" und so die Not im Bayerischen Wald mindert. Tatsächlich bietet der Fremdenverkehr die - womöglich einzige - Chance, gerade den Bayerischen Wald zu einer gesunden gewerblichen Struktur hinzuführen und dort wenigstens einen bescheidenen Wohlstand einziehen zu lassen. Ein gutes Beispiel bietet hierfür die Gemeinde Bodenmais (Bayerischer Wald), die ihre Übernachtungen zum

1) Siehe Tafel 46, Seite 187!

2) Siehe Tafel 46, Seite 187!

3) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", April 1957, Seite 12!

Regionale Förderungsprogramme des Bundes

- die nach Bayern geflossenen Mittel -

(40-km-Zone entlang der Grenze in den Reg. -
Bez. Unterfranken, Oberfranken, Oberpfalz
und Niederbayern)

Zweck	1954 (120 Mio- Programm)	1955	1956 (Stand vom 30.11.56)
1) Land- und Forst- wirtschaft	499.500	5.536.750	5.016.000
2) Industrie und Handwerk	6.258.200	4.298.000	10.931.000
3) Verkehr	4.669.300	4.970.000	5.100.000
4) Gewerbliche Er- schließungsmaß- nahmen	3.502.000	1.563.700	672.000
5) Fremdenverkehr	1.000.000	2.105.000	830.000
6) Berufsausbildung	2.860.000	1.956.550	2.121.000
7) Allgemeine Gewerbe- förderungsmaßnahmen	-	220.000	130.000
8) Frachthilfe	9.147.000	2.700.000	6.000.000
9) Reserve für Gewerbe vorgemerkt	-	-	940.000
	27.936.000	23.350.000	31.740.000

gesamt: 83.026.000

Quelle: Die Bayerischen Ostrand-
und Sanierungsgebiete,
München 1957, Seite 41.

Bayerische Grenzhilfeprogramme

- in 1000 DM -

	1954	1955		1956	
	Darlehen	Zuschuß	Darlehen	Zuschuß	Darlehen
I. Landwirtschaft	2.425	335	1.850	70	470
II. Industrie und Handwerk	1.649	25	3.600	85	2.255
III. Verkehr und Nachrichten- wesen	970	114	700	150	100
IV. Versorgungs- wirtschaft Energie und Kanalisation	485	226	450	780	1.330
V. Wohnungsbau	873	-	-	-	-
VI. Fremdenverkehr	776	-	900	-	1.810
VII. Krankenhausbau	1.067	300	1.200	215	1.235
VIII. Kulturelle Vorhaben	1.455	200	1.300	700	800
	9.700	1.200	10.000	2.000	8.000
Zinszuschüsse zur Verbilli- gung obiger Darlehen	300	300	-	300	-
insgesamt:	10.000	11.500		10.300	

Quelle: Die Bayerischen Ostrand-
und Sanierungsgebiete,
München 1957, Seite 43.

Beispiel von 5,000 im Jahre 1951 auf 32,000 im Jahre 1952 steigern konnte¹⁾ und allein mit Hilfe des Fremdenverkehrs in wenigen Jahren zu einer gesunden gewerblichen Struktur gelangte. So stiegen die Beschäftigtenzahlen, die Einnahmen der Gemeinde, die gewerblichen Umsätze usw.²⁾

Wir hatten in anderem Zusammenhang behauptet, daß es den Unternehmungen im Grenzland nur schwer möglich ist, langfristige Kreditmittel zu erhalten, da die in Frage kommenden Kreditgeber meist recht wenig Interesse für dieses Gebiet haben. Dies konnten wir anhand der geringen langfristigen Fremdmittel in den meisten der von uns untersuchten Bilanzen beweisen:

So betrugen zum Beispiel die langfristigen Fremdmittel bei den Spinnereien durchschnittlich nur 1% der gesamten Bilanzsumme und bei den Webereien 3%³⁾.

Wir konnten aber auch zeigen, wie stimulierend langfristige Kredite auf Investitionen wirken. So hätte die Porzellanindustrie ohne die Kredithilfe des Staates ihr großzügiges Rationalisierungsprogramm niemals in dem Umfange durchführen können, wie es wirklich geschehen ist.

In der Tat sind mittel- und langfristige Kredite des Staates hervorragend geeignet, Rationalisierungsbestrebungen zu unterstützen und ihnen zum Erfolg zu verhelfen, andererseits aber auch, um Neuansiedlungen von Betrieben in gewerbearmen Kreisen zu ermöglichen.

Während die Rationalisierungsbestrebungen auch durch andere staatliche Hilfen, besonders durch zins- und steuerpolitische Maßnahmen, stimuliert werden, ist die Gewährung langfristiger Kredite seitens des Staates geradezu die Voraussetzung für die Neuansiedlung von Betrieben in den strukturell unentwickelten Teilen des Grenzlandes. Denn für derartige neue Projekte sind private Kreditgeber so gut wie nicht zu finden.

1) Vergleiche Situationsbericht Nr. 4 der Arbeitsgemeinschaft Grenzland, Sitz Cham, Seite 9!

2) Vergleiche hierzu Boustedt, Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr, Bremen-Horn 1956!

3) Vergleiche Abschnitt D, II, 1 und 2!

Nicht zuletzt aus diesem Grunde stellen deshalb die staatlichen Kreditprogramme so zahlreiche Mittel für das im Bayerischen Wald, im Frankenwald und im Fichtelgebirge zu fördernde Fremdenverkehrsgewerbe zur Verfügung.

Darum wäre es gut, wenn der Staat in seinen Kreditprogrammen dem Rechnung tragen würde, indem er vorwiegend langfristige, wenn möglich auch zinsgünstige Darlehen ausgibt, die den neu errichteten Betrieben möglichst so lange zur Verfügung stehen, bis die aufgebauten Anlagen verdient sind.

II. Zins- und steuerpolitische Grenzlandhilfe zur Förderung der Rationalisierung

Wir hatten eben die staatlichen Kreditprogramme behandelt, deren Hauptzweck die Hilfe für neu angesiedelte Unternehmungen ist, die aber erst in zweiter Linie Teil einer staatlichen Rationalisierungspolitik sind.

Den Schwerpunkt solcher Rationalisierungspolitik bilden vielmehr zins- und steuerpolitische Maßnahmen, die wir nun im folgenden besprechen wollen:

1. Steuerpolitische Maßnahmen ¹⁾

Auf der Rechtsgrundlage des § 131 der Abgabenordnung werden den Unternehmungen in den Zonengrenzgebieten (40-km-Zone) auf Antrag bei ihrem zuständigen Finanzamt seit dem Jahre 1953 Sonderabschreibungen gewährt. Diese Sonderabschreibungen können in dem Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und in den beiden folgenden Jahren neben den normalen Abschreibungen bei beweglichen Anlagegütern bis zu 50% und bei unbeweglichen Anlagegütern bis zu 30% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten betragen.

Anläßlich einer Befragung oberpfälzischer Industrieunternehmungen durch die Handelskammer Regensburg kam zum Ausdruck, wie erfolgreich diese Grenzlandsonder-

1) Vergleiche Tafel 47, Seite 190!

Steuerliche Erleichterungen im Rahmen des
Grenzlandförderungsprogramms (von 1953 - 1956)

(innerhalb der 40 km-Zone)

	OFD München	OFD Nürnberg	insgesamt
Zahl der genehmigten Sonderabschreibungen bis 30.9.1956	461	4561	5022
Zahl der genehmigten Rücklagen bis 30.9.1956	-	4	4
Höhe der Sonderabschrei- bungen (Millionen DM)			
a) an beweglichen Anlagegütern bis 30.9.1956	7,176	75,622	82,798
b) an unbeweglichen Anlagegütern bis 30.9.1956	3,694	34,948	38,642
Höhe der Rücklagen bis 30.9.1956	-	7,188	7,188

Quelle: Die Bayerischen Ostrand-
und Sanierungsgebiete,
München 1957, Seite 40.

abschreibungen sind: "Die Auswirkungen der auf diese Weise eingetretenen Steuererleichterungen seien beträchtlich gewesen. Häufig wird ausgeführt, daß erst hierdurch die längst notwendige Rationalisierung möglich gewesen sei, ohne deren Durchführung der Betrieb heute schlechterdings nicht mehr konkurrenzfähig sein würde."¹⁾

In der Tat konnten auch wir zeigen, daß die Grenzlandsonderabschreibungen sehr stimulierend auf die Investitionsfreudigkeit wirken. So bildet bei vielen Unternehmungen die Finanzierung über die Grenzlandsonderabschreibungen den einzigen Ersatz für die mangelnde Eigenkapital-Neubildung, an die ja infolge der hohen Steuern kaum zu denken ist.

Wir mußten jedoch auch feststellen, daß die Sonderabschreibungen in allererster Linie von den größeren Unternehmungen des Grenzlandes ausgenutzt werden. Die kleineren Unternehmungen aber können von vorneherein meist nicht derartig umfangreiche Abschreibungen tätigen. Ihnen fehlen nämlich hierzu die nötigen Erträge und vielleicht auch die entsprechenden Investitionsmöglichkeiten, weil sie arbeitsintensiver sind und ihr oft differenziertes Produktionsprogramm eine starke Mechanisierung unter Umständen nicht zuläßt. Sie können also die hohen Sätze der Grenzlandsonderabschreibung nicht voll ausnutzen und bleiben mit Investitionen und Rationalisierung zurück.

Aber noch ein weiteres Problem resultiert aus den Sonderabschreibungen:

Sie sind ein Steuerausfall für die Gemeinden im Grenzland. So betrug der Ausfall von 1953 bis zum 31. März 1955 9,2 Millionen DM an Gewerbesteuer²⁾, daneben 17,2 Millionen DM an Einkommen- und 16,8 Millionen DM an Körperschaftsteuer. Das ist die wohl in Kauf zu nehmende Kehrseite einer erfolgreichen Maßnahme.

Abgesehen von den Sonderabschreibungen, ist jedoch ein echtes Steuergefälle zum Grenzland hin nicht festzustellen. So wurde der zweite Teil der vom Bund tag angeregten Maßnahmen, nämlich den Unternehmungen im Zonengrenzge-

1) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1956/57, Seite 57!

2) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 23. Oktober 1955!

biet eine steuerfreie Rücklage für Investitionen bis zur Höhe von jährlich 50% des steuerlichen Gewinnes zu gestatten, nicht durchgeführt, da dies am Widerstand der Finanzverwaltung scheiterte.

Die steuerfreie Rücklage hätte die Investitionen sehr gefördert und die Unternehmungen des Grenzlandes leichter an den allgemeinen Stand der Rationalisierung Anschluß finden lassen¹⁾.

Neben den Sonderabschreibungen brachten folgende Maßnahmen für die Grenzlandindustrie wenigstens bescheidene Steuererleichterungen:

Eine gewisse Vergünstigung für das Grenzland sind die vom Bundesfinanzministerium herausgegebenen "Richtlinien über einen bevorzugten Erlaß der Vermögensabgabe im Zonengrenzgebiet". Doch verlangen diese Richtlinien die Erfüllung außerordentlich strenger Voraussetzungen.

Eine weitere gewisse Steuerbegünstigung, die aber kaum praktische Bedeutung hat, ergibt sich aus dem Erlaß des Bayerischen Finanzministeriums vom 2. November 1953:

"Bei Stundungs- und Erlaßanträgen sowie bei der Beitreibung auf dem Gebiet der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Vermögensteuer und bei Anträgen auf Stundung der Vermögensabgabe zum Lastenausgleich ist den erschwerten Verhältnissen in den Grenzgebieten dadurch Rechnung zu tragen, daß im Rahmen der §§ 127 und 131 der Abgabenordnung entgegenkommend verfahren wird. Unter den gleichen Voraussetzungen sind auch Anträge auf Sonderabschreibungen für neu angeschaffte bzw. hergestellte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens entgegenkommend zu behandeln, insbesondere, wenn dadurch die wirtschaftliche Entwicklung des Grenzgebietes oder die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gefördert wird."²⁾

Außerdem war den Unternehmungen im Zonenrandgebiet ein Drittel des Aufbringungsbetrages der Investitionshilfe unter Anwendung eines besonderen Maßstabes

1) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft" vom 16. September 1955!

2) Siehe Grasser, Zwischenbilanz der Grenzlandhilfe, veröffentlicht in der "Bayerischen Staatszeitung" vom 7. August 1954, zitiert bei Stahl, Wirtschafterschließung, ein Finanzausgleichsproblem, Regensburg 1955, Seite 17!

erlassen worden ¹⁾. Dies war seinerzeit eine große Erleichterung für die Unternehmungen im Grenzland.

All die genannten steuerlichen Vorteile sind - mit Ausnahme der Grenzlandsonderabschreibungen - keine wirksame Hilfe für die Unternehmungen im Grenzland.

Immer wieder haben wir bei der Besprechung von Bilanzen aus dem Grenzland darauf hinweisen müssen, daß der Verzehr der eigenen Mittel zum großen Teil eine Folge der hohen Steuern ist. Die Finanzlage der Unternehmungen im Grenzland würde sich sehr verbessern, sobald das westdeutsche Steuerwesen endlich einer Revision unterworfen würde, besonders hinsichtlich der Progression der Einkommensteuer bei den mittleren und höheren Einkommensklassen.

Dann wäre auch die Sonderbehandlung der Unternehmungen des Grenzlandes weitgehend unnötig.

Die zur Zeit diskutierten Reformvorschläge zum Steuerwesen deuten auf die längst fällige Neukonzeption hin.

2. Zinspolitische Maßnahmen

Der zweite Teil der die Rationalisierung fördernden Maßnahmen sind Zinszuschüsse zur Verbilligung mittelfristiger Gelder, die von Banken aus eigenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden, oder aber auch aus den Kreditprogrammen des Staates stammen.

Man geht dabei mit Recht von dem Gedanken aus, daß man mit Hilfe verhältnismäßig kleiner Zuschüsse große Beträge mobilisieren kann. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Bayreuth wurden allein in Oberfranken folgende erhebliche Summen mit Hilfe der Zinszuschüsse verbilligt:

1954: 50 Millionen DM	1956: 28 Millionen DM
1955: 35 Millionen DM	1957: 20 Millionen DM

1) Siehe Grasser, Zwischenbilanz der Grenzlandhilfe, veröffentlicht in der "Bayerischen Staatszeitung" vom 7. August 1954, zitiert bei Stahl, Wirtschaftserschließung, ein Finanzausgleichsproblem, Regensburg 1955, Seite 17!

Wie die Höhe dieser Beträge zeigt, sind die zinspolitischen Maßnahmen ein durchaus erfolgreicher Teil der staatlichen Grenzlandhilfe.

Auf der anderen Seite aber sehen wir auch die Problematik dieser zinspolitischen Maßnahme:

Es ist für die Kreditbanken des Grenzlandes ein zweischneidiges Schwert, wenn sie einen größeren Teil ihrer Debitoren für drei oder fünf Jahre festlegen; sie müssen sich ja ihren Kreditnehmern gegenüber verpflichten, für einige Jahre stillzuhalten, denn nur dann gewährt der Staat seinen Zinszuschuß.

So beschreiten diese Kreditbanken im Interesse der Grenzlandwirtschaft Wege, die ihrer Liquidität durchaus nicht zuträglich sind.

III. Frachthilfemaßnahmen und ähnliches¹⁾

Haben wir eben die Rationalisierungshilfen besprochen, so wollen wir nun die Maßnahmen behandeln, mit deren Hilfe die Unternehmungen des Grenzlandes wenigstens fiktiv wieder näher an die Märkte gerückt werden. Denn zur Rationalisierung haben diese Unternehmungen nur dann die Kraft, wenn sie infolge ihrer Standortnachteile nicht aussichtslos im Wettbewerbskampf liegen. Die vom Staat gewährten Frachthilfen, die wir nun im folgenden besprechen wollen, sind deshalb eine wichtige und notwendige Ergänzung der staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Rationalisierung.

1. Frachthilfe für Ostbayern

In der Meinung, "daß eine wirklich anhaltende Besserung der Verhältnisse erzielt werden kann, wenn das ostbayerische Grenzland durch eine Verbilligung der Frachtkosten aus der Totwinkellage und der Marktferne, in die es durch die politische Entwicklung geraten war, herausgehoben und den westdeutschen Rohstoffbezugs- und Absatzgebieten nähergebracht wird"²⁾, beschloß der deutsche

1) Zu diesem Abschnitt vergleiche Ringelmann - Stiglitz, Die Frachthilfemaßnahmen in Bayern, München 1956!

2) Siehe Ringelmann - Stiglitz, Die Frachthilfemaßnahmen in Bayern, München 1956, Seite 13!

Bundestag am 23. Juni 1950 die Einführung der "Frachthilfe für Ostbayern".

Damit wurde in Bayern ein Gebiet begünstigt, das aus Tafel 48 zu ersehen ist¹⁾. Die Frachthilfe für Ostbayern bringt eine Frachtermäßigung bis zu 37% für längere Entfernungen ab 90 km beim Versand von Holz, Steinen und Erden (auch in verarbeitetem Zustand), Glas und Glaswaren, Korbwaren sowie einiger sonstiger, unwichtiger Güter. Am 1. April 1956 wurde die "Frachthilfe Ostbayern" neu organisiert, die Frachtermäßigungen werden nun grundsätzlich auch für jene Transporte von begünstigten Gütern gewährt, die im Straßen- und Binnenschiffsverkehr befördert werden.

2. Frachthilfe

für die Zonenrandgebiete und

Erweiterte Kohlenfrachthilfe

Diesem zweiten Programm liegt ein Bundestagsbeschluß vom 2. Juli 1953 zugrunde. Das begünstigte Gebiet ist ein Grenzstreifen entlang der Zonengrenze von Schleswig-Holstein bis nach Bayern. (Der bayerische Teil des begünstigten Gebietes ist aus Tafel 49 zu ersehen²⁾.) In Ostbayern wird die Frachthilfe für die Zonenrandgebiete zusätzlich zu den bestehenden Vergünstigungen gewährt.

In den Richtlinien für die Ausgestaltung der Frachthilfe für die Zonenrandgebiete heißt es: "Die Frachthilfe ist als Ausgleich für Betriebe im Zonenrandgebiet vorgesehen, denen nachweisbar durch die Zonengrenze bei dem Bezug ihrer Rohstoffe oder beim Versand ihrer Erzeugnisse wesentliche Frachtmehrkosten entstehen. Dabei ist es nicht gerechtfertigt, diejenigen im Zonenrandgebiet liegenden Produktionszweige einzubeziehen, die ihren Absatz nicht nur halten, sondern wesentlich erweitern konnten.

Ausschlaggebend für die Beurteilung der Frachthilfeanträge ist die Gesamtlage der zu begünstigenden Produktionszweige, nicht die Situation einzelner Betriebe. Grundsätzlich kann eine Frachthilfe für alle Güter gewährt werden, die

1) Siehe Tafel 48, Seite 196!

2) Siehe Tafel 49, Seite 197!



Das durch die Frachthilfe für Ostbayern begünstigte Gebiet

Quelle: Ringelmann - Stiglitz

Die Frachthilfemaßnahmen
in Bayern, München 1956,
Seite 24.



Quelle: Ringelmann - Stiglitz
Die Frachthilfemaßnahmen
in Bayern, München 1956,
Seite 34.

Das durch die Frachthilfe für das Zonenrandgebiet begünstigte Gebiet

wertmäßig gesehen vor dem Kriege zu mehr als 40% in die Gebiete jenseits der Zonengrenze abgesetzt oder von dort bezogen wurden und bei denen die Frachtkosten bei Wagenladungen mehr als 5%, bei Stückgutversand mehr als 10% des durchschnittlichen Verkaufswertes ausmachen."

Die Frachthilfe für das Zonenrandgebiet setzt sich aus einer Versand- und einer Empfangsfrachthilfe sowie aus der Erweiterten Kohlenfrachthilfe zusammen.

Der Katalog der begünstigten Versandgüter umfaßt unter anderem Gespinste, Gewebe, Gewirke aller Art, Pappe und Papier, Seife, Bier usw.; die Hilfe wird gewährt ab 200 km Entfernung. Bis zu 20% der Frachten werden vergütet.

Die Frachthilfe für Empfangsgüter betrifft Kohle und andere Rohstoffe, wie Kaolin, Erdöle usw. Bei Kohle beträgt die Rückvergütung je nach Empfangsbahnhof im Grenzland bis 3,30 DM pro Tonne (Hof). Bei den anderen Rohstoffen wird ab 200 km Entfernung aufwärts zurückvergütet, und zwar 10 bis 17% der Frachtkosten.

Die im Rahmen der Frachthilfe für das Zonenrandgebiet bestehende Kohlenfrachthilfe wurde ab 1. Juli 1955 durch eine Erweiterte Kohlenfrachthilfe ergänzt¹⁾. Diese Hilfe kommt allen gewerblichen Betrieben zugute, die jährlich mindestens 20.000 cbm Gas oder 80.000 kw/st elektrische Energie beziehen und auch im eigenen Betrieb verbrauchen. Pro kw/st werden bis zu 1,2 Dpf zurückvergütet (Hof), pro cbm Gas bis zu 2,1 Dpf (Hof).

Wie die Frachthilfe für Ostbayern wird auch die Frachthilfe für das Zonenrandgebiet ab 1. April 1956 für Sendungen gewährt, die auch auf Straßen und Binnenwasserstraßen im durchgehenden oder im gebrochenen Verkehr transportiert werden.

(Lastwagentransporte von Massengütern sind allerdings nicht frachtbegünstigt, da dies im Widerspruch zur Verkehrspolitik des Bundesverkehrsministeriums stünde.)

Insgesamt 21,09 Millionen DM stellten Bund und Land Bayern im Rechnungsjahr 1956/57 als Frachthilfemittel zur Verfügung (davon entfielen auf das Land Bay-

1) Vergleiche auch Tafel 50, Seite 199!

ern 3,66 Millionen und auf den Bund 17,43 Millionen DM). Von diesem Betrag wurden 6,66 Millionen DM für die Frachthilfe Ostbayern und 14,43 Millionen DM für die Frachthilfe für das Zonenrandgebiet verwendet ¹⁾.

Diesem im Rechnungsjahr 1956/57 ausbezahlten Betrag von 21,09 Millionen DM stehen jedoch allein für Kohle Mehrfrachten der nordostbayerischen Wirtschaft von jährlich ungefähr 50 Millionen DM gegenüber ²⁾.

Wegen der starken Diskrepanz von Mehrfrachten und Frachthilfen, die aus unserem Vergleich erkennbar wird, meinen wir, daß der Staat die Frachthilfen unter allen Umständen auch weiterhin mindestens in gleicher Höhe, wenn möglich aber in verstärktem Umfange gewähren sollte.

3. Beseitigung

der Umwegfrachten

Um den eben genannten Unterschied zwischen den Mehrfrachten und der ausgleichenden Hilfe zu mildern, hatte das Land Bayern die sehr wertvolle Anregung gegeben, daß die durch Umfahren der Sowjetzone eingetretenen Umwegfrachten endgültig beseitigt werden, wie es ja schon im Bundestagsbeschluß vom 23. Juni 1950 vorgeschlagen wurde ³⁾. Die Umwegfrachten sollten in der Weise beseitigt werden, daß die Bundesbahn bei Transporten aus den Zonenrandgebieten die Entfernungskilometer aus der Zeit, da die Sowjetzone noch nicht umfahren werden mußte, zugrunde legt. Bund und Länder hatten sich bereit erklärt, der Bundesbahn entsprechende Ausgleichszahlungen zu leisten.

Im Februar 1957 sagte dann der Bayerische Wirtschaftsminister: "Die Verhandlungen über die Umwegfrachten sind zwar noch nicht abgeschlossen, es ist aber zu erwarten, daß die Bundesbahn dem Antrag Bayerns nunmehr zustimmen wird." ⁴⁾

1) Vergleiche Haushaltsrede des Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr vor dem Bayerischen Landtag am 26. Februar 1957, Seite 33, sowie auch Tafel 51, Seite 201!

2) Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", 1952, Nr. 9, Seite 4!

3) Vergleiche Ringelmann - Stiglitz, Die Frachthilfemaßnahmen in Bayern, München 1956, Seite 14 f.!

4) Siehe Haushaltsrede des Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr vor dem Bayerischen Landtag am 26. Februar 1957, Seite 32!

1) Frachthilfe für das Zonenrandgebiet

(nach Bayern geflossene Mittel: Regierungsbezirke
Unterfranken, Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern)

Erstattungs- zeitraum	Art der Frachthilfe	Ausbezahlter Frachthilfe- Betrag
1.10.53 - 30.9.56	Versandgüter	4.337.668,80
1.10.54 - 30.9.56	Empfangsgüter	
	sonstige	684.709,56
1.10.53 - 30.9.56	Kohleempfang	12.963.065,68
1.7.55 - 31.3.56	Erweiterte Kohlenfrachthilfe	5.598.263,86

2) Frachthilfe Ostbayern

1.11.50 - 30.9.56	22.370.473,18
<u>Frachthilfe insgesamt</u>	<u>45.954.181,08</u>

Quelle: Die Bayerischen Ostrand- und
Sanierungsgebiete,
Bericht des Bayer. Staatsministeriums
für Wirtschaft und Verkehr, München
1957, Seite 42.

In der Tat wurden die Umwegfrachten schließlich ab 1. Oktober 1957 generell beseitigt¹⁾. Für alle Frachten nach Nordwest- und Norddeutschland werden nunmehr nur noch die Frachtkilometer berechnet, die bezahlt wurden, als die Ostzone noch nicht umfahren werden mußte. Dies gilt sowohl für den Schienen- als auch für den Straßenverkehr. Der Bund gleicht den Betrag aus, auf den die Verkehrsträger infolge dieser Regelung verzichten.

4. Halbierung des Steuersatzes im Werkfernverkehr²⁾ und erwei- terte Nahzone im Güterverkehr

Am Ende unserer Ausführungen über die Frachthilfen seien zwei Maßnahmen, durch welche die Frachthilfen ergänzt werden, wenigstens kurz gestreift:

Das Verkehrsfinanzgesetz³⁾ brachte der Grenzlandwirtschaft eine Begünstigung in der Form, daß der normale Steuersatz im Werkfernverkehr für Beförderungen zwischen und in den Zonenrand- und Frachthilfegebieten halbiert wird.

Daneben⁴⁾ wurde den Fuhrunternehmern des Grenzlandes im Güterkraftverkehrsgesetz⁴⁾ gestattet, ihre Standortwahl fiktiv an einem Ort im Landesinneren vorzunehmen, da ihr "Auslauf" im Nahverkehr durch die unmittelbare Nähe der Grenze beeinträchtigt ist.

Abschließend glauben wir sagen zu können: Trotz mancher Mängel haben die Frachthilfen und die ihnen ähnlichen Maßnahmen wohl zahlreichen Unternehmungen des Grenzlandes das Leben gerettet, da sie deren aussichtslose Standortlage verbesserten, sie näher an die Märkte heranrückten und dadurch ihre Ausgangslage im Wettbewerb günstiger gestalteten. Die Frachthilfen können deshalb als ein durchaus zu bejahender und wichtiger Teil der staatlichen

1) Nach einer Angabe der Industrie- und Handelskammer Bayreuth.

2) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft" vom 16. September 1955!

3) Vergleiche Beförderungsteuergesetz (im Verkehrsfinanzgesetz) vom 13. Juni 1955, § 11 Ziffer 3!

4) Vergleiche Güterkraftverkehrsgesetz (Neufassung) § 2, Abs. 4!

Grenzlandhilfe bezeichnet werden.

IV. Finanzausgleich

Ähnlich wie bei den gewerblichen Unternehmungen der Kapitalentzug durch die Steuern wenigstens zum bescheidenen Teil mit staatlichen Darlehen und Zuschüssen wieder ausgeglichen wird, so ersetzen die Zahlungen aus dem aktiven Finanzausgleich bis zu einem gewissen Grade den Kapitalentzug, den die Kommunen durch den passiven Finanzausgleich erleiden. Dieses System des Finanzausgleiches ist nach Meinung Stahls ¹⁾ heute jedoch nur wenig wirksam, so daß arme Kommunen dadurch beinahe noch ärmer und reiche noch reicher werden.

Für jede Industrialisierung und Vergewerblichung strukturell unentwickelter Gebiete ist aber die Armut der Kommunen ein Hemmschuh, da diese ja zu einer gewerbefeindlichen Steuerpolitik gezwungen sind und außerdem nur geringe Investitionen an Krankenhäusern, Schulen und vor allem Straßen vornehmen können. So wird kurzum durch die Armut der Kommunen die natürliche Ungunst der gewerblichen Standortbedingungen noch verschärft.

Ohne den Staat mit neuen Ausgaben zu belasten, könnte dagegen der Finanzausgleich zu einem wirksamen Instrument der Wirtschaftspolitik, besonders auch der Grenzlandpolitik, werden. Der Finanzausgleich sollte ein echter Ausgleich sein, durch den reiche Gebietskörperschaften den armen und realsteuerschwachen ausgleichend unter die Arme greifen. Die Kommunen in den strukturell schwachen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit würden auf diese Weise dem Elend entrissen, so daß sie von sich aus wenigstens in bescheidenem Rahmen eine aktive Grenzlandpolitik, das heißt eine Politik der Vergewerblichung, treiben könnten.

V. Öffentliche Aufträge

Die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge in unentwickelte Gebiete mit ho-

1) Zu diesem Abschnitt regte mich die Dissertation von Stahl an: Wirtschaftser-schließung, ein Finanzausgleichsproblem, Regensburg 1955.

her Arbeitslosigkeit könnte ein wichtiger Bestandteil der staatlichen Grenzlandhilfe sein. Diesen Gedanken aufgreifend, hat die Bundesregierung bereits einige Beschlüsse gefaßt, so am 14. März und am 2. Mai 1950. Am 30. März 1953 veröffentlichte sie einen Erlaß über Auftragsstreuung, insbesondere Berücksichtigung der wirtschaftlich benachteiligten Gebiete in der Bundesrepublik, und am 31. März 1954 beschloß sie Richtlinien über die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ¹⁾. So führt der Erlaß vom 30. März 1953 aus:

"... bei allen Auftragsvorhaben die Angebotsfristen so ausreichend festzusetzen, daß es auch den Unternehmern in abgelegenen Gebieten (z. B. Bayerischer Wald) möglich ist, Ausschreibungsunterlagen und dergleichen anzufordern, die Angebote sachlich vorzubereiten und fristgerecht einzureichen."

In Wirklichkeit sind aber all die Fristen viel zu knapp bemessen und die Lose zum Teil so groß, daß sie von mittelständischen Betrieben, wie sie im Grenzland vorherrschen, und selbst von Arbeitsgemeinschaften derartiger Unternehmungen nicht verkraftet werden können.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen macht der Syndikus der Industrie- und Handelskammer Passau folgende Vorschläge:

- 1) Dispositionen der Beschaffungsstellen über längere Zeiträume;
- 2) Festlegung von Angebot- und Lieferbedingungen, die auch von Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks, des Handels und der Industrie erfüllt werden können; dazu gehören auch Ausschreibungen in kleineren Losen;
- 3) Reservierung eines angemessenen, gerechten Teils bestimmter, für die Industrie, das Handwerk und den Handel in den notleidenden Gebieten in Betracht kommender, das heißt geeigneter Aufträge durch Sonderausschreibungen ²⁾.

1) Vergleiche die Ausführungen des Syndikus Dr. Bauer der Industrie- und Handelskammer Passau in der "Ostbayerischen Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 20. Januar 1956!

2) Vergleiche die Ausführungen des Syndikus Dr. Bauer der Industrie- und Handelskammer Passau in der "Ostbayerischen Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 20. Januar 1956!

Die Bundeswehr hat sich bereits diese Gedanken der Mittelstandspolitik zu eigen gemacht und, wie der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr am 26. Februar 1957 vor dem Landtag ausführte, "einen bestimmten Anteil der Mitbetriebe unter 50 Beschäftigten am gesamten Auftragsvolumen vorgesehen"¹⁾.

VI. Wertschaffende

Arbeitslosenfürsorge

Es ist richtig, daß die Bemühungen um eine Hilfe für die Arbeitslosen auf zwei Gleisen laufen: nicht allein Unterstützungsgelder werden ausbezahlt, sondern auch erhebliche Beträge werden produktiv verwendet.

Mit Hilfe der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge finden Arbeitslose als Normalarbeiter wenigstens zeitweise Arbeit. Durch die bessere Versorgung mit Grundinvestitionen, das heißt durch den Bau von Straßen, Wasserversorgungsanlagen, durch die Erschließung neuen Geländes usw., soll die gewerbliche Standortlage in den Gebieten der Arbeitslosigkeit verbessert und so ein Anreiz für die Neuansiedlung und Erweiterung von Betrieben gegeben werden, in denen dann die Arbeitslosen später womöglich einen Dauerarbeitsplatz finden können.

Es handelt sich also keineswegs lediglich um ein Beschäftigungsprogramm sondern um Arbeitslosenhilfe, die Werte schafft und die Struktur zurückgebliebener Gebiete bessern hilft.

Die für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge ausgeschütteten Beträge erreichten in Bayern von 1948 bis 1956 eine Gesamthöhe von mehr als 170 Millionen DM. Der Hauptteil dieses Betrages floß in das Grenzland von Coburg bis Passau.²⁾ 36 Millionen DM wurden allein für den Straßenbau verwendet.

So sehr diese hohe Summe von 170 Millionen DM erstaunen läßt, so ist doch zu bedenken, daß sich dieser Betrag auf 9 Jahre verteilt, also in jedem Jahr knapp 20 Millionen DM in allen bayerischen Ostrand- und Sanierungsgebieten ausgeschüttet wurden. Vergleichen wir dann diese Zahl noch mit dem Betrag der ausbeza-

1) Siehe Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr vor dem Bayerischen Landtag am 26. Februar 1957, Seite 31!

2) Siehe Tafel 52, Seite 206!

Einsatz von Mitteln der
wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge

- I. Grund- und verstärkte Förderung im Ostrand- (= 40-km-Zone)
und Sanierungsgebiet (= Hoch Rhön, Frankenwald, Thüringer
Wald, Steinachtal) von 1948 bis 30. 9. 1956.

DM 35.556.954, - für den Straßenbau
DM 29.452.756, - für Wasserversorgung
und Kanalisation
DM 14.384.972, - Melioration und Wirtschaftswege
DM 9.429.067, - für Wohnungsbau und Gelände-
erschließung
DM 5.521.270, - für den Schulhausbau
DM 1.230.294, - für den Krankenhausbau
DM 37.755.460, - für sonstige Maßnahmen

DM 133.330.773, -

- II Grundförderung (zusätzlich zu I) im Ostrand- und
Sanierungsgebiet.

DM 37.798.500, - insgesamt

(Einzelaufgliederung nicht möglich)

Quelle: Die Bayer. Ostrand- und Sanierungsgebiete,
Bericht des Bayer. Staatsministeriums für
Wirtschaft und Verkehr, München 1957,
Seite 42.

ten Arbeitslosenunterstützung und -fürsorge - allein im Bayerischen Wald werden jährlich etwa 45 Millionen DM für diesen Zweck ausgegeben -, so erscheint sie tatsächlich nicht außergewöhnlich hoch¹⁾.

Das - bereits genannte - Ziel der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ist grundsätzlich zu bejahen:

Verbesserung des gewerblichen Standortes im Grenzland durch Erhöhung der Grundinvestitionen, das heißt Förderung der Vergewerblichung der unentwickelten Gebiete.

Die Grenzen dieser Bemühungen liegen allerdings auf der Hand: nur allzu leicht erweisen sich nämlich derartige Investitionen als Fehlinvestitionen, das heißt, sie hängen in der Luft, wenn die erhoffte Vergewerblichung ausbleibt. Die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge darf deshalb nur Hand in Hand mit den anderen gewerbefördernden Maßnahmen des Staates wie den Kreditprogrammen gehen.

Nur unter dieser Voraussetzung können wir also die Intensivierung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge bejahen.

Wie bescheiden der Erfolg der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge und der anderen staatlichen Hilfsmaßnahmen in den unentwickelten Gebieten des Grenzlandes letztlich war, zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren.

Trotz stetiger Abwanderungen hielt sich nämlich die Winterarbeitslosigkeit, besonders im Bayerischen Wald, in den vergangenen Jahren auf etwa gleicher Höhe, ja, sie vermehrte sich sogar in einigen Landkreisen, während sie allerdings auf der anderen Seite in den industriell erschlossenen Teilen Oberfrankens und in der nördlichen Oberpfalz nach und nach sank.

Man gestatte uns nun zur Vertiefung unserer Ausführungen, diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einem kleinen Exkurs etwas eingehender aufzuzeigen:

1) Vergleiche Situationsbericht Nr. 7 des Hauptausschusses der Arbeitsgemeinschaft Grenzland, Sitz Cham, Seite 24!

EXKURS:

Die Arbeitslosigkeit
des Grenzlandes in den letzten Jahren

Das ostbayerische Grenzland ist trauriger Rekordhalter der Arbeitslosigkeit. So hatten beispielsweise die Arbeitsamtsbezirke Cham und Deggendorf am 31. März¹⁾ der Jahre 1952, 1953 und 1955 die höchste Arbeitslosigkeit in Westdeutschland¹⁾.

In den genannten Jahren - die Zahlen weiterer Jahre sind uns leider nicht zugänglich - lagen sechs beziehungsweise fünf der zehn Arbeitsämter mit der höchsten Arbeitslosigkeit Westdeutschlands im Raume Ostbayern. In einzelnen Teilen dieser ostbayerischen Arbeitsamtsbezirke ist die Arbeitslosigkeit sogar noch höher gewesen, als Tafel 53 zeigt. So war im Landkreis Wolfstein im Bayerischen Wald²⁾ im März 1955 sogar mehr als die Hälfte der Männer arbeitslos, nämlich 51,7%²⁾.

Tafel 54³⁾ zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Stadt- und Landkreisen innerhalb einer 40 km breiten Zone entlang der Grenze zwischen Coburg und Passau.

Betrachten wir zunächst die Sommerarbeitslosigkeit:

Während im Jahre 1951 einige ländliche Landkreise im Bayerischen Wald eine Sommerarbeitslosigkeit zwischen 25 und 30% aufwiesen, hatten in jenem Jahr hochindustrialisierte Kreise, wie Munchberg und Selb, bei einer Arbeitslosenquote von weniger als 4% bereits die Vollbeschäftigung erreicht.

In den folgenden Jahren verminderte sich die Sommerarbeitslosigkeit sowohl in den industriereichen Land- und Stadtkreisen Oberfrankens als auch in den armen, unentwickelten Gebieten des Bayerischen Waldes. So lagen am 30. September 1956 sogar sieben Kreise Oberfrankens und der nördlichen Oberpfalz mit ihrer Arbeitslosigkeit unterhalb des westdeutschen Durchschnittes von 2,2%, während im gleichen Jahr die Sommerarbeitslosigkeit in einigen ländlichen Kreisen des Bayerischen Waldes allerdings noch bei 10% und mehr lag.

1) Siehe Tafel 53, Seite 209!

2) Vergleiche hierzu "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom 25. Mai 1955!

3) Siehe Tafel 54, Seite 209 a!

Arbeitslosigkeit im Grenzland
(Anteil der

	31. 3. 1951	30. 9. 1951	31. 3. 1952	30. 9. 1952
<u>1) OBERFRANKEN</u>				
Stadt-u. Landkreis Bamberg	16,2	13,6	16,2	13,1
" Bayreuth	21,7	15,7	23,5	16,5
" Coburg u. Neustadt	14,7	10,9	17,0	9,0
" Hof	12,2	7,3	12,1	11,1
" Kulmbach	16,2	10,7	16,1	10,1
Landkrs. Marktredwitz u. Wunsiedel	10,9	6,3	13,7	6,7
" Kronach	22,7	16,8	24,9	15,9
" Lichtenfels u. Burgkunstadt	15,5	12,9	16,9	11,2
" Münchberg	8,7	3,6	13,9	5,1
" Naila	11,2	6,8	15,1	8,4
" Rehau	12,1	4,8	13,8	6,2
" Selb	5,8	3,4	6,7	3,4
" Stadtsteinach	27,5	22,5	34,9	20,9
<u>2) OBERPFALZ</u>				
Stadt-u. Landkr. Weiden u. Neustadt/WN	15,3	8,7	13,8	7,4
Landkreis Cham und Furth i. W.	29,6	22,0	34,5	19,2
" Kemnath	26,1	17,0	30,9	11,8
" Nabburg	20,0	9,2	17,1	7,0
" Neunburg v. Wald	26,8	14,1	20,9	8,0
" Oberviechtach	38,6	20,1	38,7	10,7
" Roding	33,6	18,0	32,8	18,3
" Tirschenreuth	15,6	8,5	18,6	6,3
" Vohenstrauß	25,9	12,3	25,1	8,2
" Waldmünchen	27,5	17,8	30,0	16,8
<u>3) NIEDERBAYERN</u>				
Stadt-u. Landkreis Deggendorf	30,5	24,0	29,8	19,6
" Passau	24,4	17,4	24,8	13,4
Landkreis Bogen	32,0	18,7	32,3	17,1
" Grafenau	42,1	28,0	43,2	21,9
" Kötzing	37,2	27,1	43,2	30,8
" Regen	32,0	19,1	33,2	21,9
" Viechtach	37,3	25,4	40,6	29,1
" Wegscheid	28,3	16,4	28,2	12,9
" Wolfstein	37,4	17,3	42,8	18,4
<u>BUNDESDURCHSCHNITT</u>	9,9	7,7	9,8	6,4

Quellen: Die Bayerischen Ostrand- und Sanierungsgebiete
Statist. Jahrbuch 1957 der Bundesrepublik Deutschland

von Coburg bis Passau (40-km Zone)
 beitslosen an den unselbständigen Erwerbspersonen in %)

Tafel 54
 Seite 209 a

31. 3. 1953	30. 9. 1953	31. 3. 1954	30. 9. 1954	31. 3. 1955	30. 9. 1955	31. 3. 1956	30. 9. 1956
14,0	11,6	14,0	8,1	12,6	5,1	12,7	4,7
20,4	14,0	19,3	12,2	18,7	8,3	17,2	6,3
11,2	4,9	9,6	3,6	8,9	1,7	6,5	1,0
13,5	8,3	13,0	6,6	12,4	4,2	9,3	3,4
15,2	9,6	12,2	6,2	13,4	3,8	12,4	2,6
11,5	4,3	10,8	3,4	9,5	1,9	8,4	1,7
21,2	11,8	21,0	9,1	17,5	3,9	16,8	3,3
12,8	7,5	11,4	4,1	9,8	2,0	9,2	1,1
10,0	2,2	10,8	3,4	12,2	2,7	10,3	1,7
14,6	7,3	13,5	5,1	12,7	2,2	12,3	2,4
11,7	4,0)						
6,4	2,4)	7,8	2,4	6,3	1,0	5,7	1,5
28,5	16,6	27,5	14,7	27,0	7,8	20,6	4,5
12,3	6,1	11,8	5,4	13,6	3,5	11,7	2,8
32,8	22,4	25,2	18,6	32,0	9,2	29,3	9,2
24,7	12,8	22,9	8,2	24,9	4,3	23,2	3,5
16,6	9,3	21,0	7,1	19,8	2,9	17,2	1,4
5,2	9,6	20,9	9,0	19,7	3,6	21,2	4,9
35,4	13,6	32,6	19,4	46,1	8,7	40,2	6,1
29,6	19,1	31,6	12,3	27,9	5,7	29,8	6,1
15,0	6,0	15,8	3,1	14,1	1,4	11,9	1,2
23,4	13,7	24,1	8,7	23,8	4,6	23,9	4,6
29,1	12,4	23,9	14,1	27,1	5,2	27,9	6,3
28,7	19,7	27,8	16,2	26,3	7,7	22,4	5,7
15,0	12,1	20,6	10,3	18,7	6,1	17,5	6,3
30,5	15,4	31,2	15,3	31,5	5,8	26,4	5,2
42,4	22,4	42,3	21,1	40,8	11,3	35,0	11,5
40,7	29,3	40,0	24,4	37,2	11,0	38,3	13,0
36,1	20,9	35,1	20,4	34,0	9,9	29,8	9,0
39,2	20,1	42,0	21,9	39,7	8,6	37,1	10,2
22,4	11,6	22,8	9,6	21,5	5,7	25,3	4,0
47,8	24,1	45,7	21,0	47,0	11,7	45,6	12,2
8,4	5,5	8,3	4,7	7,9	2,7	5,5	2,2

gsgebiete, Bericht des Bayer. Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr, München 1957,
 dik, Seite 127, sowie Statist. Jahrbuch 1956 der Bundesrepublik, Seite 121.

Die 10 Arbeitsämter mit der höchsten
Arbeitslosigkeit in Westdeutschland
in den Jahren 1952/1953/1955

Tafel 53

Arbeitsamts- bezirke	31. 3. 1) 1952	Arbeitsamts- bezirke	31. 3. 1) 1953	Arbeitsamts- bezirke	31. 3. 2) 1955
1) <u>Cham</u>	35, 3	<u>Deggendorf</u>	34, 3	<u>Deggendorf</u>	32, 7
2) <u>Deggendorf</u>	34, 4	<u>Cham</u>	33, 3	<u>Cham</u>	31, 9
3) <u>Passau</u>	30, 2	<u>Passau</u>	28, 6	<u>Emden</u>	27, 7
4) <u>Emden</u>	29, 9	<u>Pfarkirchen</u>	25, 7	<u>Passau</u>	26, 9
5) <u>Pfarkirchen</u>	27, 8	<u>Wilhelmshaven</u>	23, 1	<u>Leer</u>	25, 3
6) <u>Wilhelmshaven</u>	26, 4	<u>Emden</u>	22, 9	<u>Pfarkirchen</u>	24, 0
7) <u>Heide/Holstein</u>	25, 9	<u>Heide/Holstein</u>	22, 1	<u>Gerolstein</u>	22, 7
8) <u>Lübeck</u>	24, 9	<u>Straubing</u>	21, 2	<u>Straubing</u>	20, 4
9) <u>Straubing</u>	23, 6	<u>Bayreuth</u>	20, 0	<u>Heide/Holstein</u>	20, 3
10) <u>Bayreuth</u>	22, 8	<u>Lübeck</u>	19, 2	<u>Vechta</u>	19, 9

1) Quelle: Situationsbericht Nr. 5 des Hauptausschusses der Arbeitsgemeinschaft Grenzland, Sitz Cham
(Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung)

2) Quelle: "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der Mittelbayerischen Zeitung Regensburg vom 10. 6. 1955

Viel ungünstiger als die Entwicklung der Sommerarbeitslosigkeit ist die der Arbeitslosigkeit im Winter (Stichtag 31. März):

Betrug 1956 die Winterarbeitslosigkeit in Westdeutschland nur mehr 5,5% der Arbeitnehmer, so lag sie sogar in den sehr industriereichen Stadt- und Landkreisen Nordostbayerns um das Doppelte und Dreifache höher, bei 10 und 15%¹⁾.

Noch weit ungünstiger war natürlich die Lage in den landwirtschaftlich orientierten Landkreisen: hier verringerte sich die Winterarbeitslosigkeit von 1951 bis 1956 nur sehr unerheblich, ja, in einzelnen Landkreisen war sie 1956 sogar höher als 1951. So stieg sie in Oberviechtach von 38,6% 1951 auf 40,2% 1956, in Wolfstein von 37,4% 1951 auf 45,6% 1956, in Kötzing von 37,2% auf 38,3% in Waldmünchen von 27,5% auf 27,9%.

Diese Steigerungen stehen im Gegensatz zu der von Jahr zu Jahr sinkenden durchschnittlichen Winterarbeitslosigkeit Westdeutschlands.

Wir können zusammenfassend also feststellen, daß im Grenzland zwar im Sommer von Jahr zu Jahr mehr Arbeitslose Beschäftigung fanden, daß aber bei der Winterarbeitslosigkeit kein Fortschritt erzielt wurde und die Verhältnisse, abgesehen von den industriell erschlossenen Kreisen, stagnierten und sich sogar zum Teil verschlechterten. So ist der Bayerische Wald heute der einzige schwarze Punkt der Arbeitslosigkeit auf der westdeutschen Karte²⁾.

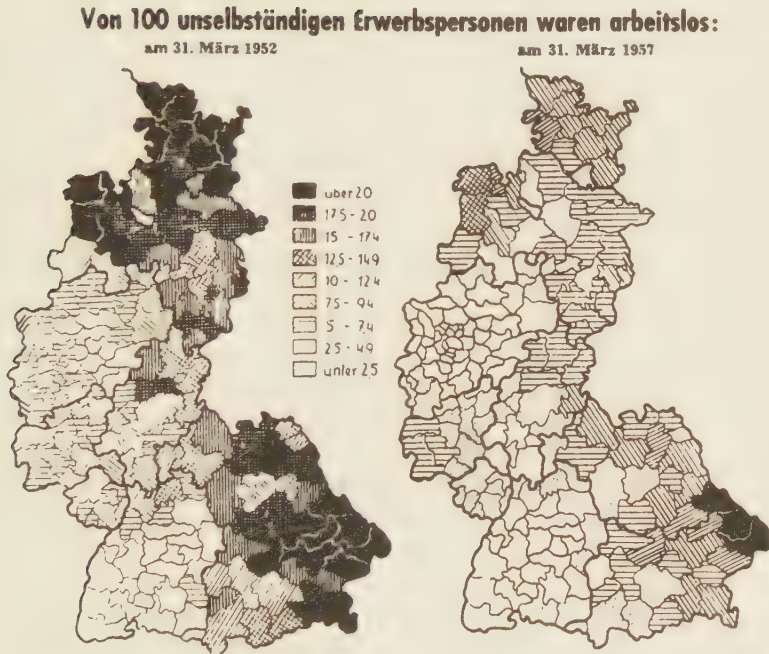
Die Zahlen der Winterarbeitslosigkeit zeigen uns deutlich den engen Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Vergewerblichung, schnell doch im Winter die Arbeitslosenquote in den industriearmen Landkreisen empor und verfünff-, veracht-, verzehn-, verzweifelfacht sich, während im Sommer die Arbeitskraftreserven des Bayerischen Waldes im Sog der westdeutschen Überbeschäftigung nach anderen Gebieten abgeworben werden.

Die Verminderung der Sommerarbeitslosigkeit im Bayerischen Wald bedeutet aus diesem Grunde also keineswegs eine Besserung der gewerblichen Struktur dieses Gebietes.

1) Eine niedrigere Arbeitslosigkeit hatten nur die Kreise Rehau und Selb sowie Coburg und Neustadt bei Coburg; diese war aber trotzdem noch höher als der westdeutsche Durchschnitt.

2) Siehe Tafel 55, Seite 211!

Ostbayern - der letzte Herd
der Arbeitslosigkeit



Quelle: "Ostbayerische Wirtschaft",
Beilage des Bayerwald-Echo
vom 26. 10. 1957.

In der Tat sind die Beschäftigungslosen Arbeitnehmer des Bayerischen Waldes "Reserven" im wahrsten Sinne des Wortes: wie sie einerseits verhältnismäßig spät in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden, als das wirtschaftliche Klima in Westdeutschland seinen Siedepunkt erreicht hatte, so wurden sie auch als erste wieder herausgenommen, da sie ja nur als Reserven eingesetzt waren. Kaum hatte sich nämlich die Bautätigkeit etwas vermindert, so stiegen auch die Arbeitslosenziffern des Bayerischen Waldes im Sommer 1957 sprunghaft an. In diesem Sommer 1957, als die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland trotz der kleinen Flaute im Baugewerbe ihren wohl niedrigsten Stand seit dem Kriege erreicht hatte, zählte man zum Beispiel allein in Niederbayern über 20.000 Arbeitslose, das sind 33,5% mehr als im Sommer 1956¹⁾. Die Hauptursache hierfür ist die geringe Vermittlung von Arbeitskräften nach auswärts, hatten doch in den Vorjahren jeweils 48.000 Personen außerhalb Niederbayerns Arbeit gefunden (ein weiterer Grund der hohen Arbeitslosigkeit im Sommer 1957 dürfte außerdem das erneute Daniederliegen der Pflasterstein- und Schotterindustrie des Bayerischen Waldes²⁾ sein, die ohnehin 1955 erst die Hälfte ihrer Produktion von 1938 erreicht hatte).

Die Abwerbung von Arbeitskräften, die oft eine Abwanderung an den Ort des neuen Broterwerbes zur Folge hat, ist eine problematische Erscheinung, sie sollte niemals im Mittelpunkt einer staatlichen Hilfspolitik stehen. Das wäre eine "passive Sanierung", ein Ausverkauf des Grenzlandes und zudem ein Kurieren an den Symptomen. Ist doch die strukturelle Arbeitslosigkeit nur die Folge der Unterentwicklung und der geringen Vergewerblichung. Diese aber sind wiederum die Folge einer jahrhundertealten Vernachlässigung des Bayerischen Waldes und des weiteren eine Folge seiner heutigen Abgelegenheit.

Kann das im westdeutschen Bundesgebiet zusammengepferchte deutsche Volk, dessen Wirtschaft in einem heftigen internationalen Wettbewerb steht, die Verantwortung tragen, daß die östlichen Grenzgebiete wirtschaftlich³⁾ brach liegen und daß die Bevölkerung dieses Armenhaus allmählich verläßt. Kann es die Verantwortung tragen, daß so der Grenzraum von Menschen entblößt wird und die dort zurückgebliebene Bevölkerung der biologischen Verkümmern verfällt?

1) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft", Beilage der "Mittelbayerischen Zeitung", Regensburg, vom Juli 1957!

2) Vergleiche "Ostbayerische Wirtschaft" vom Juli 1957 und v. 23. November 1956!

3) Seit der Jahrhundertwende wandern jährlich 5% der Gesamtbevölkerung ab (vergleiche Stahl, Wirtschaftserschließung, ein Finanzausgleichsproblem, Regensburg 1955, Seite 11!). Seit 1951 aus Ostbayern jährlich 50.000 Personen (vergleiche Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1956/57, Seite 17!).

Röpke wies auf diese Gefahr hin: "Es droht also die in diesem Grenzraum besonders ernst zu nehmende Gefahr, daß Betriebe und Menschen abwandern und eine soziale Erosion eintritt: gleich der Erosion der Ackerfläche beginnt sie langsam und schleichend, dem oberflächlichen Blick kaum bemerkbar, bis sie plötzlich eine Gangart einschlägt, die kaum mehr zum Stehen zu bringen ist. " 1)

1) Siehe Röpke, Notstandsgebiete, in "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. November 1952!

F. CHANCE UND AUFGABE

DER ZUKUNFT

Als im Jahre 1955 die konjunkturelle Entwicklung der Bundesrepublik ihren Höhepunkt erreicht hatte, strahlte dies auch auf die Wirtschaft des Grenzlandes aus:

Die Überbeschäftigung und die Ausnutzung der Kapazitäten hatten in den westlichen Teilen des Bundesgebietes die Lieferfristen der dortigen Produzenten steigen lassen, so daß sich zahlreiche Aufträge in die Randgebiete verlagerten, deren Industrie zu dieser Zeit noch keineswegs ausgelastet war. So stieg die Industrieproduktion beispielsweise der Oberpfalz von 1954 bis 1955 um 21%, die im Bundesgebiet jedoch nur um 18%¹⁾.

Aus diesem Nachholprozeß wurde die Grenzlandwirtschaft aber ganz plötzlich gerissen, als die Bank deutscher Länder im Jahre 1955 mit restriktiven Maßnahmen die westdeutsche Konjunktur dämpfte. Dieses Vorgehen begründete sie mit "Spannungen, die sich mit dem Eintritt der westdeutschen Wirtschaft in das Stadium der Vollbeschäftigung, ja, zum Teil sogar einer ausgesprochenen Überbeschäftigung einzustellen begonnen haben". Die "leicht zu mobilisierenden Produktionsreserven" seien ausgeschöpft gewesen²⁾.

Es ist durchaus verständlich, daß die Restriktionen der Zentralbank, vor allem aber die eben zitierte Begründung, im Grenzland heftig kritisiert wurden. Denn in der Tat waren zu dieser Zeit die Kapazitäten der mittelständischen Wirtschaft, besonders aber der Wirtschaft in den Grenzgebieten, ganz und gar nicht ausgenutzt.

So schreibt zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer Regensburg: "Andererseits verhält es sich jedoch mit der Frage, ob die genannten Gründe auch für unseren Grenzbezirk zutreffen und die getroffenen bzw. geplanten Maßnahmen

1) Errechnet aus Angaben der Industrie- und Handelskammer Regensburg im Jahresbericht 1956/57, Seite 10 - 12.

2) Vergleiche hierzu Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1955, Seite 7!

demnach auch hier ihre Berechtigung haben. Die unwiderlegbaren Tatsachen, daß unser Bezirk nach wie vor eine Arbeitslosigkeit aufzuweisen hat, die in den Wintermonaten Januar bis März 1956 nur um wenige Prozent niedriger lag als in den entsprechenden Zeiträumen der Vorjahre und zu dieser Zeit noch immer 15 - 20% des Arbeitnehmerpotentials ausmachte, steht jener Annahme klar entgegen." ¹⁾

Wenn auch die Restriktionsmaßnahmen der Zentralbank nicht so sehr die bereits überbeschäftigten Bereiche der westdeutschen Volkswirtschaft trafen, sondern in allererster Linie die Wirtschaft der Randgebiete, indem sie deren beginnenden Nachholprozeß stoppten, bekennen wir uns doch mit aller Entschiedenheit zu der Meinung, daß die Zentralbank als Hüterin der Kaufkraft unserer Währung nicht anders hatte handeln können, um dieser ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Sie konnte mit ihren Restriktionen nicht so lange warten, bis sämtliche Bereiche der Volkswirtschaft, auch die Randgebiete, die volle Kapazitätsausnutzung und Beschäftigung erreicht hatten, denn die Überbeschäftigung in den westlichen Teilen des Bundesgebietes drohte ja tatsächlich eine inflationistische Bewegung in Gang zu setzen und erforderte ein schnelles Eingreifen.

Ebensosehr wie rechtzeitige Restriktionen bejahen wir aus grundsätzlichen Erwägungen die einheitliche Anwendung der Zentralbankmaßnahmen im gesamten Währungsgebiet und können uns nicht der Meinung der Industrie- und Handelskammer Regensburg anschließen, die vorschlägt, "von vorneherein Ausnahmen in das Anwendungsgebiet der allgemein gültigen Maßnahmen einzubauen." ²⁾

Wir müssen uns nun einmal damit abfinden, daß die zahlreichen Teilbereiche der Volkswirtschaft auf zentrale Maßnahmen unterschiedlich reagieren, da die Situation wie die Beschäftigungs- und Auftragslage, bei den einzelnen Gruppen niemals gleich ist.

1) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1955, Seite 7!

2) Siehe Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1955, Seite 7!

Gerade aus dieser Einsicht heraus wollen wir das Problem, das die Kreditrestriktionen der Bank deutscher Länder des Jahres 1955 im Grenzland aufgeworfen haben, an der Wurzel packen und von Grund auf zu lösen versuchen, indem wir fragen, wie die Wirtschaftsstruktur des Grenzlandes zu bessern sei, damit dieser Raum bei konjunkturellen Aufwärtsbewegungen nicht mehr derart nachhinkt und außerdem in Zukunft gegenüber restriktiven Maßnahmen nicht mehr so anfällig wie seither ist.

Diskutieren wir aber lediglich die Maßnahmen der Zentralbank und mißachten wir dabei deren währungspolitische Aufgabe, so ist dies ein Gespräch, das an der Oberfläche der Problematik bleibt.

Wollen wir nun unsere Meinung wie folgt präzisieren:

Es sollte das Bestreben jeder Wirtschaftspolitik sein, die einzelnen Teilbereiche der Volkswirtschaft zu einer harmonischen Ausgewogenheit hinzuführen und gerade den Randgebieten, die doch nur allzu leicht in der Entwicklung nachhinken, zu einer gesunden und möglichst krisenfesten Struktur zu verhelfen.

Im Hinblick auf das nordost- und ostbayerische Grenzland stellen wir uns dabei etwa Folgendes vor:

- I. Industriearme Gebiete im Bayerischen Wald, im Oberpfälzer Wald und auch im Frankenwald müssen gewerblich erschlossen werden und allmählich eine gemischtwirtschaftliche Industrie-Agrarstruktur erhalten, um so mehr, da in diesen meist abgeschiedenen Gebirgstälern die landwirtschaftlichen Möglichkeiten wegen des Klimas und der Bodenverhältnisse ohnehin gering sind und nur wenige Menschen in der Forstwirtschaft Beschäftigung finden.
- II. Was die bereits bestehenden Industrien betrifft, so sollten nach unserer Meinung zwei Prozesse, die da und dort schon im Gang sind, verstärkt werden:
 - 1) ein Rationalisierungsprozeß, der die Unternehmungen im Grenzland womöglich so konkurrenzfähig machen könnte, daß die Kosten des ungünstigen Standortes, besonders die Frachtmehrbelastungen, aufgewogen werden,
 - 2) ein Umstellungsprozeß mancher Industriegruppen von Stapelware zu hochwertigen Produkten, das heißt, eine möglichst große Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft, außerdem die Konzentrierung der Warenkataloge auf originelle und ganz spezifische Qualitätsprodukte - zum Beispiel modische Textilwaren -, mit denen die Industrie des Grenzlandes vielleicht eine Spitzen- und Vorrangstellung auf dem deutschen Markt und auf den internationalen Märkten erringen beziehungsweise behaupten könnte. Es wird sich dabei um Ware handeln, die nicht allzu fracht- und ma-

terialintensiv, sondern in erster Linie arbeitsintensiv ist und außerdem noch aus heimischen Rohstoffen hergestellt wird.

Kurzum, die Industrie Nordostbayerns, gerade aber diejenige, die Stapelware herstellt, muß sich auf die Tatsache einstellen, daß der Absatz ihrer Konsumgüter in das nahe gelegene, dicht besiedelte Mitteldeutschland unmöglich ist und sie heute aus einer Randlage heraus auf weit entfernten Märkten konkurrenzfähig sein muß.

Diese Situation wird sich für die Zukunft noch erheblich verschärfen, wenn Nordostbayern nicht mehr lediglich ein Randgebiet des westdeutschen Marktes ist, sondern ein Randgebiet im europäischen gemeinsamen Markt wird, auf dem es mit den Industrien der anderen Partnerländer konkurrieren muß. Auch aus diesem Grunde ist es für die beiden von uns gekennzeichneten Umstellungsprozesse höchste Zeit.

Bislang aber erscheinen uns die hier gemachten Versuche allzu gering. So stellt Röpke im Jahre 1952 fest: "Es ist das Bild eines Wirtschaftsgebietes, das seit geraumer Zeit sichtbare Schwierigkeiten hat, gegen Strömungen und Belastungen anzukämpfen, und in diesem mutigen Kampfe an dem Schwung verliert, den die deutsche Wirtschaft im ganzen zu erkennen gibt, ja, dabei geradezu ermattet. Es gerät ins Hintertreffen, was um so ernster ist, als es sich erstens um ein besonders industriereiches Gebiet handelt, in dem ein über dem Bundesdurchschnitt liegender Prozentsatz der Bevölkerung von der Industriebeschäftigung abhängig ist. Und als dieses Gebiet sich zweitens ähnlich wie Württemberg durch sehr erfreuliches Vorherrschen der Klein- und Mittelbetriebe auszeichnet." ¹⁾

In den folgenden Jahren nach 1952 gelang es dann der oberfränkischen Wirtschaft, im ganzen gesehen, nicht, Anschluß an die industrielle Entwicklung Westdeutschlands zu finden; im Gegenteil, die Ermattungserscheinungen verstärkten sich. So stieg zum Beispiel der Index der industriellen Produktion Oberfrankens von 1950 bis 1955 von 100 auf 175, der Index im Bundesgebiet jedoch von 100 auf 231 und

1) Siehe Röpke, Notstandsgebiete, in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 15. November 1952!

der Bayerns sogar auf 235^{1), 2)}.

Diese nachhinkende Produktionssteigerung der nordostbayerischen Industrie ist der Beweis für ihre sich mindernde Wettbewerbsfähigkeit. Die Industriegebiete des Grenzlandes produzieren teurer als die näher an den Märkten gelegenen Konkurrenzbetriebe und erzielen deshalb geringere Erträge als diese. "Geringere Erträge bedeuten aber geringere Investitionen, denn Investitionen müssen zuallererst verdient werden. In der gleichen Zeit können aber die günstiger gelegenen Betriebe aus ihren höheren Erträgen modernisieren und rationalisieren und damit ihre Kosten senken."³⁾

Ihr Vorsprung vor den Betrieben im Grenzland wird dadurch immer größer.

Nur umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen böten die Chance, daß die Industrieunternehmen Nordost- und Ostbayerns ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und den Anschluß an die allgemeine Modernisierung gewinnen. Dadurch wiederum würden Umsätze und Erträge steigen und weitere Rationalisierungsmaßnahmen möglich werden⁴⁾.

1)Vergleiche "Oberfränkische Wirtschaft", 1954, Nr. 7, Seite 5, sowie 1957, Nr. 5, Seite 12!

2)Die Industrieproduktion der Oberpfalz jedoch stieg im gleichen Zeitraum stärker als die im Bundesgebiet an, da in einigen Kreisen neue Betriebe ansässig gemacht werden konnten. In den meisten Kreisen der Oberpfalz ist aber die Gewerbearmut nach wie vor unverändert, so daß also das wirtschaftliche Bild der Oberpfalz in den letzten Jahren wesentlich kontrastreicher geworden ist (vergleiche hierzu Industrie- und Handelskammer Regensburg, Jahresbericht 1957, Seite 10 - 12!).

3)Siehe Angerer, Oberfranken, ein marktfernes Industriegebiet, Seite 9 (Sonderdruck aus : Auf neuen Wegen - die Wirtschaft in Bayern, München 1957)!

4)In ähnlichem Sinne, allerdings in anderem Zusammenhange, äußert sich die Industrie- und Handelskammer Regensburg: " Die Konjunkturwelle, die den Bezirk so spät erreichte, hat ihm mehr gebracht als eine bloße Zunahme der Beschäftigung und des Umsatzes, sie hat eine innerbetriebliche (Rationalisierung) und außerbetriebliche Entwicklung (strukturelle industrielle Neuansiedlung) ermöglicht, die, wenn sie anhält, einen wichtigen Schritt zur Gesundung unserer Wirtschaft vor allem auch zur Schaffung einer gewissen Widerstandsfähigkeit bedeuten kann . . . ".

(Siehe Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Regensburg, 1955, S. 11!

Ein derartiges Rationalisierungsprogramm in die Tat umzusetzen ist aber ohne jeden Zweifel eine Frage des Kapitals. Wie wir in unserer Arbeit immer wieder nachwiesen und betonen mußten, drängt jedoch das Kapital als mobilster Produktionsfaktor aus dem Grenzland nach dem Westen. Außerdem ist seine Neubildung über Gewinne - wie von uns ebenfalls dargestellt ¹⁾ - recht unzureichend, da die infolge des Grenzlandstandortes erhöhten Kosten die Erträge schmälern.

Auch wenn wir die Initiative und den Wagemut der Unternehmer als die treibende Kraft allen wirtschaftlichen Lebens kennen, so scheint uns doch die Kapitalfrage das wirtschaftliche Hauptproblem im Grenzland zu sein, denn ohne eine einigermaßen ausreichende Menge an Kapital sind nun einmal allen unternehmerischen Bemühungen recht enge Grenzen gesetzt.

So werden auch die Anstrengungen, die uns dem Ziel einer gesunden und krisenfesten Grenzlandwirtschaft näherbringen können, hauptsächlich Maßnahmen finanzieller Art sein.

Im folgenden wollen wir nun den Versuch wagen, einige derartige - wenn möglich gangbare - Wege zu diesem Ziel eines gesunden nordost- und ostbayerischen Wirtschaftsraumes aufzuzeigen.

I. Mittel und Wege

zur Ansiedlung neuer Betriebe

im Grenzland

Die Neuansiedlung von Betrieben in den gewerbearmen Gebieten des Grenzlandes, in denen noch heute Arbeitslosigkeit herrscht, könnte vor allem durch eine großzügige Vermehrung der vom Staate gewährten langfristigen und zinsgünstigen Kredite gefördert werden, denn für völlig neue Projekte ist anderen, das heißt privaten Gebern langfristiger Kredite das Risiko meist zu hoch, noch dazu, wenn es sich um Vorhaben in dem wenig anziehenden östlichen Grenzraum handelt.

1) Vergleiche Abschnitt D, II, 1 - 5!

Dabei sollten aber vom Staat prinzipiell nur solche Projekte gefördert werden, bei denen es sich um eine dauernde Selbsthaftmachung im Grenzland handelt und der Wille vorhanden ist, den neu in Gang gesetzten Betrieb auch aufrechtzuerhalten.

Aus diesem Grunde erscheint uns die Neuansiedlung selbständiger Betriebe wichtiger als Zweigbetriebe, die im Grenzland von Unternehmungen neu errichtet werden, deren Hauptbetrieb und Schwergewicht außerhalb Ostbayerns liegt. Werden doch erfahrungsgemäß bei Absatzstockungen zuallererst die Zweigbetriebe stillgelegt und die Arbeiter entlassen, während der Hauptbetrieb meist nur im äußersten Notfall geschlossen wird.

Alle Kredite des Staates für Neuansiedlungen sollten letztlich, auch wenn sie langfristig sind, immer nur eine Starthilfe sein, das heißt, nur solche Industriebetriebe sollten im Grenzland angesetzt werden, die dort auch auf die Dauer lebensfähig sind. Dies werden Betriebe sein, welche die Abgeschiedenheit von den Märkten in Kauf nehmen können, ohne ihre Konkurrenzfähigkeit zu verlieren. Frachten dürfen also in ihrer Kostenrechnung nur eine geringe Rolle spielen. Diese vorzugsweise arbeitsintensiven Betriebe könnten womöglich auf den zahlreichen Rohstoffvorkommen des Grenzlandes basieren.

Der Gewährung staatlicher Kredite für Neuansiedlungen sollte deshalb eine genaue Untersuchung vorangehen, ob diese neuen Betriebe im Grenzland auf die Dauer auch lebensfähig sind. Auf die zahllosen bürokratischen Hemmnisse, mit denen man seither die Ausschüttung staatlicher Kredite belastete, sollte man dagegen verzichten.

Eine Neuansiedlung von Betrieben im Grenzland ist keine Utopie!

Die erfolgreiche Entwicklung mancher Flüchtlingsindustrie beweist deutlich, daß Nordost- und Ostbayern für bestimmte Industriezweige durchaus ein günstiger gewerblicher Standort sein kann und daß sogar dort neuangesiedelte Unternehmungen lebens- und konkurrenzfähig sind.

Ein Musterbeispiel hierfür sind die zahlreichen Betriebe der ehemals Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie, die im Fichtelgebirge - einem Gebiete mit alter Glasbläsertradition - eine neue Heimat finden konnten. Außerdem seien noch die ehemals Haida-Steinschönauer Glasindustrie, die heute bei Weiden im Oberpfälzer Wald sitzt, sowie der gelungene Neuaufbau von ehemaligen mitteldeutschen Unternehmungen der Wirk- und Strickwarenindustrie im oberfränkischen Textilgebiet erwähnt.

Der Staat sah aus diesem Grunde in den vergangenen Jahren die Förderung des Fremdenverkehrs als wichtigen Teil seiner Grenzlandpolitik an und reichte in beachtlichem Umfange langfristige und zinsgünstige Kredite für Fremdenverkehrszwecke aus. Eine Erhöhung dieser Mittel in der Zukunft würde die Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs natürlich noch beschleunigen.

Aber auch die Bevölkerung der gewerbearmen Gegenden selbst sollte ihre bereits intensiven Bemühungen um eine Steigerung des Fremdenverkehrs womöglich noch verstärken, denn der Fremdenverkehr scheint uns wirklich das Gewerbe zu sein, das in den abgelegenen Landstrichen und Gebirgstälern entlang der Grenze am ehesten erblühen kann.

Zahlreiche Gemeinden im Bayerischen Wald konnten in den letzten Jahren bereits erfreuliche Anfangserfolge aufweisen. Die Übernachtungszahlen stiegen zum Teil sprunghaft an ¹⁾ Dadurch wuchs die Beschäftigung des Handwerks, die Umsätze des Handels belebten sich, Arbeitslose fanden Arbeit ²⁾ und die Bevölkerung wurde aus ihrer Trostlosigkeit und Lethargie gerissen.

So wird auf diesem Wege der Boden für eine künftige Vergewerblichung und Industrialisierung psychologisch vorbereitet.

II. Mittel und Wege

zur Sicherung der

bereits bestehenden Betriebe

"Wir lehnen es als das dichteste bayerische Industriegebiet, das wir auch heu-

1) Vergleiche Boustedt, Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr, Bremen-Horn 1956!

2) "Dort - im Oberpfälzer und Bayerischen Wald - haben sich die aus Bundes- und Landesmitteln gespeisten Kredit- und Zinszuschußprogramme äußerst segensreich ausgewirkt. Bei einer allgemeinen Zunahme von 20% haben sich die Übernachtungen in manchen Orten gegenüber dem Vorjahr sogar vervielfacht und die gesamte wirtschaftliche Situation gestärkt." (Vergleiche Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr vor dem Bayerischen Landtag am 26. Februar 1957, Seite 28!)

te noch sind, ab, als Notstandsgebiet angesprochen zu werden." ¹⁾

Dieses richtige Wort über das nordostbayerische Industriegebiet, das im Jahre 1953 geprägt wurde, ist heute, nach fünf Jahren, dahin zu ergänzen, daß in diesem Industrieraum ein Notstand zwar nicht vorhanden ist, daß aber die Entwicklung der dortigen Industrieunternehmen in den inzwischen vergangenen Jahren die Gefahr eines Notstandes in sich birgt. Geht diese Entwicklung weiter - man denke nur an die nachlassenden Umsätze und den Verzehr der Eigenmittel -, so siechen die Industrieunternehmen dahin, und aus diesem heute noch dichten Industrieraum wird ein ebenso unterentwickeltes und gewerbearmes Notstandsgebiet, wie es heute beispielsweise der Bayerische Wald ist.

Um diese Gefahr abzuwenden, das heißt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen des Grenzlandes auf den Märkten durch Rationalisierungen und produktivitätssteigernde Maßnahmen zu verbessern, halten wir folgende Mittel und Wege für nötig:

Die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung und der Finanzierung über Abschreibungen sind unter allen Umständen zu vergrößern. Die hohen Grenzlandsonderabschreibungen sollten deshalb beibehalten und recht bald in der Weise konstruiert werden, daß die Unternehmen nicht erst einen Antrag stellen müssen, der vielleicht nicht genehmigt wird, sondern daß alle Unternehmen im Grenzland die Sonderabschreibungen von vornherein anwenden können, ohne vorher einen Antrag stellen zu müssen. Dann würden sie von der Kleinlichkeit und der Willkür der Finanzbehörden nicht mehr abhängig sein.

Aber selbst in diesem neuen Gewande scheinen uns die Grenzlandsonderabschreibungen zur Förderung der Eigenkapitalbildung nicht ausreichend zu sein. Wir greifen deshalb die Anregung des Bundestages noch einmal auf, den Unternehmen im Zonenrandgebiet eine steuerfreie Rücklage für Investitionen bis zur Höhe von jährlich 50% des steuerlichen Gewinnes zu gestatten ²⁾.

All diese Hilfsmaßnahmen des Staates zur Förderung der Selbstfinanzierung der Grenzlandunternehmen werden jedoch niemals einen durchschlagenden Er-

1) Siehe Schmidt, 125 Jahre Karl Schmidt Bankgeschäft, Hof, 1953!

2) Vergleiche Abschnitt E, II, 1!

Der Staat sah aus diesem Grunde in den vergangenen Jahren die Förderung des Fremdenverkehrs als wichtigen Teil seiner Grenzlandpolitik an und reichte in beachtlichem Umfange langfristige und zinsgünstige Kredite für Fremdenverkehrszwecke aus. Eine Erhöhung dieser Mittel in der Zukunft würde die Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs natürlich noch beschleunigen.

Aber auch die Bevölkerung der gewerbearmen Gegenden selbst sollte ihre bereits intensiven Bemühungen um eine Steigerung des Fremdenverkehrs womöglich noch verstärken, denn der Fremdenverkehr scheint uns wirklich das Gewerbe zu sein, das in den abgelegenen Landstrichen und Gebirgstälern entlang der Grenze am ehesten erblühen kann.

Zahlreiche Gemeinden im Bayerischen Wald konnten in den letzten Jahren bereits erfreuliche Anfangserfolge aufweisen. Die Übernachtungszahlen stiegen zum Teil sprunghaft an ¹⁾. Dadurch wuchs die Beschäftigung des Handwerks, die Umsätze des Handels belebten sich, Arbeitslose fanden Arbeit ²⁾ und die Bevölkerung wurde aus ihrer Trostlosigkeit und Lethargie gerissen ²⁾.

So wird auf diesem Wege der Boden für eine künftige Vergewerblichung und Industrialisierung psychologisch vorbereitet.

II. Mittel und Wege

zur Sicherung der

bereits bestehenden Betriebe

"Wir lehnen es als das dichteste bayerische Industriegebiet, das wir auch heu-

1) Vergleiche Boustedt, Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr, Bremen-Horn 1956!

2) "Dort - im Oberpfälzer und Bayerischen Wald - haben sich die aus Bundes- und Landesmitteln gespeisten Kredit- und Zinszuschußprogramme äußerst segensreich ausgewirkt. Bei einer allgemeinen Zunahme von 20% haben sich die Übernachtungen in manchen Orten gegenüber dem Vorjahr sogar vervielfacht und die gesamte wirtschaftliche Situation gestärkt." (Vergleiche Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr vor dem Bayerischen Landtag am 26. Februar 1957, Seite 28!)

te noch sind, ab, als Notstandsgebiet angesprochen zu werden." ¹⁾

Dieses richtige Wort über das nordostbayerische Industriegebiet, das im Jahre 1953 geprägt wurde, ist heute, nach fünf Jahren, dahin zu ergänzen, daß in diesem Industrieraum ein Notstand zwar nicht vorhanden ist, daß aber die Entwicklung der dortigen Industrieunternehmen in den inzwischen vergangenen Jahren die Gefahr eines Notstandes in sich birgt. Geht diese Entwicklung weiter - man denke nur an die nachlassenden Umsätze und den Verzehr der Eigenmittel -, so siechen die Industrieunternehmen dahin, und aus diesem heute noch dichten Industrieraum wird ein ebenso unterentwickeltes und gewerbearmes Notstandsgebiet, wie es heute beispielsweise der Bayerische Wald ist.

Um diese Gefahr abzuwenden, das heißt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen des Grenzlandes auf den Märkten durch Rationalisierungen und produktivitätsteigernde Maßnahmen zu verbessern, halten wir folgende Mittel und Wege für nötig:

Die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung und der Finanzierung über Abschreibungen sind unter allen Umständen zu vergrößern. Die hohen Grenzlandsonderabschreibungen sollten deshalb beibehalten und recht bald in der Weise konstruiert werden, daß die Unternehmen nicht erst einen Antrag stellen müssen, der vielleicht nicht genehmigt wird, sondern daß alle Unternehmen im Grenzland die Sonderabschreibungen von vornherein anwenden können, ohne vorher einen Antrag stellen zu müssen. Dann würden sie von der Kleinlichkeit und der Willkür der Finanzbehörden nicht mehr abhängig sein.

Aber selbst in diesem neuen Gewande scheinen uns die Grenzlandsonderabschreibungen zur Förderung der Eigenkapitalbildung nicht ausreichend zu sein. Wir greifen deshalb die Anregung des Bundestages noch einmal auf, den Unternehmen im Zonenrandgebiet eine steuerfreie Rücklage für Investitionen bis zur Höhe von jährlich 50% des steuerlichen Gewinnes zu gestatten ²⁾.

All diese Hilfsmaßnahmen des Staates zur Förderung der Selbstfinanzierung der Grenzlandunternehmen werden jedoch niemals einen durchschlagenden Er-

1) Siehe Schmidt, 125 Jahre Karl Schmidt Bankgeschäft, Hof, 1953!

2) Vergleiche Abschnitt E, II, 1!

folg haben, da sie den unerhörten Steuerdruck, der gerade auf den mittelständischen Unternehmungen lastet, immer nur in höchst mangelhafter Weise neutralisieren können.

(So legten wir dar, daß die Grenzlandsonderabschreibungen beinahe ausschließlich für die größeren Unternehmungen eine Erleichterung bedeuten, da sie diesen die Möglichkeit geben, selbst umfangreiche Erträge auf Grund großer abzuschreibender Investitionen fast ganz zum Verschwinden zu bringen, so daß auf diese Weise hohe Steuersummen eingespart werden.)

Nach unserer Ansicht können die mittelständischen Unternehmungen gerade des Grenzlandes ihre Finanznot nur überwinden, wenn allgemein die Steuersätze beträchtlich gesenkt werden. Dies ist der einzige Weg, den Bestand dieser mittleren Unternehmungen zu sichern. Sind sie doch in weit stärkerem Maße als Großunternehmungen auf die Selbstfinanzierung angewiesen, da ihnen langfristige Fremdmittel kaum zur Verfügung stehen.

Die mittelstandsfreundlichen Pläne des Bundesfinanzministers Etzel zur Steuerreform lassen zwar viele Wünsche offen, doch werden sie den mittleren Unternehmungen die Selbstfinanzierung erheblich erleichtern.

Die Hoffnung auf eine so starke Steuersenkung, daß nach ihr steuerpolitische Hilfsmaßnahmen für die Grenzlandwirtschaft unnötig wären, wird wegen der riesigen Rüstungs- und Soziallasten des Bundes allerdings auf wohl nicht absehbare Zeit nichts als eine Hoffnung bleiben.

Im Bereich der Fremdfinanzierung geht es darum, die katastrophal schlechte Versorgung der vorwiegend mittleren Industrieunternehmungen des Grenzlandes mit langfristigen und natürlich billigen, das heißt zinsgünstigen Krediten zu bessern.

Hierzu meinen wir, daß der Staat Rationalisierungsinvestitionen bereits bestehender Betriebe in erster Linie mit Hilfe von Zinszuschüssen fördern könnte, um dadurch langfristige Kredite, die von privaten oder halböffentlichen Instituten gegeben werden, zu verbilligen.

(Die Kredite aber, die der Staat selbst ausreicht, sollten hauptsächlich der Förderung von Neuansiedlungen in den Notstandsgebieten vorbehalten werden.)

Die Zinszuschüsse für Rationalisierungs- und Investitionskredite haben sich in der Vergangenheit sehr bewährt, da der Staat auf diese Weise mit verhältnismä-

Big bescheidenen Beträgen stattliche Kreditsummen verbilligt. Für die Zukunft empfehlen wir, die Beträge der Zinszuschüsse zu verstärken und die Gewährung dieser Zuschüsse weniger bürokratisch und umständlich als seither zu handhaben. Die Zahlung eines Zuschusses von 3 oder 4% sollte nach unserer Meinung nur an die eine Bedingung geknüpft sein, daß mit dem verbilligten Kredit tatsächlich ein Rationalisierungsprojekt und nicht lediglich eine Kapazitätsausweitung finanziert und verwirklicht werden soll.

Da jedoch die Unternehmungen im Grenzland von den entsprechenden Kreditinstituten von vorneherein nur wenige langfristige Kredite erhalten, sind nicht genügend Mittel da, die der Staat verbilligen könnte. Seine Hilfe durch Zinszuschüsse ist also begrenzt.

Das langfristige Kreditangebot für die mittelständische Industrie und vorzüglich die des Grenzlandes muß deshalb seitens der betreffenden privaten oder halböffentlichen Institute unbedingt erhöht werden.

Auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau befaßt sich in ihrem jüngsten Jahresbericht mit diesem Problem:

"Die große Zahl der uns von dieser Seite vorgelegten Kreditwünsche hat erneut gezeigt, daß gerade wirtschaftlich gesunde Unternehmen dieser Art bei der Finanzierung größerer Investitionen vor besonderen Schwierigkeiten stehen."

Während sich Großunternehmungen heute in der Regel Investitionsmittel wieder am Kapitalmarkt beschaffen konnten und Kleinbetriebe immerhin viele Möglichkeiten hätten, Kredite mit längerer Laufzeit über Sparkassen und Genossenschaften aufzunehmen, würden die Unternehmungen der mittleren Industrie nicht über ausreichende Quellen der Investitionsfinanzierung verfügen. Dabei sei der Kapitalbedarf bei den Mittelunternehmen am bedeutendsten¹⁾.

Die Zinszuschüsse des Staates für langfristige Kredite wären noch stärker zu bejahen, wenn nicht die Kreditbanken des Grenzlandes wegen des Mangels an langfristigen Mitteln als Geber dieser langfristigen, zinsverbilligten Kredite einspringen müßten. Dadurch verschlechtert sich nämlich ihre Liquidität, ein Umstand, der ganz und gar nicht im Interesse der Grenzlandwirtschaft liegt. Wir halten deshalb nicht zuletzt aus diesem Grunde eine gesteigerte Grenzlandfreudigkeit

1) Siehe und vergleiche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10. April 1958!

und Mittelstandsfreundlichkeit der Institute des langfristigen Kredites für erforderlich.

Eine verbesserte Versorgung der Industrien des Grenzlandes mit Eigenkapital und mit langfristigen Fremdmitteln soll der Durchführung eines umfassenden Rationalisierungsprogrammes den Weg bereiten.

Die Voraussetzung aber zu dieser Neu- und Umorientierung ist eine nicht ganz hoffnungslose Ausgangsstellung im Wettbewerb. Aus diesem Grunde wurden die staatlichen Frachthilfemaßnahmen geschaffen, mittels deren die Grenzlandindustrie aus ihrer ungünstigen Standortlage, das heißt aus der östlichsten Randzone des Bundesgebietes, herausgeführt und durch die Schaffung eines künstlichen Standortes wenigstens fiktiv näher an die Märkte gerückt wird ¹⁾.

Wir meinen, daß diese Frachthilfen, die nach Ansicht zahlreicher Unternehmer aus dem Grenzland die Industrie Nordostbayerns vor dem Untergange bewahrt haben, unter allen Umständen auch in den nächsten Jahren vom Staat weiter gewährt werden sollten, zumindest aber so lange, bis die Industrie des Grenzlandes entsprechend rationalisiert ist und sich auf hochwertige Produkte umgestellt hat, so daß sie von Frachten und vom Standort unabhängiger ist.

Die Frachthilfen könnten allerdings noch wesentlich wirksamer sein, wenn sie von der Einkommen- beziehungsweise Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer freigestellt würden. Es erscheint nämlich widersinnig, wenn der Staat die von ihm ausgeschütteten Hilfgelder auf der anderen Seite wieder einer Besteuerung unterzieht.

Außerdem müßten zur Verbesserung des Standortes in Nordost- und Ostbayern unter allen Umständen die Verkehrsverhältnisse gehoben, das heißt das Straßennetz, vor allem nach Westen hin, beschleunigt ausgebaut werden. Diesen Ausbau des Straßennetzes halten wir tatsächlich für äußerst wichtig, denn es ist heute doch so, daß die Abseitigkeit Nordost- und Ostbayerns durch die man-

1) Die Vereinbarkeit staatlicher Hilfen für das Grenzland mit den Grundsätzen der neoliberalistischen Wirtschaftsordnung haben wir ja bereits in Abschnitt E der vorliegenden Arbeit, nicht zuletzt anhand von Zitaten Röpkes, ausführlich bewiesen.

gelhaften Verkehrswege noch verschlimmert wird.

Wir haben in unseren Ausführungen eben darzulegen versucht, mit welchen finanziellen Anstrengungen und Operationen die Zukunft der Wirtschaft entlang des Eisernen Vorhangs gesichert werden könnte. Aber ebenso wie wir mit aller Entschiedenheit die Meinung verfechten, wirtschaftliches Handeln sei niemals Selbstzweck, sondern diene einzig und allein dem Ziel, den Menschen ein Leben ohne materielle Not zu schaffen und zu erhalten, so meinen wir auch, daß die Zukunft unserer Grenzlandwirtschaft nicht nur ein Kapitalproblem, sondern in allererster Linie ein menschliches Problem ist.

Neuansiedlungen in den Notstandsgebieten können zum Beispiel nur gelingen, wenn in diesen gewerbearmen ländlichen Gemeinden eine entsprechende Atmosphäre, das "Industrieklima"¹⁾ wie es einmal die Industrie- und Handelskammer der Oberpfalz genannt hat¹⁾, aufkommt.

In ähnlicher Weise erscheint uns auch das zweite wirtschaftliche Hauptziel im Grenzland - die Erhaltung der bestehenden Industrien - als ein menschliches Problem. Die Umstellung der Webereien von Rohgeweben auf Spezialgewebe oder auf Nouveautés, das Ausweichen der Sagewerke in die Holzverarbeitende oder auch in eine gänzlich neue Industrie, die Konzentration der Produktion mancher Betriebe auf einige wenige Spezialartikel, das Umorientieren einstufiger Betriebe zu einer rationelleren Mehrstufenfabrikation - all diese Prozesse sind nicht ausschließlich eine Kapitalfrage.

Die Voraussetzung für derartige Umstellungen ist eine menschliche Erkenntnis, nämlich die für einen Unternehmer zweifelsohne bittere Einsicht, daß er seinen Betrieb - der sich vielleicht seit Generationen im Besitz derselben Familie befindet - in der bisherigen Form nicht weiterführen kann und eine Umstellung der Produktion unumgänglich ist.

Denn mit der gerade im Grenzland heißersehten Wiedervereinigung Deutschlands, die all diese Probleme hinfällig machen würde, kann unter den heutigen politischen Verhältnissen in naher Zukunft nicht gerechnet werden.

1) Siehe Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Regensburg, 1955, Seite 10!

Wir aber glauben fest, daß der Lebenswille der Grenzlandwirtschaft kräftig genug ist, um die todbringende Wirkung der willkürlichen Grenzziehung mit-
ten durch Deutschland zu überwinden.

Literatur

I. Volkswirtschaftslehre

Eucken	Grundlagen der Nationalökonomie	Berlin-Heidelberg 1950
Eucken	Grundsätze der Wirtschaftspolitik	Tübingen 1955
Fisher	Elementary Principles of Economics	New York 1915
Gestrich	Kredit und Sparen	Godesberg 1947
Haberler	Prosperität und Depression	Tübingen 1955
Hahn	Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits	Tübingen 1930
Hahn	Geld und Kredit	Tübingen 1924
Linhardt	Kreditkontrolle	Essen 1954
Lukas	Geld und Kredit	Heidelberg 1951
Lütge	Einführung in die Lehre vom Gelde	München 1948
Lütge	Allgemeine Volkswirtschaftslehre	München 1954
Lütge	Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte	Berlin-Göttingen-Heidelberg 1952
Rittershausen	Bankpolitik	Köln 1956
Sewering	Kreditverkehr	Essen 1955
Somary	Bankpolitik	Tübingen 1934
Stucken	Geld und Kredit	Tübingen 1949

Weber	Bankkredit und langfristige Investitionen	Berlin 1954
von Zwiedineck-Südenhorst	Allgemeine Volkswirtschaftslehre	Berlin-Göttingen-Heidelberg 1948

II. Betriebswirtschaftslehre

Ammon	Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Selbstfinanzierung	Würzburg 1932
Beckmann	Die betriebswirtschaftliche Finanzierung	München 1949 und Stuttgart 1956
Berger	Kreditwürdigkeitsprüfung und Kreditgutachten	Berlin-Stuttgart 1949
Binder	Kaufkraft-Produktivität - freie Kapitalbildung	Stuttgart 1956
Birck	Die Bankbilanz	Wiesbaden 1951
Conzelmann	Das Problem der Selbstfinanzierung der Unternehmung	Stuttgart 1935
le Coutre	Grundzüge der Bilanzkunde	Wolfenbüttel 1949
le Coutre	Was sagt mir die Bilanz?	Stuttgart 1956
Fischer	Bankbilanzanalyse	Meisenheim 1956
Forster	Finanzierung durch Abschreibungen	Stuttgart 1953
Gutenberg	Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre (Band I, Die Produktion, Band II, Der Absatz)	Berlin-Göttingen-Heidelberg 1951 und 1956

Hagenmüller	Zur Entwicklung des langfristigen Industriekredites	Düsseldorf 1958 (im Druck)
Hendrikson	Die Technik der Kreditwürdigkeitsprüfung	Wiesbaden 1956
Heraeus	Kapitalbeschaffung der Unternehmungsformen	Berlin 1928
Herzog	Kapitalbeschaffung (Winke und Wegleitungen für die Befriedigung des industriellen Geldbedarfs und für Kapitalbildung auf industriellem Gebiet)	Freiburg 1928
Hofmann	Handbuch des gesamten Kreditwesens	Frankfurt 1953
Kaeflerlein	Der Bankkredit und seine Sicherungen	Stuttgart 1953
Kalveram	Bankbetriebslehre	Wiesbaden 1950
Kaminsky	Kosten und Erfolgsrechnung der Kreditinstitute	Meisenheim 1955
Leitner	Finanzierung der Unternehmungen	Berlin 1927
Leitner	Bankbetrieb und Bankgeschäfte	Frankfurt 1923
Leitner	Bilanztechnik und Bilanzkritik	Berlin-Leipzig 1919 sowie Berlin 1932
Löffelholz	Die Bank	Wiesbaden 1952

Lutz	Die Bedeutung der Investition für das Wachstum der Wirt- schaft	Berlin-München 1957
Meithner	Die Bilanzen der Unternehmungen	Berlin-Wien 1933/34
Mellerowicz- Jonas	Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit	Berlin 1957
Mohrhoff	Eigenkapitalbildung in den Unternehmungen (Selbstfinanzierung)	Dresden 1933
Obst - Hintner	Geld-, Bank- und Börsenwesen	Stuttgart 1955
Polak	Grundzüge der Finanzierung mit Rück- sicht auf die Kredit- dauer	Berlin-Wien 1926
Prion	Kapital und Betrieb	Leipzig 1929
Rößle	Allgemeine Betriebs- wirtschaftslehre	Stuttgart 1956
Rößle	Buchhaltung und Bilanz	Oldenburg 1952
Rößle	Methoden der mittel- ständischen Kredit- prüfung (Broschüre)	1939
Rößle	Der Kredit im Handwerk	Sonderdruck 1952
Rozumek - Herold	Das Kreditgeschäft der Banken	Hamburg 1936 und 1950
Rucht	Die Abschreibung	Stuttgart 1953
Sandig	Finanzierung mit Fremdkapital	Stuttgart 1930

Sellien	Finanzierung und Finanzplanung	Wiesbaden 1952
Schmalenbach	Die Aktiengesell- schaft	Köln 1950
Schmalenbach	Die Beteiligungsfinan- zierung	Köln 1954
Schmalenbach	Dynamische Bilanz	Köln 1956
Schmalenbach	Kapital, Kredit und Zins	Köln 1951
Schmaltz	Betriebsanalyse	Stuttgart 1929
Schott	Die Praxis des Betriebsvergleichs	Düsseldorf 1956
Strobel	Die Liquidität	Stuttgart 1953
Töndury - Gsell	Finanzierungen	Zürich 1948
Viel	Betriebsanalyse	Zürich 1950
Zentner	Das Liquiditätspro- blem in der indu- striellen Unterneh- mung	Berlin 1932

III. Sonstiges, auch kleinere Abhandlungen

Angerer	Oberfranken, ein marktfernes Industrie- gebiet	Sonderdruck aus: Auf neuen Wegen - die Wirtschaft in Bayern, München 1957
Bahn	Die betriebswirt- schaftliche Struktur des Schlosser- und Maschinenbauer-Hand- werks in Baden- Württemberg	Dissertation, München 1956

Bayerische Landeszentrale für Heimat- dienst	Bayern - ein Land verändert sein Gesicht	München 1956
Bayerisches Staatsministe- rium für Wirt- schaft und Verkehr	Die bayerischen Ostrand- und Sanie- rungsgebiete	München 1957
Boustedt	Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr Dargestellt am Bei- spiel der Gemeinde Bodenmais (Bayeri- scher Wald)	Bremen-Horn 1956
Groß	Die wirtschaftspoli- tische Entwicklung im Südosten unter besonderer Berück- sichtigung der Groß- schiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau	Nürnberg 1957
Handwerkskammer der Oberpfalz	Gewerbeförderung im Grenzland	Regensburg 1954
Köhl	Zur Geschichte des Bergbaus im vorma- ligen Fürstentume Kulmbach - Bayreuth	Hof 1913
Kreiner	Wirtschaftsleben im Bayerisch-Böhmischen Waldgebiete	Leipzig-Erlangen 1919
Linke	Wälder und Wäldler	Bamberg 1957
Luther	Betrachtungen über Möglichkeiten einer Finanzierung der weiteren Erschließung	

	bayerischer Wasser- kräfte zwecks Erzeu- gung elektrischen Stroms aus privaten deutschen Mitteln	München 1949
Regierung von Oberfranken	Die Zonengrenzpro- bleme Oberfrankens	Bayreuth 1952
Ringelmann - Stiglitz	Die Frachthilfemaß- nahmen in Bayern	München 1956
Röpke	Notstandsgebiete, in: "Frankfurter All- gemeine Zeitung" vom 15. November 1952	Frankfurt
Scherzer	Franken	Nürnberg 1955
Schmidt	125 Jahre Karl Schmidt Bankge- schäft	Hof 1953
Stahl	Wirtschaftserschlie- ßung, ein Finanzaus- gleichsproblem (Schulbeispiel Ost- bayern)	Regensburg 1955
Stadtrat Hof	Hof - ein Stadtbuch	Hof 1956
Strathus	Die langfristige Fi- nanzierung der Wirt- schaft	Institut Finanzen und Steuern, Bonn, Heft 20
Streit	Das Paradeis	Wunsiedel 1949
Streit	Die Verkehrswege durch das Bayreuther Land seit der Mark- grafenzzeit	Bayreuth 1955
Streit	Nordbayern und das kon- tinentale Autobahnnetz	Bayreuth 1948

Streit	Gewerbliche Standorte im "Ostgefälle"	
	Die Forderung nach einer neuen Osthilfe	Bayereuth 1949
Streit	Briefe zur Wirtschaftspolitik	Bayreuth
Zapf	Fichtelgebirgsalbum	Hof 1892
	Haushaltsrede des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr	
	Otto Bezold vor dem Bayerischen Landtag am 26. Februar 1957	München 1957
	4 Jahre Regierung von Oberfranken	Bayreuth 1952
	Tätigkeitsbericht des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern	München 1951

IV. Gesetzbücher

HGB, Aktiengesetz, GmbH-Gesetz sowie verschiedene Steuergesetze

V. Laufende Schriften

Berichte der Handwerkskammer in Oberfranken	Bayreuth
Geschäftsberichte der Bank deutscher Länder	Frankfurt (Main)
Geschäftsbericht der Industriekreditbank	Düsseldorf

Geschäftsberichte der Landes- zentralbank in Bayern	München
Geschäftsberichte der Sparkasse Hof	Hof
Geschäftsberichte der Volksbanken Bayreuth, Burglengenfeld, Helmbrechts, Hof, Kulmbach, Münchberg, Weiden	Bayreuth, Burglengen- feld, Helmbrechts, Hof, Kulmbach, Münchberg, Weiden
Jahresberichte der Handwerkskammer der Oberpfalz	Regensburg
Jahresberichte der Industrie- und Handelskammer Regensburg	Regensburg
"Kulturwarte"	Hof
Monatsberichte der Bank deutscher Länder	Frankfurt (Main)
Monatsberichte der Deutschen Bundesbank	Frankfurt (Main)
Nordbayerische Wirtschaftsjahrbücher	Nürnberg
"Oberfränkische Wirtschaft", Mit- teilungsblatt der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken	Bayreuth
"Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen"	Wiesbaden
Situationsberichte des Hauptausschus- ses der Arbeitsgemeinschaft Grenz- land, Sitz Cham (Oberpfalz)	Cham (Oberpfalz)
Statistische Berichte des Bayerischen Statistischen Landesamtes	München
Statistische Jahrbücher für Bayern (herausgegeben vom Statistischen Landesamt)	München
Statistische Jahrbücher für die Bundesre- publik Deutschland (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt)	Wiesbaden

Tätigkeitsberichte der Oberfränki-
schen Handelskammer zu Coburg

Coburg

Ferner:

Geschäftsberichte von Aktiengesellschaften aus dem Grenzland
sowie Tageszeitungen.

Lebenslauf

Als erstes Kind des Bankiers Dr. jur. et rer. pol. Wilhelm Schmidt und seiner Frau Gerda, geb. Hagenmüller, wurde ich am 27. Juli 1935 in München geboren.

Von 1941 bis 1945 besuchte ich in meiner Heimatstadt Hof die Volksschule und ab 1946 das humanistische Gymnasium dortselbst, das ich im Jahre 1953 absolvierte.

Im Wintersemester 1953/54 immatrikulierte ich mich an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität München, an der ich dann im Herbst 1956 die Prüfung für Diplomkaufleute ablegte.

In den Semesterferien meines Studiums und nach meinem Staatsexamen arbeitete ich zeitweise im väterlichen Bankgeschäft sowie in der Börsenabteilung des Bankhauses Merck Finck und Co., München.

München, im Juli 1958

Karl G. Schmidt

